C21734 E



Arbeiterkampf

Jahrg. 4 Nr. 53 3.12.74
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
50 Pf.



21.10.74: 2.000 Kollegen zogen protestierend durch Speyer.

VERHAFTUNGEN, DURCHSUCHUNGEN, VERDÄCHTIGUNGEN

Wieder auf 'Anarchisten'jagd

Nach der Erschießung des Westberliner Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann (wahrscheinlich bei einer versuchten Entführung), der der Tod von Holger Meins im Hungerstreik am 9.11. vorausgegangen war, setzte eine neue Welle staatlicher Maßnahmen, Polizeieinsätze, weiterer Abbau demokratischer Rechte ein, unterstützt von einem wilden propagandistischen Trommelfeuer in Presse, Fernsehen und Rundfunk. Diese wieder als „Terroristenbekämpfung" dekorierte Kampagne stellt verglichen mit der großen „RAF"-Kampagne im Frühjahr 1972 (Bombenanschläge auf US-Einrichtungen, bei Springer u.a.; Verhaftung des „harten Kerns") und der kleineren Kampagne nach dem von der Münchner Polizei inszenierten Massaker während der Olympischen Spiele im Herbst 1972 eine schärfere Stufe der Faschisiserung von Staat und Gesellschaft dar.

Diese Verschärfung – verglichen mit 1972 – kommt u.a. zum Ausdruck: in einer noch weitergehenden Beschneidung demokratischer Rechte(Angriff auf die Verteidigerrechte, Angriff auf das Demonstrationsrecht u.a.m.), in einer weit primitiveren und bösartigeren Hetze, in noch zügelloseren und unverschämteren Diffamierungen und Verdächtigungen selbst gegen Liberale und Sozialdemokraten (z.B. Kirchenführer Scharf, Fernseh-Kommentator Merseburger), in einer noch rücksichtsloseren Mißachtung einfachster bürgerlicher Rechtsvorschriften bei Verhaftungen, Durchsuchungen etc., in einer erheblich gesteigerten Hetze gegen die Kommunisten, im Versuch, sie als „Komplizen der Terroristen", wenn nicht gar selbst als „Terroristen" hinzustellen und so ihre politische Zerschlagung voranzutreiben.

Auf einen besonders zynischen Begriff wurde die Stoßrichtung der neuen Kampagne von der westberliner „Morgenpost" (Springer) gebracht: *„Eine ruchlose Regie beginnt sich abzuzeichnen. Erst stirbt ... Holger Meins ... Mit seinem Ableben wurde dem Linksterrorismus in unserem Lande der ersehnte Märtyrer geboren, das Signal für eine mörderische Terrorwelle gegen den demokratischen Rechtsstaat gegeben"* (12.11.74). „Ruchlose Regie" – so erscheint der Tod von Holger Meins den der Staat bei völlig unzureichender Zwangsernährung buchstäblich verhungern ließ, noch als eine besonders „terroristische" Tücke des Toten gegen den „Rechtsstaat". Zynischer waren auch die Faschisten kaum, als sie 1938 jüdische Geschäfte und Synagogen zertrümmerten und verbrannten und anschließend von den Gepeinigten noch eine „Entschädigung" verlangten.

Wenn unmittelbar nach dem Hungertod von Holger Meins noch einige liberale Kritik zu hören war (sowohl an der Tatsache, daß der Staat den Gefangenen verhungern ließ, wie auch an den Haftbedingungen der politischen Gefangenen), drehte doch die Bourgeoisie rasch den Spieß um und ging ihrerseits zum Angriff über:

- gegen Holger Meins, der „ruchlos" verhungert war, um den „Rechtsstaat" zu zerstören;
- gegen die übrigen Gefangenen der „RAF" und anderen politischen Gefangenen, die mit ihren Hungerstreik (und der dadurch nötigen Zwangsernährung) den „Steuerzahler" so viel Geld kosten (wobei die CDU dann durch Kohl und Carstens vorpreschte, man sollte die Gefangenen doch einfach verhungern lassen – ein Appel ans „gesunde Volksempfinden", der eines Goebbels würdig wäre!);

Forts. S. 22

Die Krise darf nicht wieder auf die Arbeiter abgewälzt werden!

Das unlängst veröffentlichte Gutachten des sogenannten ‚Sachverständigenrates' zur Bewertung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und die daran orientierten wirtschaftspolitischen Beschlüsse der Bundesregierung haben noch einmal mit aller Deutlichkeit gezeigt, auf welcher Seite für den bürgerlichen Staat ‚das Brot gebuttert ist'.

„Die Wirtschaftspolitik steht vor einer Aufgabe, die nicht populär sein mag, nämlich mehr Verständnis für die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Unternehmergewinne zu schaffen", erklären die ‚Fünf Weisen' wörtlich.

Da den bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern natürlich geläufig ist, daß Gewinne n u r auf Kosten der Löhne gesteigert werden können, verlangen sie von den Arbeitern und ihren Gewerkschaften, sich bei den kommenden Lohnrunden mit Nominallohnerhöhungen zwischen 6,5 und 9 Prozent zufriedenzugeben: *„In den anstehenden Tarifverhandlungen werden nur künftige Preissteigerungen berücksichtigt, keine Ansprüche wegen zurückliegender Preissteigerungen"*. Nicht genug damit: kategorisch verlangen die ‚unabhängigen' Gutachter, daß die nach ihrer Meinung überzogenen Lohnsteigerungen der zurückliegenden Tarifrunden *„den Neuabschluß für 1975 mitbestimmen müssen"*.

Die Bundesregierung hat das Gutachten ausdrücklich als Bestätigung des von ihr bisher schon verfolgten wirtschaftspolitischen Kurses begrüßt – und sich sogleich daran gemacht, die darin entwickelten Richtlinien zu einem auf die aktuelle Situation bezogenen Konjunkturprogramm auszuarbeiten:

„Unstrittig ist inzwischen ein neues ‚Investitionszulagengesetz', nach dem sämtliche Investitionen mit Stichtag der Kabinettsentscheidung eine Zulage von 7,5 Prozent erhalten sollen.

Im Klartext bedeutet das: Wenn ein Unternehmer zum Beispiel für eine Million Mark Maschinen kauft, bekommt er als Prämie von der Bundesregierung 75 000 Mark."
(„Frankfurter Rundschau", 26.11.74)

Forts. S. 19

Blutbad in Birmingham:

Aus der rechten Ecke

Am Abend des 21. November explodierten in Birmingham, einer der größten Städte im westlichen Industriegebiet Englands zwei Bomben. Beide waren in zwei nah beieinanderliegenden Pubs (Kneipen) gelegt worden, im „Mulberry Bush" und in der „Tavern in the Town".

Neunzehn Menschen wurden getötet, über 200 zum Teil schwer verletzt und verstümmelt.

Viele Begleitumstände des Blutbades sprechen dafür, daß es sich dabei um einen faschistischen Terroranschlag handelt:

- Beide Bomben waren nicht gegen Einrichtungen des Militärs oder Institutionen des englischen Staates gerichtet sondern explodierten in voll besetzten Kneipen in der Innenstadt, die vorwiegend von jungen Leuten nach der Arbeit besucht werden. Der Mord an einfachen Zivilisten – Angehörigen der Arbeiterklasse – war die geplante Absicht.
- Zwischen der Vorwarnung, die jemand telefonisch („mit irischem Akzent") der Zeitung „Birmingham Post" durchgegeben haben soll und den Explosionen lagen offenbar 19 Minuten – die Polizei kam allerdings erst, als die Bomben bereits hochgegangen waren. Die Möglichkeit einer Räumung des Gebiets wäre also durchaus in gewissem Umfang gegeben gewesen.
- Eine ominöse Gruppe „Rote Fahne 74" (Red Flag 74) soll die Verantwortung für das Blutbad inzwischen übernommen haben. Ein Mädchen habe – so wird in den bürgerlichen Zeitungen berichtet – bei einer Zeitung angerufen und gesagt, die „Manchester Brigade der Red Flag 74", der „500 Studenten angehören", habe die Bomben gelegt.

Diese Gruppe ist bislang – falls es sie überhaupt gibt – ausschließlich in dieser Form an die Öffentlichkeit getreten: sie hat in den letzten Monaten verschiedentlich die Verantwortung für Bombenattentate übernommen, nachdem sie verübt worden waren. Irgendwelche politische Massenarbeit in der Bevölkerung oder Veröffentlichungen dieser Gruppe sind nicht bekannt.

- Sowohl die IRA (O) als auch die IRA (P) haben die Verantwortung für den mörderischen Anschlag abgelehnt.

In einer Erklärung, die die IRA (Provisional) in Dublin herausgab, heißt es: *„Es war noch nie die Politik der IRA, nicht-militärische Ziele zu bombardieren, ohne ausreichende Vorwarnungen zu geben, um die Sicherheit der Zivilisten zu gewährleisten."*

Zur Gruppe Red Flag stellte die IRA (P) fest, daß sie „keinerlei Verbindungen zur republikanischen Bewegung" habe.

„Clann na h-Eireann", eine Organisation, die in England für die Unterstützung der Sinn Fein (politische Organisation der IRA (Official))arbeitet, verurteilte die Bombenanschläge von Birmingham als **„das Werk von kriminellen Faschisten, das darauf abzielt, den Haß in Irland zu schüren und auf England zu übertragen"**.

Forts. S. 3

Raus aus der SPD

Nach längeren Auseinandersetzungen in der Möllner SPD werden aktive Jungsozialisten aus der SPD austreten. Der wesentliche Punkt der Auseinandersetzung war die Zusammenarbeit mit Kommunisten.
Der Verlauf der Auseinandersetzungen ist heute sicher nicht typisch für die SPD. Doch wir sehen in unseren Erfahrungen bestätigt, daß es, bei richtigem Verhalten der Kommunisten, möglich ist, mit linken Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten, und daß mit der Entwicklung dieser Zusammenarbeit die Widersprüche innerhalb der SPD verschärft werden. Das ist unserer Meinung nach die allgemeine Lehre aus unseren konkreten Erfahrungen. Da der Artikel einen Zeitraum von etwa einem Jahr umfaßt, zeigt er nicht nur die Entwicklung der Jungsozialisten, sondern auch die Entstehung einer KB-Gruppe,bzw. einer kommunistischen Politik in Mölln.

Für das Bündnis aller demokratischen Schüler im Kampf gegen die reaktionäre Entwicklung

Die frühere Arbeit der Jusos ist sehr gut mit dem von Lenin geprägten Ausdruck der „Handwerkelei" zu begreifen. Die Jusos bestanden aus einem Kreis von Schülern und Lehrlingen, die das Bedürfnis hatten, ihre Situation in Schule, Betrieb und Freizeit zu verbessern. Dabei schienen sie individuell mehr durch den allgemeinen Bekanntheitsgrad der Jusos als „linker" Organisation zur Sozialdemokratie gekommen zu sein, als durch politisch klares Bekenntnis zum Reformismus.

Dadurch war auch ihr Handeln geprägt. Es wurden mehrere Arbeitskreise gebildet. Die Aufgabe dieser Arbeitskreise und ihr politisches Ziel war vollkommen unklar. Da kein Kontakt zu Gruppen außerhalb Möllns bestand, fehlte auch jede politische Anleitung.

Die örtliche SPD tat in ihrer Mehrheit nichts Positives zur inhaltlichen Weiterentwicklung der Positionen der Jusos. Ihr Interesse bestand lediglich darin, mit Hilfe der Jusos andere Jugendliche an die SPD zu binden.

Forts. S. 28

Gigantischer Aufmarsch des US-Imperialismus in Asien

... und die Komplizenrolle der japanischen Imperialisten

Der US-Imperialismus wurde von den Völkern Indochinas nach einem langen Befreiungskrieg geschlagen und gezwungen, den größten Teil seiner Truppen aus den okkupierten Ländern zurückzuziehen. Das vietnamesische und das kambodschanische Volk müssen seither den Kampf gegen die Statthalter des US-Imperialismus in ihren Ländern weiterführen, die sich nur deshalb und solange halten können, weil diese militärisch und ökonomisch von den Imperialisten massive Unterstützung erhalten.

Die amerikanischen Imperialisten haben seit der Unterzeichnung des Waffenstillstands-Abkommens mit der Demokratischen Republik Vietnam und der Provisorischen Revolutions-Regierung Südvietnams, am 27. Januar 1973, den Eindruck zu erwecken versucht, als zögen sie sich nun endgültig aus Asien zurück und als würden sie sich in Zukunft nie mehr in die inneren Angelegenheiten fremder Völker einmischen – kurz: die US-Imperialisten wollten sich von allen ihren Verbrechen gegen geltendes Völkerrecht reinwaschen – und als ernstzunehmender „Friedensstifter" angesehen werden. Zu diesem Zwecke wurde eine internationale, extrem demagogische Propagandakampagne inszeniert – deren makabrer Höhepunkt in dem 'Vorschlag' bestand, den Schwerverbrecher, R. Nixon zum 'Friedensnobelpreisträger 1973' zu küren.

In Wahrheit haben die US-Imperialisten ihr militärisches Potential in Asien nicht nur nicht verringert, sondern erhöht. Zwar wurden – notgedrungen – Soldaten aus Indochina abgezogen, aber

1. blieben fast sämtliche Waffen aller Gattungen in diesen Ländern, bzw. wurden sogar noch erheblich ergänzt; blieben sämtliche logistische Einrichtungen den vom US-Imperialismus abhängigen Regimes erhalten, bzw. wurden sogar noch von einem Heer amerikanischer 'Berater' erweitert;

2. wurden die aus Indochina abgezogenen Einheiten der US-Armee keineswegs alle nach Amerika zurückgebracht und dort stationiert, sondern die 'kampferprobten Verbände' wurden zu einem erheblichen Teil in anderen Stützpunkten des asiatischen Kontinents stationiert (Japan, Südkorea, Phillippinen etc.); und

3. wurde der US-Militärapparat in Asien nach dem 'Ende' des Indochinakrieges reorganisiert – d.h. es wurden neue Stützpunkte geschaffen, das Waffen–Potential (namentlich Atomwaffen) bedeutend erweitert und die operative Beweglichkeit der verschiedenen Truppenteile durch eine neue Kommando-Struktur bedeutend gesteigert.

Der folgende Artikel, den wir aus der englischsprachigen japanischen Zeitung AMPO (Ausgabe Frühjahr '74) entnommen und übersetzt haben, zeigt in knapper und präziser Form die Strategie des US–Imperialismus gegen die Völker Asiens nach seiner Niederlage im Indochinakrieg auf.

Die japansichen Genossen haben zugleich die besondere Komplizenschaft des japanischen Imperialismus bei der Verwirklichung der amerikanischen Hegemonialpläne enthüllt. Der Artikel erschien in der AMPO unter dem Titel „The US Military in Asia – The boys go home, the weapons move in" – Verfasser ist Nakazawa Osamu.

Noch immer mit den Phrasen des 'Kalten Krieges' aus den 5oer Jahren arbeitend, erklärte die US-Regierung „die Eindämmung des Russischen Kommunismus" rechtfertige den Bau eines großen Luft- und Marinestützpunktes auf Diego Garcia im Indischen Ozean, um die ohnehin schon verstärkt ausgebauten Luft- und Marinestützpunkte in Japan, Ozeanien, Micronesien, den Philippinen und Thailand zu ergänzen.

Das Pentagon verkündete im letzten Monat, daß in einem Zwei-Jahres-Programm 75 Millionen Dollar auf dem Diego Garcia-Atoll investiert würden – und zwar zum Bau einer 3.6oo m langen Startbahn für B 52–Bomber und c–5 Galaxis (ein Großraumtransporter, der u.a. auch als Trägerflugzeug für Raketen mit größerer Reichweite dient, Anm. d. Übers.), außerdem zum Bau neuer Hafenanlagen für atomgetriebene U-Boote und Flugzeugträger.

Diese Ankündigung ging wie eine Schockwelle durch ganz Asien, einschließlich jener angrenzender Länder, die bereits unter der Kontrolle der US-Militaristen stehen.

Einige der lautesten Proteste kamen von jenen Ländern, von denen die US–Imperialisten sagen, daß sie von dem geplanten Bau mit verteidigt würden und profitieren könnten, Indien und Sri Lanka (Ceylon). Beide Nationen haben immer, wenn auch nutzlose, Vorstöße unternommen, aus dem Indischen Ozean ein atomwaffenfreies, neutrales „Meer des Friedens" zu machen.

Auch in Japan war der Protest groß. Mitte März brachten alle großen Zeitungen täglich Berichte über die US-Militär-Strategie.

Die Japaner, die Zeugen waren, wie sich seit dem „Ende" des Vietnamkrieges mit dem Einlaufen des Flugträgers „Midway" in den Hafen von Yokosuka die Aktivitäten der amerikanischen Luft- und Marinestreitkräfte um Okinawa verstärkten, haben ein spezielles Interesse an dem Diego-Garcia-Projekt, denn es ist Teil einer Strategie, in die die „Selbstverteidigungs-Streitkräfte" des eigenen Landes einbezogen sind als Teil einer Gesamtstreitmacht („total army"), wie sie einst vom amerikanischen Verteidigungsminister Melvin Laird konzipiert worden war.

Während die Pentagon-Pressesprecher ständig von einem „Abzug der US-Truppen aus Asien" sprechen, sehen die Völker Asiens, wie die US-Militärmaschine in Asien ständig und aufeinander abgestimmt ausgebaut wird, im besonderen das atomare Potential.

Der Aufbau des US-Militärapparates – geographisch und taktisch sind die vier Waffengattungen durch die neue Vereinheitlichte Kommando-Struktur („Unified Command Structur") aufeinander abgestimmt – basiert angeblich auf dem Wunsch nach 'Parität' mit der sowjetischen Flotte in den asiatischen Gewässern.

Die US-Regierung behauptet, daß die 2o bis 3o sowjetischen Zerstörer und Raketenkreuzer, die sich jetzt bereits im Indischen Ozean aufhalten, die Vorherrschaft auf diesem Meer gewinnen würden, wenn erst einmal der Suez-Kanal wiedereröffnet sein wird. Dieses Argument ist der Trumpf des Pentagon, wenn es jetzt darum geht, aus dem amerikanischen Volk die Rekordsumme von 87,73 Milliarden Dollar im Finanzjahr 1975 (beginnend am 1. Juli) für militärische Zwecke herauszupressen.



Hinter all diesen 'Kalter-Krieg'-Lügen steht ein sehr grundlegendes Interesse: nämlich Rohstoffquellen, speziell Erdöl. Oder wie General Creighton Abrams vor kurzem dem Ausschuß für Rüstungsfragen im amerikansichen Senat klarzumachen versuchte: „Öl ist vielleicht nur der erste von vielen lebenswichtigen Rohstoffen, der als strategische Waffe gegen uns gebraucht wird". (Abrams meint hier das von den arabischen Erdölförderländern verhängte 'Embargo' im Zusammenhang mit dem letzten Nahostkrieg im Herbst des vergangenen Jahres, Anm. d. Übers.).

„Diese Drohung ist unermeßlich – und durchaus gegenwärtig".

In der privaten Atmosphäre der Senatsräume machte General Abrams den Senatoren klar, daß die Sowjetunion keineswegs der einzige Gegner sei, gegen den sich die großen Anstrengungen der USA bei der Aufrüstung richteten. Er räumte vielmehr ein, daß der amerikanische Militärapparat gegen jedes Land – pro- oder anti-amerikanisch – eingesetzt werden könnte, das die Lieferung mit grundlegenden Rohstoffen in die USA und in verbündete Staaten (einschließlich Japan) unterbrechen sollte. Er (Abrams) hob besonders hervor, daß militärische Stärke bei der Rohstoffpolitik „einen Hebel in Verhandlungen sowohl mit Freunden wie mit Feinden" darstellt.

Die geopolitischen Realitäten der Weltrohstoffquellen haben die herrschende Klasse Japans veranlaßt, die jetzige US-Strategie nach dem Motto „Sprich leise und schwing den großen Knüppel!" energisch zu unterstützen. Das japanische Großkapital und dessen Vertreter im Tanaka-Kabinett begrüßten die US-Truppenverstärkungen in Japan nach dem „Ende" des Vietnam-Krieges – und sie sind noch mehr für das Diego-Garcia-Projekt eingenommen. Der Grund dafür ist einfach: Der Indische Ozean ist nicht nur Japans Verbindungslinie für das Öl aus den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens,

dungslinie für das Öl aus den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens,

sondern auch für den sich ständig vergrößernden Import der lebenswichtigen Bodenschätzen aus Ländern Afrikas.

Nun zerbrach die Illusion über die ununterbrochen fließenden Rohstofflieferungen schneller als erwartet – und das bestimmte auch das Tempo des amerikanischen Aufmarsches in Asien. Die grundlegenden Pläne dafür waren bereits 1971 ausgearbeitet gewesen.

Zu der Zeit, als die US-Imperialisten in Indochina einer Niederlage nahe waren und ihre Truppen abzogen, trat die vorausgeplante Nachkriegsstrategie in Kraft. Die Kernidee dieser Strategie (Nixon Doktrin) ist, Asiaten gegen Asiaten Krieg führen zu lassen – lediglich unterstützt von starken amerikanischen See- und Luftstreitkräften.

Seit 1971 werden Schritte unternommen, Micronesien zu einem riesigen Militärstützpunkt auszubauen. Eine 4.7oo Meter lange Startbahn ist im letzten Herbst auf der Insel Majuro fertiggestellt worden und weitere sind noch geplant.

Eine Funkleitstelle wurde von der US–Army in Guam fertiggestellt, und Omega – Radarstationen stehen in Japan und Australien kurz vor ihrer Fertigstellung (das 'Omega-System' besteht darin, daß Polaris U-Boote von sicheren Positionen auf dem Meeresboden aus ihre Raketen abfeuern, die dann von den Omega-Radar-Türmen aus mit größter Genauigkeit ins Ziel gelenkt werden).

Das Pentagon übernahm am 28. September 1971 die von der US-Luftwaffe ausgearbeiteten 'Grundprinzipien' (Basic Doctrine) und propagierte sie als seine „Bewegliche Atom-Vergeltungs-Strategie".

Vertrauliche Pentagon-Papiere mit dem oben genannten Datum wurden dem japansichen Parlament übergeben. Diese Papiere sagen deutlich, daß die USA sowohl auf einen 'kleinen' als auch auf einen großen Atomkrieg vorbereitet sein müßten, um die Möglichkeiten für eigene „militär-politische Initiativen erweitern" zu können.

Teil dieser Strategie ist die engere Einbeziehung der japanischen sogenannten „Selbstverteidigungsstreitkräfte" (SDF) in die Pläne des US-Militärs. Wie aus den Unterlagen des japanischen Parlaments hervorgeht, wurden seit dem 7. März '73 1.3oo Druckschriften der ins Japanische übersetzten „Basic Doctrine" an SDF-Einheiten der Luftwaffe zu Schulungszwecken verteilt. Kapitel dieses Unterrichtsmaterials behandeln Themen wie „Leichte Atom-Angriffe", „Schwere Atom-Angriffe" und „Richtlinien zur Aufrechterhaltung der Ruhe in fremden Ländern" – all das sind Themen, die nichts mit dem erklärten Auftrag der SDF zu tun haben; denn es ist den japansichen „Selbstverteidigungsstreitkräften" verboten, Atomwaffen zu besitzen und außerhalb Japans zu operieren.

Inzwischen wurden die US-Truppen in Asien umorganisiert, um beweglicher zu werden, Okinawa wird zur Befehlszentrale für den gesamten Militärbereich in Nordostasien. Die kürzliche Schließung einiger Stützpunkte auf dem japansichen Festland bedeutet nicht, daß die betroffenen Einheiten nach den USA zurückkehren – sie werden nach Okinawa verlegt.

23 militärische Einheiten sind dort (in Okinawa) schon verstärkt worden und noch weitere zehn sollen im Laufe dieses Jahres verstärkt werden. Ein ganze Anzahl von Luftwaffen- und Marine-Einheiten sind im letzten Jahr von Vietnam nach Okinawa verlegt worden - darunter auch

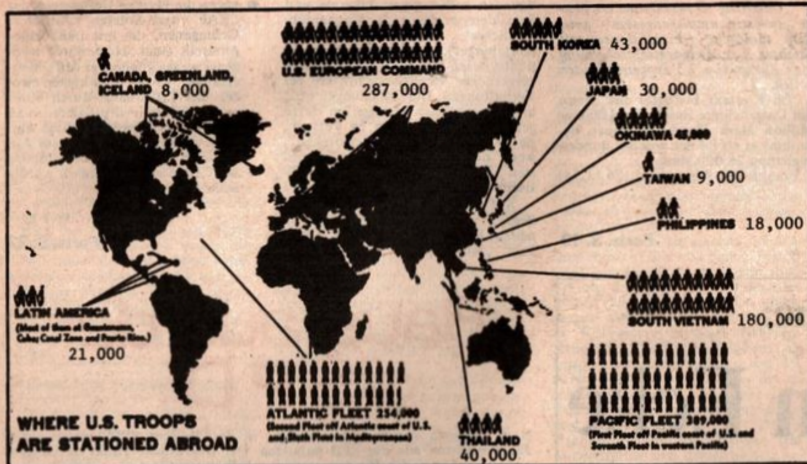
nawa verlegt worden - darunter auch

Fallschirmjäger – Kompanien des 7. und 13. Luftkommandos. Das Hauptquartier der 5. US-Luftwaffendivision bei Tokio soll geschlossen werden und deren Aufgabenbereich wird auf die 313. Luftwaffendivision, die auf Okinawa stationiert ist, übertragen werden. Auch vom US-Hauptquartier „Camp Zama" bei Tokio erwartet man, daß es in naher Zukunft nach Okinawa übersiedeln wird.

Aufmerksam registriert wurde unlängst auch ein großes Manöver in Südkorea, zu dem Marinesoldaten von Okinawa aus unter kriegsähnlichen Bedingungen eingeflogen wurden. Die „Ledernacken" unterwiesen die Soldaten von Heer und Luftwaffe in der Kriegsführung. Zur gleichen Zeit waren die Soldaten anderer Marine-Stützpunkte ungewöhnlich aktiv: in Iwakuni (japanisches Festland) und Okinawa werden seit Anfang des Jahres Bomben, Munition und chemische Kampfstoffe in Flugzeuge mit unbekanntem Ziel verladen. Landungseinheiten der amerikanischen Marine (BTL's) wurden gleichfalls auf Okinawa verstärkt – und es gibt Anzeichen dafür, daß, wenn US-Einheiten aus Süd-Korea abgezogen werden sollten, diese BTL's noch weiter verstärkt werden würden.

Die wachsende Bedeutung von Okinawa für die Strategie des US-Imperialismus hat es auch in der japanischen Strategie an Bedeutung gewinnen lassen. In dieser Richtung muß auch die Beförderung des Kommandanten der südwestlichen SDF's, die auf Okinawa stationiert sind, gesehen warden – er wurde, trotz der Proteste seitens der Bevölkerung, vom Major zum General befördert.

Die Umorganisierung der amerikanisch-japanischen Streitkräfte und der Ausbau von Diego Garcia zu einem Hauptstützpunkt sind Teil der gleichen sich überbrückenden Struktur: Der US-Militärapparat mit einer unabhängigen Atommacht, der sich auf die Schlüsselstellungen in Hawaii, Yokosuka auf dem japansichen Festland, Okinawa, Subic Bay auf den Philippinen, Satahin in Thailand und Diego Garcia stützt! ●



Verteilung der US-Truppen in der Welt

Forts. Blutbad in Birmingham



Der „Sternenpflug", traditionelles Symbol der Republikanischen Bewegung Irlands

Diese Stellungnahmen betrübten die bürgerliche Propaganda natürlich nicht – ohne den geringsten Beweis wurde munter von „IRA-Mördern" und „IRA-Terror" drauflos gehetzt.

In mehreren – ähnlich gelagerten – Fällen (z.B. die Brüder Littlejohn, s. AK 33) liegen auch bereits Beweise und Aussagen der Betroffenen darüber vor, daß der englische Geheimdienst und Sonderabteilungen des englischen Militärs Spitzel und Provokateure – oft aus dem faschistischen Untergrund – anwerben, die mit Staatsauftrag Mordanschläge verüben (s. unten).

Der Vergleich zu ähnlichen Vorfällen in Italien drängt sich gerade auf („Strage di Stato" '69).

Faschistische Verhetzung

Das Ziel der Bourgeoisie mit der Strategie der Bomben ein Klima der Angst zu erzeugen und die berechtigte Wut und Empörung der Bevölkerung auf die Linken und Kommunisten zu lenken, scheint diesmal in sehr weitgehendem Maß – vielleicht sogar vergleichbar mit der Verhetzung der westdeutschen Arbeiterklasse in punkto RAF – erreicht:

– Bereits am nächsten Tag wurde in den Zeitungen von Prügeleien zwischen englischen und irischen Arbeitern in mehreren Fabriken berichtet.

– Bei British Leyland, einer der größten Autofabriken Englands, mit einem Anteil an irischen Arbeitern von 15 % (!), legten 300 Arbeiter spontan die Arbeit nieder, um gegen die tan die Arbeit nieder, um gegen die IRA zu protestieren.

– Die Organisation der Gastwirte in England und Wales, die 40.000 Mitglieder umfaßt, verabschiedete die Forderung nach der Todesstrafe für Terroristen an das Parlament.

Die von der bürgerlichen Presse und hetzerischen Berichterstattung in Rundfunk und Fernsehen aufgeputschte faschistoide Stimmung unter breiten Teilen der Bevölkerung ließ die Faschisten selbst frecher werden:

– Auf das Blutbad von Birmingham folgten einige Tage des organisierten faschistischen Terrors vor allem in Birmingham selbst, aber auch in L n-don: immer neue Meldungen von Bombenexplosionen.

In London wurde bei der Explosion einer Bombe in einem Briefkasten an einer Straßenkreuzung nur durch einen Zufall niemand ernstlich verletzt – die Fußgängerampel war gerade auf Grün umgesprungen, so daß die an der Ampel neben dem Briefkasten wartende Menschenmenge bereits einige Meter vom Briefkasten entfernt war.

– Mehrere Benzinbombenanschläge wurden vor allem in Birmingham gegen irische Lokale und Geschäfte verübt. Fensterscheiben der Wohnungen irischer Familien wurden eingeworfen.

– Die „Nationale Front" – die größte Faschisten-Organisation derzeit in England – rief in Manchester zu einer Demonstration gegen die IRA auf und zwar zum gleichen Zeitpunkt, für den die Sinn Fein einen Gedenkmarsch für drei 1867 gehenkte irische Republikaner festgelegt hatte.

Mit zu dieser provokatorischen Gegendemonstration aufgerufen hatten die Ulster Volunteer Force und die Ulster Defence Association (UDA). Die UDA ist eine in Irland militärisch operierende Faschisteneinheit, die viele IRA-Kämpfer und republikanisch gesinnte Menschen auf dem Gewissen hat.

Die Sinn Fein sagte daraufhin ihren Marsch ab, eine Entscheidung, die angesichts der Stimmung in der Bevölkerung und der zu erwartenden blutigen Konfrontation wahrscheinlich politisch richtig war, die aber gleichzeitig ein Licht auf die Schwäche der linken und kommunistischen Bewegung in England in dieser Situation wirft.

Auf der Abschlußkundgebung der Faschisten forderte der Vorsitzende der National Front, John Kingsley Read, die Todesstrafe und verlas im gleichen Atemzuge die Namen und Adressen von acht angeblichen IRA-Mitgliedern in Birmingham und Manchester!

Notstandsmaßnahmen der englischen Wilson-Regierung

Bereits wenige Tage nach dem Blutbad (!) legte die englische Regierung dem Parlament den Entwurf eines „Anti-Terroristen-Gesetzes" zur Debatte und Abstimmung vor. Es sieht vor:

Verbot der IRA, sowie eine Vollmacht für den Innenminister, jede Organisation, die die IRA unterstützt, zu verfolgen und zu verbieten. (Darunter würde sogar die revisionistische KP fallen, die bisher nicht umhin konnte, den Kampf des irischen Volkes zu unterstützen!)

Verbot, Abzeichen oder Dinge bei sich zu tragen, die auf eine Sympathie mit der IRA schließen lassen. Letztendlich bedeutet das für jeden einfachen irischen Arbeiter die Verleugnung seiner Identität als Ire, denn notwendigerweise waren alle Symbole oder Abzeichen des irischen Volkes gleichzeitig Zeichen des Befreiungskampfes gegen den englischen Imperialismus.

Das Recht der Polizei, Menschen ohne Haftbefehl zu verhaften und 48 Stunden in Haft zu halten. Diese Zeit verlängert sich – mit Zustimmung des Innenministers – um weitere fünf Tage. Mit dieser Ausweitung der Polizeibefugnisse kann jeder Mensch ohne Haftbefehl eine Woche aus dem Weg geräumt werden.

Scharfe Kontrollen der Reisen zwischen Irland und England, wobei die Reisenden nach Ziel und Grund der Reise befragt werden dürfen. Stationierung von Polizei in den Häfen, die Verhaftungen „Verdächtiger" vornehmen dürfen.

Dieses Gesetz wird ersteinmal sechs Monate gültig sein, muß dann verlängert werden, vorraussichtlich mit „Änderungen, die die Erfahrungen notwendig machen" (Innenminister Jenkins).

Damit hält man sich die Möglichkeit offen, noch schärfere Methoden einzuführen: Einführung von Ausweisen für Iren in England, Meldepflicht (gibt es in England bislang nicht) – und vielleicht sogar die Wiedereinführung der Todesstrafen für „Bomben-Terroristen". (Gegenwärtig werden im Unterhaus gerade auf Initiative der Tories Unterschriften für einen An- Tories Unterschriften für einen An- trag auf Wiedereinführung der Todesstrafe gesammelt.)

Die Parallele: Die Dubliner Bomben von '72

Ende '72 stand im Parlament der Republik Irland ein Ergänzungsgesetz zu den Notstandsgesetzen auf der Tagesordnung, das die Verfolgung der IRA wesentlich verschärfen sollte. Im Dezember explodierten in Dublin vor dem Gebäude der Transportarbeitergewerkschaft und an einer Bushaltestelle 2 Bomben, die 2 Menschen töteten. Der IRA wurde dieser Anschlag in die Schuhe geschoben und damit die richtige Stimmung erzeugt, um das Gesetz berechtigt erscheinen zu lassen. Es wurde nach den Anschlägen mit überwältigender Mehrheit verabschiedet.

Daß es sich hierbei um eine vom britischen Geheimdienst angezettelte Provokation handelte, wurde unwiderlegbar bewiesen, als 2 im Zusammenhang mit einem Bankraub 73 in Dublin festgenommenen Männer – die Brüder Littlejohn – aussagten, selbst vom Geheimdienst angeworben zu sein. Sie hätten in dessen Auftrag bereits mehrere Bombenanschläge verübt, die man dann der IRA angelastet habe, um die irische Bevölkerung gegen sie aufzuhetzen. (s. AK 33).

Die englische Kapitalistenklasse ist bei ihren Versuchen der Faschisierung von Staat und Gesellschaft in den letzten Wochen ein enormes Stück vorangekommen. Erschreckend deutlich wurde die politische und ideologische Schwäche der englischen Arbeiterbewegung, die trotz großer Kampfbereitschaft auf dem wirtschaftlichen Gebiet eben nicht „automatisch" begreift, daß ihre Interessen und die der irischen Befreiungsbewegung identisch sind. Und die nicht begriffen hat, daß die Waffen, die heute gegen die IRA, der politischen Führung der irischen Arbeiterklasse, geschmiedet werden, morgen gegen sie selbst gerichtet sein werden. Auf diesem Feld werden in nächster Zeit wichtige Aufgaben für die englischen Kommunisten und die Arbeiterlinke liegen. ●

Chemiekomitee, KB/Gruppe Hamburg

England:

Kumpels gegen „Produktivitätsabkommen" erfolgreich



Streikbereite Bergarbeiter

61,5% der gewerkschaftlich organisierten Bergleute in England stimmten in einer Urabstimmung gegen das von Kohlebehörde und Gewerkschaftsführung ausgehandelte „Produktivitätsabkommen". 38,5% der Kumpels befürworteten das Abkommen.

Worum ging es? *„Zweck des Produktivitätsabkommens war es, die unzulängliche Kohleproduktion im Lande zu stimulieren. Beim Lohnkonflikt vom letzten Winter, der zum Sturz der Regierung Heaths führte, rechtfertigten die Bergleute ihre massiven Lohnforderungen unter anderem damit, daß sie dem Land teure Erdölimporte einsparen würden. Sie sind aber jetzt weit davon entfernt, das damals für das laufende Jahr in Aussicht gestellte Produktionsziel zu erreichen. Demzufolge schlug die Kohlebehörde im Sommer den Abschluß eines Produktivitätsabkommens vor ... Vor drei Wochen kam schließlich ein Abkommen zustande, das den Bergleuten substantielle Produktivitätszulagen in Aussicht stellte".* („Neue Züricher Zeitung", 19.11.74).

Doch das Exekutivkomitee des Bergarbeiterverbandes beschloß mit 14 gegen 12 Stimmen, den Kumpels die Ablehnung des ausgehandelten Abkommens zu empfehlen.

Die Kumpels hatten erkannt, daß das Abkommen die Arbeitshetze enorm verschärfen würde und hatten schon Kampfmaßnahmen vorbereitet. Diesem Druck der Basis beugte sich die Mehrheit des Exekutivkomitees. Normalerweise ist das Abstimmungsverhältnis im Exekutivkomitee (in dem auch KP-Mitglieder, Trotzkisten und Marxisten-Leninisten sitzen) 50 : 50 – kämpferische Funktionäre einerseits, rechte Labours andererseits.

Es ging den Kumpels bei ihrer scharfen Ablehnung des Abkommens um mehr als um die Höhe ihres Lohnes. Es ging vor allem um die Methode der Lohnerhöhung. Die Kumpels hatten richtig erkannt, daß sie den Versuch, die nicht unerheblichen Lohnerhöhungen der letzten Zeit durch Produktivitätssteigerungen wettzumachen, bekämpfen mußten. Bei Gültigkeit des Produktivitäts-Abkommens würde eine Nicht-Einhaltung des vorgegebenen Ziels Lohneinbußen für die Kumpels bedeuten.

Den meisten Widerstand erregte bei den Kumpels der Versuch der Kohlebehörde, die einzelnen Gruben gegeneinander auszuspielen, indem die einzelnen Gruben extra für sich bewertet werden sollten. Verschiedenheit der Arbeitsbedingungen, Stand der Rationalisierung usw. sollten für die Bewertung der Kumpels ausschlaggebend sein.

Die Kumpels befürchteten zu Recht, daß durch einen derartigen Passus im Abkommen die gewerkschaftliche Einheit aufs Spiel gesetzt würde. Lohnerhöhungen, wie sie bis jetzt bei den Tarifkämpfen von allen Kumpels gemeinsam erreicht wurden, sollten durch getrennte Bewertungen abgeschafft werden. Aber gerade durch die Kämpfe im Winter, die den Sturz der Heath-Regierung beschleunigten, war das Klassenbewußtsein und die gewerkschaftliche Einheit der Kumpels enorm gestärkt worden.

Die Kumpels haben sich vorerst durchgesetzt. Im März läuft allerdings das alte Lohnabkommen aus und es ist zu erwarten, daß die Kohlebosse ihr Abkommen wieder durchboxen wollen.

Durch Panikmache und Hetze gegen die Kumpels bereiten sich die Kohlebosse schon jetzt auf diesen Lohnkampf vor.

Die linken Mitglieder des Exekutivkomitees des Bergarbeiterverbandes haben angekündigt, daß sie sich an den „Sozialvertrag", der von Regierung und Dachverband der Gewerkschaft ausgehandelt worden ist, nicht gebunden fühlen; außerdem haben sie schon jetzt massive Lohnforderungen angekündigt.

Die Kumpels müssen wachsam sein, sich weiterhin auf ihre eigene Kraft besinnen und ihren Gewerkschaftsführern nicht auf's Maul, sondern auf die Hände schaun.

Rolls-Royce: Lohnabkommen ohne Rücksicht auf „Sozialvertrag"

In dem staatlich finanzierten Automobilwerk Rolls-Royce ist gerade wieder der sogenannte „Sozialvertrag" gebrochen worden. Die Arbeiter hatten einen Lohnabschluß durchgesetzt, der sich nicht am Stabilitätsgerede, sondern an den wirklichen Bedürfnissen der Arbeiterklasse orientiert. Die Labour-Regierung distanzierte sich scharf von diesem Abschluß und machte die Geschäftsleitung für diesen „unvernünftigen" Lohnabschluß verantwortlich. Die Geschäftsleitung wies den Angriff der Regierung zurück. Sie *„legte dar, daß die Arbeiter des Werks sich wegen dieses Lohnkonfliktes seit fünf Wochen im Ausstand befänden und daß infolgedessen, wenn der Streik angedauert hätte, viele internationale Fluggesellschaften ihre mit Rolls-Royce-Motoren angetriebenen Flugzeuge wegen Ersatzteilmangels aus dem Verkehr nehmen müssen. Das Unternehmen könne es sich nicht leisten, die seinen Kunden gegenüber eingegangenen Vertragspflichten zu mißachten und habe deshalb den streikenden Arbeitern gegenüber nachgeben müssen"* („Neue Züricher Zeitung" vom 19.11.74). ●

Ein Hamburger Chemiegenosse

England:

Killer – Gas an Bord



Das Killer-Schiff

Am 11.11. erkrankten aus zunächst unerfindlichen Gründen vier Seeleute auf einem schottischen Container-Schiff, das sich auf dem Weg von Süd-Carolina (USA) nach Greenock in West-Schottland befand. Das Schiff erreichte am 13.11. die Südwestspitze von England, wo es in Falmouth, dem ersten erreichbaren Hafen, außerplanmäßig anlegte. Die vier Seeleute mußten mit dem Hubschrauber auf die Intensiv-Station des Londoner King's Collage Hospital gebracht werden. Ihre Haut war mit dicken Blasen übersät, die inneren Organe waren teilweise schwer geschädigt. Zwei von ihnen mußten inzwischen an die künstliche Niere angeschlossen werden.

Wenige Stunden, nachdem das Schiff wieder ausgelaufen war, erkrankten elf weitere Seeleute – das Schiff mußte schleunigst noch einmal umkehren. Kurze Zeit später klagten noch zwei Seeleute über Beschwerden. Sie alle mußten ebenfalls ins Krankenhaus gebracht werden.

Erst jetzt, nachdem weit über die Hälfte der Besatzung (17 von 28!) mit teilweise lebensbedrohenden Schäden im Krankenhaus lag, sahen sich die staatlichen Stellen gezwungen, etwas zu unternehmen. Man schickte zwei Beamte auf das Schiff; sie konnten aber angeblich nichts feststellen. Weitere zwei Tage dauerte es, bis man auf die Idee kam, Spezialisten für eine gründliche Untersuchung anzufordern. Es kamen an Bord – zwei Spezialisten des „Verteidigungs"-ministeriums!

Diese stellten folgendes fest:

In einem Laderaum des Schiffes befanden sich in einem Container zwei Kanister mit jeweils ca. 32 kg Arsin (Arsenwasserstoff), die leckgeschlagen waren. Das Gas Arsin bewirkt, wenn es eingeatmet wird oder in die Haut eindringt, eine Verdikkung des Blutes, weil die roten Blutkörperchen keinen Sauerstoff mehr transportieren können – größere Mengen des Gases wirken tödlich! Eingesetzt wurde dieses Gas im ersten Weltkrieg! Heute wird es angeblich für Halbleiter in Fernsehapparaten und Rechenmaschinen gebraucht.

Doch nicht die „Schlafmützigkeit" der untersuchenden Beamten ist schuld, daß die Seeleute fünf Tage lang nur auf Verdacht behandelt werden konnten und immer mehr erkranken mußten. Inzwischen wurde folgendes bekannt:

1. Die Kanister waren auf der Frachtgut-Liste gar nicht aufgeführt.
2. Auch auf einer Liste, die der Kapitän bekommt und auf der sämtliche mitgeführten, gefährlichen Frachten verzeichnet sind, war das Gas nicht aufgeführt.
3. Der Container war in keiner Weise als mit höchst gefährlichem Inhalt versehen gekennzeichnet.
4. Der Container wurde infolgedessen wahllos mit anderen zusammen im Laderaum des Schiffes verstaut (z.B. mit einer Sendung Walnüsse!) und
5. Im sogenannten „blauen Buch", dem internationalen Code für gefährliche Seegüter, ist der Stoff Arsin nicht enthalten. Und das, obwohl er seit acht Jahren jeweils fünf- bis sechsmal jährlich verschifft wird!

Nachdem das Unglück nun geschehen ist – mindestens vier Seeleute sind vielleicht für ihr ganzes Leben geschädigt – soll untersucht werden, *„ob das Gas normalerweise in ausreichender Quantität verschifft wird, um eine Aufnahme in den Code zu rechtfertigen"* (Guardian, 19.11.)! Welch menschenverachtender Zynismus spricht daraus!

Das Schiff lag ganze zwei Wochen im Hafen von Falmouth; man fand keine Möglichkeit, das Gas ohne Gefahr aus dem Laderaum zu beseitigen. Es gibt offenbar keine Chemikalien, die das Gas unschädlich machen könnten. So stellte das Schiff eine ständige Bedrohung für die Bewohner von Falmouth dar. Als am 19.11. Sturmwarnung gegeben wurde, bestand die akute Gefahr, daß das Schiff noch weiter in die Stadt hinein oder gegen Felsen in der Bucht, in der es liegt, getrieben würde. Um dieser Gefahr zu entgehen, gaben die Schiffseigner das Versprechen, bei Anschwellen des Sturms den Befehl zum Auslaufen des Schiffes zu geben.

Inzwischen ist eine Entscheidung gefällt worden: Das Schiff lief am 23.11., also nach knapp zwei Wochen Liegezeit im Hafen von Falmouth, aus und pumpte das Gas auf See, 150 Meilen südwestlich der Scilly-Inseln, aus dem Laderaum.

Da das Gas schwerer als Luft und außerdem wasserlöslich ist, wird das zumindest für viele Fische und Seevögel den sicheren Tod bedeuten. ●

Chemiekomitee, KB/Gruppe Hamburg

Südafrika – „sicheres Land für Investitionen"

Während in den imperialistischen Staaten eine „Weltwirtschaftskrise" mehr und mehr um sich greift, scheint in der „Republik Südafrika" (RSA) eine Oase des Kapitals zu blühen.

So wirbt die RSA für das Jahr 1974 mit einem Zuwachs des Bruttosozialprodukts (die vom Proletariat eines Landes produzierten und erbrachten Güter und Leistungen) von 7 %. Eine solche Steigerung wird ebenfalls für die folgenden Jahre vorausgesagt.

Diese Zahl allein macht den Unterschied zu den Profitmöglichkeiten der Kapitalisten deutlich:

in den imperialistischen Ländern liegt der Zuwachs des Bruttosozialproduktes bei ca. 1 – 2 % jährlich!

„Natürliche Grundlage" für das Eindringen der Imperialisten sind die großen Rohstoffvorkommen des Landes. Die RSA gehört zu den größten Lieferanten der Welt bei folgenden Bodenschätzen:

- Gold, Diamanten, Mangan, Uran, Chrom, Kohle, Kupfer, Asbest, Titanium, Vanadium, Eisenerze, Platin und Phosphate

(hierbei sind nur die Rohstoffe genannt, bei denen die RSA zu den ersten vier Lieferanten der kapitalistischen Welt gehört).

In diesen Bereichen wurden 1973 Zuwachsraten erzielt, die den Kapitalisten das Wasser im Munde zusammen laufen lassen:

- Im Vergleich zu 1972 stieg der Umsatz bei den Bergbauprodukten (ohne Diamanten und Gold) um 46%. Bei der Diamantenproduktion um 40,5 % und beim Gold gar um 54 %!! (Alle Angaben aus dem „Journal Südafrika" Nr. 8/74)

Ein zweiter – jedoch wesentlicher – Grund für das „gute Investitionsklima" sind die niedrigen Lohnkosten in der RSA. In der BRD müssen die Kapitalisten in der Bergbau- und verarbeitenden Industrie Stundenlöhne von ca. 8 – 12 DM zahlen. In Südafrika zahlen die BRD-Kapitalisten dem schwarzen Proletariat Löhne von ca. 1,60 DM!! Das ist weniger, als ein von einer UN-Kommission ausgerechnetes Existenzminimum von 460,– DM im Monat.

Ergebnis: Im Jahr 1971 z.B. investierten imperialistische Unternehmen in der RSA ca. 24 Mrd. DM. Hierbei lagen die BRD-Kapitalisten nach den USA und England an dritter Stelle. Für die Kapitalisten liegen die Jahresprofite bei 11 – 14 % netto!! (In der BRD im Schnitt 6 – 8 %) (aus „Journal Südafrika" Nr. 6/74).

Das BRD-Kapital – Blutsauger der afrikanischen Bevölkerung

Das BRD-Kapital – Blutsauger der afrikanischen Bevölkerung

Das BRD-Kapital gehört zu den größten Ausbeutern des südafrikanischen Volkes. So stieg der Warenaustausch 1972 gegenüber dem Vorjahr um 29 % auf 3,8 Mrd. DM („UZ", 29.5.74).

Im ersten Halbjahr '74 erhöhte sich der Export aus der BRD um 75% gegenüber dem Vorjahr!! („UZ", 3.8.74).

Die größten BRD-Kapitalisten in der RSA sind VW, Daimler-Benz, Henschel, Klöckner, Krupp, AEG, Siemens, BASF, Hoechst und Farbenwerke Bayer. Sie alle zahlen Löhne, die zwischen 30 und 50 % unter dem Existenzminimum der afrikanischen Arbeiter liegen!! („Konkret", Nr. 21/73).

Ein Sprecher der Unternehmensgruppe Rosenthal (Rosenthal ist MdB der SPD) faßte zusammen: „*Bei der Firma Rosenthal in Bayern ... verdient ein Arbeiter in zwei Stunden das, was mancher Bantu in einer Woche verdient..... Auf diese Weise kommen wir zu ganz interessanten Preisen*" („Konkret", Nr. 21/73).

Daß die BRD-Imperialisten durchaus sehr langfristig ihre Beziehungen zur RSA anlegen, machen folgende Beispiele deutlich:

- Die zur Ruhr-Kohle AG gehörende STEAG (Steinkohlen-Elektrizitäts-AG) baut in Namibia eine Urananreicherungsanlage, um den Uranbedarf der BRD bis über 1980 hinaus abzudecken („UZ", 29.5.74 und „Horizont", Nr. 20/74);
- Die Klöcknerwerke haben sich eine Mehrheit bei der SWA Lithium Mines Co. Ltd. gesichert („UZ", 4.6.74);
- Die AEG-Telefunken und Siemens bauen für 60 Mill. DM ein Nachrichtensystem mit Lang- und Kurzwellensendern und einer Datenverarbeitung auf („UZ", 29.5.74);
- Die Deutsche Bank gewährte der faschistischen Regierung in der RSA einen Kredit zum Ausbau des Verkehrswesens (z.Z. noch „eine schwache Stelle") in Höhe von 60 Mio. DM („Deutsche Volkszeitung" vom 24.10.74);
- Für den Kapitalexport aus der BRD sind „*die Commerzbank, die Berliner Handelsgesellschaft und die Deutsche Bank mit eigenen Niederlassungen in Südafrika federführend und fungieren als Lobby für die BRD-Konzerne*" („Deutsche Volkszeitung" vom 24.10.74);
- „Namhafte westdeutsche Unternehmen" sind am Neubau des größten Stahlwerks auf dem afrikanischen Kontinent in der Bucht von Saldanha beteiligt. Unter ihrer Regie will die ISCOR (ein südafrikanisches Stahlunternehmen) im Jahre 1983 dort eine Stahlproduktion von 10,5 Mio. Tonnen erreichen! („Südafrika-Journal", 4/74)

Die BRD-Kapitalisten profitieren zudem von dem extrem ungerechten Steuersystem der faschistischen Regierung:

- Während die Arbeiter und Angestellten einen Steuersatz von ca. 30% zu zahlen haben, zahlen die Kapitalisten für ihre Dividenden 15% Steuern (in der BRD 25%), bei Zinsen aus Anleihen nur ganze 10% (in der BRD 30%) und die Körperschaftssteuer beträgt 41% (in der BRD 51%)!

Diese wenigen Beispiele erklären zur Genüge, warum die BRD-Handelsbeziehungen zur RSA zu über 70% aus Kapitalexport und dem Export von Investitionsgütern besteht.

Das faschistische Regime – Statthalter der Imperialisten

In Südafrika herrscht seit Jahrzehnten ein weißes Minderheitenregime (die weiße Bevölkerung macht ca. 17% der Gesamtbevölkerung aus)! Es betreibt eine Politik der „Apartheid", d.h. der „getrennten Rassenentwicklung".

So stehen in den Städten Johannesburg und Kapstadt der schwarzen Bevölkerung jeweils nur ein Drittel Weiße gegenüber. Diese wohnen aber in den „guten" Stadtvierteln, während sich die Mehrzahl der Schwarzen in Slumgürteln um die Städte zusammenpferchen müssen!

Die Schwarzen dürfen nicht die Schulen und die anderen Ausbildungsstätten der Weißen besuchen.

- Obwohl die Schwarzen einen Bevölkerungsanteil von ca. 83% haben, studieren an den Hochschulen nur 14.000 Schwarze gegenüber 108.000 Weißen!!

völkerungsanteil von ca. 83% haben, studieren an den Hochschulen nur 14.000 Schwarze gegenüber 108.000 Weißen!!

In der RSA gibt es ein getrenntes Rechtssystem für Weiße und Schwarze („zivilisiertes und Bantu-Recht"). Hierbei sieht das Banturecht wesentlich schwerere Strafen für gleiche „Taten" vor als das „zivilisierte" Recht (z.B. ist die Prügelstrafe an der Tagesordnung).

„*Südafrika ist ein freies Land und ein starkes antikommunistisches Bollwerk. ... Es gibt keine Pressezensur in Südafrika. Zeitungen können nur nach dem geänderten Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus gehemmt oder verboten werden*" (aus: „das ist Südafrika", eine Propagandazeitschrift der Regierung für potentielle Einwanderer).

Zur Erweiterung dieses Gesetzes wurde jetzt ein Machwerk gegen „die Begünstigung oder Anstiftung von Feindseligkeiten" von der Regierung verabschiedet. Nach ihm wird die „Verbreitung von Geschäftsnachrichten aus dem In- und Ausland verboten, wenn sie nicht von der Regierung genehmigt sind" („Süddeutsche Zeitung" vom 23.10.74)!

Selbstverständlich ist jede politische und gewerkschaftliche Betätigung dem weißen und dem schwarzen Proletariat verboten. Links von den Regierungsparteien stehende Parteien oder politische Organisationen sind verboten, ihre Mitglieder werden verfolgt, gefoltert und oft lebenslang eingekerkert:

- So werden jährlich von der UNO ca. 150 Hinrichtungen, 70.000 Auspeitschungen und 800.000 Verhaftungen registriert!!!
- Auf der KZ-Insel Robben Island sind hunderte von Mitgliedern der illegalen KP und des ANC (einer schwarzen Befreiungsorganisation) inhaftiert („Horizont", 38/74).

Das ist das „allgemein gute Investitionsklima" für die BRD-Imperialisten in Südafrika!

Genauso wichtig und ertragreich sind die faschistischen „Gesetze zur Organisierung der Arbeit":

- So werden die gesetzlichen Mindestlöhne von der Regierung festgesetzt. Ein Facharbeiter bekommt demnach ca. 4,– DM Stundenlohn, ein Hilfsarbeiter zwischen 1,50 und 2,– DM.
- Das berüchtigte Gesetz der „Jobreservation" verbietet es der schwarzen Bevölkerung, den Beruf des Facharbeiters zu erlernen. Nach ihm dürfen die Schwarzen sich auch den Arbeitsplatz nicht frei wählen, sondern müssen sich vermitteln lassen. Sie müssen langfristige Arbeitsverträge abschließen und in Lagern der Firmen hausen!
- In Südafrika gibt es eine Zwangsschlichtung. Nach diesem Gesetz von 1956 verhandeln von der Regierung ernannte „Kommissionen" Löhne und Arbeitsbedingungen mit den Kapitalisten.
- Die Ergebnisse werden als Gesetze verabschiedet.

Jeder, der gegen die „Industrieverträge" protestiert, ist ein „Gesetzesbrecher" und wird dementsprechend behandelt!

- Seit September 1973 wurden von der faschistischen Polizei bei Streiks in den Minen insgesamt 54 Arbeiter erschossen („Süddeutsche Zeitung", 25.10.74) und allein im August '73 wurden auf der „Western Deep Level" Mine zwölf Arbeiter erschossen.

Eine solche durch und durch menschenfeindliche, faschistische Politik bietet für die Imperialisten natürlich die notwendige „Ruhe und Ordnung", in der sie ihre Konkurrenzsituation weltweit ausbauen können. Die hohen Investitionen des BRD-Kapitals in Südafrika sprechen in diesem Zusammenhang für sich!!

Daß es den Kapitalisten darum geht, eine solche Politik auch langfristig zu sichern, beweist ihre Teilnahme und Einflußnahme an der Militär- und Polizeipolitik der RSA.

Die Nato – Instrument des Faschismus

Obwohl die Bundesregierung und die Regierungen anderer imperialistischer Länder Waffenlieferungen an die RSA ständig abstreiten – von Wechmar: „*Wer etwas anderes behauptet, der verbreitet ... eine Lüge*" („Frankfurter Rundschau", 30.10.74) – wird Südafrika permanent von der Nato mit Waffen versorgt.

Offiziell wird das Interesse der Nato an der RSA immer mit der Prä-

– wird Südafrika permanent von der Nato mit Waffen versorgt.
Offiziell wird das Interesse der Nato an der RSA immer mit der Prä-

senz der Sowjetflotte in den südlichen Breiten begründet.

Daß dies aber nur ein oberflächlicher Vorwand ist, haben die Strategen der Nato erst kürzlich deutlich gemacht:

- Wegen der zunehmenden Stärke der Volksbefreiungskräfte (FRELIMO) in Mosambik haben die USA und die Nato schon vor Monaten mit der Aufstellung von geheimen Plänen zur „Verteidigung" Südafrikas mit Luft- und Seestreitkräften begonnen („Washington Post", 2.5.74);
- der Nato-Oberbefehlshaber Atlantic hat die Vollmacht zum „Studium" möglicher Operationen im südlichen Afrika erhalten. Das Ziel: die Aufstellung einer Interventionsstreitmacht in diesem Gebiet mit südafrikanischer Beteiligung! („Observer", 19.5.74);
- Die englischen Konservativen: „*Der südliche Atlantik muß in die Nato eingeschlossen werden angesichts ihrer Rolle als Bastion gegen die Ausbreitung des Kommunismus in Afrika*" („The round table" im Juli 1970);
- Die Engländer übernehmen in diesem Zusammenhang eine Vorreiterrolle – aufgrund ihrer „traditionellen Stellung" in Afrika! So wurde bereits 1955 zwischen der RSA und Großbritannien das „Simonstown Agreement" geschlossen. Es ermöglicht der Nato die Luftüberwachung im Südatlantik von Südafrika aus; die Lieferung moderner Aufklärungsflugzeuge an Südafrika; gemeinsame Nachrichten und U-Boot-Manöver im südafrikanischen Bereich!!
- Ziel der Nato ist es, „*die Möglichkeiten zu schaffen, um unseren potentiellen Alliierten im südlichen Afrika zu Hilfe zu kommen, wenn dies nötig werden sollte*" (aus einem Papier des Unterausschusses der „Nordatlantischen Versammlung").

Alle oben gemachten Angaben entstammen einer Rundfunksendung des WDR vom 14.6.74.

Was die BRD anbetrifft, so liefert sie reichlich Waffenmaterial an die RSA über Drittländer:

- Über Frankreich liefert die BRD Flug- und Panzerabwehrraketen, Panzer und leichte Geschütze!
- Über England nachrichtentechnisches Material.

Direkte militärische Projekte werden von vielen BRD-Firmen in der RSA unterstützt. So sind Firmen wie AEG-Telefunken, Siemens, VAW und Messerschmidt-Bölkow-Blohm mit militärischen Aufträgen der südafrikanischen Armee befaßt.

Auch direkte militärische Verbindungen bestehen:

- im März 1974 besuchte das Schulschiff der Bundesmarine „Deutschland" Südafrika.

Daß hier nicht nur Konversation gepflegt wurde, sagt das „journal Südafrika" 4/74 deutlich: Der Besuch sei im Geiste ungetrübter Marinetraditon verlaufen.

Nicht nur NATO Länder zählen zu den militärischen Stützen des faschistischen Regimes in Pretoria.

- „*Die südafrikanische Marine will ihre Fregatten mit israelischen See-See- Raketen modernisieren. Israels Rüstungsindustrie liefert bisher und weiterhin an Südafrika: leichte Geschütze, schwere Mörser sowie Handfeuerwaffen und elektronische und mechanische Warnanlagen zur Grenzsicherung*" („Spiegel" 39/74).

Abschließend kann wohl festgehalten werden, daß Südafrika beinahe als „Musterbeispiel" imperialistischer Politik allgemein und der Politik des BRD-Kapitals im Besonderen gelten kann. ●

HSW-Betriebszelle
KB-Gruppe Hamburg

Imperialisten sichern UN-Mitgliedschaft Südafrikas

Am 12. November wurde das faschistische Regime Südafrikas von der laufenden Sitzungsperiode der UNO ausgeschlossen. Für diesen Ausschluß stimmten 91 Delegierte (zumeist aus den unterentwickelt gehaltenen Ländern Afrikas und Asiens sowie die Vertreter der Sowjetunion und der VR China), dagegen alle EG-Staaten, die USA und ihre Lakaien.

Schon Ende Oktober stand ein Antrag zur Debatte, Südafrika ganz aus der UN auszuschließen. Er wurde durch das Veto der USA, Großbritanniens und Frankreichs verhindert!

Wenn auch die UN-Debatte über Südafrika im Oktober und der Ausschluß mehr symbolischen Charakter hat und die Politik der weißen Faschisten kaum beeinflussen wird („*Der Ausschluß wurde im Land selbst, besonders in Wirtschafts- und Finanzkreisen denkbar gelassen aufgenommen*", Handelsblatt 15.11.74), so klärte sie doch die Fronten! Gleichzeitig wurde die UNO von den Gegnern des Regimes als Tribüne benutzt, vor der Weltöffentlichkeit die eigentlichen Herren in Südafrika bloßzustellen!

Schon während der Debatte mußte die „FAZ" feststellen: „*Den Mitgliedsstaaten der Nato geht es darum, den Seeweg um das Kap sowie die südafrikanischen Rohstofflager für die westliche Welt zu sichern*" (21.10.74). Im gleichen Artikel wird berichtet: „*Die fast permanente Anwesenheit hoher westlicher Nato-Offiziere in Südafrika unterstreicht die Sorge des westlichen Verteidigungsbündnisses vor einer möglichen offenen Versorgungsflanke*".

Das Veto der USA, Englands und Frankreichs dient daher kaum dazu, daß die UNO nun „*alle Mittel ausschöpft, um Druck auf Südafrika auszuüben*" („FR" 1.11.74), sondern die Imperialisten sind daran interessiert, einen wertvollen „Partner" nicht zu verlieren.

Die Regierung in Pretoria sieht in dem Veto „*ihre Annahme bestätigt, daß der Westen bereit ist, dem Land die Treue zu halten*" („FR" 4.11.74). Premierminister Vorster konnte nach der UN-Debatte feststellen: „*Apartheidpolitik wird nicht geändert*" („Süddeutsche Zeitung" 19.11.74).

Wenn auch die UN-Debatte über Südafrika zur abstrakten Klärung beigetragen hat, so wurde doch für die unterdrückten Massen deutlich, daß UN-Resolutionen und Beschlüsse nur ein Fetzen Papier in den Händen der Imperialisten sind! ●

Wahlen in Griechenland

Vorerst Sieg der Reaktion

In Griechenland fanden am 17. November erstmals seit 10 Jahren wieder Wahlen statt, nachdem am 23. Juli die 1967 errichtete Militärdiktatur durch eine Zivilregierung unter dem reaktionären Politiker Karamanlis abgelöst worden war.

Bei den Wahlen bekam die Partei von Karamanlis unter dem reklamekräftigen Namen „Neue Demokratie" (ND) die absolute Mehrheit der

Bei einer Demonstration gegen den US-Imperialismus

Stimmen – 54,37%. Die bisher ebenfalls an der Übergangsregierung Karamanlis beteiligte „Zentrumsunion - Neue Kräfte" (EK-ND) von Außenminister Mavros bekam 20,42%. Die „Panhellenische Sozialistische Bewegung" (PASOK) von Andreas Papandreou(Sohn des früheren, während der faschistischen Diktatur verstorbenen populären Führers der Zentrumsunion) landete mit 13,58% auf dem dritten Platz. Die „Vereinigte Linke" (EA) – Wahlbündnis der beiden revisionistischen „KP"'s Griechenlands und einiger unabhängiger Linker – bekam 9,1%. Die „Nationale Demokratische Union" (EDE) von Garufalias, die auf faschistischen Positionen operierte, landete abgeschlagen bei 1,10%.

(EA) – Wahlbündnis der beiden revisionistischen „KP"'s Griechenlands und einiger unabhängiger Linker – bekam 9,1%. Die „Nationale Demokratische Union" (EDE) von Garufalias, die auf faschistischen Positionen operierte, landete abgeschlagen bei 1,10%.

Antifaschistische Kundgebung im August

Die erstmals kandidierende „Revolutionäre Kommunistische Bewegung" (EKKE) – „Schwesterpartei" der westdeutschen „KPD"–„Rote Fahne" –blieb mit ganzen 0,02% (= 1.053 Stimmen) sicher weit unter ihren eigenen Erwartungen und denen ihrer Freunde von der „Roten Fahne" *(„Aber die griechischen Volksmassen, gestählt durch ihren Kampf gegen den Faschismus, ließen sich nicht täuschen über den wahren Charakter der Karamanlis-Regierung"* etc. – aus einem Flugblatt der „KPD" und EKKE in Hamburg v o r den Wahlen).

Entsprechend dem griechischen Wahlsystem, das die stimmenstärkste Partei erheblich begünstigt, ergibt sich ein großes Übergewicht von ND und EK-ND im Parlament. Und zwar: 220 Sitze von 300 für die ND, 60 für die EK-ND. 12 Sitze für die PASOK, 8 für die EA.

Gegenüber den letzten Wahlen vor dem faschistischen Putsch (1964) bedeutet dieses Ergebnis eine erhebliche Festigung „konservativer" und reaktionärer Positionen. Jene Wahl hatte die damalige Zentrumsunion von Georg Papandreu (die wohl links von der heutigen EK-ND, aber andererseits auch rechts von der erst kürzlich gegründeten PASOK von Andreas Papandreu einzuordnen ist) mit 52,7% der Stimmen hoch gewonnen. Dem entsprachen damals 173 Parlamentssitze. Die ERE von Karamanlis (entspricht der heutigen ND) hatte nur 35,2% bekommen (101 Sitze). Die EDA (legale Organisation der damals verbotenen und noch nicht gespaltenen „KP") bekam 12,0% (26 Sitze).

Die 1967 nach einer mehrmonatigen „Regierungskrise" und Arbeitermassendemonstrationen angekündigten Neuwahlen hätten damals aller Voraussicht nach die Stellung von Andreas Papandreu noch verstärkt. Das war ein zentraler Grund für den dann durchgeführten faschistischen Putsch. Unter dem Strich bleibt nach sieben Jahren faschistischer Diktatur vorerst eine gestärkte Stellung der Rechten.

Das war ein zentraler Grund für den dann durchgeführten faschistischen Putsch. Unter dem Strich bleibt nach sieben Jahren faschistischer Diktatur vorerst eine gestärkte Stellung der Rechten.
Immerhin haben die Wahlergeb-

Immerhin haben die Wahlergebnisse in den Großstädten (Thessaloniki, Athen, Piraios) für die EA und auch für die PASOK Ergebnisse gebracht, die deutlich über dem Landesdurchschnitt liegen (während andererseits Karamanlis in ländlichen Bezirschnitt liegen (während andererseits Karamanlis in ländlichen Bezirken z.T. über 70% kam). So ist die EA in einigen Wahlbezirken von Athen und Piraios stärker als die PASOK geworden und z.T. sogar stärker als die EK-ND von Mavros. In Thessaloniki kam der stärkste Kandidat der ND auf 41.000 Stimmen, der EA auf 17.200, der EK-ND auf 10.800 und der PASOK auf 9.400. Dies zeigt zum einen die klare Überlegenheit der Karamanlis-Partei selbst in einer Großstadt, zum anderen aber auch das relativ starke Gewicht der EA.

Die Karamanlis-Partei hatte den Wahlkampf so geführt, daß sie zum einen scheinbare Zugeständnisse in Richtung Demokratisierung und Lösung vom beherrschenden Einfluß des US-Imperialismus machte (Freilassung aller politischen Gefangenen, Austritt aus der militärischen Integration der NATO, zaghafte „Säuberungen" des faschistischen Verwaltungs- und Militärapparates), zum anderen aber mit unverhohlenen Drohungen auf vorhandene Angst vor einer neuen Diktatur spekulierte. Nicht nur „die Panzer" müßten weg, sondern auch „die Demagogen", die mit Schuld an „den Panzern" (am faschistischen Putsch) gewesen seien, was sich erstens speziell gegen die reformistische und liberale Linke und Mitte richtet, zweitens aber offenbar auch allgemein gegen das „Parteigezänk", also für eine möglichst vorherrschende Einheitspartei (natürlich die auf Restauration bedachte „Neue Demokratie" des Herrn Karamanlis, versteht sich!). D.h. es wird – übrigens im „besten" faschistischen Stil von Hitlers Gekläff gegen die Weimarer „Republik" – vorgegeben, daß die gewiß nicht attraktiven Zustände einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie sozusagen den Putsch „provozierten" und daß dem nur durch einen „starken Mann" zu begegnen ist, der alles „Parteige-

stischen Stil von Hitlers Gekläff gegen die Weimarer „Republik" – vorgegeben, daß die gewiß nicht attraktiven Zustände einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie sozusagen den Putsch „provozierten" und daß dem nur durch einen „starken Mann" zu begegnen ist, der alles „Parteige-

zänk" erdrückt („Ich oder die Panzer" – wie Karamanlis im Wahlkampf drohte).

Es ist sicher nur die halbe Antwort, wenn richtig festgestellt wird, Karamanlis habe diesen hohen Wahlsieg erreichen können wegen der Einschüchterung (mit den „Panzern") etc. Dasselbe hat ja z.B. auch Spinola (ex und hopp!) in Protugal v e r s u c h t , dort aber zunächst einmal o h n e Erfolg. Man muß also konstatieren, daß in Griechenland im Unterschied zu Portugal zunächst einmal die mit Drohungen ausgestalteten Parolen von „Ruhe und Ordnung" die Oberhand behielten, und umgekehrt der Wille zu wirklichen Veränderungen (in Griechenland recht und schlecht ausgedrückt durch die EA und PASOK sowie als Nullgröße die EKKE) noch relativ schwach bei den Wahlen zum Ausdruck kam.

Selbst die bürgerliche Presse geht aber von der Erwartung aus, daß diese Verhältnisse alles andere als statisch zu sehen sind, daß nunmehr Karamanlis in hohem Maße an seinen Versprechungen („Demokratisierung" etc.) gemessen werden wird und dabei schnell in große Schwierigkeiten kommen kann.

Als hoffnungsvolles Signal ist die Massendemonstration zu sehen, mit der am Sonntag, 25.11., das demokratische Athen die Studenten ehrte, die ein Jahr zuvor, am 17.11.73, unter vielen Todesopfern gegen den Faschismus auf die Straße gingen und damit den endgültigen Sturz der Junta beschleunigten. *„Zu Hunderttausenden"* („FR", 25.11.), mit *„einer Million Menschen"* („il manifesto", 26.11.), folgte die Bevölkerung von Athen dem Demonstrationsaufruf der Studenten, der von anderen demokratischen Organisationen unterstützt worden war. Die Menge zeigte und rief Parolen wie „Bestrafung der Junta-Mitglieder und Folterer", „Volkssouveränität", „Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus".

Karamanlis, der sich schon als zweiter de Gaulle fühlt, sollte auch an dessen Ende denken! ●

16.8.74: Andreas Papandreu (lachend i.d.Mitte) kehrt nach Griechenland zurück

Die OAS setzt Sanktionen gegen Kuba fort

Die OAS setzt Sanktionen gegen Kuba fort

Seit zwölf Jahren gibt es den Beschluß der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten), nach dem das sozialistische Kuba politisch und wirtschaftlich boykottiert wird.

Die Vertretungen von Kolumbien, Costa Rica und Venezuela stellten im November '74 in der OAS den Antrag, die Sanktionen gegen Kuba aufzuheben. (Zu bemerken ist dabei, daß der Boykottbeschluß schon des längeren von Mexico, Argentinien, Peru, Panama und Trinidad-Tobogo nicht eingehalten wurde.) Dieser Antrag bekam nicht die notwendige 2/3-Mehrheit. Befürwortet wurde er von Venezuela, Costa Rica, Kolumbien, Mexico, Argentinien, Peru, Panama, Ecuador, Dominikanische Rephblik, El Salvador, Trinidad-Tobogo und Honduras.

Dagegen stimmten die Vertreter Chiles, Paraguays und Uruguays. Es enthielten sich die USA, Guatemala, Bolivien, Brasilien, Nicaragua und Haiti.

Die kubanische Regierung hat kein Interesse an der OAS. Ist sie sich doch im Klaren, daß die Staaten, die den Antrag unterstützen, keine Verbesserung der Beziehungen zwischen den Völkern wollen, sondern an Profit (sprich: Handelsbeziehungen) interessiert sind. Vor kurzem urteilte Fidel Castro über die OAS: „Ein verfaulter Kadaver".

Gib' den Yankees Saures!

Unabhängig von den OAS-Geschichten hat sich die Washingtoner Regierung seit Ford immer „flexibler" gegenüber Kuba gezeigt. Nixon hatte noch gehetzt, Kuba würde „den Terrorismus in Lateinamerika unterstützen."

Die kubanische Regierung ist nicht grundsätzlich gegen Kontakte zu den USA, doch ändert sie deshalb nicht ihre Einstellung zum US-Imperialismus: Während zwei US-Abgeordnete Kuba besuchen durften, machte Fidel in einer Pressekonferenz den CIA und die US-Regierung für den Militärputsch in Chile und den Mord an Allende und tausenden Chilenen verantwortlich.

Bei einer Kundgebung, an der die beiden US-Abgeordneten bei ihrer Kuba-Reise teilnahmen, skandierten einige tausend Kubaner : „Fidel seguro, alos Yanquis dales duro" (Fidel, gib' den Yankees mächtig Saures). ●

Ein Hamburger Chemiegenosse

USA

Freispruch für Mörder in Uniform

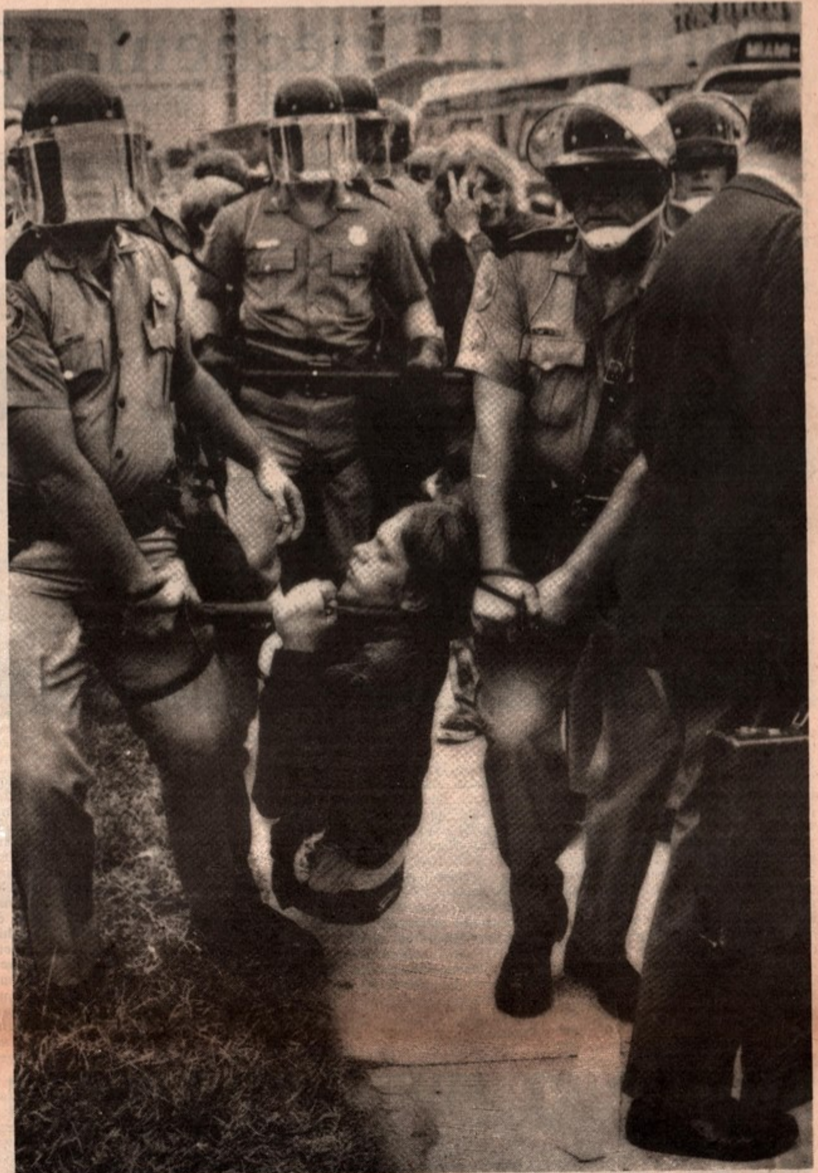
Im Mai 1970 riefen die Ereignisse an der Universität Kent (USA) internationale Empörung hervor: Am 4. Mai '70 war es an fast allen Universitäten der USA zu großen Protestdemonstrationen gegen den Überfall der US-Armee auf Kambodscha einige Tage zuvor gekommen. An der Universität von Kent schoß die eingesetzte „Nationalgarde" (eine Bürgerkriegstruppe) in die Menge. Vier Studenten wurden so ermordet, zahlreiche weitere verletzt.

Inzwischen hat sich das Bundesgericht in Cleveland mit diesem Massaker befaßt. Nach nur acht Verhandlungstagen (der Staatsanwalt hatte gerade die Anklagepunkte gegen die Nationalgardisten vorgetragen) stellte Bundesrichter Battisti das Verfahren ein. Den Mordschützen des US-Kapitals sei kein Vorwurf zu machen, sie hätten sich gegenüber den (unbewaffneten!) Studenten in einer „Panik" befunden, als sie schossen!

Man sieht auch hier: „James Bond", mit der „Lizenz", ungestraft zu morden, ist auch in den USA keine bloße Filmfigur, sondern wird offenbar in den USA ebenso wie in der BRD zum Normalfall eines Bullen oder Bürgerkrieglers („Nationalgarde" in den USA, BGS in der BRD)! ●



Nach 8 Verhandlungstagen: Verfahren gegen Mordschützen (Nationalgardisten) eingestellt



US-Polizei schleppt Demonstranten weg

KAKUEI TANAKA



Wie's der ARBEITERKAMPF Nr. 52 – in seiner Einschätzung wieder einmal goldrichtig liegend – vorhergesagt hatte, ist der Premier des japanischen Imperialismus Kakuei Tanaka von seinem Regierungsamt und von seiner Funktion als Vorsitzender der ‚Liberaldemokratischen Partei' (LDP) zurückgetreten.

Tanaka, der seine bereits vor mehreren Tagen angedeutete Demission (pikanterweise noch während des Ford-Besuchs) am Dienstag, den 26. November '74, in einer Erklärung vor der japanischen Öffentlichkeit bekanntgab, erklärte sich *„politisch und persönlich zutiefst verantwortlich für die derzeitige politische Verwirrung, die Ergebnis meiner persönlichen Probleme ist."* („FR", 27.11.74)

Die „persönlichen Probleme" Tanakas sind dessen kriminelle Verstrikkungen in eine ganze Reihe von Korruptionsfällen und „Amtsmißbrauch zur persönlichen Bereicherung", die in den zurückliegenden Wochen zunehmend in das Feuer öffentlicher Kritik geraten waren. Tanaka lehnte eine rechtfertigende Stellungnahme zu den schwerwiegenden Vorwürfen ab – er „versicherte" jedoch, *„zu gegebener Zeit die Wahrheit klarzumachen (!)."* („FR", 27.11.74)

Abgesehen davon, daß eine Stellungnahme „zu gegebener Zeit" völlig uninteressant sein wird, wissen wir spätestens seit Nixon, was von derartigen Versprechen zu halten ist. ...

Die Krise um den LDP-Vorsitzenden und Premier Tanaka war in jüngster Zeit durch die groß aufgemachten Enthüllungen über die verbrecherischen Machenschaften des japanischen Regierungschefs verschärft – aber n i c h t a u s g e l ö s t worden. „*Tanaka (stolperte) nicht so sehr über die ihm unterstellte Korruption und Amtsanmaßung, sondern er stürzte über die gleichen unbewältigten Probleme, die ihm einmal zu Amt und Würden verholfen hatten ...*" und *„der Vorwurf der Korruption und Amtsanmaßung ... diente da nur noch als bequemer Anlaß, den Premier zum Abdanken zu zwingen"*, so kommentiert der „FAZ"-Korrespondent in Tokio – in diesem Fall sehr treffend – Tanakas schmähliches politisches Ende. („FAZ", 28.11.74)

Zu diesen „ungelösten Problemen" gehören:

- die wachsenden Arbeitslosenzahlen, die heute bereits die eine Million-Grenze überschritten haben;
- die um 26 Prozent schwankende Inflationsrate, die im Vergleich zu allen anderen imperialistischen Ländern „Spitze" ist;
- die katastrophalen Wohnverhältnisse der werktätigen Massen, die keinen entwickelten kapitalistischen Ländern vergleichbar sind, sondern eher an die Elendsquartiere der frühkapitalistischen Gesellschaften oder der unterentwickelt gehaltenen Länder erinnern;
- die exessiven Spekulationsgeschäfte im Bereich des Handels und des Grundbesitzes, die neben einer enormen Bereicherung des Großkapitals u.a. dazu geführt haben, daß *„in Tokio ... für die Bodenfläche von der Größe einer Postkarte ein Rekordpreis von 900 (neunhundert) DM gezahlt"* wird („FAZ", 28.11.74);
- die generell absackende Konjunktur, die – nach neuesten Erkenntnissen – zu einem Minus-Wachstum von 1,6 Prozent für das laufende Jahr führen wird (womit *„zum ersten Mal seit 1945 ... das Wachstum der japanischen Wirtschaft rückläufig ist"*, „FR", 27.11.74).

Mit diesen Punkten sind sicherlich nur einige der „ungelösten Probleme" genannt worden, die Tanaka zum Rücktritt gezwungen haben und die – so oder so – seinen Nachfolger im Amt beschäftigen werden.

Das japanische Großkapital scheint (nach gleichlautenden Meldungen der bürgerlichen westdeutschen Presse) den ehemaligen Finanzminister Fukuda – einen Vertreter der äußersten Rechten innerhalb der LDP – für das Amt des Ministerpräsidenten favorisiert zu haben. Und ohne das direkte Votum und die finanzielle „Stütze" der Monopolbourgeoisie ist bisher im imperialistischen Japan noch kein bürgerlicher Politiker an die Spitze des Staates gekommen ...

Für die werktätigen Massen Japans kann der Figurenwechsel in der LDP-Führung und in der Regierung des Landes keine Verbesserungen bringen. Es ist im Gegenteil damit zu rechnen, daß der Klassenkampf von oben schärfere Formen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens annehmen wird und daß – vorausgesetzt die reaktionären, profaschistischen Serankai – Leute, zu denen Fukuda gehört, setzen sich durch – außenpolitisch der Anti-Kommunismus wieder stärker zur Geltung kommen wird (dies gilt insbesondere gegenüber der VR China!). ●

Metall-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 12.500 Erscheinungsweise: 4 mal vierteljährlich Verkaufspreis: 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents

Palästina

Weltweite Unterstützung für die PLO –

Wirtschaftliche Notstandsmaßnahmen und Proteste in Israel

Mit dem Auftreten von Arafat, Vorsitzender der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation) vor der UNO hat das Recht des palästinensischen Volkes auf nationale Existenz eine neue internationale Bestätigung gefunden. Während der israelische UN-Vertreter Tekoah wutschnaubend den Saal verlassen hatte, bereitete die überwältigende Mehrheit der Delegierten Arafat einen begeisterten Empfang.

Am 22.11. faßte die UNO mit 89 gegen acht Stimmen (Israel, USA, Island, Norwegen, vier lateinamerikanische Staaten) bei 37 Enthaltungen (darunter die imperialistischen Staaten der EG, Japan und Kanada) eine Resolution, die das Recht des palästinensischen Volkes auf *„Selbstbestimmung ohne äußere Einmischung"* und *„nationale Unabhängigkeit und Souveränität"* bekräftigt. Die Resolution bestätigt ferner *„die unveräußerlichen Rechte der Palästinenser auf Rückkehr in ihre Heimat und ihr Eigentum, aus der sie vertrieben und entwurzelt worden sind."*

Diese Resolution ist ein klares Ergebnis der Tatsache, daß es entgegen allen Erwartungen weder dem Zionismus noch dem Imperialismus noch der arabischen Reaktion gelungen ist, die nationale Existenz des palästinensischen Volkes zu zerstören, sondern daß diese im Gegenteil lebendiger und stärker denn je ist. Die UNO-Resolution zeigt, daß diese Tatsache von der überwältigenden Mehrheit aller Völker anerkannt wird und daß selbst die imperialistischen Staaten (abgesehen von den USA) es nicht wagen, offen dagegen aufzutreten.

Andererseits verstärkt der UNO-Auftritt Arafats und die UN-Resolution die Tendenz zu einer sogenannten „friedlichen Lösung", d.h. zu einem palästinensischen Mini-Staat im heute noch von den Zionisten besetzten Westjordanland und Gazastreifen. Ein solcher Staat müßte mit ziemlicher Sicherheit mit der gleichzeitigen Anerkennung des „Existenzrechts" des zionistischen Staates und mit einem Verzicht auf die vollständige Befreiung Palästinas von Zionismus, Imperialismus und arabischer Reaktion erkauft werden. Diese Gefahr hat innerhalb des palästinensischen Widerstands vor allem die PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas) veranlaßt, sich aus der Führung der PLO zurückzuziehen und auch den UN-Auftritt Arafats zu kritisieren.

In den besetzten Gebieten gab es in Zusammenhang mit der Palästina-Debatte vor der UNO breite Protestaktionen der Bevölkerung. Palästinensische Arbeiter, die sonst zur Arbeit aus den besetzten Gebieten nach Israel gebracht werden, blieben der Arbeit fern; Läden blieben in den Städten des Westjordanlandes geschlossen. In Nablus und anderen Städten demonstrierten palästinensische Jugendliche gegen die zionistischen Besetzer. Selbst im besetzten Ostjerusalem gab es Demonstrationen, geschlossene Schulen und Geschäfte. Vielfach führten die Demonstranten palästinensische Fahnen, Bilder Arafats und Parolen der PLO mit sich.

Diese Demonstrationen zeigen, daß es trotz Militärregime und halbfaschistischem Terror (Tausende von Arabern als politische Gefangene in israelischen Gefängnissen; streikende Ladeninhaber müssen mit dem Entzug ihrer Existenz rechnen; brutalste Unterdrückung von Demonstrationen) den Zionisten nicht gelungen ist, den Widerstand in den besetzten Gebieten zu brechen.

Wirtschaftskrise in Israel

Im November hat die israelische Regierung einschneidende ökonomische Maßnahmen verkündet, die das Lebensniveau der werktätigen hebräischen Massen Israels enorm verschlechtern werden.

Diese Maßnahmen sind u.a.:

- Abwertung des israelischen Pfund um rund 43%, was faktisch eine entsprechende Verteuerung importierter Waren zur Folge hat,
- zusätzliche Verteuerung aller Einfuhren durch eine 15%ige Besteuerung,
- Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln um bis zu 200%,
- sechsmonatige Einfuhrsperre für Personenautos, Elektrogeräte, Textilien u.a.,
- Baustop für ein Jahr und Kreditsperren für die nächsten drei Monate auf allen Gebieten,
- Exportprämie (etwa 20%) zur Förderung der Ausfuhr.

Schon in der ersten Hälfte 1973 hatte die Inflationsrate in Israel elf Prozent betragen; der Oktoberkrieg verschärfte diese Situation noch erheblich. So versuchte die zionistische Regierung im November 1973 durch Zwangsanleihen und „freiwillige" Anleihen rund 1,27 Mrd. Mark „abzuschöpfen" (aus den hebräischen Werktätigen herauszupressen). Weitere 635 Mio. Mark sollten zur selben Zeit durch eine Erhöhung der Verkaufssteuern und Einfuhrgebühren herausgepreßt werden.

Im Januar 1974 verkündete die Regierung die **„größte Teuerungswelle seit Gründung des Staates"** durch drastische Absenkung der staatlichen Stützung der Lebensmittelpreise. *„Der Hunger ist in zehntausenden Familien kein abstraktes Schreckgespenst. In Tel Aviv fanden die ersten Protestdemonstrationen statt"*, schrieb die „FAZ" am 30.1.74.

Im April wurde eine Preissteigerung allein für die ersten drei Monate des Jahres um 15% bekanntgegeben; vorausgesagt wurde eine Inflationsrate von 35% für das ganze Jahr.

Im Mai beschränkte die Regierung die Einfuhr durch ein Bardepot von 20% auf ein Jahr.

Anfang Juli wurde bekannt, daß die Preise seit Jahresanfang um rund 40% gestiegen seien.

Diese Maßnahmen, wie auch die jüngsten, sind das Ergebnis der totalen Ausrichtung des zionistischen Staates auf den militärischen Sektor. Das Zahlungsbilanzdefizit belief sich im November auf 1,8 Mrd. Dollar, vorwiegend durch die enormen Zahlungen für Krieg und Aufrüstung. Die Wirtschaft ist vor allem auf die Kriegsproduktion ausgerichtet – elektrische und elektronische Industrie, chemische und pharmazeutische Industrie. *„Als Folge des neuen Krieges will Israel die Struktur seiner Wirtschaft noch stärker auf die Bedürfnisse der Verteidigung umstellen"* („FAZ", 21.12.73).

Folgen dieser Politik sind der Ruin von Kleinbetrieben (u.a. auch durch die Einberufungen und die Erhaltung militärischer Spannung an den Grenzen, wodurch Klein- und Familienbetriebe lebenswichtige Arbeitskräfte einbüßen); Sinken des Absatzes langlebiger Güter (Waschmaschinen, Fernseher etc.); ein starker Rückgang der Bautätigkeit, der durch staatliche Maßnahmen noch erheblich forciert wird; Einstellung öffentlicher Bauten (Schulen, Krankenhäusern etc.) zugunsten der Errichtung von Unterständen in den Städten (!) und anderer militärischer Anlagen; Mangel an Lastwagen etc. (Beschlagnahmungen für die Armee) und damit erschwerte Transporte u.a.m.

Eine „Prognose" der Bank of Israel ging schon Anfang 1974 davon aus, daß der Anstieg des Bruttosozialprodukts in '74 auf rund zwei Prozent sinken würde (in früheren Jahren neun bis zehn Prozent) und daß der Lebensstandard um sechs Prozent sinken würde (was inzwischen noch weit übertroffen wurde).

Diese Situation besteht trotz der Tatsache, daß die US-Imperialisten nach wie vor riesige Mengen an Kriegsmaterial liefern, und daß ausländische Kredite und Spenden internationaler zionistischer Verbände immer noch reichlich nach Israel fließen. Man kann schlicht sagen, daß das zionistische Unternehmen auch f i n a n z i e l l bankrott ist, und daß heute die hebräischen Werktätigen einen ungeheuren Preis für das zionistische Ziel bezahlen, einen „Judenstaat" auf der Vertreibung eines anderen Volkes und der militanten Feindschaft zu den arabischen Nachbarn aufzubauen.

Als Reaktion auf die jüngsten Maßnahmen kam es zu Streiks und Protestkundgebungen. Im Stadtteil Ha'tikwa von Tel Aviv, der von extrem verelendeten und unterdrückten Bevölkerungsschichten (vorwiegend von orientalischen Juden) bewohnt ist, wurden Geschäfte geplündert, Fensterscheiben der Geschäftsstraßen zertrümmert u.a. Organisiert wurden diese Protestaktionen offenbar vor allem von den „Schwarzen Panthern" (militante Organisation der orientalischen Juden).

Diese Auseinandersetzungen drükken zweifellos eine Verschärfung der Klassenkämpfe in Israel aus. Jedoch eine Lösung vom Zionismus vollzieht sich erst allenfalls in Ansätzen – die letzten Wahlen (Ende 1973) brachten sogar eine leichte, aber spürbare Verschiebung zugunsten des rechtsradikalen Flügels des Zionismus in Israel (Likud), und der Likud versucht auch jetzt, mit sozialer Demagogie (die Gewerkschaft würde die Lebensinteressen ihrer Mitglieder verkaufen usw.) die Situation zu ihren Gunsten auszunutzen. ●

Portugal

Vorbereitung der Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung

Das Programm der „Bewegung der Streitkräfte" (M.F.A.) sah – im Rahmen der Institutionalisierung einer bürgerlichen Demokratie – die Abhaltung von Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung bis zum 31. März 1975 vor. Zur Regelung des Wahlverfahrens und der Zulassungskriterien für Parteien hat nun die „Provisorische Regierung" im Oktober ein Wahlgesetz und ein Parteiengesetz vorgelegt.

Die Verteilung der Mandate soll nach dem Verhältniswahlsystem erfolgen, wobei jedoch nur solche Parteien in der verfassunggebenden Versammlung vertreten sein werden, die wenigstens 5 % der Stimmen auf sich vereinigen. Erstmals erhielten auch Analphabeten – die unter dem faschistischen Regime nicht einmal an den periodisch inzenierten Scheinwahlen teilnehmen durften – das Wahlrecht. Damit wurde die Anzahl der Wahlberechtigten erheblich erweitert – im Jahre 1969 (neuere Zahlen wurden nicht veröffentlicht) waren immerhin rund 38 % der Bevölkerung Portugals Analphabeten! Den Emigranten – die früher völlig von den „Wahlen" ausgeschlossen waren, wurde ebenfalls das Wahlrecht zuerkannt, Allerdings unter einigen Bedingungen, die gewährleisten, daß sich de facto nur eine Minderheit der Emigranten an den Wahlen beteiligen kann: wahlberechtigt ist, wer vor weniger als fünf Jahren ausgewandert ist, wessen Frau noch ihren ständigen Wohnsitz in Portugal hat oder wer sich zum Zeitpunkt der Wahl zufällig seit mindestens sechs Monaten im Land aufhält.

Eine weitere wichtige Frage – wieweit nämlich Faschisten vom Wahlrecht ausgeschlossen sein sollen – wird nur mit einer sehr allgemeinen und unterschiedlich interpretierbaren Formulierung behandelt. Im Wahlgesetz heißt es, daß *„Bürgern, die vor dem 25. April 1974 bestimmte öffentliche Funktionen ausübten oder antidemokratischen Organisationen angehörten"*, das passive Wahlrecht entzogen werde (Verbot der eigenen Kandidatur). Näheres soll jedoch ein noch ausstehender Regierungserlaß regeln. Unklar ist also nach wie vor, ob nun wirklich alle aktiven Faschisten betroffen sein werden oder, wie Mário Soares in einem ARD-Interview meinte, „kaum 600 Personen". Entscheidend in dieser Hinsicht ist schließlich die Entwicklung des Kräfteverhältnisses innerhalb des M. F. A. („Bewegung der Streitkräfte").

Das Parteiengesetz sieht vor, daß eine Partei auf Ersuchen von 5.000 Personen gebildet werden kann; sie darf keine Spenden von ausländischen Personen oder Instituten entgegennehmen und muß jedes Jahr öffentlich über ihre Einnahmen und Ausgaben Rechenschaft ablegen. Nur Parteien, nicht aber „Bewegungen" dürfen bei Wahlen kandidieren. Aufgelöst werden Parteien, wenn sie weniger als 4.000 Mitglieder zählen oder wenn *„ihr wahres Ziel ungesetzlich oder sitten- oder ordnungswidrig ist"*.

Die neuen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt unter den reaktionären Gruppierungen wohl nur die C. D. S. (Partido do Centro Democrático Social): Sie wurde in letzter Zeit auch schon von Mário Soares als „demokratische Partei der Rechten" dargestellt und im Oktober wurden Meldungen dementiert, wonach die Aufnahme des C. D. S. in die Regierungskoalition unmittelbar bevorstünde. Daß mehrere ihrer führenden Persönlichkeiten allgemein bekannte Faschisten sind (so etwa Xavier Pintado, Staatssekretär für Handel im ersten Caetano-Kabinett), deutete unter diesem Blickwinkel darauf hin, daß der Wahlrechtsentzug für Faschisten wohl nicht übermäßig streng gehandhabt werden dürfte.

Schon kurz nach der Veröffentlichung des Parteiengesetzes faßte der revisionistisch beeinflußte M. D. P. (Movimento Democrático Português) den Beschluß, sich als Partei zu konstituieren und bei den Wahlen zu kandidieren – was augenblicklich geharnischte Proteste von P. P. D. und P. S. P. zur Folge hatte, die ihre Mitarbeit im M.D.P. formell aufkündigten. Diese Sammlungsbewegung im „Wahlkampf" 1969 – an dem sich keine Parteien, sondern nur „Wahlkommissionen beteiligen durften – unter der Bezeichnung C. D. E. (Cômissoes Democráticas Eleitorais) entstanden und umfaßte Sozialdemokraten, Revisionisten, progressive Katholiken und „Unabhängige". Als einzige politische Organisation konnte sie gleich nach dem 25. April auf ein im ganzen Land weitverzweigtes organisatorisches Netz zurückgreifen, während etwa der mit Hilfe der Friedrich-Ebert-Stiftung gegründete P. S. P. von Mário Soares zunächst nur in den größeren Städten präsent war und auch heute noch unter erheblichen organisatorischen Mängeln leidet. Die große Bedeutung des M. D. P. beruht vor allem darauf, daß er als Sammlungsbewegung über eine sehr breite Basis verfügt und sich in solchen Regionen als reale demokratische Alternative präsentieren kann, in denen die revisionistische P. C. P. selbst weniger stark vertreten ist. Die Konstituierung des M. D. P. als Partei und seine angekündigte Teilnahme an den Wahlen richten sich eindeutig gegen die P. S. P. – gerade in den Gebieten, in denen die Reaktion noch besonders stark ist, könnte eine demokratische Sammlungsbewegung viel eher als die P. C. P. antifaschistische Stimmen auf sich vereinigen, die ansonsten den Reformisten zugute kämen.

Somit wird die P. S. P. (Partido Socialista Português) weiter in die Enge getrieben: von rechts droht ihm überdies Gefahr vom P. P. D. (Partido Popular Democrático), die von der Companhia União Fabril (CUF), dem größten Konzern des Landes, großzügig gefördert – sich selbst als sozialdemokratisch deklariert und als „Partei des Godesberger Programms" SPD-Beistand erheischt, während sie zugleich die Aufnahme in die „sozialistische" Internationale anstrebt. Die P. S. P. versucht nun ihrerseits, sich als international anerkannte sozialdemokratische Partei darzustellen, indem sie mit der Einladung von Koryphäen der internationalen Sozialdemokratie prunkt: so empfingen die portugiesischen Reformisten bisher z. B. Mitterrand und Willy Brandt. Dessen Versuch, die P. S. P. von einem Bündnis mit der P. C. P. abzuhalten, dürfte nicht zuletzt auch den „Gegenschlag" in Form der Konstituierung des M. D. P. als Partei motiviert haben.

P. S. P. gegen antifaschistische Aktion von MRPP

Die revolutionäre Linke hat die Gefahr, die der CDS als Kern eines sich bildenden reaktionären und faschistischen „Rechtsblocks" darstellt, erkannt und macht den CDS zunehmend zum Ziel antifaschistischer Massenaktionen.

Am 4. November veranstaltete die „Zentrumsjugend", der Jugendverband des CDS im Teatro Sao Luiz in Lissabon eine Versammlung.

Dies war der erste Versuch der Reaktion nach dem gescheiterten Putschversuch vom 28. Oktober wieder offen aufzutreten.

Gegen diese Provokation mobilisierte der MRPP eine Demonstration, die die Versammlung sprengte. Daraufhin zog ein starkes Polizeiaufgebot zum Schutz der Reaktionäre auf. Die Demonstration zog darauf zur Parteizentrale des CDS, besetzte diese vorübergehend und beschlagnahmte dabei die gesamte Mitgliederkartei. Gegen diese Aktion ging die Polizei mit Schußwaffen vor. Drei Antifaschisten wurden durch Schüsse verletzt, davon einer schwer und zehn wurden verhaftet.

Die sozialdemokratische Zeitung „República" hatte nichts eiligeres zu tun, als den Reaktionären demokratische Rechte zu bescheinigen, den Antifaschisten „Intoleranz" und „Totalitarismus" vorzuwerfen und den Polizeieinsatz zu rechtfertigen. Besonders widerlich wurde dieses Vorgehen, als die Sozialdemokraten den Demonstranten vorwarfen, sie hätten mit ihrer Aktion nur für eine Aufwertung und unangemessene Werbung für den CDS gesorgt. Als „Beweis" führten sie dazu eine Sondersendung des Staatlichen Fernsehens an, die im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Demonstration ausführlich den CDS darstellte. Die Antwort kam postwendend: Am 8. November mußte „República" eine Richtigstellung des RTP (portugiesisches Fernsehen) abdrucken, in der „República" bescheinigt wird, ihre Darstellung führe den Leser irre. Die Verwaltung von RTP erklärt, daß die Sondersendung über den CDS ausdrücklich auf Anweisung der Regierung (die schließlich im wesentlichen eine Koalition aus Revisionisten und Sozialdemokraten ist) zustande gekommen sei. ●

Portugal/Spanien-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

FRIEDENSKANZLER A.D. ALS HILFSSHERIFF DES WELTPOLIZISTEN

In AK 52 berichteten wir, wie Willy Brandt seine Portugalreise, die auf Einladung der PSP (Sozialistische Partei des Außenministers Soares) statt fand, dazu benutzte, die Führung der PSP auf einen stramm antikommunistischen Kurs einzuschwören.

Aus den offiziellen Berichten ging hervor, daß Brandt von Mário Soares, dem Vorsitzenden der PSP und Außenminister, zwei Zusagen erpreßt hatte: daß die PSP kein „Volksfrontbündnis" mit der revisionistischen PCP eingehen dürfe, und daß Portugal Mitglied der NATO bleiben müsse, sonst werde weder die BRD „Kapitalhilfe" für Portugal leisten, noch die SPD mithelfen, den Parteiapparat der PSP zu finanzieren.

Inzwischen enthüllte Jean Daniel, der Herausgeber der französischen Zeitschrift „Nouvel Observateur", daß Brandts Erpressungsversuche noch viel massiver waren.

Danach reiste Brandt nicht nur im Auftrag des SPD-Vorstands, sondern als direkter Geschäftsträger des US–Imperialismus.

In der letzten Ausgabe des „Nouvel Observateur" heißt es dazu, Brandt habe der portugiesischen Regierung „Garantien maßgeblicher amerikanischer Stellen" gegeben, daß die USA in Portugal – außer in einer „Ausnahmesituation" – nicht intervenieren würden. Von Jean Daniel nach der genauen Bedeutung des Ausdrucks „Ausnahmesituation" befragt, habe Brandt geantwortet: „Man merkt immer, wie weit man gehen kann und welche Risiken man eingeht." ●

Portugal/Spanien-Kommission,
KB / Gruppe Hamburg

Japan:

Massendemonstrationen und Streiks gegen den Besuch von US-Präsident Ford

Nach Fords eigenen Vorstellungen sollte sein Besuch in Japan (im übrigen der erste Staatsbesuch eines amerikanischen Präsidenten in dem fernöstlichen Inselland) von *„Volk zu Volk"* und auch noch von *„historischer Bedeutung"* sein („FAZ", 23.11.74).

Aber daraus wurde nichts!

Die wenigen „nicht-offiziellen" Japaner, die die Abgesandten des US-Imperialismus tatsächlich zu Gesicht bekamen, waren fähnchenschwenkende *„Hausfrauen im malerischen Kimono,* (die) *von der Regierungspartei im Bus herangeschafft und für ihre Mühe in barer Münze entlohnt werden mußten"* (so urteilt die in diesem Fall sicher nicht zu Übertreibungen aufgelegte „FAZ" vom 23.11.74).

Mehr als 160 000 Polizisten (!) hatte die Regierung Tanaka aufgeboten, um den *„seit hundert Jahren erwarteten Gast"* (so Tanaka, laut „FR", 21.11.74) bei seiner Visite in Japan vor der Bevölkerung zu „schützen". Allein der Tokioter Flughafen Handeda war durch 26.000 Mann Polizei hermetisch abgeriegelt („FAZ", 16.11.).

Die Regierung Tanaka und das Staatsoberhaupt, Kaiser Hirohito, hielten es für richtig, ihren hochgeschätzten Gast nicht auf dem Flughafen bei seiner Ankunft zu begrüßen – sondern später in dem als „sicher" geltenden Regierungsbezirk einen pflichtgemaßen Empfang zu zelebrieren (Ford und seine Begleiter waren dorthin per Hubschrauber gebracht worden, weil eine Fahrt mit dem Auto über die Straßen Tokios als zu riskant eingeschätzt wurde – trotz der zahllosen Bullen, die hinter jedem Busch und auf den Dächern der Häuser auf Lauer lagen).

Die vom japanischen Staat organisierte „Belagerung" richtete sich nicht – wie offiziell kundgetan wurde – gegen mögliche Anschläge terroristischer Gruppen, sondern war zur Einschüchterung und Unterdrückung der relativ breiten antiimperialistischen Bewegung Japans verfügt worden. Die demokratischen und sozialistischen Organisationen hatten zu zahlreichen Protestkundgebungen und Demonstrationen, der Gewerkschaftsbund Sohyo zu einem 24stündigen Generalstreik im öffentlichen Dienst aufgerufen – diesen Aufrufen waren mehrere Millionen Menschen gefolgt. Allein in Tokio demonstrierten rund 1 Million Antiimperialisten (deren Aktionen wurden mehrfach von der Polizei überfallen!) und die Eisenbahner legten *„in den Ballungsgebieten Tokio und Osaka den größten Teil aller Bahnlinien still ..."* („FR", 21.11.74).



Japanische Genossen sind zur ‚Begrüßung' Fords am Tokioter Flughafen aufmarschiert – nach Angaben des Gewerkschaftsbundes SOHYO beteiligten sich an Protestaktionen (Streiks und Demonstrationen) rund 3,5 Millionen Japaner.

Die Massenaktionen richteten sich gegen

- **die aggressive, auf Hegemonie zielende Politik des US-Imperialismus in Asien;**
- **das durch den sogenannten Sicherheitsvertrag von 1952 vertraglich vereinbarte Mitwirken des japanischen Imperialismus bei dieser Strategie;**
- **die Anwesenheit amerikanischer Truppen auf japanischem Territorium im allgemeinen – und die bedrohliche, illegale Stationierung von atomaren Waffen in Japan im besonderen (siehe hierzu auch AK 52!).**

Japans Demokraten machten also auf kämpferische Weise klar, was sie von der Politik des US-Imperialismus halten und daß sie gegen den Besuch von dessen Hauptrepräsentanten in ihrem Land sind!

Was aber waren die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen den „Offiziellen"?

Vorausgeschickt werden muß, daß die Regierung Tanaka unmittelbar vor Fords Ankunft in Tokio zum dritten Mal innerhalb von 28 Monaten umgebildet worden war – eine Maßnahme, mit der der japanische Premier der immer lauter werdenden Forderung nach seinem Rücktritt zu begegnen versuchte. Es war jedoch bereits während der amerikanisch-japanischen Verhandlungen bekanntgeworden, daß Tanaka nur die Abreise von Ford abwarten würde, um seinen Abschied von der großen Politik zu nehmen – für den Besuch von „historischer Bedeutung" sicherlich nicht gerade die idealen äußeren Bedingungen!

Bei den Verhandlungen ging es vor allem um zwei Fragenkomplexe, wobei in diesem Fall dem ersten eindeutig Vorrang eingeräumt wurde – nämlich

1. Fragen einer imperialistischen Strategie gegenüber den Rohstoffförderländern und
2. Fragen der militärischen Zusammenarbeit im Rahmen des sogenannten „Sicherheitspakts".

Analog zum Militärpakt versuchten die US-Imperialisten ihren japanischen Verbündeten in eine Art „Wirtschaftlichen Sicherheitspakt" zu zwingen. Konkret geht es dabei um die von Henry Kissinger unlängst formulierte Konzeption, nach der sich die imperialistischen Hauptmächte (USA, Europäische Gemeinschaft und Japan) zu einer einheitlichen Front gegen die Länder der „Dritten Welt", vor allem gegen die Erdölförderländer, zusammenschließen und diesen gegenüber einen harten Kurs vertreten sollen. In dem zum Abschluß der Verhandlungen herausgegebenen „Gemeinsamen Kommunique" *„erklärt sich Japan, wenn auch verklausuliert, unter dem geschmeidiger gewordenen Druck Amerikas* (!) *zur Zusammenarbeit auf dem energiepolitischen Sektor bereit und deutet an, daß es allgemein der amerikanischen Linie in der Rohstoffpolitik näher gerückt sei".* („FAZ", 21.11.74)

Wie das in der Praxis aussehen wird, bleibt abzuwarten. Es ist jedoch u.E. sehr unwahrscheinlich, daß die japanischen Imperialisten i n d e r T a t von ihrem gegenwärtigen Kurs in der Rohstoffdiplomatie abweichen werden – weil ihre seit gut zwei Jahren verfolgte Strategie, die gerade nicht auf unbedingte Konfrontation mit den Förderländern angelegt war, sich als recht erfolgreich und profitabel erwiesen hat ... (siehe dazu auch den Artikel in AK 51!)

Der politisch-militärische „Sicherheitspakt" aus dem Jahre 1952 soll nach den gemeinsamen Bekundungen *„weiterhin eine ‚effektive und bedeutsame Rolle' spielen"* („FAZ", 21.11.74).

Der US-Imperialismus unterhält gegenwärtig in Japan rund 180 Militärbasen, auf denen rund 55.000 Mann stationiert sind. An diesem Zustand wird sich solange nichts ändern, wie der japanische Imperialismus nicht seine eigene Militärstreitmacht (von gegenwärtig 280.000 Mann) wesentlich ausgebaut hat – und damit schließlich im asiatischen Raum auch militärisch zur dominierenden Macht geworden ist. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Frankreich

Größte gewerkschaftliche Demonstrationen seit dem Mai 68

Für den 19. November hatten die beiden größten Gewerkschaften Frankreichs, die revisionistische CGT und die CFDT, zum nationalen Streik und zu Demonstrationen im ganzen Land aufgerufen. Der Aufruf der Gewerkschaften wurde vor allem im öffentlichen Dienst breit befolgt: Bei den staatlichen Gas- und Elektrizitätswerken (EGF) zu 52%, bei der Pariser Metro (RATP) zu 60%, im Schulwesen zu 61%, bei der Eisenbahn (SNCF) zu 30%, beim Bodenpersonal von Air France zu 75%. Im Privatsektor der Wirtschaft pendelte die Zahl der Streikenden zwischen zehn und 25%.

Im ganzen Lande fanden breite Demonstrationen statt; die Pariser Demonstration mit 400.000 Teilnehmern war die größte gewerkschaftliche Demonstration seit dem Mai '68. Sie stand unter der Hauptparole: **„Für die Respektierung des Streikrechts und der gewerkschaftlichen Freiheiten".** Den kämpferischsten Block der Demonstration bildeten die **Postler**; sie sangen alte revolutionäre Lieder der Pariser Commune und riefen Parolen wie: *„Valéry au tri, Anne-Aymone au téléphone"* – auf deutsch: Valery zum Sortieren, Anne-Aymone (Frau von Giscard) zum Telefon. Der Block der Lehrer der „Ecole Emancipée" (Lehrerorganisation, die der trotzkistischen Front Communiste révolutionnaire, ehemals Ligue Communiste, nahesteht) rief: „Mit der Hierarchie ist es genauso wie mit Regalen: je höher die sind, desto nutzloser".

In Lyon demonstrierten 40.000 Menschen. In der Metallbranche wurde zu 70% gestreikt (in Lyon ist die Hauptproduktionsstätte der Berliet-Firma, Herstellung von Lastwagen), in der Chemie (pharmazeutischer Tr[illegible]ne-Poulenc) zu 75%. In Grenoble und Bordeaux waren es 30.000 Demonstranten, in Marseille demonstrierten 60.000 Menschen, allen voran die Arbeiter von Titan-Coder; in Toulouse 50.000; in Rouen 10.000; in Saint-Etienne (industrielle Umgebung von Lyon) demonstrierten 20.000 Werktätige.

In Paris hatte ein Flugblatt zu einer Gegendemonstration aufgerufen, unterzeichnet mit: „Eine Gruppe unpolitischer Benutzer, die über die Organisierung des Chaos und des Konkurses in Frankreich empört sind". Damit sollte gegen „den totalitären und minoritären (minderheitlichen) Streik der CGT" protestiert werden. Nach „Le Monde" sollen ganze 43 Menschen diesem Aufruf gefolgt sein. Gut gekleidete Herren und Damen im Pelzmantel formierten sich in einem der vornehmsten Viertel von Paris, im Faubourg Saint-Honoré, zur Demonstration unter reaktionären und arbeiterfeindlichen Parolen wie „Für die Freiheit der Arbeit", „CGT = Diktatur" und „Wir wollen Post!". Ziel der Demonstration war der „Einmarsch" auf den Versammlungsort der gewerkschaftlichen Demonstration. Dieser Plan wurde aber von einer Gruppe jugendlicher Genossen durchkreuzt, die unter der Parole **„Une seule solution: la Révolution!"** (eine einzige Lösung: die Revolution) den weiteren Marsch der „feinen Leute" verhinderten. Da die Müllabfuhr sich zu dem Zeitpunkt schon fünf Tage im Streik befand und sich daher allerlei Mist vor den Häusern angesammelt hatte, wurden die Reaktionäre noch mit leeren Milchtüten u.ä.m. bedacht. Sie liefen dann schnell auseinander. Kaum waren sie weg, kamen herbeigeeilte Polizeieinheiten, kontrollierten die Personalien der Jugendlichen und nahmen einige von ihnen vorläufig fest.

Eingriff der Polizei bei der Post

Am Donnerstag, den 14. November, um sechs Uhr morgens, räumten Polizeieinheiten verschiedene besetzte Sortierzentren der Post. Diese Räumungsaktionen – die sowohl in Paris als auch in der Provinz durchgeführt wurden, dauerten bis gegen 17 Uhr. Die Postler, die ihre Zentren besetzt hielten, wurden rausgeschmissen; die Streikposten wurden soweit von den Eingängen abgedrängt, daß es Streikbrechern möglich sein sollte, „frei zu arbeiten". Trotz der verstärkten Hetzkampagne der Regierung und der bürgerlichen Presse gegen den Poststreik, und auch trotz der Demonstration staatlicher Macht vom 14. November blieb die Kampfentschlossenheit der Postler jedoch ungebrochen.

Insgesamt versuchten die Regierung und die Kapitalistenverbände wie CNPF (dem westdeutschen BDI vergleichbar) die Bevölkerung gegen die Postler aufzuhetzen, z.T. unter demagogischer Ausnutzung einiger mysteriöser Anschläge auf Posteinrichtungen. Genauso machte es die Pompidou-Messmer-Regierung 1969, als die Gas- und Elektrizitätsarbeiter streikten. Damals konnte sie den Streik brechen, weil es ihr gelungen war, die streikenden Arbeiter von der übrigen Bevölkerung zu isolieren.

Nach dem nationalen Streiktag vom 19.11. haben nun zwischen Regierung und CGT-CFDT Verhandlungen begonnen. Das erste Ergebnis war der Vorschlag der Regierung, die Dienststellen um weitere 2.000 Beschäftigte zu erhöhen, was von beiden Gewerkschaften als unzureichend abgelehnt wurde. Währenddessen geht der Poststreik weiter. Zwar ist in einigen Städten, so vor allem im Süden Frankreichs (Nizza, Toulon), die Arbeit weitgehend wieder aufgenommen worden, aber in Paris z.B. wird der Streik noch genauso breit getragen, wie vor vier Wochen. (Die Streikenden Postarbeiter bekommen von ihren Gewerkschaften eine Unterstützung von 700 Francs das entspricht knapp 400 DM ...).

Vorgehen der Gewerkschaftsführungen

Bereits in einem Abkommen vom 26. Juni '74 hatten die Zentralen von CFDT und CGT eine „große" Herbstkampagne geplant. Geplant waren wie immer „massive Delegationen" hin zum Sitz des Kapitalistenverbandes CNPF, um den Protest gegen die Entlassungen auszudrücken, sowie regionale Demonstrationen, um gegen die Teuerung zu protestieren. Die andere Seite der Taktik der Gewerkschaftsführer (Séguy für die CGT, Maire für die CFDT) ist das Begraben von länger dauernden Streiks, die Begrenzung der Solidarität auf ein Minimum, die Isolierung der fortschrittlichsten Arbeiter im Kampf gegen die „Austeritätspolitik" (Härtepolitik; das ist der Name, den Giscard selbst seiner Wirtschaftspolitik gegeben hat).

Natürlich: die CGT- und CFDT-Führungen rufen schon dazu auf, die „Härtepolitik" der Regierung zu bekämpfen. Doch statt all diejenigen, die die Pläne der Bourgeoisie ablehnen, hinter den kampfentschlossensten Arbeitern zusammenzufassen, zersplittern Séguy und Maire die Kampfbereitschaft der Arbeiter in meistens diskret gehaltenen „Aktionstagen", mit verwaschenen, vagen Zielen, deren Wirksamkeit stets nur beschränkt ist.

Das Abkommen zwischen CGT und CFDT hat die Positionen der CGT noch bestärkt. Alles, was bisher die „Originalität" der CFDT ausmachte (u.a. eine gewisse „Spontaneität und Schein-Radikalität"), was zahlreiche Arbeiter auch dazu bewegte, sich lieber in der CFDT als in der CGT zu organisieren, wird Schritt für Schritt ausradiert. Mit den Aktionseinheitsabkommen von Juni tritt die CFDT in eine beschleunigte „Normalisierungsphase" ein. So schrieb der CFDT-Führer in der CFDT-Zeitung „Syndicalisme Hebdo" vom 3.10.74 demagogisch: „Seit September greift die reaktionäre Presse und die linksextremistische Presse beharrlich die Mäßigung der sogenannten ‚Gewerkschaftsführungen' an ... Die Forderungspolitik kann nicht von der im Betrieb am stärksten vertretenen Gruppen (d.h. von den Arbeitern! Anm. AK) bestimmt werden, sondern sie muß die Synthese der Wünsche und Forderungen aller Berufskategorien sein". Man sieht's: Die CGT hat Schule gemacht, und es wird deutlich, daß die wiederhergestellte gewerkschaftliche Front sich genau im Kielwasser der „Union de la Gauche" bewegt.

Im Klartext bedeuten diese Äusserungen von Maire, daß die Einheit aller Kategorien um **die Arbeiterklasse herum** nicht mehr auf der Tagesordnung steht. Es geht jetzt viel eher darum, die spezifischen Interessen jeder Berufskategorie im Betrieb zu schützen. Und natürlich spricht die CFDT-Führung auch nicht mehr von einheitlichen, linearen Lohnforderungen.

Gegen diese arbeiterverräterische Einheit an der Spitze müssen die französischen Arbeiter ihre Klasseneinheit verstärken. Gegen die Front der korrumpierten Gewerkschaftsführungen müssen sie eine tatsächliche einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse schaffen, die alleine fähig ist, Siege zu organisieren. ●

KB/Gruppe Frankfurt
Frankreich-Kommission

Soldaten rufen dazu auf, Streikbrecher-Funktionen abzulehnen

Eine Gruppe Soldaten der Basis 110 in Creil (Val d'Oise, Umgebung von Paris) veröffentlichte am 19. November ein Pressekommunique, das alle Soldaten aufforderte, den Forderungen der Regierung nicht nachzukommen, um die Bewegung der Arbeiter nicht zu brechen:

„Heute, wo die Regierung beschlossen hat, den Streik zu brechen – in Paris heute den Streik der Müllabfuhr, morgen vielleicht den Streik der Postler – erklären wir, Soldaten der Basis 110 in Creil, unsere Solidarität mit den kämpfenden Arbeitern. Wir unterstützen Euch in Eurem Kampf für die Verteidigung des Streikrechts, für die gewerkschaftlichen Rechte, denn wir haben auch selber eigene Forderungen: Erhöhung des Solds, Nulltarif für öffentliche Verkehrsmittel, Heruntersetzung der Wehrdienstzeit, Recht auf Meinungs-, Versammlungs- und Informationsfreiheit."

(In Paris wurde, wie bei jedem Streik des öffentlichen Verkehrswesens, dieses Mal auch bei der Müllabfuhr die Armee als Streikbrecher eingesetzt.)

Angriff der Polizeitruppen auf den Sitz der PCF am 19.11. in Paris

Am Abend des nationalen Streiktags organisierte die Polizei einen regelrechten Überfall auf einen Sitz der PCF in Paris. Die Polizisten zerschlugen die Fensterscheiben des Büros und schlugen die anwesenden Genossen der PCF zusammen. Einer von ihnen wurde dabei schwer verletzt. Als „Grund" für das Eindringen erklärten die Polizisten, sie würden Demonstranten verfolgen, die sich vermutlich im Büro der PCF versteckt hätten.

Frankreich

„Normalisierung" der Presse und des Rundfunks

Nach seinem knappen Wahlsieg über die „Union de la Gauche" (Wahlbündnis von revisionistischer PCF und sozialdemokratischer PS) hatte Giscard verkündet, er wolle eine „liberale" Gesellschaft in Frankreich aufbauen. Was die Giscard-Chirac-Regierung darunter versteht, sieht man an den jüngsten Vorgängen beim Fernsehen und Rundfunk sowie bei der Presse.

Die „Chirac-Affäre"

In einer Sitzung der Nationalversammlung vor einigen Wochen legte der Finanzminister Fourcade seinen Haushaltsplan vor. Premierminister Chirac, von dem bekannt ist, daß er zu Fourcade nicht gerade ein herzliches Verhältnis hat, bastelte während dessen Papierschiffe und amüsierte sich anscheinend blendend mit seinen Banknachbarn. Ein Journalist der Radio-Station Europa Nr. 1 erzählte diese Anekdote in dem Mittagsjournal des Senders. Für Chirac „ein offensichtliches Spöttelei-Delikt". Hier der Kalender der folgenden Eskalation:

Am 18. Oktober ließ Chirac den gesamten Generalstab von Europa Nr. 1 in ein großes Pariser Restaurant bestellen. Chirac belehrte erst die Journalisten: „*Wir sind hier nicht in den Vereinigten Staaten. Die Zeitungen können hier nicht das Gesetz bestimmen und jeden beliebigen angreifen, wie es ihnen gerade paßt!*". Dann weiter: ihm würde der „Ton" des Senders schon lange nicht mehr gefallen, es würde dort zu viel „gespottet".

Er zog dann eine Namensliste aus der Tasche, wo er sich die Namen verschiedener Journalisten des Senders aufgeschrieben hatte (diejenigen, die am meisten „spotten"). Was Carreyrou – ein bekannter Journalist von Europa 1 – betrifft, drückte sich Chirac ganz deutlich so aus: „*Wenn der im Matignon auftauchen sollte, werfe ich ihn mit einem Fußtritt in den Arsch raus*" (Matignon ist der Premier-Ministersitz in Paris).

Carreyrou ist nämlich derjenige, der die Anekdote aus der Nationalversammlung veröffentlicht hat. Außerdem hatte er bei der Berichterstattung über den Gaullisten-Parteitag einen UDR-Abgeordneten zitiert, der gesagt hatte: „Dieser Parteitag ist beschissen langweilig".

Ein weiteres „Delikt" von Carreyrou war es, daß Chirac sich mal für die allabendliche Debatte auf den Wellen des Senders einladen lassen wollte, es aber an dem Abend nicht ging (Programm war komplett) und vor allem war Marchais (Generalsekretär der PCF) an dem Abend Stargast.

Als erster Kopf rollte der vom Chefredakteur des Senders, Siegel, der schon 20 Jahre lang beim Sender beschäftigt ist. Siegel wurde schon von Pompidou argwöhnisch beobachtet, da er im Zusammenhang mit der Markowic-Affäre (wo ein jugoslawischer Playboy ermordet wurde) Pompidous Frau erwähnt hatte. (Im übrigen pflegte auch Pompidou eine Namensliste aller „subversiven" Journalisten zu führen).

Auch bei der **gaullistischen** Zeitung „France-Soir" soll auf Anordnung von Chirac „gesäubert" werden. Auch hier gefällt ihm der Stil der Zeitung nicht, sie sei „zu negativ".

Anlaß dieser Kritik: „France-Soir" hatte es gewagt, auf der Titelseite einer ihrer Ausgaben die Zahl der Arbeitslosen in großen Lettern zu drukken!

Beim „Parisien Libéré" (ebenfalls **reaktionäre** Tageszeitung) ist der Herausgeber Amaury der Regierungskritik zuvorgekommen: bevor Chirac auch hier einen Besuch abstattete, wurde schon die „Normalisierung" durchgezogen. Nun liegt der „Parisien Libéré" ganz fromm auf Regierungs-Linie.

Beim „Figaro" wurde der Chefredakteur gegen einen, der auf Chirac-Linie liegt, ausgewechselt.

Bei der Zeitschrift „Point" wurde ein Chaban-Anhänger (auf der Linie des bürgerlichen Präsidentschaftswahlkandidaten Chaben-Delmas) hinausgefeuert.

Bei der Radio-Station RTL (Radio-Télé-Luxembourg) soll der Verwaltungsrat „reformiert" werden, zwecks größerer Anpassung an die Regierungslinie.

Bei Radio Monte Carlo wurden in der letzten Zeit große Veränderungen durchgeführt: Die Dauer der politischen Kommentare ist auf 15 Minuten täglich reduziert worden. Außer in Wahlkampfzeiten soll es keine politischen Debatten mehr geben.

Bei der ORTF (Office de Radio-Télévision francaise) sollen 500 (!!) ketzerische Journalisten entlassen werden. Dem Beispiel von Radio Monte Carlo sollen laut Chirac alle Radiosender folgen, denn nur so könne man garantieren, daß „*es zu keinem französischen Watergate kommt, wo eine Mafia von Journalisten und sogenannten Intellektuellen den Kopf eines Präsidenten bekommt*" (Nach der satirischen – und stets gut informierten – Wochenzeitschrift „Canard Enchaîné" vom 29. Oktober 74). ●

Frankreich-Kommission, KB/Gruppe Frankfurt

Betriebsratswahlen bei Texaco/Hamburg

Die vorgezogenen Betriebsratswahlen bei den Hamburger Texaco-Betrieben Hauptverwaltung (HV) und Wilhelmsburg sind abgeschlossen. In den 15-köpfigen Betriebsrat wurden 13 Angestellte und zwei Arbeiter gewählt. Sechs linken Betriebsräten stehen jetzt sieben von der DAG und zwei IG-Chemie-Angestellte gegenüber.

Die Wahl gewann bei den Angestellten die Liste der DAG mit 507 Stimmen (= 50 %, sieben Sitze). Das ist wesentlich mehr, als allgemein erwartet wurde. Die linke „Gemeinschaftsliste HV/Wilhelmsburg" mit den beiden aus der IG-Chemie ausgeschlossenen Betriebsräten Kynast und Trampert an der Spitze erhielt 352 Stimmen (= 35 %, vier Sitze). Die Angestelltenliste der IG-Chemie erhielt bloß 145 Stimmen (= 15 %, zwei Sitze).

Bei den Arbeitern fand eine „Persönlichkeitswahl" statt. Mit großem Abstand gewannen – stimmgleich – der bisherige stellvertretende BR-Vorsitzende und der Vorsitzende des IG-Chemie-Vertrauensleutekörpers Wilhelmsburg. Beide Kollegen gelten als profilierte Linke und arbeiten mit der Gruppe um Kynast zusammen.

Der Wahlkampf stand im Zeichen eines antikommunistischen Feuerwerks gegen die Kynast-Liste, die von den Führern der IG-Chemie gezündet wurde. Die Diffamierungskampagne gegen die „Kommunistenliste" um Kynast, mit deren Hilfe „der KB" den Betriebsrat zu „seinem Experimentierfeld" machen wolle, hat sich für die IG-Chemie-Führer nicht unmittelbar bezahlt gemacht, wenn sie auch die Linken viele potentielle Wahlstimmen gekostet hat. Diese schlugen zweifellos bei der DAG positiv zu Buche, wenn auch die Linken ihre Position um einen weiteren BR-Sitz verbessern konnten. Die DAG, der Hauptgewinner der Wahl, hat einen recht geschickten Wahlkampf geführt, in dem sie zu wesentlichen betrieblichen Fragen dieselben oder ähnliche Stellungnahmen wie die Linken vertrat und andererseits sich nicht wie die IG-Chemie-Führer die Finger mit schmierigen Diffamierungs- und Verleumdungskampagnen schmutzig machte. Ein Großteil der Kollegen hielt darum die DAG-Vertreter für „aufrichtige Makler" ihrer Interessen, ohne den „Makel" des Kommunismus.

Die Genossen der Betriebszelle haben eine ausführliche Analyse des Wahlkampfes und -ergebnisses vorgelegt, die wir aus Platzgründen erst in AK 54 (erscheint am 3. Januar) abdrucken können. ●

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Zahl der Gewerkschaftsausschlüsse bei Texaco erhöht sich auf 15

Kurz nach Abschluß der Texaco-Betriebsratswahl leitete der IG-Chemie- Verwaltungsstellenvorstand gegen weitere 13 Kollegen ein Ausschlußverfahren ein. Ab sofort ruhen damit ihre gewerkschaftlichen Rechte und Pflichten. Die 13 Kollegen hatten sich mit den bereits im August dieses Jahres ausgeschlossenen Betriebsräten Kynast und Trampert solidarisiert und gemeinsam mit ihnen auf einer Liste für den Betriebsrat kandidiert.

Dies wird ihnen auch im wesentlichen vorgeworfen. Sie hätten mit Ausgeschlossenen kandidiert, anstatt eine eigene lupenreine IG-Chemieliste aufzustellen.

Damit hätten sie die Interessen der Mitglieder gröblich geschädigt. Das Wahlergebnis zeigt, wie unzutreffend dieser Vorwurf ist.

Neu in der Ausschlußbegründung ist folgender Satz: „*Außerdem haben Sie sich zu keinem Zeitpunkt als Gewerkschaftsmitglied von dem gewerkschaftsfeindlichen Artikel – erschienen im „Arbeiterkampf" Nr. 51/Oktober 1974, Seite 17 – distanziert.* (Empfiehlt sich nachzulesen, d. Red.)

Unseres Wissens verlangt die Gewerkschaftsführung hier erstmals, daß sich Kollegen auch unaufgefordert von der kommunistischen Presse distanzieren sollen. Bisher hatte sie sich immer noch die Mühe gemacht, konkret zu Reverse-Unterschriften aufzufordern.

Vorerst hat die IG-Chemieführung mit dem Ausschluß der 15 aktivsten Kollegen selbst den Versuch aufgegeben, kurzfristig wieder Einfluß in der Gewerkschaftsarbeit der Hauptverwaltung zu gewinnen.

Langfristig wird sie sicherlich bemüht bleiben, sich wieder einzuschleichen. Eine erste Verunsicherung bei den linken Kollegen der Hauptverwaltung sollte wohl bereits jetzt hervorgerufen werden, indem sie alle im Ausschlußantrag gleichermaßen mit den Aussagen des ARBEITERKAMPFES identifiziert werden.

„Hierzu in dem Schreiben an die 13 Kollegen:

„*Man muß im Gegenteil nach dem Studium Ihrer eigenen Flugblätter den Eindruck gewinnen, daß Sie sich mit den im „Arbeiterkampf" gemachten Aussagen solidarisieren*".

Anscheinend hoffen die IG-Chemie-Führer so spalten zu können, in diejenigen Texaco-Linken, die sich mit dem AK solidarisieren und diejenigen, die das nicht wollen. ●

Betriebszelle Texaco
HV/Wilhelmsburg
KB/Gruppe Hamburg

HBV Hamburg:

Gewerkschaftsführer lassen Mitgliederversammlung von der Polizei auflösen

Am 11. November wurde eine ordentliche Mitgliederversammlung der Fachgruppe Buchhandel in der Gewerkschaft HBV (Handel-Banken-Versicherungen) Hamburg durch 150 Polizisten aufgelöst. Unter den versammelten HBV-Mitgliedern, deren Personalien von der Polizei aufgenommen wurden, waren auch Mitglieder des Ortsvorstandes. Dieser Polizei-Einsatz (der zweite in Hamburg nach einem ähnlichen Vorfall in der IG DruPa vor einigen Wochen) kennzeichnet die Schärfe und Breite der Auseinandersetzung in der Hamburger HBV.

Vorausgegangen war diesem Polizeiaufmarsch am 21. Oktober ein Ausschlußantrag gegen den Kollegen Ulrich Vetter, Vorsitzender der Fachgruppe Buchhandel und Verlage in der HBV (!) und Mitglied des HBV-Ortsvorstands (!). Dieser Antrag wurde zunächst mit „nicht satzungsgemäßer Beitragszahlung" begründet, was sich als Lüge herausstellte. Danach wurde dem Kollegen Vetter vorgeworfen, er habe sich „gewerkschaftsfeindlich" verhalten – u.a. durch seinen Kampf gegen Überstunden in Buchläden im Weihnachtsgeschäft!!

Auf der Mitgliederversammlung am 11.11. waren über 50 Kollegen aus den verschiedenen Fachgruppen der HBV erschienen, größtenteils, um gegen den Ausschlußantrag Stellung zu nehmen. Die anwesenden Gewerkschaftsführer aber waren zu keiner Diskussion bereit. Auf den Einwand, daß die Gewerkschaftsführer schließlich von den Beiträgen der Mitglieder leben und diesen also Rechenschaft schuldig sind, erklärte HBV-Funktionär Cohn rotzig: „Von deinem Beitrag würde ich verhungern". Schließlich erklärte Cohn kurzerhand die formal noch gar nicht eröffnete Mitgliederversammlung für „geschlossen". HBV-Funktionär Krause drohte, den Raum mit Gewalt räumen zu lassen. Von den vor dem Gebäude stationierten zwei Bullen ließ er Verstärkung anfordern. „*Mit neun Mannschaftswagen und 18 Streifenwagen wurden über 100 Polizisten herangekarrt, ca. 50 besetzten das Gebäude, größtenteils mit Kampfhelm, Pistole und Schaftstiefel, in den Mannschaftswagen lagen griffbereit noch Schutzschilde*" (aus einer von 42 HBV-Mitgliedern unterschriebenen Erklärung zum Polizeieinsatz). Während nun die Kollegen durchaus den Raum verlassen wollten, wurden sie von der Polizei daran gehindert. Die Personalien sämtlicher anwesender Kollegen wurden notiert.

Sie a l l e sollen eine Strafanzeige wegen „Hausfriedensbruch" etc. erhalten. Ferner sollen ihnen noch 30.000 Mark „Entschädigung" aufgesackt werden, die die HBV-Führer dafür haben wollen, daß ihnen der Versammlungsraum fristlos gekündigt wurde – angeblich wegen der aufgelösten Mitgliederversammlung. Der zynische „Witz" dabei: Eigentümer des Hauses, in dem sich der Raum befindet, ist die „Volksfürsorge", Hauptmieter ist das Großhamburger Bestattungsinstitut – beide gewerkschaftseigen!!! Offenbar sollen mit dieser lächerlichen Konstruktion die aktiven Kollegen auch finanziell getroffen werden!

DKP – „Bestes Pferd" der rechten HBV-Führer

Die Revisionisten von der DKP kriegen im Hamburger HBV-Bereich praktisch kaum irgendwo ein Bein auf den Boden. Dafür haben sie aber die Protektion der rechten HBV-Führer, die die DKPler zur Zeit als besonders schneidige und bedenkenlose Antikommunisten zu schätzen wissen und diesen gern einen guten Teil der Dreckarbeit überlassen.

So wurde schon der erste Ausschlußantrag gegen den Kollegen Vetter von der DKPlerin H. Bardowicks und dem DKPler G. Gessert sowie weiteren DKPlern unterstützt.

Inzwischen haben die feinen „Kollegen" Bardowicks, Gessert, Luksch, Bergenthal und Scheller (bis auf den letzten alle DKP!!) einen neuen Ausschlußantrag gegen U. Vetter gestellt, den sie zynisch damit begründen, daß sich Vetter gegen die Maßnahmen gegen ihn (schon am 13. Juni Enthebung von seinen Ämtern!) mit Rundschreiben zur Wehr setzte! Er habe damit, so die DKPler, „*die Arbeit der Tarifkommission und des Fachgruppenvorstands in der Öffentlichkeit diffamiert*" und „*unsere Fachgruppe geschwächt*" sowie zuguterletzt „*die Gewerkschaft geschädigt*".

Auf einer Sitzung nach der Polizeiaktion geilten sich DKPler und rechte HBV-Führer gegenseitig mit reaktionären und antikommunistischen Sprüchen auf. So legte die DKPlerin Stürmann (Frau des wegen vieler Schweinereien berüchtigten SDAJ-Führers St.) los, U. Vetter habe doch „nur Putz machen" wollen, er habe „seine Mannen gesammelt" und die seien „nur zur Versammlung gekommen, um zu provozieren".

Das ist ein anschauliches Beispiel, wie die DKP in einem Bereich, wo sie bei den Kollegen wirklich fast völlig abgemeldet ist, sich mehr noch als sonst ganz der Politik der rechten Gewerkschaftsführer anpaßt und sich schließlich sogar zur Verteidigerin eines Polizeieinsatzes gegen eine gewerkschaftliche Mitgliederversammlung macht.

Trotz massiver Hetze und Drohungen – die Kollegen arbeiten weiter

Der Polizei-Einsatz hat aber auch dazu geführt, daß eine noch größere Zahl von Kollegen in Diskussionen um ein geschlossenes Vorgehen einbezogen wurde. Über 80 Kollegen haben inzwischen eine Resolution gegen den Ausschluß von U. Vetter unterschrieben (der erste Ausschlußantrag gegen den Kollegen mußte von der Gewerkschaftsführung wegen Formfehlern zurückgezogen werden). 42 Kollegen haben eine Erklärung zum Polizei-Einsatz unterschrieben.

Auf einer Mitgliederversammlung der Fachgruppe Groß- und Außenhandel am 22. November mit anfangs über 60 anwesenden Kollegen wurde einstimmig – bis auf eine Enthaltung – die sofortige Zurücknahme der Strafanzeigen gegen die Teilnehmer der von der Polizei aufgelösten MV gefordert. Auch auf einer Betriebsgruppen-Sitzung bei der Iduna standen die anwesenden rechten Vertreter des Ortsvorstands einer nahezu einheitlichen Front gegenüber.

Die Verschärfung der Auseinandersetzungen innerhalb der HBV ist seit einiger Zeit deutlich. Schon der Ausschluß der Kollegin Marion Harries, die zu den Bürgerschaftswahlen auf der Liste der „KPD/ML" kandidiert hatte, rief den Protest vieler Mitglieder hervor. In der gewerkschaftseigenen „Coop" führt der Kampf gegen die scharfe Rationalisierung zu Konflikten zwischen gewerkschaftlicher Betriebsgruppe einerseits und rechten Betriebsrats- und Gewerkschaftsführern andererseits. BR-Vorsitzender Hachmann hat ein Ausschlußverfahren gegen drei Kollegen veranlaßt. Bei der Iduna sind es vor allem die DAG-Betriebsräte, die die HBV-Betriebsgruppe heftig angreifen. Bei EDEKA soll ein Betriebsrat, der sich gegen beginnende Entlassungen gewandt hatte, durch Kündigungsdrohungen und Redeverbot vor den Kollegen kaltgestellt werden.

So ist die HBV gewissermaßen ein entwickelteres Beispiel für Zustände (siehe Polizeieinsatz), wie sie der Klassenkampf auch in den Gewerkschaften unvermeidlich hervorbringen wird, und zugleich ein Beweis, daß es möglich ist, auch unter den Bedingungen der scharfen Rechtsentwicklung Fortschritte bei der Organisierung der Kollegen für den Kampf um ihre Interessen zu machen. ●

HBV-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Bremen:

Vier Vulkan-Kollegen aus der IGM ausgeschlossen

Vier Vertrauensleute vom Bremer Vulkan (Kollegen, die diese Bezeichnung tatsächlich verdienen!) wurden am 14. November vom Vorstand der IG Metall nach § 30 der Satzung aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.

Die Kollegen Scholz, Koldehofe, Elster und Bachmann waren in der Vergangenheit stets für eine konsequente Klassenpolitik ihrer Gewerkschaft eingetreten und hatten sich – namentlich auch während des letzten Streiks im Bezirk Unterweser im Frühjahr '74 – öffentlich (also vor ihren versammelten Kollegen) gegen die offizielle, sozialdemokratische Tarifpolitik der IGM-Führung gewandt. Als der Beschiß der Gewerkschaftsführer in der jüngsten Tarifauseinandersetzung bekannt wurde (Abschluß in der ‚besonderen Schlichtung' bei ca. 12,25%) formulierten die jetzt geschaßten Kollegen auf einer spontanen Streikversammlung von 2.500 Vulkan-Arbeitern die Forderung, die IGM-Führer Loderer, vom Steeg (Hamburg) und Weinkauf (Bremen) wegen „Arbeiterverräterei und gewerkschaftsschädigem Verhalten" aus der IGM auszuschließen. Diese Forderung wurde von der Versammlung stürmisch begrüßt – und schließlich auch von über 1.000 Kollegen, allein beim Bremer Vulkan, auf einer Unterschriftenliste bekräftigt.

Die IGM-Führer behandelten natürlich nicht die Anträge gegen sich selbst – sondern drehten den Spieß um gegen die Antragsteller, ihre unliebsamen Kritiker!

Die Kollegen der vom Ausschluß betroffenen Gewerkschafter haben (nach einer Mitteilung der „Roten Fahne") bereits erklärt, daß sie trotz des nun erfolgten Gewerkschaftsausschlusses davon ausgehen, daß die von ihnen nominierten Kollegen nach wie vor Kollegen ihres Vertrauens sind – und bleiben werden.

Da das Interesse der Gewerkschaftsführer und der Kapitalisten gleichermaßen darauf gerichtet ist, die Vertreter einer konsequenten Klassenpolitik überhaupt auszuschlagen, muß davon ausgegangen werden, daß dem nun erfolgten Gewerkschaftsausschluß Kündigungen folgen werden ...

Dagegen muß Front gemacht werden! ●

Metall-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

KAMPF DER KAPITALISTIS

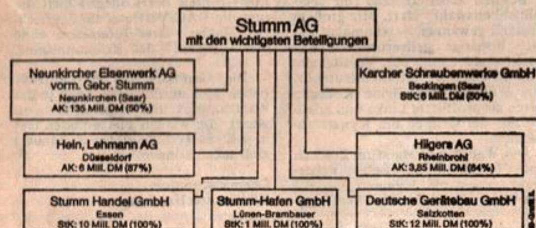
Stumm AG:

Die Freiherren nahmen sich die Ehre, ihre Werke auszuschlachten ...

Ende Oktober machte die einst gewaltige und ‚traditionsreiche' Stumm-AG Schlagzeilen – sie war pleite.

Die Stumm-AG, eine Holding-Gesellschaft, die über die üblichen Kapitalbeteiligungen einen ganz anständigen Konzern zusammenfaf .e, war mit ca. 6 - 700 Mio. DM Schulden durchs Ziel gegangen und es wurde der Vergleich angemeldet.

‚Beuteschlacht' um ‚die Reste eines bankrotten Unternehmens. Der „Spiegel" äußerte bereits die Vermutung, daß *„die Großpleite zugleich auch zum verwegensten Finanzkrimi der Nachkriegsjahre"* würde. Bei der kriminellen ‚Gesundstoßungsaktion' gab sich vieles, was ‚Rang und Namen' hatte, die Hand – zum einen der stinkfeudale Stumm-Clan *(„Aktionäre mit bestem Namen: Franz-Josef Ritter Hentschel von Gilgenheimb und Conrad Graf von Roedern gaben sich genauso die Ehre wie Ferdinand Ritter von Marx oder Casimir Prinz Wittgenstein"* – „Zeit", 1.11.) aber auch so bekannte Kapitalisten wie Otto Wolff von Amerongen, Knut von Kühlmann-Stumm und Josef Rust vom VW-Aufsichtsrat.



Durch Anschlußkonkurse in den drei anderen direkten Stumm-Firmen „STUMM-AG", „STUMM-HANDEL GMBH" und „DEUTSCHER GERÄTEBAU GMBH" werden hier mindestens 1.300 Kollegen auf die Straße gesetzt. Darüber hinaus sind aber auch die anderen ca. 17 000 Beschäftigten der diversen Beteiligungsfirmen des Konzern von Stillegungen etc. bedroht (Neuenkircher Eisenwerk, Dillinger Hüttenwerke).

Auf den ersten Blick sieht diese Pleite aus, wie jede andere – alleine die Höhe der Schulden macht bei einem Grundkapital von 60 Mio. DM stutzig. Hinter den Kulissen verbirgt sich hier allerdings eine gewaltige

Die Ritter murren ...

Die Stumm-AG war wie gesagt mehrheitlich im Besitz des adligen Stumm-Clans. Diese Freiherren von Galgenvogel wollten nun, weil die Prozente sanken, den Konzern verscherbeln. *„Und seit längerem schon murrten die stets standesgemäß lebenden Stumm-Erben über die Dividenden des rostbrüchigen Stahl-Trusts, gab es doch nach nicht gerade üppigen acht Prozent im Jahr 1971 im Jahr 1972 nur noch kärgliche fünf Prozent Gewinnausschüttung und für das vergangene Jahr überhaupt nichts mehr."* („Zeit", 1.11.) – immerhin sind 1 % Dividende ca. 500.000 DM!

Die Ritter sannen auf Abhilfe und kamen zu dem Schluß, den finanziell maroden Konzern zu verkaufen – allerdings nicht, ohne ihn vorher noch nach Strich und Faden auszuschlachten. (doch dazu später).

Ein Käufer fand sich bald, und zwar die Hamburger Öl-Gruppe ‚Mabanaft'. Diese Firma *„gilt als größter konzernfreier Ölhändler Europas und hat – so Mabanaft Finanzmann Georg Toepfer – nach der Ölkrise ‚gut verdient'"* („Spiegel", 28.10.) und will sich mit dem Erwerb des Stumm-Konzern ein „zweites Bein" im industriellen Bereich schaffen. Bereits im Frühjahr wollte Mabanaft größere Aktienpakete von Stumm kaufen, was sich jedoch immer wieder verzögerte und schließlich nicht klappte. Plötzlich jedoch – wie der Blitz aus heiterem Himmel – bot **Otto Wolff von Amerongen** seine 25 % Beteiligung an – zum symbolischen Preis von 1,– DM (eine)! Mabanaft griff zu und bekam erstaunlicherweise daraufhin auch die 51 % der Stumm-Familie – ebenfalls zum Nulltarif. Damit wurde Mabanaft zum Besitzer der Stumm AG, quasi so wie Maria zum Kind kam.

Mabanaft ging sofort bei und wollte die Buchführung der Stumm AG durchleuchten, was aufgrund der Lükkenhaftigkeit dieser Buchführung zwar Schwierigkeiten bot – wobei aber trotzdem erstaunliche Dinge ans Licht kamen:

- Statt, wie geschätzt, 80 Mio. DM Schulden stellte sich ein Ausmaß von 600 Mio. heraus.
- Noch im Sommer kaufte Stumm mit geliehenem Geld für mehrere Hundert Mio. DM Öl aus der Sowjet-Union.
- Der Ölumsatz 1973 hätte eigentlich einen Gewinn von 50 Mio. DM bringen müssen – in den Büchern waren es aber nur „wenige Millionen"
- Die Deutsche Gerätebau hatte für 36 Mio. DM Benzinzapfsäulen auf Halde produziert – dies war nur dadurch möglich, daß bis kurz vor dem Vergleich noch Kapital ‚nachgeschoben' wurde – so daß hier ein Vergleich „sehr schwierig" ist.
- Last not least wurde ein Papier gefunden, in dem der fristlos gekündigte Vorstandsvorsitzende Lutz kurz vor seinem Abgang einen Verkauf der Stumm-AG vereinbarte – nur mit einem ganz anderen Käufer ...

... Kriminaltango ...

In dem Kaufvertrag waren *„Lutz und der Stumm Aufsichtsratsvorsitzende Josef Rust – der auch dem VW-Aufsichtsrat präsidiert – sowie Franz von Martinitz, der Vertraute des Stumm-Clans, mit dem Berliner Rechtsanwalt Professor Wilhelm Nordemann, der eine ungenannte Interessengruppe vertrat, im Frankfurter Airport-Hotel über den Stumm-Verkauf handelseinig geworden"* („Spiegel", 28.10.).

Diese Enthüllung brachte nun High Life in die Vorstandsetagen und Schreibbüros der Presse. Das „Manager-Magazin" fand als erstes eine ‚heiße Spur' und meinte, die rumänische Regierung (!) habe Stumm gekauft. Diese war's dann aber doch nicht und so allmählich **schälte** sich ‚Einiges' heraus – **der 1. Käufer war mit ziemlicher Sicherheit das Stumm-Management, bzw. der Stumm-Clan selber.**

„Einer der Großen unter den Bankiers hüllt den Inhalt des Skandals in eine Münchhausiade: Das Stumm-Management wollte sich am eigenen Zopf aus dem Dreck ziehen. Ein anderer Finanzmann sekundierte – Daran, daß Stumm-Handel sich über Dritte selbst kaufen wollte, gibt es doch wohl kaum noch Zweifel." („Spiegel", 28.10.) und

„Das einzige Geld, das von der Nordemann-Käufergruppe für den Erwerb der Stumm-Konzern-Mehrheit geflossen war, stammte vom Stumm-Konzern selber" (-do-)

Dieser ‚Selbstkauf' war genau geplant; *„für Öl-Termingeschäfte hätten sie sich von den Banken Millionensummen zusammengepumpt. Durch weit hinausgeschobene Zahlungsziele hätten sie sich das Geld kurzfristig einstecken und in dieser Zeit über Spitra und Schweizer Banken den Stumm-Konzern erwerben wollen."* („Spiegel", 28.10.).

Neuer Aufsichtsratsvorsitzender sollte dann Knut von Kühlmann-Stumm werden – man sieht, die Prominenz ist vertreten.

... in der Tat, ein Wirrwarr, zwei Käufer, verschenkte Aktienmehrheiten, manipulierte Buchführung und irgendwie reimt sich das alles zusammen:

Ein Konzern wird ausgeschlachtet

Die Stumm-AG war, das machen die sinkenden Dividenden deutlich, bereits seit längerer Zeit finanziell am Ende. So wie es aussieht, haben die ehemaligen Eigner, also der Stumm-Clan und Otto Wolff von Amerongen, angesichts dieser Situation den gesamten Konzern nach Strich und Faden ausgeschlachtet.

So ist es erklärlich, daß von den 50 Mio. Ölgewinn in den Büchern nur „einige Millionen" vorhanden sind – der Rest wurde wohlweislich zur Seite geschafft. Es ist auch anzunehmen, daß der riesige Ölkauf und die Haldenproduktion beim Deutschen Gerätebau den Eignern über irgendwelche dubiosen Zwischenhändler (oder auch irgendeine andere Firma des Kon-

---

Stuttgart

Deutsche Verlagsanstalt 450 Entlassungen geplant

Ende September erfuhren die 750 Arbeiter und Angestellten der Deutschen Verlagsanstalt GmbH, Stuttgart, (DVA), daß 450 von ihnen – gewissermaßen als Weihnachtsüberraschung der Kapitalisten – ihren Arbeitsplatz verlieren sollten. Wie der damalige Geschäftsführer der DVA den „lieben Mitarbeitern" auf einer Betriebsversammlung am 21.10. verkündete, wollte das „Management" den technischen Betrieb (vor allem die Druckerei) zum 31.12.1974 schließen.

Daraufhin führten die Angestellten am 25.10. einen Sitzstreik durch. Die Arbeiter stellten die Maschinen ab. 500 DVA-Kollegen versammelten sich zu einer Protestkundgebung im Hof und 15 leitende Angestellte übergaben der Geschäftsleitung eine „Petition" (Bittschrift), in der sie die Fortführung des technischen Betriebs erbaten.

In einer Reihe von Stuttgarter Betrieben kam es zu Solidaritätsstreiks. Ca. 80 Vertrauensleute aus verschiedenen Druckbetrieben der Stadt trafen sich, um über die Lage zu diskutieren und um über Kampfmaßnahmen zu beraten. Man beschloß für den 29.10. eine Protestdemonstration, an der sich ca. 2.000 Stuttgarter Arbeiter und Angestellte beteiligten.

Letzter Stand: Die Stillegung des technischen Betriebes der DVA ist zunächst bis zum 31. März 1975 „ausgesetzt". Der bisherige Geschäftsführer der DVA ist am 12.11. zurückgetreten. Die gekündigten leitenden Angestellten, die wegen der „Petition" und Äußerungen in der Öffentlichkeit gefeuert worden waren, sind inzwischen wieder eingestellt worden.

Einige Daten zur Situation in der Druckindustrie

Die Stillegungspläne bei der DVA wurden den Arbeitern und Angestellten zu einer Zeit bekanntgegeben, in der die bisher größte Massenarbeitslosigkeit seit Bestehen der BRD auf die Arbeiterklasse zukommt.

Für die im Stuttgarter Raum lebenden Druckarbeiter kommt noch verschärfend hinzu, daß die Konkurse und Schließungen einer Reihe großer Druckbetriebe (Union Druckerei, Druckerei Herget und die Großdruckerei Stähle & Co.) in den letzten zwei Jahren d i e H ä l f t e (!) der Arbeitsplätze im Druckgewerbe dieser Region von den Kapitalisten vernichtet worden sind.

Das Stuttgarter Arbeitsamt erklärte, es seien im Umkreis von 100 km keine Druckerei-Facharbeiter mehr unterzubringen.

Für die gesamte BRD erwarten die Kapitalisten: *„Etwa 900 Betriebe mit 38.000 Beschäftigten, davon 165 Betriebe mit 7.000 Beschäftigten in Bayern, müssen in den nächsten 5 Jahren damit rechnen, ihre Pforten zu schließen (...) Diese sehr pessimistische Prognose gab Dr. Eberhard Kossack (Institut für Wirtschaftsanalyse und Unternehmensberatung) vor dem Verband der Bayrischen Druckindustrie e.V. Bezirk München".* („Süddeutsche Zeitung")

Bei ca. 200.000 Beschäftigten in der westdeutschen Druckindustrie liefe diese Einschätzung darauf hinaus, daß jeder fünfte (20%) den Verlust seines Arbeitsplatzes zu befürchten hätte.

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres verloren bereits 7.000 Arbeiter bzw. Angestellte dieser Branche ihre Arbeit.

Was ist die Deutsche Verlagsanstalt?

Die DVA ist kein Einzelunternehmen, sondern befindet sich mehrheitlich im Besitz des schwäbischen Kapitalisten-Clans Bosch. Als Teil des Bosch-Konzerns betreibt die DVA seit gut einem halben Jahrzehnt eine systematische „Bereinigung". Vor allem „reinigt" man sich von „überzähligen" Arbeitern.

Unter dem Vorgänger Weygandt's in der Geschäftsführung, Eugen Kurz, verkaufte die DVA ihren gesamten Anteil von 86,5 % an der Stuttgarter Zeitungsverlags GmbH. Das brachte der DVA ca. 60 Mio. DM ein.

Heute besteht *„die DVA aus dem Zeitschriftenverlag, dem technischen Betrieb, dem Fach- und Sachbuchverlag, dem DVA-Lehrmittelring/Lehrtechnologie und einigen direkten Töchtern wie Hippokrates-Verlag und der Versandbuchhandlung Krebs."* („Express", 15.11.1974)

Als nächster Schritt auf dem Wege der „Bereinigung" ist die Stillegung des technischen Betriebes schon in Angriff genommen. Die Technik der DVA besteht im wesentlichen aus einer der leistungsfähigsten Großdruckerei für Bücher und Zeitschriften in der BRD.

Als „Begründung" für die geplante Stillegung dient auch im Fall der DVA der stereotype Hinweis auf die „explosionsartigen Kostensteigerungen der letzten Jahre"; es bestünde die *„Notwendigkeit, zugleich verlegerische – wie nur technisch Umsatz bringende Verlagsobjekte vom Programm absetzen zu müssen."* (so Weygandt laut „Südd. Zeitung" vom 30.10.74).

- Würde man die Druckaufträge an Fremdfirmen vergeben, könne man bis zu 40% der Produktionskosten sparen.
- Dieser Hinweis Weygandt's verdient noch in anderem Zusammenhang besondere Beachtung.

Die Mentalität, mit der Kapitalisten bzw. ihre Helfer z.B. Stillegungen wie diese betrachten, zeigt eine Äußerung, die der Justiziar der DVA gegenüber Betriebsräten machte: *„Gott sei dank hat der Unternehmer immer noch das Recht, seinen Betrieb bis zum Bankrott herunterzuwirtschaften, ohne daß der Betriebsrat dreinreden kann."* („Spiegel" vom 28.10.74)

DVA – ein Paradebeispiel kapitalistischer Rationalisierung

Die eingangs erwähnten Konkurse großer Druckereien im Stuttgarter Raum mit all ihren verheerenden Folgen für die Arbeiter und Angestellten – ebenso wie die geplante Stillegung der DVA-Technik – stehen in engstem Zusammenhang mit der Errichtung eines gewaltigen Druckzentrums in dieser Region.



Eben dieselbe Stuttgarter Zeitungsverlag GmbH, die 1970 von der DVA abgestoßen wurde und die heute vom ehemaligen DVA-Geschäftsführer, Eugen Kurz, geleitet wird, baut besagte neue Großdruckerei in Stuttgart-Möhringen. Vorerst sind 220 Mio. DM dafür vorgesehen. 1976 soll der Betrieb die Produktion aufnehmen. Die Stuttgarter Zeitungsverlag GmbH ist u.a. maßgeblich an der Pressekonzentration in Süddeutschland beteiligt.

„Während die DVA-Geschäftsführung noch jeden Zusammenhang zwischen der Stillegung und dem Druckzentrum der ‚Stuttgarter Zeitung' bestreitet, mehren sich die Anzeichen für das Gegenteil. So wurde die modernste Maschine der DVA, eine Rollen-Offset, bereits an die ‚Stuttgarter Zeitung' verscherbelt. Sie ist vorläufig noch in Stuttgart-Eltingen stationiert. Die Arbeitsverträge der dortigen Drucker sind bis 1976 befristet, bis zur Inbetriebnahme des neuen Druckzentrums." („Unsere Zeit", 5.11.74).

Von diesem neuen Druckzentrum haben die Stuttgarter Drucker bisher „nur" die ersten Auswirkungen hinnehmen müssen. Daß mit der weiteren Vernichtung von Arbeitsplätzen in der Branche gerechnet werden muß, ist mehr als wahrscheinlich. Die supermodernen Maschinen, die dort zur Anwendung kommen werden, sind nicht nur ungleich leistungsfähiger als die in den herkömmlichen Druckereien, sie sind auch viel weniger „arbeitsintensiv", d.h. sie können mit weniger Arbeitern betrieben werden.

Darin liegt ja auch der Zweck der kapitalistischen Rationalisierung: mit w e n i g e r Arbeitern m e h r und s c h n e l l e r zu produzieren. Die „überflüssigen" Arbeiter fliegen dann auf die Straße.

Zur Rolle der „Leitenden" ...

Die ungewöhnliche Publizität, die der Fall der DVA in der bürgerlichen Presse gewann, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß es über die beste Methode (!) der Stillegung im DVA-„Management" zu Auseinandersetzungen gekommen war, die zudem noch publik wurden.

Zumindest hat die bürgerliche Presse die Querelen im Management dankbar aufgegriffen, um vom eigent-

CHEN RATIONALISIERUNG!

zerns) einige Gelder gebracht hat. Der absolute Clou ist aber wohl der Selbstkauf. Da pumpt sich das bankrotte Unternehmen einige Millionen zusammen, schiebt diese einem Strohmann (Nordemann) zu und der „bezahlt" damit den Konzern. Das Geld bekommen die Eigentümer, die damit um ca. 25 Mio. DM reicher sind. Die lückenhafte Buchführung verhindert dazu, daß derartiges nachweisbar ist. Nachdem so aus dem Konzern 'rausgeholt wurde, was drin war,' werden kurzerhand die Aktienpakete verschenkt und man ist den Laden auf „saubere" Art los. Mabanaft, der neue Besitzer, meldet sogleich den Vergleich an (d. h. nach gütlichem Einvernehmen bekommen die Gläubiger einen Teil ihres Geldes), der sich jedoch mangels Masse sehr schnell als Konkurs entpuppt (d. h. es wird nur noch das Vorhandene verscherbelt und der Erlös an die Gläubiger verteilt). Auch hier ist ein weiterer „Trick" zu vermuten. Verkauft werden demnächst die riesigen Ölbestände und die Haldenproduktion vom Gerätebau (Benzinzapfsäulen), in der Regel wird diese Konkursmasse weit unter Preis versteigert. Nun ist aber Mabanaft ausgerechnet Ölhändler und Tankstellenbesitzer .... Es ist wohl durchaus anzunehmen, daß ein Zusammenspiel auch zwischen Mabanaft und dem Stumm-Clan bestand.

So haben sich alle beteiligten Kapitalisten an der Beuteschlacht des Stummkonzerns gesundgestoßen und noch schnell vor dem totalen Zusammenbruch zig Millionen auf die Seite geschafft. Die dadurch verursachten Schulden kratzen sie ja nicht, da beim Konkurs ohnehin nur bezahlt wird, was noch vorhanden ist. Derartiges ist durchaus nicht neu, man denke nur an den Zusammenbruch der Hamburger Schlieker-Werft – wo Schlieker durch dubiose Transaktionen auch noch irrsinnige Gelder auf seine Seite schaffte.

Die einzigen, die sich an dieser Beuteschlacht nicht gesundstoßen konnten, auf deren Rücken vielmehr das ganze ablief, sind die Stumm-Arbeiter, die jetzt auf der Straße sitzen. Eines wird deutlich hieran: daß es den Kapitalisten nicht um irgendeine „Erhaltung von Arbeitsplätzen" geht, sondern daß Betriebe und sogar ganze Konzerne für sie nur manöverierfähige Kapitalmassen sind – die, wenn sich die Weiterführung nicht lohnt, mit kriminellsten Methoden noch zu Bargeld gemacht werden. In der Regel geschieht dies kaum in derart offener Weise wie beim Stumm-Konzern, sondern über die Abschreibungsparagraphen und Investitionshilfen etc.

Mittlerweile hat sich auch die Staatsanwaltschaft eingeschaltet, mit Sicherheit wird da zwar nichts rauskommen – man darf aber wohl gespannt sein, was vom Clan der Galgenvögel noch alles ans Tageslicht gefördert wird. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg





Verschärfte Rationalisierungswelle jetzt auch in Hamburgs Metallindustrie !

Hamburgs Metallindustrie war von den deutlich erkennbaren Folgen (Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit) der Rationalisierungspolitik der Kapitalisten bisher noch wesentlich verschont worden. Ausnahmen bildeten die Maschinenfabriken *Böttcher und Gessner* (die im Frühjahr stillgelegt wurde, 700 Beschäftigte wurden entlassen) und *Heidenreich & Harbeck* (wo seit Jahresmitte im wesentlichen Angestellte entlassen werden). Das heißt allerdings nicht, daß nicht auch in den Hamburger Betrieben schon seit längerem rationalisiert wurde. Erst in den letzten Wochen wird dies in vielen Betrieben offensichtlich. Zugenommen hat vor allem die Kurzarbeit:

- **bei *Hanomag-Henschel* in Harburg,**
- **Kurzarbeit und Entlassungen bei *Valvo/Philips* (über diese beiden Betriebe berichteten wir im letzten AK),**
- **Kurzarbeit und Entlassungen bei *SE-Fahrzeugwerke,***
- **Entlassungen bei *Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB),***
- **Entlassungen bei *Rheinstahl-Eggers-Kerhahn (REK),***
- **Entlassungen bei *DEMAG-Conz,***
- **20 Kollegen wurden in der Montagefirma *Rufolf Otto Meyer* entlassen, eine Anzahl Lehrlinge wird nicht weiterbeschäftigt,**
- **die Firma *Jungheinrich* (Ameise) hat die Reduzierung der Belegschaft angekündigt,**

– die Firma Jungheinrich (Ameise) hat die Reduzierung der Belegschaft angekündigt,

- **50 Kollegen der Firma *Geldschrank Schulz* wurden entlassen, da die Firma angeblich pleite ist.**

Dies scheint allerdings erst der Anfang zu sein. Bisher ist es noch nicht zu spektakulären Massenentlassungen gekommen. Vielmehr vollziehen sich die bisherigen Entlassungen „schleichend". Da werden einzelne Abteilungen überprüft und auf einmal fehlen ein oder zwei Kollegen – entlassen. Auf diese Weise will beispielsweise DEMAG-Conz mit einstmals mehr als 1.000 Beschäftigten am Jahresende nur noch 900 Beschäftigte haben.

Dieses Vorgehen ist typisch für die Rationalisierungspolitik der großen Konzerne (DEMAG – oder beispielsweise Thyssen im Rheinstahl-Betrieb, Linde bei SE), die systematisch Abteilung für Abteilung durchforsten und nach „Einsparungsmöglichkeiten" suchen.

Neben dem Kampf gegen Kurzarbeit und Massenentlassungen muß auch der Kampf gegen diese Art des Kostensparens in den Betrieben entwickelt werden. Die Folge sind enorme Steigerung der Arbeitshetze, Anstieg der Arbeitshetze, Unfälle und zunehmende Konkurrenz der Kollegen untereinander.

In den meisten Fällen ist in den Betrieben die Situation so, daß die Entlassungen, die Verschärfung der Arbeitssituation hingenommen werden, ohne daß sich größerer Widerstand dagegen regt. Vielmehr hoffen die nicht Betroffenen, daß es sie ja nicht treffen wird. Dagegen ist in den Belegschaften für die Solidarität mit den von Entlassung bedrohten Kollegen zu arbeiten. Diese Entlassungen müssen gemeinsam zurückgewiesen werden. Die Illusion, man könne sich als einzelner vor den Folgen der kapitalistsichen Rationalisierung schützen, müssen wir durch ständige Enthüllungen der Absichten und Ziele der Kapitalisten und der grundsätzlichen Krisenhaftigkeit und Arbeiterfeindlichkeit des kapitalistischen Systems bekämpfen.

Gemeinsamer Kampf gegen Kurzarbeit und Entlassungen!
Kampf der Arbeitshetze und den Unfallgefahren!
Kampf der kapitalistischen Rationalisierungspolitik! ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Scharfer Wind bei DEMAG-CONZ

Seit einigen Tagen laufen im Hamburger DEMAG-Werk CONZ vier Vertreter der Konzernleitung rum. Ihr Auftrag: das Werk nach weiteren Rationalisierungsmöglichkeiten zu durchforsten.

Vorbild für diese Herren aus Duisburg scheint das Werk Bergzabern zu sein, in dem der DEMAG-Konzern in den letzten vier Jahren die Belegschaft um 40 % verringerte, während gleichzeitig die Arbeitszeit pro Produktionseinheit von 10 auf 5 Stunden gesenkt wurde.

Bei CONZ sind bereits spürbare Folgen der Rationalisierung erkennbar.

Im Wochendurchschnitt flattern dem Betriebsrat bereits jetzt schon fünf bis zehn Kündigungen auf den Schreibtisch. Während anfangs fast nur sogenannte „Minderleister" (häufige Fehlzeiten oder Krankheit) gekündigt wurden, wird in der Zwischenzeit immer häufiger „Arbeitsmangel" als Grund angegeben.

mangel" als Grund angegeben.

Bis Ende des Jahres sollen aus einstmals mehr als 1000 Beschäftigten 900 werden. Die Geschäftsleitung hat bereits genaue Pläne darüber erstellt, wer wo entlassen wird.

Im Betrieb laufen Gerüchte um, daß im nächsten Jahr kurzgearbeitet wird.

Vor allem spart CONZ bei den Sozialleistungen und der Arbeitssicherheit. Notwendige Reparaturen werden auf ein Mindestmaß eingeschränkt, so sollen zwei Betriebshandwerker gespart werden. Klarsichttüren in den Hallen anstelle der jetzigen Gefahrenquellen werden nicht angeschafft. Für Frauen gibt es immer noch keine Duschen. Der Bau eines Fahrstuhls im Verwaltungsgebäude wird hinausgezögert, die Wicklerinnen erhalten in Zukunft keine Arbeitskittel mehr, die notwendige Lärmbekämpfung und Belüftung in der Stanzerei wird nicht durchgeführt.

Durch die Entlassungen wird in der Regel die Arbeit nicht weniger, aber das Arbeitstempo steigt.

Das macht deutlich, daß DEMAG seine Profite voll auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten verbessern will. ●

Betriebszelle CONZ
KB/Gruppe Hamburg

---

lichen Punkt, den 450 bedrohten Arbeitsplätzen der Arbeiter und Angestellten und deren Kampf gegen die Stillegung, abzulenken. Stattdessen wurde der Fall DVA mehr und mehr zu einer story gemacht, in der die leitenden Angestellten (LA's) die Hauptakteure und die Hauptbetroffenen abgaben.

Auch war man sichtlich bemüht, den Herren LA's ein fortschrittliches Image zu verpassen. Selbst die „UZ" der DKP und der „Express" des Sozialistischen Büro (SB) Offenbach mochten da nicht fehlen. Die „UZ" verstieg sich gar zu der kühnen Behauptung, die Herren LA's hätten sich im Kampf mit den Arbeitern und Angestellten solidarisiert.

Bei genauerem Hinsehen bleibt von der „Fortschrittlichkeit" der LA's nicht viel übrig.

Vor allem die oft verbreitete Behauptung der LA's verdient Mißtrauen, man habe von der geplanten Stillegung keine blasse Ahnung gehabt, und sei im übrigen strikt dagegen. Besonders laut tritt der Verlagsleiter des Zeitschriftenverlags, Hans Erb, mit solchen Äußerungen in der Öffentlichkeit auf, z.B. gegenüber der „Frankfurter Rundschau": „ ... *ein Unternehmen wie die DVA steht in der öffentlichen Pflicht und trägt eine hohe soziale Verantwortung, die hier nicht erfüllt wurde.*"

Dem steht die weitaus glaubhaftere Versicherung Weygandt's gegenüber, insbesondere Erb habe sehr wohl die Stillegungspläne gekannt und „*sich vorher noch für die Lösung vom technischen Betrieb* (sprich Liquidierung) *ausgesprochen*".

Auf alle Fälle sind nun, nach dem Rücktritt von Weygandt und der Aufhebung der Kündigung gegen Erb und weitere LA's, Erbs Aufstiegschancen im „Management" nicht schlecht.

Für die Arbeiter und Angestellten der DVA sind Leute wie Erb – vor allem in der nächsten Zukunft – nicht ungefährlich, weil sie durch „Petition", „Solidarisierung", „fristlose Kündigung" bei den 450 tatsächlich Betroffenen eine gewisse Vertrauensposition erlangt haben, die diese LA's zu idealen Akteuren für neuerliche Betrugmanöver gegen Arbeiter und Angestellte macht.

Denn die „Aussetzung" der Stillegung bis zum 31. März 1975 kann nur als taktisches Manöver, nicht aber als erster Schritt zur Abkehr von den Stillegungsplänen angesehen werden.

Die Rolle der IG Druck und Papier

Daß die Stuttgarter Arbeiter auch in den weiteren Kämpfen im wesentlichen auf sich selbst angewiesen sind, d.h. von ihren höheren Gewerkschaftsfunktionären keine Unterstützung erwarten können, wird u.a. deutlich, wenn man im Zentralorgan der DruPa folgendes vorgesetzt bekommt: „*Der Kampf der Arbeitnehmer* (gegen die Entlassungen bei der DVA) *ist ein verzweifelter. Nur guter Wille bei den Unternehmern könnte ihn zum Ziele führen.*" („ZO", 11/11)

Auch Äußerungen von höchsten Stuttgarter DruPa-Funktionären gingen durch die Presse, wonach die DruPa „*nicht so dumm*" wäre, in einer solchen Situation wie die bei der DVA, zum Streik zu mobilisieren. Das könne nur einen Sozialplan gefährden bzw. müßte die vielleicht noch bestehenden Einigungschancen (mit den Kapitalisten) vollends zunichte machen.

Aus Westberlin sind Bitt-Telegramme an die Kapitalisten bekannt, mit denen die dortige DruPa-Führung die Schließung des Druckhauses Tempelhof „verhindern" wollte. Daß solche Späße den Kapitalisten bestenfalls ein müdes Lächeln abringen, wissen die DruPa-Führer sicher am besten.

Auf die eigene Kraft besinnen!

Trotz dieser Behinderungen durch DruPa-Führung machen die Solidaritätsstreiks in anderen Stuttgarter Betrieben, die Zusammenkünfte der Vertrauensleute, die Demonstration von mehreren Tausend Arbeitern und Angestellten und nicht zuletzt die Kampfaktionen der DVA-Kollegen selbst, deutlich, daß es Ansätze für eine Überwindung der betrieblichen Isolierung gibt. Das ist um so bedeutsamer, weil gerade in einer Situation, in der die Massenarbeitslosigkeit stark zunimmt, die Kampfbedingung für die Arbeiterklasse ungleich schwerer sind.

Insbesondere die „Aussetzung" der Stillegung bis zum 31.3.75 – auch wenn darin vor allem ein taktisches Manöver der Kapitalisten zu sehen ist – wäre ohne die Kampfaktionen der Stuttgarter Arbeiter und Angestellten niemals erreicht worden. ●

Druckkomitee KB / Gruppe Hamburg

SE-Fahrzeugwerke

Widerstand gegen die Rationalisierung

Seit Anfang Oktober arbeiten die Arbeiter kurz, Anfang Dezember folgen die Angestellten.

Im Zweitwerk Jarrestraße wurden bereits vier Kolleginnen aus Rationalisierungsgründen gefeuert, weitere Entlassungen bei SE sollen folgen.

SE ist ein typischer Fall, wie die Großkonzerne die Rationalisierung durchführen (in diesem Fall der Linde-Konzern).

In diesem Jahr wurde die Produktion und der Umsatz um über 10 % gesteigert, die vorher eingeplante Produktionszahl wird erreicht, Aufträge liegen bereits bis März 1975 vor.

Noch bis zum Sommer wurden in den heute von Kurzarbeit betroffenen Abteilungen Überstunden gemacht und die Geschäftsleitung übte verstärkten Arbeitsdruck auf die Kollegen aus. Bei vielen sammelten sich dadurch zusätzliche Stunden an, die sie nicht abrechnen konnten und die sie dafür in der (Werk)Bank haben.

Gleichzeitig wurde schärfstens rationalisiert:

Von Frühjahr bis zum Sommer wurde der größte Teil der Akkord-Vorgabezeiten überprüft. Dabei wurden die Zeiten im Schnitt um 40%, in einzelnen Fällen sogar um 75 % gesenkt.

Neue Maschinen wurden eingeführt, durch die Arbeitskräfte „überflüssig" wurden. Per Aushang befahl die Geschäftsleitung, sparsam mit Werkzeug und Material umzugehen. Dadurch müssen jetzt auch Schrott und Reste verarbeitet werden, was die Einhaltung der Zeiten zusätzlich erschwert.

Eingeschränkt wurden auch Wartung und Reparatur der Maschinen. Maschinen werden erst repariert, wenn sie nicht mehr laufen. Die Unfallgefahr erhöht sich dadurch.

Im Werk regt sich aber Widerstand gegen die verschärfte Politik der Unternehmensleitung. Als die Geschäftsleitung sich weigerte, die Stunden, die sich in der Bank angesammelt hatten (das sind Stunden für bereits geleistete Arbeit) voll zu bezahlen, protestierten die Kollegen eines Bandes hiergegen. Den Sprecher dieser Gruppe von Kollegen entließ die Geschäftsleitung daraufhin fristlos. Unter Androhung von Polizeieinsatz mußte er das Werk verlassen, da er seine Kollegen „negativ beeinflußt" habe und den „Betriebsfrieden" störe. Die Kollegen seiner Gruppe haben daraufhin sofort eine Unterschriftensammlung für ihren entlassenen Kollegen gemacht. Ebenfalls haben Arbeiter einen Prozeß gegen die Firma angestrengt, damit ihnen die Bankstunden bezahlt werden.

Am Band des betroffenen Kollegen hatte die Gruppe von sich aus angesichts der Kurzarbeit, die Produktion der Fahrzeuge von elf auf neun gesenkt.

Im ganzen Werk läuft mittlerweile eine Unterschriftensammlung für eine Betriebsversammlung.

Hier wird es darum gehen, weitere gemeinsame Maßnahmen gegen die Rationalisierungspolitik bei SE zu beraten und die Rücknahme der politischen Entlassung zu fordern. ●

Genossen von SE
KB/Gruppe Hamburg

Hanomag-Henschel Rationalisierung führt zu schweren Unfällen!

In den letzten Wochen ereigneten sich bei Hanomag in Harburg fünf schwere Arbeitsunfälle:

Ein Einfahrer prallte mit einem Einfahrfahrzeug am unbeschranktem Bahnübergang hinterm Werk mit einer Diesellock zusammen und mußte sofort ins Krankenhaus eingeliefert werden.

In der Stanzerei geriet eine jugoslawische Kollegin mit der Hand unter eine 80 t-Presse, ihr wurden drei Finger abgequetscht. Ursache war ein ungesichertes Luftventil, dieses war irrtümlich umgelegt und infolge des Druckabfalls sackte die Maschine ab.

Ebenfalls in der Stanzerei wurde nur Tage später einer anderen jugoslawischen Kollegin ein Finger abgeschnitten, als sie das Material aus dem Schneidewerkzeug nehmen wollte. Ursache: die Maschine hatte einen Defekt und lief urplötzlich im Dauerlauf anstatt im Einzelhub.

In der Mantelrohrfertigung kam ein Kollege mit einem Finger in eine Bohrmaschine, der Finger wurde fast abgetrennt.

In der Verladung wurde einem Kollegen vom Gabelstapler eine Hand abgerissen, als er in aller Eile von der auf dem Stapler befindlichen Kiste noch einen Zettel abreißen wollte. In diesem Moment transportierte der Stapler die Kiste hoch.

Dem Kollegen mußte der gesamte Arm abgenommen werden.

Diese schweren Unfälle ereigneten sich in einem Zeitraum von nur vier Wochen und sind letztlich alle auf die haarsträubenden Arbeitsbedingungen und vor allem die Akkordhetze zurückzuführen.

Es ist beispielsweise wohl einmalig in einem Autowerk, daß die Einfahrstrecke nicht auf dem Werksgelände liegt, sondern über öffentliche Strassen und einem unbeschrankten Bahnübergang führt. (Immerhin sind die Einfahrfahrzeuge noch nicht 100%ig auf Fahrsicherheit geprüft!!!)

Ebenfalls die beiden schweren Unfälle in der Stanzerei sind vollständig auf die Arbeitshetze und die katastrophalen Arbeitsbedingungen zurückzuführen. Einerseits sind die Maschinen uralt (ab Baujahr 1944), funktionieren nicht mehr überall so richtig – andererseits besteht durch den enormen Arbeitsdruck nicht die Möglichkeit, dementsprechend vorsichtig zu arbeiten.

So ist beispielsweise die Zeit nicht da, zu warten bis die Maschine vollständig zum Stillstand gekommen ist, sondern die Teile werden schon rausgenommen, während die Maschine noch läuft. Kommt es dann infolge der Überalterung etc. der Maschinen zu einem Defekt – dann ist sehr schnell ‚der Ofen aus'. Verschärfend kommt dazu, daß öfters an sicherheitswidrigen Vorrichtungen und defekten Maschinen gearbeitet werden muß.

So mußte erst kürzlich ein Kollege an einer Maschine arbeiten, bei der die Kupplung kaputt war (die Maschine drehte mehrmals durch) – er sollte halt ‚aufpassen'. So gibt es Vorrichtungen bei denen der Abfall (scharfkantig und spitz) frei und ungehindert in der Weltgeschichte rumfliegt – wer hier nicht aufpaßt, kann sehr schnell so'n Ding abbekommen.

Nicht die Kollegen – sondern die Kapitalisten tragen die Schuld!

Nach den o.a. schweren Unfällen, ging natürlich sogleich die Suche nach dem ‚Schuldigen' los, die Geschäftsleitung hatte diese auch schnell bei der Hand. So war der Kollege, dem vom Stapler die Hand abgerissen wurde, selber schuld!

So hatte bei dem Arbeitsunfall an der 80 t-Presse der Kollege schuld, der irrtümlich das Luftventil umgelegt hatte. Kein Wort davon, wieso denn der Kollege (obwohl er die Gefahr kennt) durch den Staplerbaum greift, kein Wort vom ungesicherten Luftventil (Dieses wurde erst auf Initiative des Meisters und Vorarbeiters beseitigt!).

Es ist aber in Wahrheit so, daß den Kollegen nicht der geringste Vorwurf gemacht werden kann. Die Schuldigen an den Arbeitsunfällen sind eindeutig diejenigen, die die Verantwortung für die Arbeitshetze und die haarsträubenden Sicherheitsbedingungen tragen – und dies sind die Kapitalisten.

Bei Hanomag kommt speziell hinzu, daß die jüngsten Unfälle im direktem Zusammenhang zur derzeitigen Rationalisierungspolitik des Daimler-Benz-Konzern stehen. Die Arbeitshetze kommt ja nicht von ungefähr, sondern sie kommt, weil Daimler versucht, mit dieser Arbeitshetze die Stückzahlen der neuen Produktion hochzutreiben. Die Arbeitsbedingungen kommen aus dem gleichen Grund, es wird versucht (um ‚teure' Investitionen zu vermeiden) an den alten und klapprigen Maschinen noch das letzte rauszuholen, defekte Maschinen bleiben defekt, damit die durch eine Reparatur bedingten Produktionsausfälle verhindert werden.

Kampf der Sicherheitsgefährdung!

Es gilt neben dem Kampf gegen die Arbeits- und Akkordhetze auch die offene Gefährdung der Sicherheit der Belegschaft abzuwehren. In diesem Sinne muß diskutiert werden, daß die Arbeit an defekten und sicherheitswidrigen Maschinen etc. gemeinsam abgelehnt wird, daß in solchen Fällen Betriebsrat und Sicherheitsbeauftragte mobilisiert werden (die sich dann gefälligst auch für die sofortige Beseitigung dieser Mängel einzusetzen haben!).

Stärker ins Blickfeld muß auch die Unfallversorgung im Betrieb rükken. So ist es kein Witz, daß der betriebliche Unfallwagen für ca. 800,- DM gekauft wurde und lediglich neue Farbe erhielt, daß Lenkung, Getriebe und wohl noch einiges mehr defekt sind, so daß der Wagen im Grunde gar nicht benutzt werden darf!!! (und das, obwohl Daimler-Benz diese Wagen selbst produziert)

So ist es ebenfalls eine Tatsache, daß sich in den Rot-Kreuz-Schränken in der Regel außer einer Bahre nichts befindet. In den Abteilungen gibt es keine (jedenfalls keine bekannten) Kollegen, die mit der Erste-Hilfe-Versorgung von Kollegen vertraut und beauftragt sind (So muß wegen jeder Sache erst zum Sani gelaufen werden.).

Es liegt auf der Hand, daß die Kapitalisten – wenn sie Unfälle in Kauf nehmen – für die Unfallversorgung freiwillig auch nichts ‚locker' machen werden. Eben darum muß um die Durchsetzung einer tatsächlichen Unfallversorgung gekämpft werden! •

Betriebszelle Hanomag-Henschel
KB/Gruppe Hamburg

Rheinstahl (REK)

Nach dem Willkommensgruß – Einen Tritt in den Hintern

Im März dieses Jahres wurde bei Rheinstahl-Eggers-Kerhahn (REK) ein Flugblatt der Thyssen AG mit der Überschrift: „Den Mitarbeitern von Rheinstahl gilt unser Gruß" verteilt. Im Vorwort heißt es dort u.a. *„Die erste Phase liegt hinter uns, Thyssen und Rheinstahl gehören jetzt zusammen. Das gemeinsame Ziel ist eine gesicherte Zukunft beider Unternehmen. Der Weg ist klar: möglichst enger technisch-wirtschaftlicher Verbund der jeweils spezialisierten Unternehmensbereiche, Ausschöpfen aller Rationalisierungsvorteile, aussichtsreiche Fertigungen, weiter nach vorne bringen, die Auslandsaktivitäten verstärken.'*

Daß hier keine leeren Sprüche gemacht wurden, zeigt auch die Entwicklung bei REK. Es wurden im Oktober 33 Kollegen (Leiharbeiter) entlassen. Ihre Arbeitsplätze wurden nicht neu besetzt, die Arbeit wurde jedoch nicht weniger. Auch die Neuaufteilung des Konzerns wirkt sich bei REK aus. Das Werk Klönne in Dortmund (Thyssen) wurde mit der REK-Stahlbau zusammengelegt (der Lohn der Kollegen wird schon bei Klönne abgerechnet). Von den Auswirkungen der Zusammenlegung sind vorerst ca. 20 Kollegen aus dem technischen Büro betroffen, die wegrationalisiert wurden.

In Dortmund sollten 5oo Kollegen von Rheinstahl-Stahlbau gefeuert werden. Sie traten in einen 1 1/2 stündigen Warnstreik und verlangten Aufklärung über die geplanten Maßnahmen (150 Kollegen wurden entlassen).

Für die Fahrtreppenmontage bei REK besteht schon seit Jahren der Plan, die Arbeit durch ein Taktverfahren (Fließband) rationeller und für die Kapitalisten profitabler zu machen. Diese „Neuerung" wird wohl auch nicht mehr lange auf sich warten lassen. Für uns bedeuten diese, am Profit der Kapitalisten orientierten Rationalisierungen, gesteigerte Arbeitshetze oder Verlust unseres Arbeitsplatzes.

Auf der Betriebsversammlung wurde vom Betriebsrat nur mitgeteilt, daß für die Kollegen, die entlassen werden, ein Sozialplan erstellt wird. Dr. Knebel von der Geschäftsleitung bejammerte in seinem Beitrag das Schicksal der 2o Kollegen. Auf das Mitgefühl der Geschäftsleitung, die ja die Kündigungen durchführt, können die Kollegen sehr gut verzichten. Für uns ist die umfassende INFORMATION ÜBER GEPLANTE RATIONALISIERUNGEN, ENTLASSUNGEN UND EVENTUELLE PRODUKTIONSEINSCHRÄNKUNGEN IM STAHLBAU interessant.

Die bekamen wir auf der Betriebsversammlung natürlich nicht. Diese Probleme, die uns alle betreffen, gilt es mit unseren Kollegen im BR zu diskutieren, um das Vorgehen unserer Interessenvertreter kontrollieren zu können. So ist bis heute bei den Kollegen nicht bekannt, was der BR getan hat, um die Entlassung der 2o Kollegen zu verhindern.
KEINE ENTLASSUNGEN BEI RHEINSTAHL •

Betriebszelle REK
KB/Gruppe Hamburg

'Chirurgische Eingriffe' bei Messerschmidt/Bölkow/Blohm

Die westdeutsche Luft- und Raumfahrtindustrie ist aufgrund der geringen Höhe ihrer Serien und der starken US-Konkurrenz (diese beherrscht z.B. über 9o % des US-Marktes und über 7o %(!!) des europäischen Marktes) in besonderem Maße krisenanfällig.

Immer wieder kommt es in diesem Industriebereich zu Rationalisierungswellen und Massenentlassungen: So nicht, **Starredner Bölkow wußte angeblich nichts von Rationalisierungsmaßnahmen!!!** Die „Reorganisation" sei erst im Stadium der Bestandsaufnahme (Was ist dies anderes als Vorbereitung von Rationalisierungen ???) sind beispielsweise **350 Kollegen bei VFW-Speyer entlassen worden; bei der 'Aerospetiale' in Toulouse (Frankreich) stehen rund 6.000 (!!) Kollegen vor der Entlassung, weil die Concorde-Produktion eingestellt wird.**

Zu den nächsten Opfern dieser Rationalisierungspolitik scheint die Belegschaft des MBB-Konzerns zu werden – hier speziell im Unternehmensbereich Hamburg (MBB/UH): *„Es gilt vor allem die Serienproduktion kostenmäßig in den Griff zu bekommen"....„Durch verstärkte Rationalisierungen muß die Produktion noch billiger werden."* (Bölkow im Handelsblatt vom 3o.7.).

Dies offensichtlich deshalb, weil der Anlauf und die 'Kosten' der Airbusproduktion gegenüber der Konkurrenz zu hoch liegen. Um diese Rationalisierung durchzuführen, wurde aus der Hamburger Geschäftsleitung dann Blohm abgelöst, an seine Stelle tritt der 'harte Rationalisierungskomissar' (Zeit, 8.11.) Bölkow (Vorsitzender vom Gesamt-MBB), der nun den Hamburger Betrieb 'auf Zack' bringen will. Bölkow scheint für diesen Posten äußerst geeignet – *„Im Kriege habe Bölkow unter schwierige Bedingungen sehr rasch die Serienproduktion der ME109 auf die Beine gestellt!"* („Zeit" 8.11) Bölkow versteht es also, seine Erfahrungen aus dem Faschismus als Rationalisierungsexperte auch heute anzuwenden.

Diese seine Erfahrungen wirken sich denn auch sehr schnell im Betrieb aus. Bereits seit Wochen zeichnen sich erhebliche Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen ab:

Durch eine neue Betriebsvereinbarung über den Bereitschaftsdienst haben ca. 2o Kollegen einen Lohnabbau von DM 120,– hinnehmen müssen. Durch Streichung von Entschädigungen und außertarifliche Zulagen kamen 15 Kollegen ungefähr auf plus minus null. Den übri-5 Kollegen verweigerte der Abteilungsleiter der Werkerhaltung (WE) den vollen Ausgleich und will sie mit 50,– DM abspeisen. Verhandlungen des Betriebsrates blieben bislang erfolglos. Die Kollegen verweigern daher seit ca. 4 Monaten die Rufbereitschaft, um ihre Forderung durchzusetzen!

In **Halle 6** müssen die „A-Scheine" jetzt sofort nach Fertigstellung des Werkstückes gleich mit zur Kontrolle gehen. Früher geschah dies nur einmal im Monat, wodurch die Kollegen sich einige Zeitreserven für Ausgleich etc. anlegen konnten. Dies ist jetzt nicht mehr möglich!

Halle 7 und 3 sollen zusammengelegt werden, damit in Halle 7 der AIRBUS gewartet werden kann.

Der **Werkschutz** ist z.T. durch neue Leute aufgefüllt worden und wird zu wesentlich schärferen Kontrollen angehalten. Mehrere Angestellte sind dabei 'erwischt' worden, als sie einmal früher gehen wollten.

8 oder 9 von ihnen sollen entlassen worden sein!

In **Fuhlsbüttel** sind zeitweise Heizung und Licht runtergestellt worden, angeblich um „Kosten zu sparen".

Weiterhin hat der Betriebsrat auf Wunsch der Geschäftsleitung (GL) eine **Betriebsvereinbarung über Schichtarbeit vorbereitet** und **zusammen mit der GL einen „Ausschuß für Akkord und Rationalisierung" eingerichtet**, der bis zum 1.1.1975 einen genauen Plan vorlegen soll.

Auf der Betriebsversammlung am 12.11. wurde allgemein erwartet, daß GL und BR über diese Vorgänge berichten (dies war von diesen auch angekündigt). Dergleichen geschah und ähnlicher Blösinn kam von ihm.

Stattdessen propagierte er ausführlich die „Betriebsgemeinschaft" (man sieht, *seine* Lehren aus dem Faschismus...): „*Wir* müssen weltweit konkurrenzfähig werden, *wir...*" Er appelierte an die *„gemeinsame Verantwortung,* die *wir* zu tragen hätten" und den „Glauben" an 380 Airbusse – die die Arbeitsplätze sichern sollen.

Nun, die Fakten sprechen gegen ihn und gegen die gemeinsame Verantwortung, die Fakten beweisen, daß hier die Konkurrenzfähigkeit auf dem Rücken der Belegschaft erreicht werden soll.

Auf der Betriebsversammlung selber kam denn auch auf konkrete Fragen der Kollegen nur Schweigen, und dies, obwohl erst einen Tag vorher auf einer VK-Sitzung ganz andere Töne zu vernehmen waren: da hieß es nämlich – **300 – 900 Arbeitsplätze seien in Gefahr!!!**

Und obwohl Gesamtbetriebsrat Schwarz sagte, „Akkord und Schichtarbeit stehen erst ganz unten an, das betrifft nicht die Einzelnen" (ne – die ganze Belegschaft!), **steht doch fest, daß ab 1975 in Halle 2 Akkord gearbeitet wird!**

Auch war auf der Betriebsversammlung nichts von der drohenden Kurzarbeit zu vernehmen – *„Kurzarbeit droht den 4.500 Airbus-Werkern bei MBB in Hamburg und den 2.500 Beschäftigten bei VFW in Bremen. MBB's Hauptbetrieb in Ottobrunn hat schon vor Monaten begonnen Personal abzubauen. Insgesamt betrifft das Airbus-Debakel rund 20.000 Beschäftigte!"* (Spiegel).

Nach Gerüchten im Werk soll bereits ab Montag, den 25.11.74 im Stahllager, in der Läpperei und teilweise Halle 10 kurzgearbeitet werden!

Hier kann es nur darauf ankommen, **gemeinsam gegen die Kapitalisten die Rationalisierungsmaßnahmen abzuwehren.**

Breite Informationen der Belegschaft und ehrliche Interessenvertreter sind dabei eine wichtige Voraussetzung. Die führenden Köpfe im derzeitigen Betriebsrat werden diesem Anspruch in keiner Weise gerecht, dies zeigte gerade die letzte Betriebsversammlung. Die Aufgabe der fortschrittlichen Kollegen muß es sein, im Interesse einer Abwehrfront gegen die Kapitalisten auch für starke Interessensvertretungen der Belegschaft zu kämpfen.

Abschließend ein Beispiel vom Kampf der französischen Kollegen gegen die geplante Entlassung von 6.000 Arbeitern: **„Mit Transparenten wie 'Toulouse ohne Flugzeugbau – Toulouse eine tote Stadt' zogen Aerospetiale-Arbeiter gleichwohl vor die Tore, besetzten die Produktionsanlagen und setzten zwei Direktoren in ihren Büros fest. Erst staatliche Gewalt, Polizei nämlich, rettete das Managment."** („Spiegel") (Leider , müssen wir hinzufügen!) •

Betriebszelle MBB
KB/Gruppe Hamburg

Krise und Krankheit

Nach neuesten Erhebungen von Betrieben und allgemeinen Krankenkassen ist eindeutig zu belegen, daß in Zeiten wirtschaftlicher Krisen oder konjunktureller Flauten die Werktätigen weniger von der Möglichkeit Gebrauch machen, sich krankzumelden – aus Angst um den Arbeitsplatz.

Nach einer Statistik, die sich auf die Werte von 349 Betriebskrankenkassen gründet, *„ergab* (sich) *für die ersten neun Monate dieses Jahres ein Krankenstand von 6,3 Prozent; in der gleichen Zeit des Vorjahres hatte er bei 6,94 Prozent gelegen"* („FAZ", 27.11.74).

Das heißt: die „Krankmeldungen" sind im Vergleich zum Vorjahr um runde zehn Prozent gesunken (diese Marke bestätigt auch eine Erhebung der Allgemeinen Ortskrankenkasse, wenngleich auch mit anderen Zahlen für ihren Bereich: „FAZ", 27.11.).

Eine noch deutlichere Sprache als diese globale Übersicht sprechen die Untersuchungsergebnisse aus den von Kurzarbeit und Entlassungen hauptsächlich betroffenen Branchen und Betrieben. Danach ergeben sich z.B. in folgenden Betrieben der westdeutschen Automobilindustrie für die ersten neun Monate dieses Jahres gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres:

- **VOLKSWAGEN-WERKE - von 7,28 auf 3 Prozent (!)**
- **OPEL-WERKE - von 9,83 auf 6 Prozent (!) und**
- **FORD-WERKE - von 6,68 auf 5,33 Prozent.**

(lt. „FAZ", ebenda)

Ebenso alarmierend ist die von der AOK gelieferte Information, daß seit dem Juni dieses Jahres die g e m e l d e t e n Krankheiten *„bei Frauen stark rückläufig ist, während sich in der Zeit davor stets mehr Frauen als Männer krank gemeldet hatten"* („FAZ", ebenda).

Das Gegenbeispiel (für den Zusammenhang von Arbeitslosenzahlen und gemeldeten Krankheiten in den verschiedenen Industrien) liefern die Farbwerke Hoechst, *„die eine nicht so prekäre allgemeine Beschäftigungslage haben"*. Dort ging *„die Zahl der Krankmeldungen nur geringfügig von 6,62 Prozent auf 6,50 Prozent (jeweils 1. Oktober 1973 und 1974) zurück ..."* („FAZ", ebenda).

Die bürgerlichen Propagandisten und sogenannten „Sozialexperten" leisten aus diesen statistischen Werten die unverfrorene Behauptung ab, daß *„auch im Jahre 1974 ... die Zahl der K r a n k e n (!) in den Betrieben der Bundesrepublik zurückgegangen"* sei! Ein Zusammenhang zu den Arbeitslosenzahlen (die sich in diesem Winter in der BRD der eine Million-Grenze nähern dürften) wird nur insofern hergestellt, *„daß es im allgemeinen bei Entlassungen die labileren (!) Arbeitskräfte"* trifft – und schließlich daß *„es denkbar (sei), daß viele Arbeitnehmer während einer Kurzarbeitszeit ihre Krankheit auskuriert"* hätten („FAZ", 27.11.74).

Zynischer geht's nimmer!

In Wahrheit verhält es sich doch wohl so, daß viele Arbeiter und Angestellte aus Angst, „der Nächste zu sein", der rausgeschmissen wird, es nicht wagen, ihre Krankheiten zu melden und zu Hause oder im Krankenhaus auszukurieren – sondern ihr Leiden mit sich rumschleppen, „bis es nicht mehr geht"!

Im Übrigen sind Kurzarbeit und Massenentlassungen ja nur e i n e Erscheinungsform der von der Bourgeoisie betriebenen Rationalisierungspolitik, die Druck auf die unmittelbar betroffenen Werktätigen und die Arbeiterklasse insgesamt ausübt – eine weitere Erscheinungsform ist die Intensivierung der Arbeit, sprich verschärfte Arbeitshetze!

Daß das nicht ohne Folgen für die Gesundheit der Arbeiter und Angestellten ist, darüber besteht zumindest bei diesen selbst keinerlei Zweifel! •

Metall-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg



Rationalisierung in der Druckindustrie:

Süddruck dicht — 609 Kollegen arbeitslos!

Am 8. November stellte die „Süddruck GmbH" in München den Betrieb ein. 609 Kollegen wurden entlassen und werden in absehbarer Zeit im süddeutschen Raum keine Arbeit mehr in der Druckindustrie bekommen. Verantwortlich für diese Massenentlassung ist das Verlagshaus Gruner + Jahr. G + J (zu 51% in der Hand des größten Druckkonzerns Europas-Bertelsmann) führt gerade scharfe Konzentrations- und Rationalisierungsmaßnahmen durch, wobei u.a. die Druckkapazität (wie Süddruck) zentralisiert werden sollen. Während in München die Kollegen auf die Straße fliegen, wird den Arbeitern des Stammwerkes in Itzehoe noch zusätzlich die Arbeit aus München aufgeladen.

Expansion bei Gruner + Jahr — der Anfang vom Ende!

Die „Süddruck" stand schon des öfteren als Zankapfel zwischen den sich in immer schärferer Konkurrenz gegenüberstehenden Druck-Großkonzernen.

Bis 1965 war der Betrieb unter dem Namen Kindler & Schiermeyer noch an G + J gebunden. 1965 kaufte der Springer-Konzern den Betrieb auf, verschacherte ihn mit Zustimmung von G + J an die Weipert-Gruppe (die jetzt das Druckhaus Tempelhof in West-Berlin stillegen will). 1969 wollte Weipert an den Bauer-Verlag verkaufen, wogegen G + J sein Optionsrecht geltend machte.

In einer gigantischen Verschiebungsaktion übernahm G + J den Betrieb zu 100% und trat dafür die auflagenstarke reaktionäre Pop-Zeitung „Bravo" an den Bauer-Verlag ab.

Nachdem der Druck- und Medienriese Bertelsmann 51% des G + J Aktienpaketes übernahm, begannen im gesamten Konzern scharfe Rationalisierungsmaßnahmen.

Im Schlepptau der Konzentrations- und Rationalisierungswelle schloß G + J mit der schärfsten örtlichen Konkurrenz im Münchener Raum, dem „Süddeutschen Verlag", ein Kooperationsabkommen. Dieses Abkommen sollte die verstreuten Tiefdruckkapazitäten beider Konzerne in diesem Raum zusammenfassen.

So entstand am 1. Juli 1973 die „Süddruck GmbH und Co" mit Aktienanteilen von je 50% für beide Firmen.

Vorletzter Akt: Kräftig absahnen

Diese Kooperation war nur ein

Diese Kooperation war nur ein Zwischenspiel. Der Maschinenpark der „Süddruck" war total veraltet. Es bedurfte neuer Investitionen. Gleichzeitig verschärfte der Bertelsmann-Konzern das Rationalisierungstempo. Das Druckhaus in Itzehoe soll die zentrale Produktionsstätte werden. Schon 1973 brachte das Werk einen Bilanzgewinn von 34,5 Mio. DM ein. In diesem Zusammen hang wurde von der „Süddruck" der Auftrag der Zeitschrift „Eltern" abgezogen und nach Itzehoe verlagert.

Im Frühjahr 1974 wurden dann 180 Arbeiter der „Süddruck" rausrationalisiert. Für die Monate August und September konnten die Kapitalisten dann auch zufrieden sein: Die Profite stiegen! Im Sommer dieses Jahres verschob sich dann das Kräfteverhältnis der beiden Teilhaber zugunsten von Bertelsmann, nachdem der Süddeutsche Verlag im Rahmen der Konzentration um die „Stuttgarter Nachrichten" der „SZ"-Gruppe abtreten mußte.

Der Große schluckt den Kleinen

Ende September startete Bertelsmann/G/J dann ein Erpressungsmanöver gegen den kleineren Partner „auf Zeit". G/J sei nicht mehr bereit, aktiv für die „Süddruck" einzutreten und wolle nur noch die Verluste ausgleichen. Die Investitionen solle der Süddeutsche Verlag übernehmen.

Daraufhin überschrieb der Verlag seinen Anteil auf G/J.

Am 27. September wurde dem Betriebsrat der Beschluß des Konzerns auf den Tisch geknallt: Stillegung am 31.10.74!

Und die Zeche zahlen die Kollegen: Im Zuge der „Süddruck"-Stilllegung meldeten drei weitere kleine Druckbetriebe in München ihren Konkurs an, deren Aufträge hauptsächlich von der „Süddruck" kamen.

Damit sind innerhalb weniger Wochen über tausend (!) Druckarbeiter im Münchener Raum arbeitslos, und es besteht kaum noch Aussicht, in der Druckindustrie wieder Arbeit zu finden!

- Der Stuttgarter Raum ist nach der großen Zeitungsfusion vom Sommer total zu.
- Im Gebiet Hamburg/Schleswig-Holstein sind offiziell 340 Arbeitslose gemeldet. Massenentlassungen bei Springer und G/J stehen vor der Tür,
- im westdeutschen Raum und in Bremen finden ebenfalls scharfe Rationalisierungen und Fusionen statt.

Und es wird noch dicker kommen: Wie der Kapitalistenverband Druck mitteilte, werden in der Druckindustrie *„in diesem Jahr über 10.000 Arbeitsplätze geräumt"*.

„Bis September wurden seit Jahresfrist 9.400 Arbeitsplätze aufgegeben. Im Zuge dieses Personalabbaus dürfte die Mitarbeiterzahl in der Druckindustrie bis zum Jahresende auf etwa 200.000 Beschäftigte zurückfallen, sodaß die Belegschaften in diesem Jahr um insgesamt 5% reduziert werden." („SZ", 2.-3.11.74)

Andererseits *„lag das Produktionsergebnis im vergangenen Jahr, wie ein Vertreter des Bundesverbandes Druck e.V. während einer Pressekonferenz in Frankfurt erklärte, bei 11 Mrd. Mark. Im ersten Halbjahr 1974 waren es 5,7 Mrd. DM (+7,2%)"* („SZ", 2.-3.11.74).

Diese Entwicklung stärkt die Monopolstellung der großen Konzerne, während die kleinere Konkurrenz im kapitalistischen „Selbstreinigungsprozeß", u.a. auch durch die enorme Steigerung der Papierkosten, zwischen 50-70% je nach Sorte, sowie dem relativ hohen Lohnkostenanteil von 36% (Gesamtindustrie etwa 24,5%) über kurz oder lang auf der Strecke bleibt.

Gleichwohl, ob nun im Rahmen des „Strukturwandels" – Konzentrationsprozeß und verschärfter Konkurrenzkampf – die Konzerne unrentable Betriebsteile zur Stärkung ihrer Marktposition stillegen oder ein Familienunternehmen der Konkurrenz nicht mehr gewachsen ist, in allen Fällen wird der Konkurrenzkampf um marktbeherrschende Stellungen und um den höchsten Profit auf Kosten der Arbeiter und Angestellten der Betriebe ausgetragen.

Mitbestimmung kontra Unternehmerwillkür? — Kampf der kapitalistischen Rationalisierung!!

Nach Bekanntwerden der Stillegungsabsichten der „Süddruck" trat der Betriebsrat am 29. September in Beisein von Vertretern der DruPa

der Betriebsrat am 29. September in Beisein von Vertretern der DruPa

mit dem G+J-Aufsichtsratsvorsitzenden Fischer in Verhandlung. Sie protestierten gegen die geplante Stillegung und boten „Initiativen zur Weiterführung des Betriebes" an. Einen Tag später verhandelte der BR mit Vertretern der Stadt München und dem bayrischen Wirtschaftsminister um eine Kreditbürgschaft. Das Ministerium gab seine Zustimmung. Das Geld sollte u.a. aus dem Fonds stammen, den die Bundesregierung zur „Sicherung und Förderung von Arbeitsplätzen" bereitgestellt hat.

Solche „Lösungen", die nur den Kapitalisten dienen, kommen dabei raus, wenn man sich wie die DruPa-Führer und der BR des Süddeutschen Verlages auf den Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung stellt.

Jedoch, die Kapitalisten wollten über diese Brücke nicht gehen: Aufsichtsratvorsitzender Fischer ließ sich auf die Vorschläge der DruPa und des BR nicht ein und verkündete am 7. Oktober auf der Betriebsversammlung: *„Wir sind in der festen Absicht nach München gekommen, den Betrieb zu liquidieren"*.

Am Ende kam ein „Sozialplan" heraus, der mit ca. 9,5Mill DM beziffert wird. Das hieße pro Beschäftigten etwa 15.000 DM. Unter den betroffenen Kollegen herrscht die Meinung, daß der Sozialplan kein Ersatz für einen Arbeitsplatz ist.

Am 10.11. führten die „Süddruck"-Arbeiter unter Beteiligung vieler Kollegen aus anderen Druckbetrieben eine Demonstration durch. Nach einem kilometerlangen Autokorso fand eine abschließende Kundgebung vor den Toren der am selben Tag endgültig geschlossenen Tiefdruckerei statt. Hinter den Toren waren starke Polizeieinheiten mit Hunden aufgezogen, um die Arbeiter einzuschüchtern. ●

Druck-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Massenentlassungen bei Rollei

Am 5.11. wurde nach einer Aufsichtsratssitzung der Norddeutschen Landesbank, die mit 40 % an Rollei beteiligt ist (ebenfalls 40 % hält die Hessische Landesbank), bekannt, daß bei den in- und ausländischen Werken von Rollei, einem der führenden Unternehmen der Fotobranche, Massenentlassungen bevorstehen

- in Braunschweig sollen 300 - 400 Kollegen entlassen werden (von 1760 Beschäftigten)
- die Werkzeugmaschinenfabrik Uelzen soll verkauft werden. Hier arbeiten 320 Kollegen
- Voigtländer soll in die Rollei-Werke integriert werden. Dabei sollen nur 120 von den 380 KOllegen übernommen werden, (das ist auch noch nicht sicher) der Rest soll entlassen werden.

Insgesamt sollen von den 2.500 Kollegen der Rollei-Werke in der BRD 500-800 entlassen werden!

- Unklar ist noch, wieviel Kollegen in den Werken in Singapur entlassen werden. *„Augenblicklich spricht man in Braunschweig von 3.000 geplanten Entlassungen, doch könnten es auch mehr werden"* („Welt" 6.11.)

In Singapur arbeiten zur Zeit etwa 6.000 Kollegen.

Welchen Charakter diese Maßnahmen haben, wird in den Erklärungen nach der Aufsichtsratssitzung (s.o.) deutlich.

„Die Nord-LB – mit knapp 40 % einer der Großaktionäre bei Rollei – hatte Ende der vergangenen Woche über ein neues Unternehmenskonzept von Rollei diskutiert. Hauptpunkt dieses neuen Konzepts ist die Konzentration der Fertigung." („Welt" 6.11.). *„Umstrukturierungen sind geplant, um die Kosten nachhaltig zu senken. Personalfreisetzungen werden sich dabei nicht vermeiden lassen, heißt es."* („Handelsblatt", 5.11.)

Die Rationalisierungen bei Rollei sind nicht neu. Schon 1970 wurde ein großer Teil der Produktion nach Singapur verlagert. Dort erhielten die Kapitalisten großzügige Unterstützung der Regierung, die auch an zwei der Werke mit 25 %, an einem dritten mit 20 % und am Braunschweiger Werk mit 2,5 % beteiligt ist.

Der wichtigste Punkt jedoch: Die Löhne liegen in Singapur etwa bei einem Zehntel der westdeutschen! Damit können die Rollei-Kapitalisten noch wesentlich billiger produzieren als die japanische Konkurrenz.

Deswegen sind die Entlassungen (bzw. Umsetzungen) in Singapur und in der BRD auch mit verschiedenen Maßstäben zu messen.

In der BRD sollen jetzt alle unrentablen Zweige abgestoßen werden, wodurch sich die Belegschaft verringert.

In Singapur handelt es sich dagegen um Anlaufschwierigkeiten, so daß es sich um kurzfristige Maßnahmen handelt und die Belegschaft nach dem Überwinden dieser Schwierigkeiten wieder aufgestockt oder sogar noch weiter erhöht wird.

Diese Politik der Rollei-Kapitalisten ist typisch: Verlagerung der Produktion in sogenannte „Billiglohnländer", Entlassungen von Kollegen in den BRD-Werken. ●

Betriebszelle Hanomag-Henschel
KB/Gruppe Hamburg

IG Drupa, Flensburg:

Gewerkschaftsausschluß mit schweinischen Methoden

Am 17.11. wurde vom Ortsvereinsvorstand der IG-Drupa Flensburg auf einer Mitgliederversammlung Ausschlußantrag gegen die Betriebsrätin W. gestellt. Der Beschluß dazu war bereits am 6.11. auf einer Vorstandssitzung einstimmig gefaßt worden. Der Antrag auf Ausschluß aus der IG-Drupa geht zur Entscheidung an den Hauptvorstand.

Mit diesem Antrag setzt die Führung der IG-Drupa in Flensburg die Politik fort, die bereits Mitte des Jahres in der Auflösung der Jugendgruppe und des Ortsjugendausschusses gipfelte (siehe REBELL 1, AK 48). Dem damaligen Schlag war der Rausschmiß des Jugendgruppenleiters aus dem Betrieb (und damit seine relative Isolierung) vorausgegangen. Dem jetzigen Akt soll nach dem Willen der Gewerkschaftsführer der Rausschmiß aus dem Betrieb folgen, denn der Betriebsrat, personell verflochten mit dem Ortsvereinsvorstand, stellte bereits Antrag auf Ausschluß aus dem Betriebsrat.

Die Betriebsrätin W. wird „beschuldigt" Mitglied des Kommunistischen Bundes zu sein. Mit dieser „Anschuldigung" entledigen sich die Gewerkschaftsführer der Pflicht, „gewerkschaftsfeindliches Verhalten" konkret nachzuweisen.

Und der „Beweis", daß W. Mitglied des Kommunistischen Bundes sei? Ganz einfach: Im DRUCKARBEITER des KB wurde mehrfach über die Arbeit des Betriebsrates informiert. Sie sei die einzige, die den DRUCKARBEITER informiert haben könne, Punkt, aus. Tatsächlich hat die Kollegin die Interessensvertretung als Pflicht aufgefaßt, unter anderem die Kollegen über die Arbeit des Betriebsrates zu informieren. Daß sie das als einzige tat, wirft allerdings ein Licht auf die Politik der übrigen BR-Mitglieder!

Zusammenarbeit mit „Verfassungsschutz"!

Den endgültigen „Beweis" für die Mitgliedschaft von W. im Kommunistischen Bund sollte ein offensichtlich vom „Verfassungsschutz" abgefangener Brief liefern. Nach Darstellung des Landesbezirksvorstandes H. Wolf verhält es sich mit diesem Brief folgendermaßen: Ein absenderloser Brief, falsch adressiert, sei von der Post (!?) aufgrund des Inhalts an Heinz Wolf übergeben worden. Dieser weiß sofort (was die Post angeblich nicht herausfand!) **an wen** der Brief gerichtet ist und er kann aus der Unterschrift „RA" auch gleich **den Absender** „ermitteln". Nämlich einen vor kurzem in Hamburg aus der IG-Drupa ausgeschlossenen Kollegen. Diesem Kollegen wird von Seiten der Gewerkschaftsführung Mitgliedschaft im KB angedichtet. Also schließt man messerscharf, daß W. ebenfalls dazu gehört.

... und übelste Diffamierung!

Nicht nur, daß, wie offen zugegeben, Post und Telefon der Kollegin überwacht werden; es wurden auch Kollegen, mit denen sie gesprochen hat, ausgefragt und bespitzelt.

Aber das genügt den „Herren" nicht, zumal die Ergebnisse ja sehr dürftig sind: Gleichzeitig wurde eine widerliche Diffamierungskampagne gestartet, in der sich besonders ein BR hervortat. Die Kollegin wurde als ***„stinkende Pißnelke"*** bezeichnet, ***„über die jeder drübersteigen"*** dürfe, als Frau ***„mit miesem, dreckigem Charakter"*** usw.

Bei dieser Einstellung ist es nur folgerichtig, wenn der Betriebsrat jetzt den Ausschluß der Kollegin aus dem Betriebsrat und damit auch ihren Rausschmiß aus dem Betrieb betreibt. Die Veröffentlichung von Namen und Adressen der 12 in Hamburg aus der IG-Drupa Ausgeschlossenen hat dazu geführt, daß nur noch vier im Betrieb sind. In Flensburg hat die Gewerkschaftsführung mindestens in einem Fall dafür gesorgt, daß ein fortschrittlicher Kollege auf die „schwarze Liste" der Kapitalisten kam und in seinem Beruf keine Arbeit mehr fand. ●

Zelle Springer
KB/Gruppe Hamburg

Gewerkschaftsausschluß in der IG Drupa Oldenburg

Wie sich ein „linker" Betriebsrat zum rechten Gewerkschaftsführer mausert

Am 12.9.1974 hatte der Ortsvereinsvorstand Oldenburg der IG Druck und Papier einen Ausschlußantrag gegen den Kollegen D.S. gestellt, der im Oktober bestätigt wurde. D. war bis dahin Orts- und Bezirks-Jugendleiter der Drupa gewesen. Außerdem ist er Jugendvertreter im Oldenburger Druckbetrieb Stalling AG.

Schon am 2.9.74 war ihm auf einer außerordentlichen Ortsvereinsvorstandssitzung, an der auch Lange und Roderich vom Landesbezirksvorstand teilnahmen, vorgeworfen worden: „Repräsentanten der Oldenburger Drupa-Jugend (haben) auf Konferenzen und in Gremien KBW-Gedankengut vertreten". Solche „Vorwürfe" machen ein wenig das bereits erreichte Ausmaß der Bespitzelung fortschrittlicher Kollegen durch die Gewerkschaftsführer deutlich. Schon der kürzlich abgelöste langjährige Ortsvereinsvorsitzende Erich Rogmann pflegte sich als eifriger Sammler linker Publikationen, wie sie insbesondere vor den Druckbetrieben verteilt wurden, zu betätigen, um sie gemäß einer zentralen Anordnung zwecks Auswertung zur Bekämpfung von „RGO-Tendenzen" an Landesbezirks- und Hauptvorstand weiterzuleiten – ggf. mit „Kommentar".

Das Gesinnungs-Verhör auf der außerordentlichen Vorstandssitzung brachte auch bald den gewünschten „Erfolg": D. „gab zu", ein Flugblatt des KBW gegen den Auftritt des NPD-Nazis Adolf von Thadden in Oldenburg verteilt zu haben. Damit hatten die Gewerkschaftsführer einen geeigneten Vorwand gefunden, um D. gemäß der Unvereinbarkeitsbeschlüsse auszuschließen.

Zunehmend antikommunistisches Profil gewinnt auch in diesem Zusammenhang der vom KBW seit eh und je als „fortschrittlicher Kollege" eingeschätzte BR-Vorsitzende von Stalling, Werner Mock, der seit März 74 auf seine Anstellung als hauptamtlicher Sekretär der Oldenburger Drupa wartet. Nachdem er anfangs offensichtlich als „zu links" eingeschätzt worden war, darf er nun diesen Posten ab 1.12.74 übernehmen – „Probezeit bestanden!" Immerhin war Mock Ende der 60er Jahre Vorsitzender des Oldenburger „Republikanischen Clubs", arbeitete dort mit linken Gruppen wie dem SDS zusammen und sprach auf verschiedenen fortschrittlichen Kundgebungen und Demonstrationen, u.a gegen die Notstandsgesetze. **Heute unterstützt er den Ausschlußterror der Drupa-Führer** und sichert sich dabei die Zustimmung der DKP/SDAJ (deren Mitglieder für den Ausschlußantrag gegen D. stimmten): die DKP habe sich „als Stütze der Gewerkschaft" erwiesen (Mock auf der Mitgliederversammlung der Drupa vom 27.10.74). Der Antrag gegen D. habe gestellt werden müssen wegen seiner Verbindung zum KBW. D. sei „persönlich einwandfrei, aber leider ein Idealist, der sich vor den falschen Karren spannen ließ". Er wäre der erste, der dafür eintritt, D. wieder in den DGB aufzunehmen, wenn er „von seinen Irrigen Auffassungen frei" ist.

„Kommunisten gefährden Arbeitsplätze"

Mocks Ansehen bei den Kollegen in Betrieb und Gewerkschaft rührt vor allem aus verschiedenen Verhandlungserfolgen als BR-Vorsitzender bei Stalling im täglichen „Kleinkrieg" mit der Geschäfts- und Betriebsleitung. Gerade aber in „härteren Zeiten" stellt sich die Frage nach der grundsätzlichen Linie, auf der der Kampf geführt wird (Stärkung der Kampfkraft der Arbeiter gegen das sogenannte „Unternehmensinteresse" oder Sozialpartnerschaft und Antikommunismus), besonders scharf.

Als Reaktion auf ein KBW-Flugblatt vom 25.9.74, das über die „Krise bei Stalling" berichtete, hetzte Mock in einem Betriebsrats-Info vom 27.9., daß der KBW mit seinen Veröffentlichungen „die Geschäftsverbindungen der Firma Stalling gefährdet" habe – und damit die Arbeitsplätze! *„Wenn durch revolutionäre Spielereien eine Firma kaputtgeht, passiert dieser Gesellschaftsordnung überhaupt nichts ... Wie die KBW-Flugblätter zustandekommen, ist nicht nachprüfbar und undemokratisch, weil keiner der Beteiligten (?) dazu gehört wird. Diesmal gefährden sie unsere Arbeitsplätze."*

Wahrlich: Weit auf den Hund gekommen ist dieser „linke" Gewerkschafter! ●

KB/Gruppe Oldenburg

ÖTV-Führung gegen die Krankenhaus-Kollegen in Lübeck

Anwendung des „Radikalen"erlasses nach Bedarf

Im letzten AK berichteten wir, wie nach längerer Vorbereitung die Betriebsgruppe (BG) der ÖTV-Krankenhauskollegen in Lübeck vom Kreisvorstand (KV) aufgelöst wurde. Zum selben Zeitpunkt stellte der KV Ausschlußanträge gegen vier Krankenhauskollegen, die erst zwei Monate später (!) darüber schriftlichen Bescheid erhielten.

Jugend-MV der ÖTV-Lübeck: Der Kreisvorstand steckt eine Schlappe ein

Kurz nach der Auflösung der BG wurde dies auf einer ÖTV-Jugend-MV (=Mitglieder-Versammlung) diskutiert. Die Krankenhausjugendlichen hatten dazu eine Dokumentation über die Arbeit der BG ausgearbeitet. Es waren vier KV-Mitglieder persönlich erschienen, um die Auflösung der BG zu „begründen". Dabei wandten sie die unterschiedlichsten Behauptungen an und verstrickten sich in immer größere Widersprüche, weil sie keine einzige Frage konkret beantworten konnten und alle Behauptungen als Lügen entlarvt wurden. Nach geplanten Ausschlüssen direkt befragt, bestritten sie, daß gegen irgendeinen Krankenhauskollegen ein Ausschlußverfahren geplant sei. Das Verbot eines Flugblatts zur 40-Stunden-Woche, in dem mehr Stellen gefordert wurden, begründeten sie: „Das war nicht die Sprache der Gewerkschaft!" – Als eine Kollegin daraufhin den Antrag stellte, dies Flugblatt einmal vorzulesen, „damit wir alle wissen, was für diese Herren nicht die Sprache der Gewerkschaft ist", sprangen sie auf, um die Versammlung zu verlassen. In Hut und Mantel und mit roten Ohren hörten sie sich noch eine Solidaritätsadresse der Jugendlichen aus der Stadtverwaltung an, um sofort danach abzurauschen. Späterer Kommentar des ÖTV-Geschäftsführers Platthof zur Jugend-MV: „So was darf uns nicht nochmal passieren." ...

Bezirksjugendausschuß(BJA)-sitzung der ÖTV in Kiel: ÖTV-Führung erhält Oberwasser.

Ein paar Tage nach der Jugend-MV wurden auf einer BJA-Sitzung zwei Kollegen der ÖTV-BG daran gehindert, die Jugendlichen aus dem Bezirk über die Auflösung der BG zu informieren!

Ein Bezirksvorstandsmitglied beantragte den Rausschmiß der beiden Kollegen, weil angeblich gegen einige Mitglieder der BG Krankenhaus Ausschlußverfahren laufen sollten!

Als die beiden beteuerten, daß ihnen von solchen Plänen nichts bekannt sei, daß ihnen im Gegenteil gerade vor kurzer Zeit von offizieller Gewerkschaftsseite bestätigt worden sei, daß **keine Ausschlüsse geplant** seien, verlas der ÖTV-BV-Funktionär von einer mysteriösen „schwarzen Liste" vier Namen! Diese bloße Behauptung sollte genügen, fortschrittliche Kollegen aus einer Versammlung rauszuschmeißen! (übrigens stand nur einer der beiden anwesenden BG-Kollegen auf dieser „Liste").

Die Funktionäre zogen ihre Schmierenkomödie gegenüber den beiden Kollegen der BG und den übrigen Anwesenden ab:

„Ich würde Sie ja gerne anhören, aber das verstößt gegen die Satzung, und wollen Sie denn, daß wir nur Ihretwegen die ganze Versammlung schließen müssen?" Oder danach: „Ich halte diesen Punkt für so wichtig, den kann man doch nicht einfach so unvorbereitet (!!) auf die Tagesordnung setzen". – Alte Tricks aus dem Arsenal der Gewerkschaftsführer also, aber sie verfehlten doch nicht ihren Zweck: Die Jugendlichen aus dem BJA beschlossen, den einen Kollegen „rauszubitten" und das Thema Auflösung der BG nicht zu diskutieren.

Sicher haben die Krankenhauskollegen sich auch Illusionen gemacht über solch ein Gremium wie den BJA: Solange die Jugend- und Betriebsarbeit im Bezirk schwach entwickelt ist, besteht so ein überregionales Gremium zumeist aus Opportunisten, denen die Zugehörigkeit zu solchen Gremien wichtiger ist als die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb. Eine wirksame Solidarität kann nicht in erster Linie über solche Gremien erreicht werden!

ÖTV-Mitgliederversammlung (MV) der Abteilung Gesundheitswesen: ÖTV-Spitze hält sich zunächst „vornehm" zurück . . .

In diesem Zusammenhang ist es auch zu erklären, daß **dieselben Kollegen**, die hier als „Ausgeschlossene" behandelt wurden, vier Wochen später auf einer MV der Abteilung Gesundheitswesen Lübeck **nicht rausgeschmissen** worden sind!

Auf dieser Versammlung wurden die Mißstände in den Krankenhäusern im Zusammenhang mit der 40-Stunden-Woche aufgedeckt und in einer Resolution die Einrichtung von mehr Planstellen gefordert. Des weiteren wurde der Vorschlag des ÖTV-Hauptvorstands, für die kommende Tarifrunde 6% + 50.– DM Sockelbetrag zu fordern, von fast allen Kollegen scharf kritisiert. Die Versammlung beschloß, in einer weiteren MV zwei Wochen später die Forderungen zu diskutieren und Schritte festzulegen, um einen wirksamen Beitrag zur Durchsetzung der Forderungen durch die Krankenhauskollegen zu erreichen. Dabei griffen die ÖTV-Führer die Argumente der ehemaligen BG geschickt auf und es gelang ihnen weitgehend, sich an die Spitze zu setzen.

In einer solchen Situation, nämlich vor über 60 Kollegen der vom Ausschluß bedrohten Gewerkschafter, muß sich die Gewerkschaftsführung schon eine scheindemokratischere Lösung einfallen lassen, um die Fortschrittlichsten zu isolieren!

. . . um dann loszuschlagen!

Zwischen diesen beiden MV holte die ÖTV-Spitze kräftig aus:

Die vier vom Ausschluß bedrohten Kollegen erhielten die schriftliche Bestätigung des Antrags auf Ausschluß mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß während des Verfahrens „alle Rechte und Pflichten" ruhen,

Die MV wurde kurzfristig an einen anderen Ort verlegt: Statt im Gewerkschaftshaus fand sie im Hörsaal der Medizinischen Hochschule statt. Der Beginn wurde trotz vorherigen Protestes der Kollegen auf 19 Uhr festgelegt – eine Zeit, in der alle Kollegen der Spätschichten noch arbeiten müssen.

Die aktiven Gewerkschafter nutzten die Zeit nicht genügend, um breit für diese MV zu mobilisieren.

So fanden sich noch nicht mal 20 Kollegen in dem Hörsaal. Auch von den vier Kollegen, gegen die ein Ausschlußverfahren läuft, waren nur zwei anwesend.

Gleich zu Beginn der Versammlung ging der Sekretär Winkelmann zu ihren Plätzen, um sie (leise flüsternd) zum Gehen aufzufordern. Die Kollegen weigerten sich, die Versammlung zu verlassen, sodaß die ÖTV-Spitze sie nun schon laut und öffentlich dazu auffordern mußte.

Die Kollegen erklärten, daß der Ausschlußantrag gegen sie wegen „gewerkschaftsschädigendem Verhaltens" in seiner Begründung nur auf lächerlichen Unwahrheiten beruhe, und daß er gestellt sei, weil sie am aktivsten in der Gewerkschaft gearbeitet hätten und der KV eine betriebliche Arbeit im Interesse der Kollegen boykottieren will.

Als sich zeigte, daß die ÖTV-Führer die Versammlung schließen würden, und daß die anwesenden Kollegen nicht spontan ohne die Gewerkschaftsführung weiter diskutiert hätten, verließen die beiden Kollegen den Raum.

Nicht resignieren!

Die Gewerkschaftsausschlüsse (und in ihrem Vorwege die Suspendierung aus der innergewerkschaftlichen Diskussion und Willensbildung – „Ruhen aller Rechte und Pflichten") kommen nicht zufällig in diesem Moment, also kurz vor der Tarifrunde. Dem breit angelegten Angriff von Kapital und Staat auf die Lebensbedingungen der Werktätigen, insbesondere die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, wird seitens der Gewerkschaftsführer nicht nur nicht entschieden begegnet. Im Gegenteil. Die Gewerkschaftsführer unterstützen diesen Angriff auf die Kollegen nach besten Kräften. Ihre spezielle Aufgabe ist es, jeden sich regenden Widerstand gegen Lohnabbau, Arbeitshetze, staatliche Rationalisierung zu desorientieren, zu zersetzen und – wo dies nicht so einfach möglich ist – auch brutal zu zerschlagen, indem sie die aktivsten und politisch klarblickendsten Kollegen aus der Gewerkschaft feuern, sie dem Kapitalisten, bzw. der Behörde zur Kündigung auf dem silbernen Tablett präsentieren, ihnen Rechtsschutz und gewerkschaftliche Solidarität verweigern.

Gewerkschaftsausschluß gegen Einzelne ist fast immer ein Angriff auf alle Kollegen. In aller Regel trifft er die aktivsten Kämpfer gegen die kapitalistische Ausplünderung, die Sprecher der Kollegen. Er soll die Abwehrbereitschaft und Solidarität der Arbeiter und Angestellten zersetzen, sie einschüchtern und zur Aufgabe zwingen. – Dies in Zukunft klar zu machen, wird eine wichtige politische Aufgabe für uns sein. Vor allem müssen wir den einheitlichen Charakter der Angriffe der Behörde mit Rationalisierung, Personalverknappung, größerer Arbeitshetze bei ständigem Reallohnabbau und den besonderen Angriff auf die aktivsten Kämpfer unter den Kollegen aufzeigen; müssen deutlich machen, welchen politischen Standort die Gewerkschaftsführer immer wieder beziehen: den Standort von Kapital und Staat. ●

Krankenhauszelle des KB/Gruppe Lübeck

Hamburger Stahlwerke:

Neue Erpressungen gegen Elektriker und aktive Gewerkschafter! Kripo im Werk!

Ende Oktober war es den Elektrikern der WE/E gelungen, ihre Forderung nach Absetzung der 7-Tage-Schicht gegen den Willen der Geschäftsleitung und des Betriebsrates durchzusetzen. (Wir berichteten hierüber in AK 52) Kurz darauf starteten die HSW-Kapitalisten neue Angriffe gegen die Elektriker. Den Kollegen wurde ein neuer Schichtplan vor die Füße geschmissen, der vom Betriebsrat (!) ausgearbeitet worden war. In veränderter Form beinhaltet der neue Schichtplan auch wiederum nur die Interessen der Geschäftsleitung. Arbeit am Wochenende und Verlegung der Freizeit auf die Wochentage bleibt Bestandteil der neuen Arbeitsweise. In gewohnter erpresserischer Weise wurden die Kollegen auch diesmal vor die Alternative gestellt, dem Schichtplan zuzustimmen oder „die Konsequenzen zu ziehen." Die Geschäftsleitung wollte auch diesmal wieder eine sofortige Abstimmung. Der Betriebsrat war bei dieser Abstimmung bei den Elektrikern nicht hinzugezogen worden. Kein Kollege stimmte für die Schicht, ein Elektriker stimmte offen gegen die Schichtarbeit. Für Bereichsleiter Wedde war damit alles klar. Die Stimmenthaltung faßte er als Zustimmung (!) auf, vier nicht anwesende Elektriker rechnete er als Stimmenthaltungen und eben eine Gegenstimme. Wedde: „Bis zum 1.12. 74 wird die Schicht wieder eingeführt."

Kündigung und Versetzung... Als Mittel der Erpressung!!!

Die wesentliche Grundlage für die geschwächte Situation bei den Elektrikern ist die brutale Vorgehensweise der Geschäftsleitung. Sie führte zum Rausschmiß und Versetzung fortschrittlicher Kollegen aus der Abteilung. Nach zweiwöchiger Beurlaubung und Abspaltung von den Kollegen wurde der Vertrauensmann Norbert D. zum 16.11. endgültig gekündigt. Diesmal stimmte auch der Betriebsrat der Kündigung zu. Für die HSW-Kapitalisten war diese Kündigung ein notwendiger Schritt, um gegen die Kollegen ihre Politik der Übertretung gesetzlicher Bestimmungen und Vorschriften durchzusetzen. Um die Elektriker noch mehr einzuschüchtern, wurde gleichzeitig ein anderer Kollege, der immer gegen die 7-Tage-Schicht aufgetreten war, ins Stahlwerk auf Kontischicht versetzt.

... und noch härtere Hämmer: Wieder Polizei im Werk

Nur wenige Wochen nach der Polizeiübung Ende August bei HSW, wurde in der vergangenen Woche die Kriminalpolizei von den HSW-Kapitalisten ins Werk gerufen. Mit dabei war auch ein erst vor kurzem gekündigter türkischer Elektriker, der schon in der Vergangenheit Spitzeldienste für die Geschäftsleitung geleistet hatte.

Anlaß für den „Besuch" der Kripo war das angebliche Verschwinden einer Kabeltrommel Kupfer und der Fund einer Reihe von Mülltüten, die mit Kabelresten gefüllt waren.

Die HSW-Kapitalisten konstruierten sofort einen „Diebstahl" und die „Schuldigen" standen auch sofort fest. Einer der Elektriker, der bis heute Widerstand gegen die Einführung der 7-Tage-Schicht in der WE/E, leistet, wurde direkt des Kupferdiebstahls beschuldigt. Dieser Kollege verwahrte sich gegen derartige Anschuldigungen und drohte seinerseits mit dem Rechtsanwalt. Daraufhin wurden die Beschuldigungen gegen den Kollegen zurückgezogen.

Sonderbewachung bald für Jedermann???

Als der gekündigte Vertrauensmann Norbert D. letzte Woche in die Firma wollte, um Werkzeug abzugeben und seine Papiere abzuholen, bekam er beim Betreten des Werkes Sonderbewachung. Der rechte türkische Betriebsrat und Dolmetscher aus der Personalabteilung und ein Werkschutzmann wurden ihm zur Seite gestellt und ließen ihn fortan nicht mehr aus den Augen. Diskussionen mit den Kollegen seiner Abteilung sollten so verhindert werden. Nur eine Stunde nachdem Norbert D. das Werk verlassen hatte, marschierten Käppeler, Schmid, Wedde und Kostka (Geschäftsleitung, Abteilungsleiter, Meister) in die Abteilung und durchwühlten von oben bis unten die Fächer von Norbert D. Bei einem weiteren Elektriker wurde ebenfalls der Spind durchgewühlt. Dieser Kollege kam von einer Fremdfirma und war bereits sehr lange bei HSW beschäftigt. Auch er hatte sich während dieser Zeit oft für die Rechte seiner Kollegen bei HSW eingesetzt. Wenige Tage nach dieser Spindkontrolle erhielt dieser Kollege Werksverbot und wurde auf Antrag des Betriebsrats (mit der fadenscheinigen „Begründung", während der Arbeit einen getrunken zu haben!) gefeuert ...!

Diese Vorgehensweise der Kapitalisten gegen einzelne fortschrittliche Arbeiter – um alle Beschäftigten des Betriebes zu treffen – ist zumindest in der von HSW betriebenen Brutalität einmalig in Hamburgs Metallindustrie! ●

Betriebszelle HSW
KB / Gruppe Hamburg

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Göttinger Raum

Kurzarbeit – die „elegantere Lösung"?

Unter der Schlagzeile „Arbeitsamt: Kurzarbeit ist die elegantere Lösung" stand am 12. Oktober im „Göttinger Tageblatt":

„Die Bundesregierung in Bonn steht heute vor der Aufgabe, einerseits die inflationäre Entwicklung des Geldwertes zu stoppen und andererseits die Entwicklung der Wirtschaft auf einem hohen, die Vollbeschäftigung gewährleistenden Niveau zu halten. Die Lösung beider Aufgaben ist nur möglich, wenn zumindest in einigen Branchen Kapazitäten stillgelegt, also vorübergehend Arbeitskräfte freigesetzt werden. Der Leiter des Arbeitsamtes Göttingen, ..., Gerhard Knappe, sieht vom Arbeitsmarkt her die elegantere Lösung der Probleme in einer zeitweiligen Kurzarbeit."

Konkret sieht diese „elegante Lösung" so aus:

Phywe AG
Bei der Phywe wird seit Ende August von einem Teil der Belegschaft kurzgearbeitet: drei Wochen Arbeit, eine Woche Zwangspause. Über die Weihnachtstage soll ab 9.12.74 - 10.1.75 für einige Abteilungen der Betrieb dicht sein. Hinzu kommt, daß der Urlaub für 1974, der tarifvertraglich bis 31. März 1975 genommen werden kann, nun laut „Arbeitsförderungsgesetz" wegen der Kurzarbeit noch dieses Jahr genommen werden muß! Das wurde auch erst am 25.10. bekannt gemacht!

Zudem ist so gut wie sicher, daß das betriebliche Weihnachtsgeld gestrichen werden soll, was für einige Kollegen Einbußen bis zu DM 200,– bedeutet!

Isco
Seit dem 25. Oktober arbeiten die rund 500 Kollegen bei Isco für ein halbes Jahr kurz (jeweils ein Tag in der Woche, Montag oder Freitag, fällt weg). Vor Beginn der Kurzarbeit wurden schnell noch 30 Kollegen gefeuert, darunter zwei fortschrittliche Arbeiter, die sich für ihre Kollegen eingesetzt hatten.

Bosch
120 Kollegen sind bzw. werden bis Ende des Jahres in Göttingen entlassen. Im Hildesheimer Zweigwerk sollen es gar 240 (!) Kollegen werden!

Conti
„Kurzarbeit seit 1. Oktober für ein halbes Jahr. Einige Abteilungen sind schon seit Jahresanfang (!) von Kurzarbeit betroffen!

Bundesbahn
1.000 Eisenbahn-Arbeitsplätze im Raum Göttingen sind gefährdet, wenn u. a. die beabsichtigte kurzfristige Einstellung der Produktion in der Werkabteilung und die geplante Schließung der Göttinger Umladestelle der DB durchgeführt werden. Im Falle einer Führung der neuen Bundesbahn-Schnelltrasse durch das Wesertal statt durch das Göttinger Gebiet ist, nach Angaben der örtlichen GdED-Führung, mit einem Verlust von 700 Arbeitsplätzen zu rechnen.

Glashütte Buder
Nach dem Bankrott der Glashütte standen zunächst 240 Kollegen auf der Straße. Lohn und Gehalt der Kollegen war noch nicht gezahlt! Der Konkursverwalter fand neue Interessenten für die Firma, die mit 90 Kollegen weiter produzieren wollten. Das wurde allerdings an die ungeheuerliche Bedingung geknüpft: Verzicht der ganzen Belegschaft auf ihre noch unerfüllten Lohn- und Gehaltsforderungen! (Uns ist leider noch nicht bekannt, was daraus geworden ist).

Dies sind nur einige Beispiele, wie „elegant" hier die Probleme der Kapitalisten gelöst werden. Insgesamt arbeiten im Göttinger Raum 1.924 Kollegen in 26 Betrieben kurz. Die Arbeitslosenquote liegt über dem Bundesdurchschnitt: sie betrug Ende September 3,8 % (!), das sind 6.218 Kollegen!

Förderung für die Kapitalisten

Das Göttinger Arbeitsamt zahlte in letzter Zeit 3,8 Mio. DM für die Schaffung von 300 neuen Arbeitsplätzen, vor allem im Baubereich.

300 neue Arbeitsplätze sind natürlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Interessant ist allerdings, wie diese geschaffen wurden: die Bau-Kapitalisten wurden angelockt mit zusätzlichen Förderungen (aus Steuergeldern, versteht sich), vor allem des Winterbaus. Die Förderung sollte bis zu 90 % (!!) der Gesamtkosten betragen.

Hier wird klar: Die Kapitalisten stoßen sich gerade in Zeiten „konjunktureller Flauten" auf Kosten der Arbeiter gesund, während die Göttinger Werktätigen mit weiteren Angriffen auf ihr Lebensniveau rechnen müssen:

- geplante Fahrpreiserhöhungen (siehe dazu AK 51);
- Erhöhung der Gaspreise um 17 - 20 %;
- Lohneinbußen durch Kurzarbeitergeld oder Arbeitslosenunterstützung.

Deshalb müssen unsere Forderungen sein:

Keine Entlassungen!
Kurzarbeit bei vollem Lohnausgleich durch die Kapitalisten!
Die Krise darf nicht auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden! ●

Metallzelle
KAG Göttingen

Pharmazeutische Industrie

1. Das Arzneimittelgesetz

„In den sechziger Jahren ist bei der Schaffung des Arzneimittelgesetzes (AG) Beispielhaftes und, wie man meinen sollte, Dauerhaftes geleistet worden".

So kommentiert Christian Wehle in der „Neuen Apothekenillustrierten" Nr. 9/Sept. 74 das AG, das Mitte Mai 1961 verabschiedet wurde (BGBL. 1, S. 533). Beispielhaft ist dieses Gesetz in der Tat: Es zeigt deutlich, wie es den Kapitalisten – in diesem Fall denen der pharmazeutischen Industrie – gelingt, ein Gesetz durchzuboxen, das ausschließlich ihren eigenen Interessen entspricht und in keinem Fall zum Schutz der Bevölkerung geeignet ist. Die wesentlichen Punkte besagen nämlich: *„Der Hersteller allein trägt die Verantwortung für die Produkte und gibt ihre Zweckbestimmung an, er muß jedoch nicht die Wirksamkeit nachweisen".* Keine staatliche Einrichtung hat eine wirkliche Kontrolle über neue Arzneimittel. Diese werden nicht grundsätzlich der Rezeptpflicht unterstellt, d.h., sie können ohne ärztliche Kontrolle beliebig oft und lange angewandt werden.

Die Unzulänglichkeit dieses Gesetzes läßt sich sehr deutlich am Conterganskandal aufzeigen. Das Schlafmittel Contergan, von seiner Herstellerfirma Chemie Grünenthal als Mittel mit außerordentlich geringen Nebenwirkungen und als extrem ungiftig angepriesen, kam im Oktober '57 in den Handel. Es wurde vertrieben, obwohl Versuche an trächtigen Tieren nicht durchgeführt worden waren, obwohl die Experimente an Patienten, die unter epileptischen Anfällen litten, wegen zu starker Nebenwirkungen (Schwindelanfälle, Sprachstörungen, vermehrt auftretende epileptische Anfälle, die durch Contergan doch gerade verhindert werden sollten) abgebrochen werden mußten. Noch 1961 besaß Grünenthal die unverschämte Frechheit, den Gesundheitsbehörden in Bonn gegenüber zu behaupten, Contergan sei unschädlich, und Nebenwirkungen seien praktisch niemals vorgekommen, obwohl der Firma zu diesem Zeitpunkt 1.600 Berichte über verschiedene Nebenwirkungen vorlagen („Arzneimittelbrief" Nr. 7,73). Da der Zusammenhang zwischen Contergan und verschieden stark ausgeprägten Mißbildungen bei Kindern solcher Mütter, die Contergan während der Schwangerschaft eingenommen hatten, in der Öffentlichkeit immer breiter diskutiert wurde, hielt es Grünenthal für (geschäftlich) sinnvoller, das Mittel aus dem Handel zu ziehen. Verboten ist Contergan bis heute nicht!!!

Selbst wenn das AG schon vor 1961 bestanden hätte, wäre Contergan auf den Markt gekommen, denn das Bundesgesundheitsamt (die Behörde, bei der alle neuen Mittel angemeldet und in das Spezialitätenregister eingetragen werden müssen), muß jedes Mittel registrieren, wenn es die eingereichten Unterlagen für ausreichend hält. Dabei muß sich das BGA mit einer Überprüfung der Stichhaltigkeit begnügen und kann keine eigenen Präparat-Prüfungen vornehmen. Dazu muß man außerdem wissen, daß

1. keine Auflagen und Forderungen seitens des Staates bestehen, wie ausführlich und auf welchen Gebieten die Versuche gemacht werden müssen und wann sie begonnen und beendet wurden. D.h. also, daß Versuche, die ein negatives Ergebnis versprechen, einfach unterschlagen oder zu einem noch günstigen Zeitpunkt abgebrochen werden können;

2. im BGA zunächst zwei, später vier und seit 1971 sechs Pharmakologen die Registrierung und damit auch die Prüfungen vornehmen.

Das BGA hat nicht die Befugnis, die Registrierung eines Präparates abzulehnen, auch dann nicht, wenn schon genügend Mittel derselben Wirkung auf dem Markt sind, sodaß durch das „neue" Mittel keine Bereicherung und Verbesserung der Therapiemöglichkeiten erzielt wird, sondern nur eine Erhöhung der ohnehin schon unüberschaubaren Zahl der Medikamente.

Wie konnte dieses unzulängliche Gesetz entstehen?

Aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse in der BRD nach dem 2. Weltkrieg hielten die Vertreter der großen pharmazeutischen Firmen eine gesetzliche Regelung über die Herstellung und den Vertrieb von Arzneimitteln für erstrebenswert. Seit Mitte der 50er Jahre hielt sich ihr jährlicher Produktionszuwachs im Durchschnitt bei zehn bis elf Prozent. 1956 war er besonders hoch und betrug 22% („Pharmazeutische Industrie" Nr. 6, 1959, S. 225). Die Konkurrenz der ausländischen Firmen im Inland wurde bedrohlicher, die Einfuhr stieg in den ersten drei Monaten des Jahres 1960 im Gegensatz zum Vorjahr um 50% („Pharmazeutische Industrie", Nr. 6, 1960, S. 237). Einerseits mußten also die ausländischen Firmen vom westdeutschen Markt möglichst verdrängt werden, andererseits mußten die Exportbemühungen verstärkt werden, um sich Absatzgebiete zu sichern. Zwar standen die im Bundesverband der pharmazeutischen Industrie (BVdPI) organisierten Firmen an vierter Stelle auf der Weltrangliste der Exportländer, aber jetzt galt es, dennoch den westeuropäischen Markt stärker zu beachten, denn bisher hatte man sich fast ausschließlich um die Ausfuhr in die weniger entwickelten Länder gekümmert. Die Intensivierung des Exports in die kapitalistischen Nachbarländer war hauptsächlich behindert durch die recht strengen Arzneimittelgesetze, die dort bestanden: In den USA schon seit 1906 die „Federal Fod and Drug Act" (FDA), in Frankreich ein Gesetz seit 1941. Mit einem AMG im Hintergrund könnten die westdeutschen Kapitalisten immer behaupten, ihre Produkte seien „geprüft", und außerdem könnten sie die völlig unkontrollierte Überschwemmung der BRD mit ausländischen Medikamenten verhindern. Für die amerikanischen Firmen stellte nämlich der westdeutsche Markt ein kostenloses, sogar gewinnbringendes Labor dar, in dem in den USA noch nicht zugelassene Produkte erprobt werden konnten.

Die Forderungen, die die Vertreter der Pharma-Industrie an das Gesetz hatten (Verantwortung für das Produkt und Zweckbestimmung bleiben allein dem Hersteller überlassen; keinerlei Kontrollmöglichkeit von seiten des Staates, sondern nur Registrierung der Medikamente) wurden über den Wirtschaftsausschuß, in dem Vertreter der Pharma-Industrie saßen, geltend gemacht. Dieser Ausschuß hatte bei der Gesetzgebung zwar nur eine „beratende" Funktion, aber seine „Vorschläge" wurden vom Gesundheitsausschuß, der vom Bundestag mit einem Entwurf beauftragt war, bereitwillig übernommen. Im abschließenden Bericht des Gesundheitsausschusses heißt es: *„... daß die Registeranmeldung nicht zu einem Hemmnis für die Entwicklung neuer Präparate führen und auch nicht die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie dem Ausland gegenüber gefährden dürfe".* Und weiter: *„Jede materielle Prüfung würde das Herausbringen einer neuen Spezialität verzögern. Außerdem ist die Meinung der Wissenschaft über Wirksamkeit und Unschädlichkeit eines Präparates zunächst oft sehr unterschiedlich".*

In unserem kapitalistischen System ist es also wichtiger, die „Konkurrenzfähigkeit" der Industrie zu erhalten als Menschen vor eventuellen Schäden durch schlecht erprobte Präparate zu schützen.

Die im Grunde also von den Kapitalisten eigenhändig ausgearbeitete Vorlage wurde dann ohne wesentliche Änderung verabschiedet.

Um die Empörung der Öffentlichkeit nach den Contergan-Ereignissen zu beruhigen, wurde, kaum war das Gesetz verabschiedet, eine Änderung in Angriff genommen, die im Juni '64 rechtskräftig wurde. Wer glaubt, daß jetzt endlich, nachdem unzählige Kinder verstümmelt zur Welt gekommen waren, bestimmte Richtlinien und Kriterien für den Nachweis von Wirksamkeit und Unschädlichkeit neuer Mittel festgelegt wurden, bei deren Nichterfüllung das BGA ein Präparat auch ablehnen kann, irrt sich gewaltig. Wieder konnten sich die Vorschläge des Wirtschaftsausschusses durchsetzen. Zwar wird eine dreijährige Rezeptpflicht für alle neuen Mittel eingeführt, nach deren Ablauf ein Beirat darüber beschließt, ob ein Mittel rezeptpflichtig bleiben muß oder nicht; wenn man aber die Informationsmöglichkeiten dieses Beirates kennt, erweist er sich als Farce. Er stützt sich nämlich hauptsächlich auf die bei der Arzneimittelkommission (AMK) eingegangenen Meldungen. Die AMK ist ein zentraler Fachausschuß für die Erfassung von Arzneimittelnebenwirkungen, der sich bis auf (1969) 60.000 DM Bundesmittel aus privaten Spenden finanzieren muß. Die AMK wiederum ist darauf angewiesen, daß die Praxis- und Klinikärzte bei der Therapie beobachtete Nebenwirkungen von sich aus melden. Sowohl in einer Praxis als auch in einer Klinik stehen weder Zeit noch ausreichende Mittel für solche notwendigerweise genau geführten Untersuchungen zur Verfügung. Die Anzahl der eingegangenen Meldungen spricht für sich. 1968 waren es 300, 1969 ca. 700 und das bei etwa 95.000 Ärzten!

Als weitere Änderung wurde der folgende Passus aufgenommen: *„Die Anmeldung hat die schriftliche Versicherung des Herstellers zu enthalten, daß die Arzneispezialität entsprechend dem jeweiligen Stand der Wissenschaft ausreichend und sorgfältig geprüft worden ist".* Offen bleibt dabei, wer den „jeweiligen Stand der Wissenschaft" bestimmt, wer festlegt, wann etwas „ausreichend und sorgfältig" geprüft ist. Die Firma Chemie Grünenthal etwa? Sie behauptet heute noch, daß *„jede Kausalität zwischen Contergan und Mißbildungen bzw. Nervenschäden unbewiesen ist. Viele Ursachen mögen zu der Katastrophe geführt haben, nur nicht Contergan, sondern besonders häufiges Fernsehen der Mütter während der Schwangerschaft, radioaktiver Niederschlag nach Atombombenversuchen und (vor allem wohl) mißlungene Abtreibungsversuche der Mütter"*!!

Der Prozeß gegen Grünenthal wurde nach 283 Verhandlungstagen eingestellt mit der Begründung, die Schuld der Angeklagten sei gering und an der Strafverfolgung bestehe kein öffentliches Interesse!!!!

Politik der Pharmaindustrie

Wenn man die starke Position der Pharmaindustrie verstehen will, muß man sich die Verhältnisse auf dem Pharmamarkt ansehen.

Es gibt ca. 1.000 Hersteller, von denen sich 620 im BVdPI zusammengeschlossen haben. Diese 620 Firmen repräsentieren 95% der westdeutschen Arzneimittelproduktion, d.h., die übrigen nicht im BVdPI organisierten spielen kaum eine Rolle. Die folgende kurze Tabelle zeigt, wie stark die Monopolisierung auf dem Pharma-Markt ist:

Die führenden	10	35%	am Umsatz
"	20	50%	" "
"	50	65%	" "
"	100	80%	" "

(„Handelsblatt", 27.8.73).

„Am Gesamtmarkt hat keiner einen größeren Anteil als 6 %". Aus dieser Feststellung folgert das „Handelsblatt": *„Marktbeherrschende Stellungen gibt es also nicht".* Das erweist sich als glatte Lüge. Auch dem „Handelsblatt" kann nicht verborgen geblieben sein, daß die großen Konzerne den Markt untereinander aufgeteilt haben. Jeder hat seinen eigenen Bereich, wie z. B. Schering die Hormonpräparate, Bayer die Antibiotika (bakterientötende Stoffe) und Hoffmann-La-Roche die Psychopharmaka und Antidiabetika (blutzuckersenkende Mittel), so daß in Wirklichkeit eben doch marktbeherrschende Positionen bestehen. Hinzu kommt, daß zwischen den Großkonzernen Preisabsprachen bis auf den Pfennig genau getroffen werden, so daß im Gegensatz zu kleinen Firmen stark überhöhte Preise und damit höhere Gewinne eingetrieben werden. Ein Vergleich zwischen 3 Medikamenten gegen Harnwegsinfektionen zeigt das:

Furadantin (Bayer)	50 Tabl. a 50 mg	14.35 DM
Ituran (Promonta)	50 Tabl. a 50 mg	14.35 DM
Uro-Tablinen (Sanorania, kl. Firma)	50 Tabl. a 50 mg	7.95 DM

Wohlgemerkt, die Inhaltsstoffe sind völlig identisch!! Diese Preisunterschiede erscheinen um so bemerkenswerter, wenn man weiß, daß die kleinen Firmen die Mittel gar nicht selbst produzieren, sondern zum größten Teil die fertigen Substanzen von ihren großen Kontrahenten kaufen und sie nur noch in die verschiedenen Darreichungsformen bringen und verpacken. Ein anderes Beispiel für die willkürliche Preispolitik liefert die Firma Hoffmann-La-Roche. Von ihrem Beruhigungsmittel Valium 5 werden in der BRD 100 Tabletten für 26,10 DM, in Großbritannien dieselbe Menge für nur ca. 4,50 DM angeboten. Der britische Ableger des multinationalen Konzerns bezahlt für 1 kg Valium-Grundmasse 5.000 DM, der westdeutsche 9.600 DM; die Produktionskosten für 1 kg liegen bei 86 DM!! In Großbritannien werden die Medikamentenpreise staatlich reguliert, während in der BRD dem Profitstreben überhaupt keine Grenzen gesetzt sind. Zwar hat nach einer Meldung der „Welt" vom 24. 10. 74 das Bundeskartellamt in Westberlin beschlossen, daß Hoffmann-La-Roche ab 1975 die Preise für seine beiden Beruhigungsmittel Valium und Librium um 40 bzw. 35 % senken muß, weil die Preisforderungen im Gegensatz zu denen im Ausland schon seit 11 bzw. 14 Jahren überhöht seien, aber wie aus dem nebenstehenden „Welt"-Artikel hervorgeht, aber das Westberliner Kammergericht hat dem Hoffmann-La-Roche-Antrag auf Aufschiebung dieser Verfügung stattgegeben.

Aus der obigen Aufstellung geht hervor, daß die 20 größten Firmen 5o % des Umsatzes erwirtschaften. Diese Monopolisierung kommt dadurch zustande, daß die meisten Firmen Ableger von branchenähnlichen Konzernen sind, die ihnen zunächst stärkenden finanziellen Rückhalt geben oder aber dadurch, daß sie selbst ein sehr breites Produktionsspektrum haben. 14 % des Umsatzes von Hoechst und 10 % des Umsatzes von Bayer – beide sind große Chemiekonzerne – stammen aus dem pharmazeutischen Bereich, doch das reicht schon aus für einen der vordersten Plätze auf der internationalen Rangliste. Auch die Zwangsaufteilung der IG Farben nach dem Kriegsende konnte an dieser Konzentrierung nichts Grundsätzliches ändern, denn die entstandenen Teilkonzerne waren immer noch mächtig genug, um sofort wieder Zusammenschlüsse und Absprachen auf Kosten der kleinen Firmen zu treffen. Alle Führenden Hersteller haben sich multinational verankert, vor allem in solchen Ländern, in denen keine eigene pharmazeutische Industrie entwickelt war, sodaß sie dieses Absatzgebiet fest in ihre Hände nehmen konnten. Meist werden die Produkte dort nur noch gepreßt und verpackt, und dann können sie an Ort und Stelle vertrieben werden.

Eine weitere Ursache für die Verhältnisse auf dem Pharmamarkt sind die Absatzbedingungen. Nicht der Endverbraucher, also der Patient, der die Kosten tragen muß, entscheidet, welches Medikament gekauft wird, sondern ein Verteiler (= Arzt) übernimmt diese Funktion. Die verordnenden Ärzte haben aber kein Interesse daran, das billigste Medikament zu verschreiben. Ihre Auswahlkriterien sind lenkbar. Die Pharmakapitalisten geben sogar Motivforschungen in Auftrag. Zwei Zitate aus der Zeitschrift „Pharmazeutische Industrie" Nr. 28 und „Capital" Nr. 10: *„Um zu erfahren, warum der Arzt bestimmte Verschreibungsgewohnheiten hat, erweist es sich als zweckmäßig, sich nicht mit ihm über Präparate zu unterhalten. Präparate sind in diesem Zusammenhang Zweck und nicht Ursache der Gewohnheiten". „Solche Motivstudien kosten zwischen 20.000 und 30.000 DM ... und erlauben es den Auftraggebern, ihre Ärztekunden psychologisch geschickter anzusprechen als die Konkurrenz, die nicht über solche intimen Kenntnisse verfügt".* Diese Zitate zeigen eindeutig, wie es die Kapitalisten darauf anlegen, die Ärzte zu manipulieren. Kein Arzt kann das ungeheure Angebot von Medikamenten aus eigener Kraft überblicken. Mitte dieses Jahres waren in Berlin beim BGA 24.063 Arzneimittelspezialitäten registriert, wobei die Zahl der wirklich im Handel befindlichen Produkte bei ca. 70.000 (!) liegt; einen genauen Überblick hat keiner, weder Ärzte noch Apotheker noch das BGA. Jährlich kommen ungefähr 1.500 weitere Mittel hinzu. Obwohl sich die Nachfrage von Ärzten und Patienten auf nur 2.000 (!) Medikamente konzentriert, und auf diese 2.000 94 % des gesamten Umsatzes entfallen, was aus einer Untersuchung des BVdPI selbst hervorgeht, werden keine Konsequenzen daraus gezogen. Im Gegenteil, dieser Wirrwarr kommt den Pharma-Kapitalisten nur gelegen. Sie versuchen nicht etwa, den Arzt möglichst umfassend über Zusammensetzung, Wirkungsweise und Nebenwirkungen zu informieren, sondern bombardieren ihn lieber mit farbenprächtig aufgemachter Reklame und mehr oder minder großen Werbegeschenken

Bei einigen Firmen (z.B. Beiersdorf und Grünenthal) existieren Ärztekarteien, in denen außer der Fachrichtung die besonderen Schwächen wie „klassische Musik" festgehalten sind, so daß man sich von Zeit zu Zeit ausser mit einem Mittel mit einer kleinen „Aufmerksamkeit" in Erinnerung bringen kann.

Andere beliebte Methoden sind „Vortragsabende" im CCH oder Atlantik-Hotel mit „kleinen Imbissen" oder „Fortbildungstage" auf Sylt oder in Davos, wo sogar Ausflugs- oder Besichtigungsprogramme für die begleitenden Damen angeboten werden, damit sie sich nicht zu sehr langweilen.

Im Durchschnitt fallen für Verpackung, Absatzförderung und Werbung 27 % der Gesamtkosten an, für die Forschung aber nur 8 %, obwohl diese doch immer als Begründung für die Arzneimittelpreise angeführt wird (Ch. Levinson, Valium z.B. S. 51).

Die Ärzte reagieren in der gewünschten Weise auf diese Taktik. Generics (Medikamente, die nach Ablauf des Patentschutzes von meist kleinen Firmen nach Originalrezepten hergestellt werden, damit also die gleiche Wirkung haben, aber um ein Vielfaches preiswerter sind) werden kaum von den Ärzten verordnet oder von den Apotheken empfohlen.

So gibt es von elf verschiedenen Firmen ein therapeutisch gleichwertiges Präparat, Vitamin B 12, das teuerste von Merck mit Namen Cytobion, von dem eine Ampulle 2,32 DM kostet; das günstigste von Ratiopharm, eine Ampulle zu nur 29 Pfennig!! Trotz der gleichen Wirksamkeit verschreibt jeder fünfte Arzt das teuerste Mittel.

Wer trägt die Kosten?

Bezahlen muß alles der Patient in Form der Krankenkassenbeiträge, auch die scheinbar kostenlosen Proben, die der Hausarzt ihm schenkt, denn die Kosten dafür kalkulieren die Firmen selbstverständlich in ihre Preise ein.

Die Krankenkassen haben in in der BRD keinerlei Mitspracherecht bei der Preisgestaltung. Bisher haben die Pharmakapitalisten erfolgreich gegen diese Mitbeteiligung gekämpft und immer wieder ihre Interessen durchgesetzt.

1972 hatte das Bundeswirtschaftsministerium einen Arbeitskreis bilden lassen, der einen zaghaften Reformvorschlag erarbeitete, das sogenannte Bauerpapier: Die gesetzlichen Krankenversicherungen sollten in die Lage versetzt werden, mit den Herstellern über die Preiswürdigkeit der einzelnen Arzneimittel zu sprechen. Die nicht auszuräumenden Zweifel sollten auf Antrag beim Bundeskartellamt überprüft werden.

Im Jahresbericht 72/73 der pharmazeutischen Industrie steht in einem Kommentar u.a.:

„Die vorgesehenen Gespräche zwischen den Krankenkassen und einzelnen Herstellern können zu einem Nachfragemonopol mit der Folge eines ständigen Preisdrucks auf die Industrie führen, was der Hinwendung zur Klassenmedizin (!!) bedeuten würde."

In verschiedenen kapitalistischen Staaten kann die pharmazeutische Industrie nicht ganz so ungehindert walten wie in der BRD. In Großbritannien müssen die Hersteller Preisverhandlungen mit dem Gesundheitsministerium führen; für zu teuer gehaltene Medikamente werden vom Gesundheitsdienst nicht bezahlt, so daß die Hersteller, wenn sie überhaupt in größeren Mengen absetzen wollen, gezwungen sind, „bescheidene" Preisvorschläge zu machen.

In Schweden sind die Apotheken verstaatlicht und die Zahl der Produkte ist auf ca. 3000 reduziert worden. Diese Maßnahmen werden sicherlich nicht aus Menschenfreundlichkeit ergriffen oder weil man eine wegen der ständig steigenden Arzneimittelkosten notwendig gewordene Beitragserhöhung für die Mitglieder der Krankenkassen, die sich ja hauptsächlich aus der werktätigen Bevölkerung rekrutieren, verhindern möchte.

Hier besteht ein Widerspruch innerhalb der Kapitalistenklasse zwischen den Pharma-Konzernen, die möglichst hohe Gewinne machen wollen, und den übrigen Kapitalisten, die die Kosten im Gesundheitswesen gering halten will, weil diese Ausgaben für sie unproduktiv sind.

In der BRD konnte und kann die pharmazeutische Industrie bisher wegen ihrer Macht, die durch enge Verflechtung mit den Chemiekonzernen erheblich gestützt wird, ihr Profitstreben rücksichtslos verwirklichen. Ungehindert kann sie dabei das Leben unzähliger Menschen zerstören, wie es das Beispiel Contergan am krassesten zeigt. Wie in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen zeigt sich auch an der Politik der Pharmaindustrie die Menschenfeindlichkeit des Kapitalismus, obwohl gerade sie alles mit dem Mantel der Humanität („Dienst am kranken Menschen" etc.) verhüllen will.

Gruppe Gesundheitspolitik des KB/Gruppe Hamburg ●

Junglehrerversammlung in der Hamburger GEW: Neuwahl des Ausschuß junger Lehrer und Erzieher (AjLE)

Auf Betreiben des Bundesvorsitzenden der GEW, Erich Frister, verabschiedete der Hauptausschuß – nach der Bundesdelegiertenversammlung das oberste Gremium der Bundes-GEW, vergleichbar etwa mit dem „Beirat" der IGM – in Kassel am 6. Oktober neue „Richtlinien" für den AjLE (Arbeitskreis junger Lehrer und Erzieher), die flugs vom Hamburger GEW-Vorstand als bindend erklärt wurden (vgl. AK 51, S. 21). Ohne auch nur einen „Hauch von Mitbestimmung" der jungen Lehrer und Erzieher zuzulassen, die auf einer Wahlversammlung aus ihrer Mitte den AjLE wählen, wurden sie in der „Hamburger Lehrerzeitung" vom 2.11.74 darüber „informiert", daß

- der AjLE „insbesondere" nur noch berufliche Interessen der Junglehrer und Referendare vertreten soll;
- das passive und aktive Wahlrecht auf 30 Jahre herabgesetzt werden soll (bisher war die Grenze das 8. Dienstjahr);
- das „Urwahlprinzip" eingeführt werden soll, falls nicht 20 % der unter 30-jährigen organisierten Kollen auf der Junglehrerversammlung anwesend sind – was die Trennung von Beratung und Wahl (an der Urne) bedeuten würde;
- der AjLE auf höchstens 10 Mitglieder beschränkt werden soll (vorher 15);
- die Verhandlungsleitung der Wahlversammlung nicht wie bisher Vertreter des alten AjLE wahrnehmen, sondern der Vorsitzende der GEW-Hamburg, Dieter Wunder, was natürlich auf Beschränkung der Diskussionsmöglichkeiten und Erweiterung der taktischen Möglichkeiten der GEW-Führer hinausläuft;
- die vom alten AjLE angesetzte ordentliche Junglehrerversammlung vom 31.10. auf den 18.11. verschoben werden sollte, angeblich wegen „technischer Schwierigkeiten" und „mangelnder Vorbereitungszeit".

Taktisches Vorgeplänkel

Im alten AjLE waren vorwiegend Kollegen, die die gewerkschaftliche Politik des KBW für richtig hielten. Dieser alte AjLE setzte für den 31.10. eine außerordentliche Junglehrerversammlung an, auf der über die neuen „Richtlinien" für den AjLE lediglich diskutiert, aber nicht gewählt werden sollte. Es sei angesichts des Kräfteverhältnisses in der GEW falsch, auf der Versammlung zu wählen, da der Vorstand einen dort gewählten AjLE sowieso nicht anerkennen und am 18.11. einen zweiten AjLE wählen lassen würde.

Die etwa 300 Kollegen, die am 31.10. gekommen waren, beschlossen ausdrücklich und mit großer Mehrheit, den AjLE nach den a l t e n Richtlinien zu wählen und auf einer einzuberufenden Satzungshauptversammlung die Mitglieder der GEW-Hamburg über das Wahlverfahren des AjLE entscheiden zu lassen.

Der Vorstand schickte daraufhin jedem GEW-Mitglied unter 30 für die Wahlversammlung am 18.11. ein Einladungsschreiben, das schlichtweg als Provokation zu bezeichnen ist. Die alten Richtlinien stellte er als *„wenig demokratisch", „teils undurchsichtig", „wildwüchsig"* hin, die neuen „Richtlinien" dagegen als *„demokratisch und transparent"* dar. Weiter droht er: *„Damit in Zukunft in Hamburg ein demokratisch legitimierter AjLE arbeitet"*, werde er alles tun, *„um am 18.11. eine ordnungsgemäße Durchführung der Versammlung zu gewährleisten..."*...*„Wir werden jeden Versuch, entgegen den Richtlinien zu arbeiten* (gemeint sind natürlich die des Hauptausschusses – Anm. AK-Red.) *verhindern."* Unter der Rubrik „technische Hinweise" führt der Vorstand kriminalistische Methoden ein, die ihm die genaue Kontrolle der Besucher und Stimmberechtigtenerlaubt.

Dieser Brief macht klar, daß es dem Vorstand auf eine Konfrontation ankam: entweder Wahl nach den neuen „Richtlinien" oder Auflösung der Versammlung – notfalls mit Polizeigewalt.

Was stand zur Wahl?

Angesichts der Situation in der GEW und der massiven Drohungen im Einladungsschreiben des Vorstands wurde die Diskussion um die einzelnen Kandidatenkollektive vor allem von ihrer Stellung zu den „Richtlinien" von Kassel und nicht so sehr von den verschiedenen Aktionsprogrammen bestimmt.

Das DKP/Juso-Kollektiv betrachtete es als Provokation, *„die Wahl des AjLE nach den (verbindlichen) Richtlinien* (die von Kassel – Anm. AK) *und die ... Leitung der Ordentlichen Junglehrerversammlung durch den Vorsitzenden der GEW-Hamburg zu verhindern."* („HLZ" 18, S. 679)

Also klare Verteidigung der undemokratischen Vorstandspolitik!

Das Kollektiv des alten AjLE stimmte ursprünglich einer Resolution zu, die die Leitung der Junglehrerversammlung durch den GEW-Vorstand ablehnt. Anscheinend waren die meisten AjLE-Mitglieder noch der Meinung, daß *„ . . . sich zurückziehen . . . gerade die Konsequenz (wäre), die Frister und der Hauptausschuß sich erhofft haben. Wir müssen im Gegenteil unsere Aktivitäten noch verstärken und dieser Beschneidung der Möglichkeiten unserer gewerkschaftlichen Arbeit entgegentreten."* So ein Genosse in der „KVZ" 21 (Zeitung des KBW) vom 16.10.74.

Vierzehn Tage später dagegen, am 30.10., machte W.M. (einer der Führer des KBW) in der „KVZ" 22 einen Schwenk um 180 Grad: *„Wenn . . . der Vorstand jetzt den Charakter des AjLE ändern will, dann braucht uns das nicht besonders zu ärgern. Er holt sich damit viele seiner Kritiker in den Verband hinein."*

Solche „Linienkorrekturen" rufen natürlich Verwirrung hervor. Waren die meisten AjLE-Mitglieder eine Woche vor der Wahlversammlung noch gegen die Verhandlungsleitung durch den Vorstand, so gaben sie am 18.11. klein bei.



Ein drittes Kollektiv fortschrittlicher Kollegen sprach sich klar gegen die neuen „Richtlinien" und für die Beibehaltung der alten Richtlinien aus, solange nicht eine Hauptversammlung der GEW-Hamburg anderes beschließt. Diese Haltung, die sich klar an die auf der außerordentlichen Junglehrerversammlung gefaßten Beschlüsse hält, wurde von KBW-Seite als „gewerkschaftsoppositionell" von der DKP/Juso-Seite als „Provokation" bezeichnet, von vielen anwesenden Kollegen jedoch als die richtige Politik angesehen.

Große Koalition von Vorstand, DKP, Jusos und KBW

Ca. 480 Kollegen (knapp über den vom Vorstand geforderten 20%) waren am 18.11. gekommen, was einen Rekord darstellt und sowohl Ausdruck spontaner Empörung über die „Richtlinien" des Hauptausschusses, als auch Erfolg des persönlichen Aufrufs durch den Vorstand ist. Schon vorher war klar, daß dieser keinen Antrag über das Wahlverfahren zur Abstimmung zulassen würde. Das hat sich voll bestätigt. **Als der Geschäftsordnungsantrag gestellt wurde, nach den alten Richtlinien zu wählen, stellten DKP und KBW sofort Gegenanträge.** Der Vorstand ging noch einen Schritt weiter und ließ nur die Abstimmung über „Eintritt in die Tagesordnung oder nicht" zu. 216 Kollegen waren gegen Eintritt in die TO, weil damit die Chance für eine Abstimmung über die Kasseler „Richtlinien" noch nicht vergeben wurde; 215 Kollegen stimmten für Eintritt in die TO, darunter DKP und KBW. Eine Stimme diente dem Vorstand natürlich als Vorwand, die Abstimmung zu wiederholen – es könnte ja falsch ausgezählt worden sein. Vor der erneuten Abstimmung schüchterte er die Kollegen ein: falls nicht in die TO eingetreten werde, müsse er die Versammlung abbrechen. Auf ca. 35 Kollegen, die sich vorher enthalten hatten, hatte dieses „Argument" auch seine Wirkung. Damit hatte der Vorstand schließlich mit 249:212 Stimmen für's erste seinen Willen durchgesetzt.

Der nachfolgende Tätigkeitsbericht des alten AjLE erschöpfte sich vorwiegend in „Selbstkritik", für die die DKP/Juso-Redner freundliche Worte der Anerkennung fanden. Denn der alte AjLE hatte (mit gütiger Hilfe von W.M.'s Artikel in der „KVZ"?) „erkannt", daß seine (ohnehin geringen) Anstrengungen gegen den Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie „falsch" gewesen seien und nur von den „eigentlich gewerkschaftlichen Fragen" (Lohnkampf der Lehrer) ablenkten.

Jetzt bleibt dem KBW nur noch die Kirche!

Der alte AjLE war durch die „konsequent demokratische" KBW-Politik so verwirrt, daß sein Kandidatenkollektiv sich auf der Versammlung in drei Fraktionen teilte:

Ein Teil zog seine Kandidatur ganz zurück; der zweite Teil kandidierte **unter Anerkennung der Kasseler Beschlüsse** – also *„kein Hereinfallen auf den Satzungsstreit mit dem Vorstand, sondern Kampf um konkrete Aufgaben"*; der dritte Teil schließlich konnte sich mit der vom KBW angegebenen neuen Linie nicht anfreunden; so sang- und klanglos wollte man nicht klein beigeben. Sie erklärten sich bereit zum Kampf gegen die „Richtlinien" des Hauptausschusses.

Diese Kandidaten bekamen dann auch jeweils ca. 30 Stimmen mehr als die „Linientreuen" (100 zu 70). Der KBW und seine Sympathisanten boten – außer bei der Resolution zur Einberufung einer Satzungshauptversammlung – ein äußerst uneinheitliches Bild. Angesichts der verantwortungslosen Schaukelpolitik dieser Gruppe kein Wunder.

Trotz SPD/DKP-Erfolg – auch eine Ermunterung für die konsequent demokratischen Kollegen!

DKP und Jusos gingen bei dieser Wahl ein Bündnis gegen die „Chaoten" ein. Kommunistenhetze trat an die Stelle inhaltlicher politischer Auseinandersetzung. Damit hat die DKP nicht zum erstenmal bewiesen, daß sie offensichtlich gern die Dreckarbeit der SPD erledigt. Dieses Kollektiv setzte sich mit ca. 220 Stimmen durch und bildet jetzt den neuen AjLE. Viele Kollegen wählten diesen vorstandstreuen Haufen, weil zum einen die Einschüchterung durch den Vorstand ihre Wirkung nicht verfehlte, und weil sie nicht genügend Vertreuen in die eigene Kraft hatten, den Machenschaften der Gewerkschaftsführer ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen.

Zum anderen fallen viele Kollegen noch auf die alte Platte der Sozialdemokraten und der DKP herein: (solange) verhandeln und taktieren mit dem Versprechen auf baldige Besserung (bis unter Wahrung des „antikapitalistischen Gesichts" sämtliche vorher errungenen Positionen verloren sind). Die Aufgabe aller fortschrittlichen Kollegen ist es, dieses Konzept den Jusos und der DKP gründlich zu versalzen.

Es ist als Erfolg zu werten, daß ca. 160 Junglehrer das dritte Kollektiv wählten, obwohl es bisher in der GEW kaum in Erscheinung getreten ist und offenbar noch wenig Erfahrung in gewerkschaftlicher Arbeit hat. Daß dieses Kollektiv die Kandidaten des alten AjLE auf Anhieb so klar distanzierte, mag eine weitere herbe Enttäuschung für den KBW sein, als dessen „Domäne" die GEW-Junglehrer bisher galten.

Bleibt noch zu notieren, daß ein mit der „KPD" liebäugelndes Kollektiv ca. 40 Stimmen „erkämpfte". Diese Kollegen werden sich wohl – wie immer – damit trösten, daß sie sich „großartig" geschlagen haben . . .

Auf der Fortsetzung der Junglehrerversammlung muß der eingeschlagene Weg weiterverfolgt werden. Hier muß durchgesetzt werden, daß nicht nur Ausbildungsprobleme den AjLE beschäftigen dürfen, sondern allgemeine bildungspolitische Fragen und die Teilnahme am demokratischen Kampf Inhalt der Arbeit des AjLE bleiben. ●

Lehrerkomitee des KB/Gruppe Hamburg

„Nicht die rechte Neigung zur Betätigung im Betrieb verspürt" – ein Fall kapitalistischer Entlassungspolitik

Folgende Vorfälle, die sich im Februar dieses Jahres in der Kieler Elektrofirma ELAC ereignet haben, sind uns jetzt zugetragen worden.

In einer Abteilung wurden vier Kolleginnen entlassen. Lakonische Begründung: „Mangel an geeigneter Arbeit" – obwohl zur gleichen Zeit acht Frauen neu eingestellt wurden! Der Betriebsrat hatte seine Zustimmung gegeben.

Eine der vier Kolleginnen führte daraufhin einen Prozeß gegen die ELAC. Dabei stellte sich heraus, daß der tatsächliche Entlassungsgrund ein politischer war: Die Kollegin wurde von den ELAC-Kapitalisten als Unruhestifterin hingestellt, nachdem die erste Begründung in die Hose gegangen war.

Was war dem vorausgegangen?

Die Kollegin war an einem Fließband beschäftigt gewesen, an dem Plattenspieler montiert werden.

Im Sommer des letzten Jahres war hier eine neue Halle in Betrieb genommen worden, die – so die Geschäftsleitung – „nach modernsten Erkenntnissen gebaut" worden war. Tatsächlich gab es hier keine Fenster, die Entlüftungsanlage funktionierte nicht, so daß die Luft von giftigen Abgasen aus der Malerei durchsetzt war, und an mehreren Stellen zog es gewaltig. So waren gleich in der ersten Zeit einige (vor allem schwangere) Kolleginnen ohnmächtig geworden! Außerdem nahm allein der Weg zu den sanitären Anlagen zehn Minuten in Anspruch.

Auf einer Abteilungsversammlung war dann auch latustark Protest gegen diese Mißstände geäußert worden.

Die Reaktion der Geschäftsleitung darauf sah so aus, daß – um mit den Kolleginnen zu sprechen – „einige Male Leute mit einem Pusterohr durch die Halle liefen und ‚feststellten', daß diese Mißstände gar nicht bestünden". Einzig die Entlüftungsanlage wurde notdürftig repariert, erfüllte ihren Zweck aber auch dann absolut nicht.

Daß angesichts dieser Zustände die Bandgeschwindigkeit noch enorm gesteigert werden sollte, mußte einen höchst verständlichen Protest der Kolleginnen geradezu provozieren. Und zwar hatte der Kalkulator die sehr einfache Rechnung aufgestellt, daß, wenn 20 Frauen 200 Geräte pro Tag fertiggestellt hätten, nunmehr 25 Frauen zumindest 250 Geräte schaffen müßten – wobei er noch die unglaubliche Frechheit besaß zu behaupten, die Arbeitsbedingungen seien gegenüber denen der alten Halle verbessert worden!

Schließlich konnte eine derartige Rechnung zumindest für die betroffenen Kolleginnen nicht aufgehen: die einzelnen Handgriffe waren so ungleich verteilt, daß ein Teil der Kolleginnen erheblich mehr Arbeit hatte!

Nachdem der Meister gedroht hatte, wenn das vorgeschriebene Arbeitspensum nicht geschafft würde, könne „halt auch das Geld nicht stimmen", beteiligte sich allerdings nur noch ein kleiner Teil der Kolleginnen am Widerstand gegen diese weitere Verschärfung der Akkordhetze.

Eine Arbeiterin diskutierte dann mit den Kolleginnen die Forderung nach Beibehaltung der bisher üblichen Bandgeschwindigkeit bei gleichem Lohn und einer neuen Zeitaufnahme, wobei die einzelnen Arbeitsgänge zu gleichen Teilen hätten verteilt werden müssen.

Und dieses Verhalten hatte den Kapitalisten ausgereicht, um die Kollegin zu entlassen!

Durch den Prozeß schließlich wurde die Kündigung durch folgende Urteilsbegründung von der kapitalistischen Justiz abgesegnet: *„Indem die Klägerin darüberhinaus auch andere Arbeitnehmerinnen ohne jeden gerechtfertigten Grund (? !) mehrfach zu bestimmen versucht hat, daß sie in ihrer Arbeitsleistung zurückhalten und sie in ihrem Verhalten unter Hinweis darauf bestärkt hat, daß, wenn sie das alle täten, die Betriebsleitung nichts unternehmen könne, liegt ein Verhalten, das geeignet ist, den Betriebsfrieden zu stören. Das folgt auch aus den Bekundungen der Zeugin,"* (eine Arbeiterin, die sich dazu hinreißen ließ, die Behauptungen der ELAC-Kapitalisten durch z.T. falsche Aussagen zu unterstützen – im übrigen **immer noch „Vertrauens"frau der IG-Metall!**) *„die angab, daß aufgrund dieser Agitation (!) der Klägerin eine Unruhe am Band entstand. Zum anderen stellt das Verhalten der Klägerin einen Versuch dar, die Arbeitskolleginnen zum oppositionellen Verhalten gegenüber dem Arbeitgeber aufzuhetzen."*

Um deutlich zu machen, in welcher Hinsicht hier von einem Terrorurteil gesprochen werden kann, muß auf die Situation in den Frauenbetrieben einmal grundsätzlich eingegangen werden. Und zwar sind hier die Kolleginnen in noch stärkerem Maße der Akkordhetze ausgesetzt als beispielsweise die Kollegen auf der HDW. Lohngruppe 4 ist hier die absolute Ausnahme, Lohngruppe 2 die Regel. Die Arbeitsplätze und -gänge sind total durchrationalisiert, für die Kapitalisten leicht überschaubar. Die Akkordzeiten sind derart niedrig angesetzt, daß eine Zigarettenpause während der Arbeitszeit nicht drin ist, daß die Kolleginnen oft nicht einmal Zeit haben, außerhalb der Pausen aufs Klo zu gehen, daß teilweise sogar während der Pausen durchgearbeitet wird, um die Akkorde wenigstens halbwegs zu schaffen. Das geht einher mit brutalstem Auftreten der Meister und Vorarbeiter: Wer was falsch macht oder die Akkorde nicht gleich schafft, wird angebrüllt, bekommt extrem schlechte Arbeiten zugeteilt. Zusammenbrüche und Weinkrämpfe sind nahezu an der Tagesordnung!

Angesichts einer derartigen Situation hat selbst keimhafter Widerstand für die Kapitalisten seine Bedeutung. Und so erklärt sich, warum die Entlassung der Kollegin bei ELAC vom Arbeitsgericht „im Namen des Volkes" unterschrieben worden ist: Die bürgerliche Justiz bescheinigt den Kapitalisten das „Recht", auch in Zukunft die Kolleginnen ungestraft schärfstens zu disziplinieren. ●

KB/Gruppe Kiel, Metall-Zelle II

IG Metall, ÖTV, Postgewerkschaft, IG DruPa, DAG stellen Forderungen auf:

Gewerkschaftsführer verhandeln über Lohnraubhöhe!

Nachdem die „Konzertierte Aktion" im Oktober die Marschroute für die Tarifverhandlungen festgelegt hat – Lohnraub für die Arbeiterklasse, Steigerung der Unternehmergewinne (Investitionen) – gehen die Kapitalisten und ihre Bundesregierung zielstrebig daran, dies in die Tat umzusetzen. Wirtschaftsinstitute und der sogenannte „Sachverständigenrat" der „Fünf Weisen" haben in „Gutachten" die „wissenschaftliche" Untermauerung dieser Marschroute geliefert. Fazit: die Arbeiterklasse soll für die Ziele der Unternehmer bluten.

Erste konkrete Schritte zur Förderung der „notleidenden" Unternehmer hat die Bundesregierung letzte Woche beschlossen. Sie beabsichtigt die Einführung einer Investitionsprämie, d. h. jeder Kapitalist soll eine Prämie von 7,5 % der jeweiligen Investitionskosten erhalten. Diese Prämie wird von den Steuern der Werktätigen und aus der sogenannten Konjunkturrücklage finanziert (die ebenfalls von der Lohn- bzw. Einkommenssteuer der Werktätigen abgezogen wurde). Für diese staatliche Subvention der Unternehmergewinne wird die Bundesregierung extra ein Bundesgesetz erlassen, das rückwirkend in Kraft treten soll!

Gewerkschaftsführer sichern die Unternehmergewinne

Bereits in der „Konzertierten Aktion" stimmten die Gewerkschaftsführer den Plänen der Kapitalisten grundsätzlich zu. Mit dem 9 %-Abschluß der IG Metall-Führung in der Stahlindustrie fand diese Zustimmung ihr erstes konkretes Ergebnis.

Doch damit ist noch nicht die Grenze des Lohnraubs erreicht. In den letzten Tagen haben eine Reihe von Gewerkschaften ihre Tarifforderungen aufgestellt. Und diese Forderungen liegen alle weit unter der Forderung, die in der Stahlindustrie verhandelt wurde (14 %).

- IG Metall: 11 % in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern,
  12 % im Nordwestlichen Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen/Unterweser (jeweils 80 Mark für Lehrlinge)
- DAG: 9,5 % für die Metallindustrie in Niedersachsen, Bremen und Berlin/West
- IG Drupa: 10 % auf den Ecklohn als lineare Forderung für alle in Baden/Württemberg; 50 Mark für Lehrlinge

Baden/Württemberg; 50 Mark für Lehrlinge

- ÖTV und DPG (Post): 6 % und 50 Mark linear, 300 Mark Urlaubsgeld

Die DAG und die ÖTV (im Durchschnitt) liegen mit ihren Forderungen bereits unter 10 %! Berücksichtigt man die Praxis gewerkschaftlicher Tarifpolitik der letzten Jahre, so ist klar, daß die Abschlüsse noch einige Prozente darunter liegen (in den letzten Jahren lagen Abschlüsse bei höchstens 75 % der Forderungen). So bedeutet dieses nominale Mehr an Lohn nach Abzug aller Belastungen wie Preise, Steuern usw. real weniger Lohn!

In diesen Tarifverhandlungen wird von Seiten der Gewerkschaftsführer also gar nicht um eine Erhöhung des Lohns oder ein Halten des einmal erreichten Stands verhandelt, sondern allein um die Höhe des Lohnraubs!

Die Führer der Gewerkschaften haben sich damit zum offenen Sprecher der Sicherung der Unternehmergewinne gemacht und verzichten darauf, die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten. Der ursprüngliche Sinn und Zweck der Gewerkschaften, Kampf- und Schutzorganisation der Arbeiterklasse zu sein, gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse und für die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse wird damit aufgegeben. Stattdessen erheben sich die Führer der Gewerkschaften zum direkten Bewahrer der bestehenden Zustände. Sie sind damit wahrhafte Agenten der Bourgeoisie, wie Karl Liebknecht die Vertreter solcher Politik bereits vor 60 Jahren bezeichnete. Besonders pervers dabei ist die Tatsache, daß diese Politik finanziert wird durch die Gewerkschaftsbeiträge der Arbeiter, die diese im guten Glauben und in der Hoffnung auf eine Verwendung in ihrem Interesse bezahlen.

Die arbeiterfeindliche Politik der Führer der Gewerkschaften geht aber noch weiter: nicht nur, daß sie vor den Angriffen der Kapitalisten kapitulieren, sie bekämpfen offensiv alle Versuche der fortschrittlichen Arbeiter, die sich in den Gewerkschaften um eine Arbeiterpolitik bemühen (vgl. dazu auch die Berichte zur Tarifrunde aus den Betrieben und Gewerkschaften).

Kapitalisten haben Blut geleckt

Der Kapitalistenverband Gesamtmetall reagierte sofort bei Bekanntgabe der IGM-Forderungen „empört" über diese „überzogenen Lohnforderungen" und warnte vor den Folgen „einer solchen selbstzerstörerischen Lohnpolitik". Solche Äußerungen benutzen sozialdemokratische Gewerkschaftsführer bekanntlich liebend gern als Nachweis für einen „unnachgiebigen Tarifkampf". Dabei sind solche Kommentare einerseits die hinreichend bekannten Jammerstories der Kapitalisten, sie könnten nicht zahlen usw., wie sie alle Jahre wieder in den Tarifrunden aufgetischt werden. Andererseits aber verdeutlichen sie: die Kapitalistenklasse hat Blut geleckt! Die Tatsache, daß die Gewerkschaftsführer ohne Schwierigkeiten den Profitzielen der Kapitalisten nachgeben, veranlaßt diese, rauszuholen an Lohnraub, was rauszuholen ist. Das Lohnraubtempo soll in den nächsten Monaten verschärft werden.

Darüber hinaus benutzen die Kapitalisten die jetzige Situation, um weitergehende politische Ziele zu verwirklichen:

- **In den Verhandlungen mit der ÖTV wird außer über Lohn auch über ein Schlichtungsabkommen für den öffentlichen Dienst verhandelt. Das Ziel eines solchen Abkommens bezeichnete Innenminister Maihofer am 27.11. im Fernsehen offen so: „Damit Streiks wie im letzten Jahr nicht mehr möglich sind." Die ÖTV-Führung hat ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Abschluß eines solchen Abkommens erklärt.**
- In der Metallindustrie hat Gesamtmetall einen erneuten Versuch ge-

In der Metallindustrie hat Gesamtmetall einen erneuten Versuch ge-

macht, zentrale Verhandlungen für die gesamte Metallindustrie durchzusetzen. Eine Antwort der IGM-Führung auf dieses Angebot liegt noch nicht vor.

Metalltarifrunde in Hamburgs Betrieben:

Forderungen zwischen 250 Mark linear und 12 Prozent

In einer Reihe Hamburger Betriebe sind von den Vertrauenskörpern und Jugendvertretungen Tarifforderungen aufgestellt worden. Die Höhe offenbart eine starke Bandbreite. Mit 250 Mark linear hat der Vertrauensleutekörper der Reynolds-Aluminiumwerke die höchste Forderung aufgestellt, während der Vertrauensleutekörper bei Valvo/Philips 12 % Erhöhung beschloß.

Die Situation in den Betrieben ist im wesentlichen mit einer äußerst geringen Anteilnahme der Kollegen an dieser Tarifrunde gekennzeichnet, selbst dort, wo fortschrittliche Gewerkschafter sich bemühten, die Kollegen aktiv in die Vorbereitung der Tarifrunde einzubeziehen. Das macht deutlich, daß der ideologische Propagandafeldzug der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterforderungen und für Verzichtspolitik seine Wirkung nicht verfehlt hat. Viele Kollegen sind unter dem Eindruck von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit und der parallel dazu laufenden Verschlechterung ihrer eigenen Lage bereit zurückzustecken, in der irrigen Hoffnung, daß sich dadurch ihre Lage nicht noch weiter verschlechtern wird (z.B. durch Entlassungen, Kurzarbeit etc.). Das Bewußtsein, daß die Arbeiterklasse sich nur im Klassenkampf gegen die Angriffe der Unternehmer wehren kann, ist nur bei einem geringen Teil fortschrittlicher Arbeiter entwickelt. Dieser Teil ist in den Betrieben aktiv gegen die Verzichtspolitik und allein orientiert an der Lage der Arbeiterklasse aufgetreten und hat versucht, die Auseinandersetzung hierüber zu führen. In einigen Betrieben ist dies auch mit Erfolg gekrönt. So verabschiedete der Reynolds-Vertrauensleutekörper seine Forderung einstimmig und stellte darüber hinaus die Forderung nach dem Austritt der Gewerkschaften aus der „Konzertierten Aktion". Es wäre allerdings falsch, aus dieser einstimmig verabschiedeten Forderung zu schließen, die Belegschaft stünde voll hinter ihr. Vielmehr gilt es für die Vertrauensleute und die fortschrittlichen Arbeiter im Betrieb, mit ihrer Resolution unter den Kollegen weiter zu arbeiten, um daran den Widerstand gegen die Politik der Kapitalisten zu entwickeln.

Ein besonders positives Beispiel, in welche Richtung gearbeitet werden muß, zeigt eine Versammlung von Elektrikern bei HDW, die sie selber organisierten (vergl. dazu Extra-Artikel) und auf der sie gegen den Widerstand einiger Vertrauensleute mit großer Mehrheit eine Tarifforderung von 1,50 DM/Stunde verabschiedeten.

In drei Vertrauensleutesitzungen verabschiedeten die Vertrauensleute von Philips/Roentgenmüller eine Forderung von 150 DM plus 5 %. Über ein Drittel der Vertrauensleute stimmte nach intensiver Diskussion für eine

ein Drittel der Vertrauensleute stimmte nach intensiver Diskussion für eine

weitergehende lineare Forderung.

Hervorzuheben sind auch die Forderungen der Jugendvertretungen von Gutmann und DEMAG-Conz, die sowohl eine gemeinsame Tariferhöhung für Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge fordern, als auch die Sicherung der Existenz für Lehrlinge.

Gewerkschaftsführung: bürgerliche Meinungsforschung statt Tarifkampf

Die wiederholt erhobene Forderung nach einer großen Funktionärsversammlung der IGM und nach einer Jugendmitgliederversammlung vor Aufstellung der Forderung boykottierten die Gewerkschaftsführer. Sekretär Prehm entblödete sich nicht, im Vertrauenskörper der Werft HDW einen Beschluß gegen eine solche Forderung zur Abstimmung zu stellen. Er erhielt in diesem Vertrauenskörper hierfür eine Mehrheit.

Eine derartige Negativ-Politik von seiten der Gewerkschaftsführer war in diesem Jahr Trumpf. Auf diese offizielle Linie wurden auch Betriebsräte und Vertrauensleute getrimmt.

Bei HDW führte das soweit, daß sich vier gewählte Vertrauensleute weigerten, die mit überwiegender Mehrheit verabschiedete Forderung von 1,50 DM mehr in der Stunde (in ihrer Abteilung) (die Vertrauensleute hatten als einzige dagegengestimmt) im Vertrauenskörper vorzutragen.

Ähnliche gewerkschaftsfeindliche Lorbeeren konnten eine Reihe von Gewerkschaftsführern und ihre Nachbeter in den Betrieben erwerben. Besonders gegen lineare Forderungen wurde geschossen. So tauchten Argumente auf wie: „dann würden sich die Besserverdiener nicht mehr von der Gewerkschaft vertreten fühlen" oder gar: „dann würden Besserverdiener benachteiligt!" IGM-Jung-Sekretär Peter Wittern, der immer stark um sein „fortschrittliches Image" bemüht ist, argumentierte gar auf einer Vertrauenskörper-Sitzung bei VALVO: „eine lineare Forderung unterstütze die Kollegen in den unteren Lohngruppen und die seien zumeist nicht-organisiert. Wer Unorganisierte unterstütze, der sei in der Gewerkschaft fehl am Platz"!!!

Bald müßig zu erwähnen, daß keiner dieser Herren auch nur ein Wort der Kritik an der empörenden „Erhöhung" von 9 % in der Stahlindustrie verlor, die bei einem Kollegen mit 1.000 DM brutto höchstens 60 DM mehr im Monat bringt!!

Die vorherrschende Aktivität, die die Gewerkschaftsführer inszenierte, war die Erstellung von Fragebögen, mit denen die Vertrauensleute Meinungsumfragen unter den Kollegen machen sollten. Dabei wurden auch noch Tricks zur Senkung der Forderungen angewandt:

Auf den Fragebögen stand zu lesen: was erwartet ihr, was muß die Tarifrunde bringen usw. D. h., man fragte nach dem Abschluß und nicht nach der Forderung – die bei der gängigen Tarifpolitik ja immer über dem Abschluß liegt. Als Ergebnis machten die Vertrauenskörper-Leitungen aus solchen Umfragen dann immer die Forderungen. Bei HDW stellte die VK-Leitung sogar die Frage nach mehr Urlaub – über den in diesem Jahr gar nicht verhandelt wird – in der Hoffnung, daß die Kollegen dann weniger Lohn fordern!!

Entscheidend an dieser Aktion ist allerdings, daß diese Umfragen durchgeführt werden, während die Kollegen einem propagandistischen Trommelfeuer der Kapitalisten ausgesetzt sind, ohne daß die Gewerkschaften hiergegen den Kampf führen. Im Gegenteil, die Vertrauensleute werden ja von den Gewerkschaftsführern so ausgerichtet, daß sie die Umfrage unter „Berücksichtigung der angespannten wirtschaftlichen Lage" durchführen sollen. Kein Wunder, daß dabei eine Reihe niedriger Forderungen herauskamen. Auf der Großwerft Blohm & Voss soll das Umfrageergebnis nach Angaben der VK-Leitung 11,9 % ergeben haben. Angestellte haben sogar für eine Null-Prozent-Erhöhung plädiert.

Nur dort, wo fortschrittliche Arbeiter und Vertrauensleute eine ausführliche Auseinandersetzung um die Tarifrunde führten, kamen auch bessere Ergebnisse zustande.

Dieses Vorgehen der Gewerkschaftsführer an der Basis ist eine Umsetzung der offiziellen Politik des Stillhaltens: die Gewerkschaft, ihre Funktionäre werden nicht eingesetzt als Motor und fortschrittlicher Teil der Arbeiterklasse im Kampf für ihre Interessen, sondern als Bremser dieses Kampfes. Die Kollegen in den Betrieben werden der Propaganda und den Angriffen der Kapitalisten schutzlos ausgeliefert.

Für die fortschrittlichen Arbeiter in den Betrieben bedeutet das, in den aktuellen Auseinandersetzungen um Entlassungs- und Rationalisierungspolitik, um Arbeitshetze und Lohnraub diese Politik zu entlarven und den Kampf orientiert am Interesse der Arbeiterklasse zu entwickeln. In einer Reihe von Betrieben sind dazu gute Ansätze gemacht worden. ●

**Metall-Komitee,
KB / Gruppe Hamburg**

Flensburg

Gewerkschaftsausschluß auf „kaltem Weg"

Im Zuge des Angriffs auf jede klassenkämpferische Gewerkschaftsarbeit gehen die Gewerkschaftsführer auch in Flensburg zu Ausschlüssen über (vgl. dazu auch REBELL Nr. 1, „IG-Drupa-Jugendgruppe zerschlagen"). Der Kollege L., bis 1973 Leiter der Drupa-Jugend in Flensburg, ist auf „kaltem Weg" ausgeschlossen worden: die Gewerkschaftsführer benutzten seinen angestrebten Übertritt von der IG Drupa zur IGM (L. hatte Arbeit bei der Danfoss-Werft angenommen). Er sollte für die IGM-Führer einen Wisch unterschreiben, daß er „nicht mehr" (!!) „Mitglied einer linksextremistischen Organisation" (gemeint war offenbar der KB) sei. Kollege L. reagierte auf dieses Ansinnen, indem er es in einem „Offenen Brief", der vor Danfoss und vor der Druckerei Severin Schmidt verteilt wurde, zurückwies.

L. war während seiner Lehrzeit als Schriftsetzer in der (Konkurs)-Druckerei Wolff Mitbegründer und Leiter der Drupa-Jugendgruppe, die inzwischen vom Drupa-Vorstand wegen angeblicher „Gewerkschaftsschädigung" aufgelöst wurde.

Diese Jugendgruppe beteiligte sich in der Vergangenheit mehrfach an Aktionseinheiten, u.a. auch mit Kommunisten (KB). So im Januar 1972 am Aktionsbündnis „Kampf dem Faschismus" (gegen den Extremistenerlaß = Berufsverbote im Öffentlichen Dienst) und während des Bundestagswahlkampf 1972 am Aktions-Bündnis „Stoppt Strauß, Barzel, Stoltenberg und Springer", das von Kollegen aus Flensburger Druck- und Metallbetrieben initiiert worden war.

Für den praktischen Gewerkschaftsausschluß von L. (durch Nichtaufnahme in die IGM) nutzten die Gewerkschaftsführer folgende Situation aus. L. war 16 Monate lang zum Ersatzdienst eingezogen und hatte dadurch Kontakt zu seinem Druckbetrieb verloren. In der Werft Danfoss ist er erst seit Mai, *„so daß mich im Betrieb nur sehr wenige Kollegen kennen, zumal als Gewerkschafter kennen"* (aus der „Persönlichen Erklärung" von L.). Mitglied der Drupa ist L. nicht mehr, seit er seinen Übertritt zur IGM erklärte. In die IGM jedoch wird er gar nicht erst aufgenommen, wenn er nicht den antikommunistischen „Revers" unterschreibt!

Der Ausschluß des Kollegen L. aus der Gewerkschaft ist der erste in Flensburg. Die Gewerkschaftsführer haben aber klar erkennen lassen, daß nach ihrem Willen weitere Ausschlüsse folgen sollen: nämlich gegen die anderen Mitglieder der aufgelösten Jugendgruppe der Drupa. ●

**Nach einem Bericht der Betriebszelle Danfoss
KB / Gruppe Flensburg**

–Leserbrief aus Braunschweig –

Tarifkommission im „Kampf"

Ich nehme Bezug auf den Artikel „Lohnraubsignale" im letzten AK. Am 5.11.74 erhielt ich als Gewerkschaftsmitglied die Zeitschrift „Metall" Nr. 22 durch unseren Vertrauensmann überreicht. Der Leitartikel befaßte sich mit den in der 3. Verhandlungsrunde stehenden Tarif„kämpfen" in der Eisen- und Stahlindustrie NRW.

In dem Text heißt es, daß die Tarifkommission *„nach 18 Stunden zähen Ringens in der dritten Verhandlung"* *„das letzte Angebot der Arbeitgeber zu den Forderungen der IGM"* aus folgenden Gründen ablehnen: *„weil mit der Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 70 DM die Stahlindustrie wieder hinter den anderen Industriezweigen herhinkt, weil zwei Tage Urlaub mehr für die Stahlindustrie nicht ausreichten, hauptsächlich aber, weil die Zahlung von 600 DM für die Zukunft nicht tariflich gesichert, also keine wiederkehrende Leistung ist und so künftig weder eine Tariflohn- und gehaltserhöhung noch den Einstieg in ein tarifliches Urlaubsgeld bedeutet"*. Nach Bezirksleiter Kurt Herb eine „Eintagsfliege"! So weit so gut!

Zwei Stunden später bekam ich die Sondernummer „Metall" Nr. 22 a. Diese Nummer befaßt sich ausschließlich mit den abgeschlossenen Tarifverhandlungen in NRW. Überschrift: *„Bei Eisen und Stahl in NRW nach harten Verhandlungen ein gutes Ergebnis erreicht"*. Darunter: *„Unter Dach und Fach ist ein neuer Tarifvertrag für die 220.000 Beschäftigten in NRW und der Klöckner-Hütte Bremen"*. In der 4. Runde wurde *„noch einmal fast 12 Stunden lang mit den Arbeitgebern verhandelt. Dann lag ein akzeptables Ergebnis vor. Insgesamt fünfeinhalb ‚Schichten' hatte die Verhandlungskommission daran gearbeitet"*.

Das in der 4. Runde ausgeguckte „Ergebnis" unterscheidet sich vom letzten „entschieden abgelehnten" Angebot der Arbeitgeber dadurch, den Auszubildenden 80 DM mehr zu geben (Angebot in der 3. Runde: 70 DM).

Die Politik der Gewerkschaftsbosse hat sich bei Gegenüberstellung beider Artikel wohl kaum jemals besser entlarvt! ●

So 'rum muß es laufen! HDW-Elektriker fordern: 1,50 DM/Stunde mehr

Auch bei HDW bemühen sich die Gewerkschaftsführer, die Kollegen bei den Vorbereitungen zur Tarifrunde außen vor zu lassen.

Bei den Kollegen der E-Werkstatt auf Werk Roß stießen sie dabei allerdings auf unerwarteten Widerstand.

Als die vier Vertrauensleute der Elektriker nach der VK-Sitzung am 1.11. lediglich mit einem „Meinungsumfragebogen", auf dem jeder wie bei einer Wunschliste eine Forderung eintragen konnte, ins Gewerk zurückkamen, gab es Protest. Die Kollegen forderten eine Branchenversammlung der Abteilung, um über die Forderungen zu diskutieren. Die Vertrauensleute wollten den Kollegen dieses Recht auf eine Diskussion allerdings verwehren. Es sei angeblich „keine Zeit" und die Versammlung müsse „gut vorbereitet werden". Das letzte Argument ist sicher richtig, wenn man es allerdings – wie hier geschehen – gegen eine Versammlung der Kollegen überhaupt ausspielt, dann zeigt das nur, daß man nicht bereit ist, den Kollegen eine aktive Rolle in der Tarifrunde zukommen zu lassen.

Die Elektriker führten dennoch einige Tage später mit 20 bis 30 Kollegen eine Versammlung in der Mittagspause durch, auf der sie ihre Forderungen diskutierten.

Beschlossen wurde mit 3/4 Mehrheit eine lineare Forderung von 1,50 Mark mehr pro Stunde – erneut gegen die Stimmen der vier Vertrauensleute.

Besonders gegen die lineare – und nicht prozentuale Forderung, die die Gewerkschaftsführer fordern, um die Lohnunterschiede aufrechtzuerhalten – wandten sich die Vertrauensleute. Das ging ohnehin nicht, da der Lohnrahmentarifvertrag alles prozentual ausdrückt, hieß es.

Der Vogel wurde allerdings abgeschossen, als sich alle vier Vertrauensmänner – unter dem Protest ihrer Kollegen – weigerten, die Forderung auch im VK vorzutragen und zu vertreten.

Es hieß sogar, man könne so eine Abstimmung anfechten. Inzwischen versuchte der Betriebsrat Lampe, die Kollegen einzeln umzustimmen, damit sie von ihrer Forderung wieder

➡

Forts. HDW

abrücken (nach dem Motto: „überleg's dir noch mal").

Zumindest einer der Vertrauensleute ist auf dem richtigen Weg: Er deutete vor Kollegen an, daß er eventuell die „Konsequenzen" ziehen würde und sein Amt niederlegen wird. Die Elektriker sollten ihn und seine drei anderen Kollegen darin bestärken oder sie abwählen.

Denn Kollegen, die nicht bereit sind, die Forderungen ihrer Abteilungen weiterzutragen und zu vertreten und geradezu alles daran legen, einen aktiven Einsatz der Kollegen für ihre Belange zu verhindern, verdienen es nicht, „Vertrauensmann" genannt zu werden. Vertrauensleute sind nicht Vollstrecker des Willens der Gewerkschaftsführer, eine möglichst niedrige und prozentuale Forderung bei den Kollegen durchzusetzen, sondern sollen die Vertreter der Kollegen ihrer Abteilung in der gewerkschaftlichen Organisation sein. •

Arbeiter-Zelle HDW
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg:

IGM-Lehrlinge organisieren eigene Versammlung

Nachdem die Gewerkschaftsführer im letzten Jahr auf mehreren Versammlungen der jugendlichen IGM-Mitglieder in Hamburg eine Abfuhr von der übergroßen Mehrheit der Beteiligten bekamen, verweigern sie den Lehrlingen in diesem Jahr eine solche Versammlung. Der Schülerrat der Gewerbeschule für Maschinenbau (G I) übernahm daraufhin die Initiative, den Lehrlingen eine Diskussion ihrer Forderungen zu ermöglichen. Auf einer ersten Versammlung wurde der Film „Kampf um 11 %" gezeigt. Die anschließende Diskussion der etwa 100 Lehrlinge reichte nicht aus, die Lage und Forderungen zu diskutieren. An einer zweiten Versammlung am 26. 11. beteiligten sich 70 Lehrlinge aus 20 verschiedenen Metallbetrieben.

Kurz vor dieser Versammlung erhielt der Schülerrat einen Brief von IGM-Ortsleiter Hugo Schreiber, in dem dieser den Schülerrat zu einem Gespräch einzuladen vorgab und um Übersendung der Namen und Anschriften der Schülerratsmitglieder bat (!!!). Die Teilnehmer der Lehrlingsversammlung verabschiedeten einen Brief, in dem unter anderem die Bereitschaft zu einem Gespräch auf einer Mitgliederversammlung aller Lehrlinge erklärt wurde. Der Boykott einer solchen Veranstaltung durch die Gewerkschaftsführer und ihre Schnüffelei gegen den Schülerrat wurde verurteilt.

Im Verlaufe der Diskussion wurde ausführlich über die Lage in der Tarifrunde und die Forderungen diskutiert. Außerdem verabschiedeten die versammelten Lehrlinge eine Solidaritätserklärung mit 50 Kollegen der HBV, denen die Gewerkschaftsführung ein Strafverfahren wegen Teilnahme an einem Gewerkschaftsausschlußverfahren anhängte. In einer einstimmig verabschiedeten Erklärung bekannten die Kollegen sich solidarisch mit den 4 entlassenen Betriebsräten der Pierburg-Autogerätebau in Neuß.

Nachfolgend die Tarifrunden-Resolution, die einstimmig nach der Diskussion verabschiedet wurde:

Resolution zur Tarifrunde

Resolution zur Tarifrunde

An alle Kollegen der Hamburger Metallindustrie, den Ortsjugendausschuß der IGM, der OV-IGM und der großen Tarifkommission:

Die diesjährige Tarifrunde fällt in eine Zeit, in der sich drastische Verschlechterungen der Lebensbedingungen für die Werktätigen abzeichnen:

Auf der einen Seite steigende Preise und Mieten, erhöhte Kosten für Strom, Wasser, Gas und Nahverkehr, die erhöhte Belastung für die Arbeiterhaushalte bringen;

auf der anderen Seite die verstärkte Lohnraubpolitik seitens der Unternehmer durch sogenannte „Stabilitätsabschlüsse" bei 9 % und weniger, steigende Kurzarbeit und zunehmende Arbeitslosigkeit. Durch Lehrstellenverknappung und steigende Jugendarbeitslosigkeit ist auch die Arbeiterjugend besonders stark betroffen. Von 1971/72 bis 1974 wurden die Lehrstellen von 600.000 auf 340.000 verknappt. Demgegenüber stehen in diesem Jahr 400.000 Schulabgänger! Durch Stufenausbildung wird nur noch ein kleiner Teil der Lehrlinge zum vollwertigen (und auch voll bezahlten!) Facharbeiter ausgebildet, die große Mehrheit soll mit einer Ausbildung zum „besseren Hilfsarbeiter" abgespeist werden. Durch Konkurrenzkampf um die Ausbildungsplätze im Stufenplan soll die Spaltung unter den Lehrlingen vorangetrieben werden.

Angesichts dieser massiven Angriffe gegen die Lebenslage und Ausbildungssituation der Arbeiter und Lehrlinge, ist es geradezu eine Dreistigkeit, wenn Unternehmer und Regierung uns auffordern, „Maß zu halten", „den Gürtel enger zu schnallen" usw. Doch jede Bereitschaft zur Zurückhaltung und Lohnverzicht seitens der Arbeiterschaft werden die Unternehmer als Ermunterung werden, weiter zu rationalisieren, um auf unsere Kosten noch mehr Profit einzustecken.

Hiergegen müssen wir unsere berechtigten Forderungen aufstellen:

Existenzlohn für Lehrlinge

Unsere Ausbildungsvergütungen sind so gering , daß unsere Eltern den größten Teil unseres Lebensunterhaltes tragen müssen. Da der Unternehmer von der ausgebildeten Arbeitskraft ja später profitiert, ist es nicht einzusehen, daß unsere Eltern und wir die Kosten tragen. Die Ausbildungskosten sind voll und ganz vom Unternehmer zu zahlen. Ein Existenzlohn muß den Lehrlingen tarifvertraglich gesichert werden!

Eine einheitliche lineare Lohnerhöhung für alle Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge von 250 DM

Alle Werktätigen sind von der Verschlechterung der Lebenssituation und dem Reallohnabbau betroffen. Um unser Lebensniveau zu halten, muß eine ausreichend hohe Forderung aufgestellt werden. Gegenwärtig wird die Spaltung in der Arbeiterschaft durch unterschiedliche Lohngruppen, verschiedene Bezahlung von Arbeitern und Angestellten und der einzelnen Lehrjahre gefördert. Eine prozentuale Lohnerhöhung verstärkt die Spaltung, da dadurch die Lohnunterschiede noch größer werden.

Streikrecht für Lehrlinge – Kampf dem Abbau des Streikrechts

Ein weiteres Mittel der Spaltung und somit der Schwächung unserer Kampfkraft ist der Einsatz von Lehrlingen als Streikbrecher. Deshalb fordern wir das Streikrecht für Lehrlinge, damit der Unternehmer uns nicht mehr zwingen kann, unseren älteren Kollegen im Streik in den Rücken zu fallen. In der letzten Zeit häuften sich die Angriffe von Unternehmern, Regierung, Presse und Justiz, das Streikrecht – unser wirksamstes Kampfmittel – einzuschränken.

Weg mit der Stufenausbildung

Um diese Forderungen gilt es verstärkt in Betrieb und Gewerkschaft zu diskutieren. Aufgabe der Gewerkschaft ist es, die Diskussion um die Metalltarifrunde in diesem Sinn zu führen.

Stattdessen werden aktive Vertrauensleute, Betriebsräte, Jugendvertreter und andere fortschrittliche Kollegen durch Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie und Ausschlüsse linker Gewerkschafter eingeschüchtert; arbeitet die Gewerkschaft in der „Konzertierten Aktion" mit und läßt sich durch Lohnleitlinien an die Interessen der Unternehmer und des Staates binden; wird von Seiten des Vorstandes die Einberufung einer Großen Funktionärsversammlung und einer Jugendmitgliederversammlung verhindert.

– Deshalb fordern wir:

Weg mit den Ausschlußparagraphen der IGM-Satzung!

Gewerkschaften raus aus der „Konzertierten Aktion"!

Sofortige Einberufung einer großen Funktionärskonferenz und einer Jugendmitgliederversammlung!

Regelmäßige Funktionärsversammlungen vor und nach jeder Tarifrunde!

Unterzeichner dieser Resolution sind Kollegen aus den Firmen: AEG, Blohm & Voss, Conz, Eppendorfer Gerätebau, Habermann, Hauni, H. K. Peters, HDW, Jungheinrich, Kreuter, MBB, Nass, Ortmann und Herbst, Pleuger, REK, Siemens, Spilling Werft, Stoffries, SEL, Vidal, darunter mehrere Mitglieder der Jugendvertretungen. •

Rohstoffpolitik des westdeutschen Imperialismus

„Härte und Durchstehvermögen"

Innerhalb der imperialistischen Politik kommt der Rohstoffversorgung eine zentrale Bedeutung zu. Eine auch in Krisenzeiten gesicherte, ununterbrochene und dabei zugleich „preiswerte" Zufuhr, der für die hochtechnisierte kapitalistische Industrie lebensnotwendigen Rohstoffe ist auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet eine entscheidende Voraussetzung imperialistischer Großmachtpolitik.

Der westdeutsche Imperialismus gehört (wie der japanische; vergl. AK 51) zu den extrem importabhängigen Staaten, die auf eine Rohstoffzufuhr von außen, vor allem aus den sog. „Entwicklungsländern" angewiesen sind.

Für den BRD-Imperialismus spielt deshalb die Frage einer abgesicherten Rohstoffversorgung eine besondere Rolle. Dieser Artikel soll sich damit beschäftigen.

dere Rolle. Dieser Artikel soll sich damit beschäftigen.

Die Rohstoffabhängigkeit des westdeutschen Imperialismus

Die BRD-Imperialisten verbrauchen knapp zehn Prozent aller in der Welt geförderten mineralischen Rohstoffe. Lediglich der einheimischen Bergwerksproduktion von Blei und Zink, mit einem Anteil von zehn bzw. 27% am westdeutschen Gesamtverbrauch kommt dabei eine nennenswerte Bedeutung zu. Eine gewisse Rolle spielt daneben nur noch der einheimische Abbau von Stein- und Kalisalzen, von Fluß- und Schwerspat. Betrachtet man dagegen die gesamte Palette wichtiger Rohstoffe, so ist die BRD, aufgrund geringer oder gar nicht vorhandener Rohstoffvorkommen und -reserven fast vollständig von der Zufuhr des Auslandes abhängig. Bestimmte, für die Raumfahrt-, Rüstungs- und Kernenergieproduktion entscheidende Rohstoffe (wie z.B. Mangan, Kobalt, Nikkel, Chrom, Columbium, Antimon und Uran) sind in schnell erschöpften Vorkommen oder gar nicht vorhanden. „.... *die BRD* (erweist) *sich bei einer Reihe wichtiger Rohstoffe als vollständig oder nahezu vollständig auf Zufuhren vom Ausland angewiesen. Das gilt u.a. für die Textilrohstoffe Wolle, Baumwolle und Jute; für die metallischen Rohstoffe Kupfer, Zinn, Quecksilber, Uran und Aluminium (bzw. für dessen „Erz" Bauxit); für die Stahlveredler Mangan, Chrom, Nickel, Molybdän, Wolfram, Vanadium, Kobalt usw. . . . Hoch ist die Auslandsabhängigkeit der BRD mit zur Zeit etwa 90% auch bei Erdöl und Eisenerz, während die bei Kautschuk, Blei und Schwefelkies . . . mit z.Zt. etwa 50 bis 60% etwas niedriger liegt"*, schreibt die Militaristen-Zeitung „Wehrkunde" (zitiert nach „Kursbuch" 21, S.133).

Diesem Mangel an strategisch wichtigen Stoffen auf der einen Seite steht ein ständig ansteigender Bedarf an diesen Rohstoffen durch die BRD-Industrie auf der anderen Seite gegenüber, der auch nur zu einem sehr geringen Teil durch sog. „Surrogate" (Ersatzstoffe) ersetzt werden kann.

So stieg der Verbrauch der für die Aluminiumproduktion notwendigen Grundstoffe in den 23 Jahren von 1950 bis 1973 um das siebenfache, bei Blei, Zink und Kupfer um das drei- bis vierfache.

Die bisherige Rohstoffversorgung der BRD

Im Gegensatz zum US-Imperialismus kann sich der BRD-Imperialismus nur sehr beschränkt auf eine Bedarfsdeckung durch eigene Lager- und Schürfstellen im Ausland stützen. Auch die übrigen westeuropäischen Staaten sind hier in einer etwas besseren Situation, da sie sich auch heute noch auf – in ihrer Kolonialzeit „erworbene" – Rohstoffquellen stützen können.

„*An einer ähnlichen Dynamik, mit der im inländischen Erzbergbau und der inländischen Hüttenindustrie investiert worden ist, hat es bei der deutschen Metallwirtschaft in der Nachkriegszeit gefehlt, als es galt, sich auch im Erzbergbau des Auslandes zu engagieren und an den dort tätigen Gesellschaften wesentliche Beteiligungen zu erwerben*", schreibt Walther Casper, Vorstandsmitglied der Frankfurter Metallgesellschaft AG (Rohstoff-Im- und Export-Konzern) in der „FAZ" vom 26.10.74.

Diese Politik des westdeutschen Imperialismus war vor allem in den historischen Bedingungen nach dem verlorenen zweiten Weltkrieg begründet, in dem der deutsche Imperialismus bei seinem Griff nach der

gründet, in dem der deutsche Imperialismus bei seinem Griff nach der

alleinigen Vorherrschaft über Rohstoffquellen und Absatzmärkte gescheitert war. In der Nachkriegsphase legten „*die Männer an der Spitze, durch den Verlust aller Auslandsbeteiligungen als Folge zweier verlorener Weltkriege gebrannte Kinder*" (Casper) auf den Wiederaufbau und die Konsolidierung des westdeutschen Imperialismus den Schwerpunkt und legten damit abermals den Grundstein für eine expansive und aggressive Politik nach außen. Der Erwerb und die Errichtung eigener Rohstoffquellen im Ausland hätte **in dieser Phase** bei den dazu notwendigen hohen Investitionen (Suche und Erforschung von Quellen, Erwerb von Abbaurechten gegen die imperialistische Konkurrenz, Aufbau der notwendigen technischen Produktionseinrichtungen usw.) die Kapital- und Finanzkraft des westdeutschen Imperialismus überstiegen.

Gesichert wurde die Rohstoffzufuhr der westdeutschen Monopole vor allem durch „*ein in Jahrzehnten aufgebautes weltweites Handelsnetz*" (Casper).

Um die Gefahren einer ausschließlich kurzfristig gesicherten Rohstoffzufuhr zu mildern, wurden schon in den 50-er Jahren, besonders aber in den 60-er Jahren von den BRD-Konzernen langfristige Versorgungsverträge mit den Rohstofflieferanten abgeschlossen. Den westdeutschen Kapitalisten kamen dabei zeitweilige Produktionsüberhänge auf den Weltmärkten zustatten.

Daneben beteiligte sich westdeutsches Kapital auch schon frühzeitig an der Erschließung von Erzvorkommen im Ausland; allerdings wurden hierbei nur in wenigen Fällen direkte Beteiligungen erworben.

Wesentliche Instrumente waren bei der Erschließung: Bürgschaften und Darlehen, die gegen langfristige Abnahmeverträge vergeben wurden; weiterhin Finanzierung notwendiger Investitionen ausländischer Erzgruben durch westdeutsche Banken und langfristige Kredite der „Kreditanstalt für Wiederaufbau".

Durch derartige Einflußnahmen der westdeutschen Imperialisten konnte ein Teil der Blei- und Zinkversorgung durch Lieferungen aus der Republik Irland sichergestellt werden. Ein Teil der Kupferversorgung konnte durch „Hilfs"maßnahmen bei der Erschließung großer Kupfervorkommen in Südafrika und Indonesien gedeckt werden. Ebenso die Nickelversorgung durch Gruben in Australien und Botswana.

Seit Mitte der 60-er Jahre sind westdeutsche Gesellschaften „*mit erheblichen Mitteln und geschulten Fachkräften wie Bergbauexperten und Geologen in der Suche nach neuen Lagerstätten intensiv tätig*" (Casper).

1969 wurde in Brasilien ein riesiges Nickelvorkommen von ca. 435.000 Tonnen entdeckt und von westdeutschen Gesellschaften erforscht. Gemeinsam mit dem größten

westdeutschen Gesellschaften erforscht. Gemeinsam mit dem größten

Nickelproduzenten der Welt, der kanadischen INCO, soll es ab 1978/79 mit einem Investitionsvolumen von einer Milliarde Mark von westdeutschen Kapitalisten ausgebeutet werden.

Bei dem energiepolitisch und militärisch äußerst wichtigen Uran ist es den BRD-Imperialisten inzwischen sogar gelungen, sich völlig aus der Abhängigkeit des US-Imperialismus zu befreien. So beteiligte sich u.a. die VEBA und die Metallgesellschaft AG am Uranerzabbau in Namibia, dem bisher größten bekannten Vorkommen. Auch in Niger, Togo, Angola und Mosambik sind westdeutsche Firmen direkt am Uranabbau beteiligt (vergl. AK 47; Energiepolitik der westdeutschen Bourgeoisie).

Lieferant westdeutscher Imperialisten: Chilenische Kupfermine El Teniente

Unterstützung des Staates

Erhebliche Unterstützung erhielten die BRD-Imperialisten bei ihrer Suche nach neuen Rohstoffquellen und der Rohstoffabsicherung durch den Staat, was auch von Casper in seinem Artikel lobend hervorgehoben wird: „*Ferner ist festzuhalten, daß sich ebenfalls in den 60-er Jahren, zunächst bei Uran und später auch bei anderen wichtigen Metallen, eine enge Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und der Industrie angebahnt hatte. Wesentliche Hilfe hat der Bund bei der Exploration* (Untersuchung) *in Form bedingt rückzahlbarer Beiträge, aber auch durch die Entsendung von Experten der Bundesanstalt für Bodenforschung, für Begutachtung und Vorerkundung höffiger* (reiche Ausbeutung versprechender) *Gebiete geleistet*". So erhalten die Kapitalisten bei der Suche nach neuen Quellen bis zu 50% der aufgewandten Kosten von der Bundesregierung zugeschossen, die nur zurückgezahlt werden müssen, wenn die Erforschung erfolgreich ist.

➧

Forts. Krise

Darüberhinaus sind weitere staatliche Subventionen zur Konjunkturbelebung in Aussicht genommen worden, die dem Vernehmen nach bei über drei Milliarden Mark liegen sollen (u.a. soll hiervon in Schwierigkeiten geratenen Kapitalisten die Zahlung der Löhne abgenommen werden!).

In diesem Zusammenhang muß einfach daran erinnert werden, daß die SPD/FDP-Regierung bereits in den zurückliegenden Monaten die Unternehmen gänzlich von der Umsatzsteuerbelastung bei Investitionen befreit hat, was allein für 1974 über zehn Milliarden DM ausgemacht hat. Ferner wurde bekanntlich die Gesellschaftssteuer von 2,5 auf ein Prozent gesenkt (lt „Frankfurter Rundschau", 26.11.74).

Jetzt also sollen den Kapitalisten erneut Milliardenbeträge aus den Steueraufkommen der werktätigen Massen in den Rachen geschmissen werden – was zynischerweise von den ‚Sozialliberalen' auch noch als im Interesse der Arbeitsplatzsicherung angepriesen wird.

Aber ebensowenig wie die bisherigen Milliardenspritzen des Staates für ‚die Wirtschaft' ein Anwachsen der Arbeitslosenzahlen auf annähernd eine Million verhindert haben, wird das neue ‚Investitionszulagengesetz' die verheißenen positiven Ergebnisse für die werktätigen Massen zeitigen. Daran lassen zumindest die Kapitalisten und die in ihrem Sold stehenden Propagandisten keinerlei Zweifel. Höhnisch wird erklärt, daß „nicht erwartet werden (sollte), daß diese Prämie an der allgemeinen Mißstimmung und an der in der Wirtschaft herrschenden Investitionsunlust grundlegend etwas ändern würde. Allenfalls (!) kann sie als ein erster zaghafter Schritt in der richtigen Richtung gesehen werden (!!!)" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 29.11.74).

Dieselbe Zeitung – die es wissen muß – formuliert programmatisch das, was die Großbourgeoisie von der Bundesregierung und anderen staatlichen Funktionsträgern gegenwärtig an größeren Schritten zur Beseitigung „politischer Unwägbarkeiten" erwartet:

- die „*Verketzerung der Unternehmer und eine anhaltende Indoktrinierung der Jugend in Schulen und Universitäten, in Büchern und Schriften, in Parteien und Gewerkschaften*" muß unterbunden werden;
- das ‚Damoklesschwert' der „*paritätischen Mitbestimmung (!), die das oberste Entscheidungs- und Beschlußorgan der Großunternehmer zum Kampfplatz politischer Interessengegensätze machen will*" muß weg;
- zu verhindern seien zusätzliche Kosten „*in unübersehbarer Höhe ..., die auf die Unternehmer zu kommen aus den Umweltschutzforderungen*" und Front zu machen sei gegen die „*mehr oder minder emotional bestimmten Pressionen von Bürgerinitiativen gegen die Errichtung neuer Werke*",

(alle Zitate sind entnommen der „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 29.11,74)

Die Bourgeoisie verlangt also – neben einer generellen Senkung der Reallöhne – als Grundlage für einen erneuten Profitboom – eine ganze Reihe von reaktionären p o l i t i s c h e n Maßnahmen, weil ihre eigenen Klassenziele „*weit in die Zukunft gerichtet sind und nicht von mehr oder minder zufällig gewährten, zeitlich begrenzten Erleichterungen bestimmt werden können*" („FAZ", ebenda).

Der Bourgeoisie geht es dabei dem ohnehin schon beängstigenden Tempo in der reaktionären, faschistischen Formierung von Staat und Gesellschaft noch nicht schnell genug! Die bewußte Verdrehung und überspitzte Beschreibung der gesellschaftlichen Wirklichkeit dient dabei allein dazu, einen noch reaktionäreren Kurs zu legitimieren – und die Krisenlasten möglichst vollständig auf die werktätigen Massen abzuladen!

In diesem Zusammenhang muß die Haltung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu den Plänen und Maßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates gewertet werden. Diese Leute haben nicht nur kein Programm. gegen die bürgerliche Klassenpolitik, sondern sie spielen auf ihre Weise sogar eine äußerst schändliche Rolle bei der Durchsetzung der Kapitalinteressen. In der „Konzertierten Aktion" haben sie grundsätzlich die „Priorität" von Unternehmergewinnen akzeptiert und versprochen, sich „verantwortungsbewußt" zu verhalten.

Die von Führern der verschiedensten DGB-Gewerkschaften für die kommenden Lohnrunden entwickelten Forderungen sind o h n e Ausnahme so bemessen, daß am Ende ein Abschluß auf der ‚Lohnleitlinie" herauskommen wird (wobei abzusehen ist, daß in diesem Jahr die Kollegen des Öffentlichen Dienstes am stärksten gebeutelt werden).

Gegen die um sich greifende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, sowie die zahllosen anderen Erscheinungen kapitalistischer Rationalisierung, haben die Gewerkschaftsführer – ausser absolut unernsten und lächerlichen Appellen an die Bundesregierung – n i c h t s an erfolgversprechenden Abwehrmaßnahmen für die Arbeiterklasse vorzuschlagen. Das kann bei Leuten, die den konsequenten Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie ablehnen, auch gar nicht anders sein!

Gegen die politischen Maßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates haben die heutigen DGB-Führer überhaupt nichts einzuwenden. Im Gegenteil ist es so, daß sie bei der Hetze und der Verfolgung kommunistischer und klassenbewußter Arbeiter eine aktive Rolle spielen – und auf diesem Gebiet für die Kapitalisten sozusagen unbezahlbar sind!

In der kapitalistischen Gesellschaft wird es natürlich immer sein, daß Krisen und Struktur-Probleme vor allem auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden.

Aber wir müssen daran gehen, eine einheitliche Kampffront gegen höhere Steuern und Preise, für eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lebensverhältnisse, für Verteidigung und Erweiterung unserer politischen Rechte für radikale Kürzung der Rüstungslasten usw. aufzubauen, weil dieser Kampf darüber entscheiden wird, w i e w e i t es den Kapitalisten gelingen wird, ihre Krise tatsächlich auf die Arbeiter abzuwälzen – und damit entscheidet dieser Kampf auch mit über die weitere Existenz des Kapitalismus. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Gegen die NPD-Veranstaltung in Kassel

Für den 22.10. hatte die NPD eine öffentliche Wahlveranstaltung in Kassel angekündigt.

Um eine gemeinsame Aktion gegen das Auftreten der Faschisten in Kassel zustande zu bringen, luden wir alle Kassler Antifaschisten zu einer Besprechung ein.

Die Kassler Gruppe des RJV„D" (Jugendorganisation des KAB„D") erschien erst gar nicht zu den Vorbereitungsgesprächen und blieb auch der Aktion selbst fern. Leider war auch keine von den eingeladenen Jugendvertretungen erschienen.



Von den Anwesenden war nur der Vertreter der „Sympathisanten des KBW in Kassel" gegen eine Aktion. Er brachte das bekannte Geblubber vor, daß man doch mit den Faschisten „diskutieren" müßte. Er sei gegen „Krawallmacher", denn „Eier und Farbbeutel gehören nicht zur Politik des KBW". Die „Störer " hätten der NPD „politisch nichts entgegenzusetzen" (das wohlgemerkt sagte der KBWler, nicht etwa die NPD!).

So wurde die Aktion schließlich vom RBJ/BDJ, vom „Rote Fahne Freundeskreis" (RFFK, Sympathisanten der „KPD") und von den Sympathisanten des KB durchgeführt.

Da allerdings nur etwa 80 Menschen zur antifaschistischen Kundgebung kamen, war eine militante Verhinderung der NPD-Veranstaltung (die von etwa 60 Bullen bewacht wurde) nicht drin.

Die NPD-Veranstaltung selbst wurde von etwa 15 Faschisten und einigen KBWlern besucht; die KBWler kamen dann wieder raus, nachdem sie wohl den Eindruck gewonnen hatten, daß auf der NPD-Veranstaltung keine „interessierten Menschen" seien.

Die NPD-Aktion hat uns im Anschluß an die Löwenthal- und Strauß-Aktion noch einmal deutlich gezeigt, daß zukünftige antifaschistische Aktionen in Kassel von den qualitativen und quantitativen Bedingungen her erfolgreicher sein werden, wenn wir beginnen, eine breite Diskussion über den antifaschistischen Kampf zu entfalten. Wir dürfen diese Diskussion aber nicht fernab der konkreten Aufgaben führen, sondern müssen sie mit ihnen verbinden. ●

Nach einem Bericht der
Sympathisanten des KB in Kassel

Forts. Rohstoffpolitik
ker seinen Interessen unterordnen und damit auch einer selbstständigen
wird die Bundesregierung neben der Schaffung eines potenten Mineral-
Freundeskreis" (RFFK, Sympathisanten der „KPD") und von den Sym-
Nach einem Bericht der Sympathisanten des KB in Kassel

Forts. Rohstoffpolitik

Expansion und Kapitalexport

Die direkte Beteiligung an internationalen Monopolen, wie der kanadischen INCO, der Erwerb „eigener" Vorkommen in der Welt, besonders seit Mitte der 60-er Jahre, zeigt an, daß der westdeutsche Imperialismus seine Politik der Rohstoffsicherung durch langfristige Lieferverträge ablöst zugunsten eines intensiveren und direkten Eindringens durch Kapitalexport in die Förderländer selbst.

„Aber dieses Versorgungsverfahren, das sich in der Vergangenheit bewährt hat, bietet heute – ***unter den veränderten Bedingungen*** *... – für die Rohstoffversorgung keine hinlängliche Sicherheit mehr. Zur mittel- und langfristigen Versorgung der deutschen NE-Metallhütten erscheint die Erzbeschaffung auf dem reinen Handelsweg kaum noch ausreichend, selbst dann nicht, wenn durch Kreditgewährung an die Grubenunternehmen langfristige Verträge vermehrt zustande kommen. Zugang zu eigenen Lagerstätten, Versorgung aus eigener Förderung, auch wenn man Besitz und Verfügung mit anderen Partnern teilt, erscheinen unentbehrlich, wenn man der Willkür künstlicher Marktverengungen halbwegs vorbauen will".* (Casper)

Mit „den veränderten Bedingungen", die eine Änderung in der Politik der Rohstoffversorgung erfordern, meint dieser Vertreter des Imperialismus vor allem den sich zuspitzenden Kampf der imperialistischen Mächte um die Einflußgebiete und Rohstoffquellen in der Welt. Für den BRD-Imperialismus ergibt sich daraus die Notwendigkeit, sich ebenfalls durch Kapitalexport und Kapitalbeteiligung einen **direkten Zugang zu den Rohstoffquellen** zu verschaffen. Mit dem Heraustreten des BRD-Imperialismus aus dem Windschatten des US-Imperialismus und dem immer offener zur Schau getragenen Verfolgen eigener imperialistischer Großmachtpläne (auch gegen die bisherigen Rohstofflieferanten, die ja zumeist selbst Monopole der Konkurrenten sind) gewinnt der Kapitalexport zunehmend an Bedeutung.

Zudem werden die „Entwicklungsländer" hierdurch stärker als durch irgendeine andere wirtschaftliche Einflußnahme an die Interessen der BRD-Monopole gebunden. Durch den Kapitalexport kann sich der Imperialismus diese Länder stärker seinen Interessen unterordnen und damit auch einer selbstständigen nationalen Entwicklung und dem Einsatz der Rohstoffe für den Aufbau einer nationalen Wirtschaft dieser Länder entgegenwirken.

Eine besondere Rolle bei der Verfolgung dieser Expansionspläne des westdeutschen Imperialismus soll der Staatsapparat spielen. Die „Mitwirkung" des Staates bei der Rohstoffsicherung soll sich besonders auf drei Gebiete konzentrieren: Finanzielle Unterstützung der Kapitalisten bei der Suche und Erschließung neuer Quellen, umfassende Garantien bei Kapitalanlagen im Ausland, sowie die Lagerhaltung (ähnlich wie schon jetzt bei Erdöl) zu fördern.

Hier soll zum einen der Staat – mit den Steuern der werktätigen Bevölkerung – die Großmacht-Ambitionen der Imperialisten finanzieren helfen, ihr Risiko, Verluste zu erleiden, durch „Garantiegewährung" und andere Absicherungen ausschalten, um so höchste Profite zu ermöglichen. Bezahlen sollen die Werktätigen. Zum anderen soll aber vor allem die Rohstoffzufuhr von der Ebene der Beziehungen einzelner kapitalistischer Unternehmungen zu den Rohstoffländern auf die Ebene politischer Beziehungen zwischen den Staaten gehoben werden. Die BRD-Imperialisten wollen so diese Länder wirtschaftlich und politisch unter Einsatz ihrer gesamten Macht von sich abhängig machen.

Und ihr Staatsapparat steht den Kapitalisten dabei voll zu Diensten: Bereits 1970 veröffentlichte die Bundesregierung ein „Rohstoffsicherungsprogramm", das den Kapitalisten „flankierende Maßnahmen" zusichert, u.a. Zuschüsse bei der Erforschung neuer Quellen (s.o.). Am 17.1.74 erklärte Friederichs lt. „Süddeutsche Zeitung": „*Die Bundesregierung werde sich bei der Rohstoffsicherung keinesfalls auf defensive Strategien beschränken* (!), *sondern nehme die neue Situation zum Anlaß, die internationale Situation zwischen Industrie-, Rohstoff- und Entwicklungsländern zu verbessern* (? !) *und auf eine neue Grundlage zu stellen. ... Um die zur Erhöhung des ... Angebotes notwendigen Investitionen besser absichern* (!) *zu können, werde gegenwärtig sehr sorgfältig geprüft, welche Instrumente* (? !) *geeignet seine, um den höheren politischen Gefahren* (!) *zu begegnen, die über die ökonomischen Risiken hinausgehen. Außerdem wird die Bundesregierung neben der Schaffung eines potenten Mineralölpartners Anreize* (!) *für deutsche Firmen zur Kooperation im Nichtölbereich schaffen. Für diese Kooperation werden Bundesregierung und Parlament erhebliche Finanzmittel* (!) *bereitstellen müssen ... Außerdem sollen die vorhandenen Förderungsinstrumente ... ausgebaut* (!) *werden. ... Ferner werden die im Bundeshaushalt für die verschiedenen Bürgschafts- und Garantieinstrumente vorgesehenen ... Fonds erhöht* (!) *werden*". Kommentar überflüssig!

„Soziale Prozesse übersehen" – wie in Chile !

Auch den Kapitalisten werden durch die „veränderten Bedingungen" neue Anforderungen und Aufgaben gestellt. Die „Politisierung" zwischen den rohstoffabhängigen und den rohstoffbesitzenden Ländern, erfordere „neue Qualifikationsnachweise" der Kapitalisten, denn „*das Rohstoffgeschäft* (ist) *allein mit den herkömmlichen Mitteln der bloßen Beschaffung nach Wirtschaftlichkeitskriterien und durch Ausnutzung von Handelsvorteilen nicht mehr zu meistern". „Dieser Unternehmer muß* ***in politischen Kategorien denken und*** *den Zusammenhang wirtschaftlicher Tatbestände im gesellschaftlichen Wandel begreifen.* ***Er muß politische Komponenten einkalkulieren und auch langfristige soziale Umschichtungsprozesse im internationalen Bereich übersehen".*** *Die wirtschaftliche* Macht der Imperialisten soll auch das politische Leben dieser Länder durchdringen und sie politisch abhängig machen.

Wie hieß doch gleich eine der „markigen" Aussagen Caspers: „*Härte und Durchstehvermögen sind gelegentlich* (!) *nötig, um das Verhältnis mit der anderen Seite zu klären* (!), *die letztlich* (!) *doch auf Rat und Erfahrung der industriellen Partner* (? !) *angewiesen ist*". – „Und wer nicht „hören" will, der muß „fühlen", siehe Chile.

Dies ist die Stimme des aggressiven Imperialismus, der sich aufmacht, die Welt neu aufzuteilen und dabei gewillt ist, alles, was sich seinem Expansionsdrang in den Weg stellt, niederzumachen. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Freundeskreis" (RFFK, Sympathisanten der „KPD") und von den Sym-
Nach einem Bericht der Sympathisanten des KB in Kassel

Einmal Faschismus, das reicht!



Vier der Schlägertypen

Am Samstag, dem 16. November wurde im Einkaufszentrum Altona unser Informationsstand durch Schläger überfallen.

Zuerst hatten sich drei Männer in einer Diskussionsgruppe nach vorne gedrängt, einen unserer Genossen beschimpft und tätlich angegriffen. Sie waren dann weitergezogen, hatten an einem anderen Stand Flugblätter heruntergerissen und waren auf einen Flugblattverteiler losgegangen. Nach einiger Zeit kamen sie zurück und steuerten auf unseren Bücherstand zu – nun eine Gruppe von sechs Typen, die in der Art von Nazi-Schlägern auftraten, aber zum Teil eher das Aussehen von Zivilpolizisten hatten (siehe Foto). Sie hatten offensichtlich eine Provokation vor. Unsere Genossen und andere entschlossene Demokraten und Kommunisten stellten sich schützend vor den Stand. Einer der Schläger stürzte sich auf einen der Genossen und wollte ihn mit der Faust ins Gesicht schlagen, die anderen stießen den Stand um und begannen eine Schlägerei. Die Genossen verteidigten sich so gut sie konnten; einer von ihnen mußte nachher mit aufgerissener Augenbraue ins Krankenhaus gebracht werden. Die schließlich eintreffende Polizei forderte nur die Passanten zum Weitergehen auf; ein Zivilpolizist fotografierte nicht etwa die Schläger, sondern uns. ●

Oldenburg

Kein Pardon für Faschisten!

Seit einiger Zeit bemüht sich der junge Faschist R o l a n d W e h l (Oldenburg, Gaststr. 24/25), in der „linken Bewegung" Oldenburgs Fuß zu fassen. Das sind die einzelnen Etappen seines Versuchs:

Vor einigen Monaten wollte er seinen Kumpanen in den Räumen eines demokratischen Jugendarbeitskreises „zum Schlafen" unterbringen. Die Jugendlichen waren aber nicht bereit, diesem faschistischen Spitzel Unterschlupf zu gewähren.

Anfang September erschien ein völlig „links" getarntes Flugblatt der JN, deren Mitglied W e h l ist (zumindest bis vor kurzem war er sogar Mitglied des Landesvorstands Niedersachsen der JN). In diesem Flugblatt benennen die F a s c h i s t e n s e l b s t die Hintermänner und Profiteure des Faschismus, um sich so u.a. für die „Chile-Solidarität" zu profilieren.

Derart ausgerüstet, tauchte W e h l dann auf einer Veranstaltung der Oldenburger Linken im Rahmen der Chile-Solidaritätsaktivitäten zum 11. September auf, wurde aber auf Drängen der KB-Genossen sofort vor die Tür gesetzt.

Daraufhin erschien ein weiteres Flugblatt der JN, in dem wiederum „linke" Töne angeschlagen und die „Faschistenhäuptlinge Pinochet" usw. angegriffen wurden. Gleichzeitig beschwerten sich die JN über den Rausschmiß ihres Mitgliedes W e h l (der dies Flugblatt auch selbst verantwortlich zeichnete) aus der Veranstaltung; die JN sei ein „demokratischer Jugendverband" ... (vgl. zu den letzten drei Punkten AK 52: „Faschisten als Antifaschisten").

Seinen nächsten Versuch, sich Anwesenheitsrecht auf Veranstaltungen der Linken zu ergattern und mit ihnen ins Gespräch zu kommen, startete W e h l am 19.11.: Er wollte an einer Veranstaltung der vom KBW unterstützten „Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft" (GDCF) über „die Außen-

wollte an einer Veranstaltung der vom KBW unterstützten „Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft" (GDCF) über „die Außen-

politik der VR China" teilnehmen. Das wurde von KB-Genossen (gegen den Willen der Spezial-Demokraten vom KBW, versteht sich!) verhindert.

Neuerdings taucht W e h l auch in der Jugendgruppe der IG Metall auf. Er behauptet, Industriekaufmanns-Lehrling im Oldenburger Metallbetrieb Bayer und seit kurzem auch Mitglied der IGM zu sein. Dagegen sei er nicht mehr Mitglied der NPD und JN. Außerdem „distanzierte" er sich von faschistischem Terror, bezeichnete sich als „nationalrevolutionär" und plädierte für einen „nationalen Sozialismus".

Bereits am 11.11. war in der Oldenburger „Nordwest-Zeitung" eine Notiz erschienen, daß W e h l aus der NPD ausgetreten sei und sein Amt als Mitglied des Landesvorstandes Niedersachsen der JN zur Verfügung gestellt habe (von einem Austritt aus den JN ist nicht die Rede). Die Begründung: Die NPD sei „eine faschistische Partei, die Zuhälterdienste für die Kapitalistenklasse" verrichte. Diese angeblich auf dem fünften Landeskongreß der JN vorgetragene „Abgrenzung" überrascht nicht sonderlich, denn sie paßt durchaus mit den schon erwähnten, von W e h l verantworteten „linken" Flugblättern d e r J N zusammen. Am 21.11. antwortete der NPD-Kreisvorstand Oldenburg in einem Leserbrief in der „NWZ", W e h l sei gar kein NPD-Mitglied gewesen, weil er erst 17 Jahre alt sei; auch habe er die oben zitierte Äußerung auf dem Landeskongreß der JN nicht getan.

Wolf im Schafspelz

Derlei Widersprüche begründen jeden Zweifel an W e h l s Aus-

Derlei Widersprüche begründen jeden Zweifel an W e h l s Aus-

trittsbehauptungen. Allerdings ist allein die Frage seiner Mitgliedschaft in der NPD oder JN auch nicht so entscheidend. Fest steht, daß er seit ca. fünf Jahren Beziehungen zu NPD-Kreisen hat. Fest steht auch, daß er einen KB-Genossen beim AK-Verkauf tätlich angegriffen hat. Nach wie vor vertritt er eine „linke" Variante f a s c h i s t i s c h e r Ideologie („nationaler Sozialismus", „nationalrevolutionär"), die durchaus nicht im Widerspruch zum faschistischen Terror gegen die Arbeiterklasse steht. Vielmehr gibt es ein Gestrüpp vielfältiger Querverbindungen zwischen den einzelnen faschistischen Gruppen; gerade für Italien, wo die Provokationstätigkeit der Faschisten bis in die anarchistische Linke hineinreicht, ist das in letzter Zeit mehrfach enthüllt worden. Schon in der „Weimarer Republik" gab es etliche „nationalrevolutionäre" etc. Organisationen mit Verbindungen zur NSDAP. Für die JN in Nordhorn (wir berichteten mehrfach darüber im AK) können wir belegen, daß diese Gruppe sich a l l e r taktischen Mittel bedient. Teilweise verteilten **ein und dieselben** JN-Faschisten an einem Tag ein äußerst hartgesottenes antikommunistisches und chauvinistisches Flugblatt der „Deutsch-Völkischen-Gemeinschaft", anderntags ein „links" dröhnendes Flugblatt der „National-Revolutionären Basisgruppen".

In Anbetracht aller Tatsachen ist jede Auffassung, W e h l sei „irregeleitet" und könnte angesichts seiner „kritischen" Standpunkte zur NPD und zum „Faschismus" von demokratischen oder gar sozialistischen Positionen überzeugt werden, unhaltbar und die Duldung seiner Aktivitäten seitens der Kommunisten unverantwortlich gegenüber der Arbeiterklasse.

Die ganze Verantwortungslosigkeit der theoretischen Positionen des KBW in der Faschismusfrage schlägt sich auch immer deutlicher in seiner Praxis nieder. Als KB-Genossen sich am 19.11. den Faschisten W e h l krallten, um ihn vom Veranstaltungssaal (KBW zu China) wegzuführen, empörte sich der KBW: der KB führe eine „Gesichtskontrolle"(!!) durch; hier habe j e d e r Eintrittsrecht; der KB sei nicht der Veranstalter und dürfe niemanden von der Teilnahme an einer öffentlichen Veranstaltung der GDCF ausschließen; wenn die KBler den Faschisten nicht reinlassen und „motzen" wollten, sollten sie doch woanders hingehen. Schließlich stellte sich ein KBWler schützend zwischen den Faschisten und unsere Genossen.

Während unsere Genossen die ganze Aktion mit antifaschistischer Agitation und Propaganda verbanden, war der KBW nur um den Faschisten besorgt, dem ein „demokratisches Recht" genommen werden sollte. Es stimmt einfach nicht, was der KBW immerhin noch auf dem Papier stehen hat: daß er den Kampf gegen den Faschismus p o l i t i s c h (propagan-

stimmt einfach nicht, was der KBW immerhin noch auf dem Papier stehen hat: daß er den Kampf gegen den Faschismus p o l i t i s c h (propagan-

distisch) führen wolle. Im Gegenteil liefert er den Faschisten durch seine Argumentation teilweise sogar Schützenhilfe: in der IGM-Jugendgruppe z.B. hetzte W e h l, es gäbe keine DDR, nur eine SBZ! Diesem revanchistischen Dreck pflichtete ein KBWler bei: eigentlich habe er ja recht, er finde die DDR auch Scheiße und es handele sich ja auch um eine „SBZ" („Kolonie des Sozialimperialismus")! Als antifaschistische Kollegen W e h l auf den Widerspruch festnageln wollten, daß er sich einerseits von den JN distanziere, andererseits sich aber noch zu von ihm (mit) verfaßten Flugblättern der JN bekenne, sprang der KBWler in die Bresche: im KBW sei es den Genossen auch möglich, entgegengesetzte Auffassungen öffentlich zu vertreten. Außerdem setzte er sich in der Jugendgruppe dafür ein, den Faschisten W e h l solange in der Gruppe zu dulden, bis dieser sich gewerkschaftsfeindlich äußere. •

KB/Gruppe Oldenburg

Faschisten – ohne Maske

Der unter der Bezeichnung ‚Deutsche Volksunion' firmierende Faschistenhaufen des Dr. Frey (Herausgeber der „Nationalzeitung") hat unlängst in Köln ein Flugblatt zur Verteilung gebracht, in dem mit niedrigster rassistischer Hetze zum ‚Kampf gegen die Fremdarbeiter' (gemeint sind die ausländischen Arbeiter in der BRD) geblasen wird.

Daraus sind folgende Passagen entnommen:

„Es ist eine unverschämte Lüge, wenn behauptet wird, Fremdarbeiter heben den Wohlstand des deutschen Volkes ...

Fremdarbeiter werden immer mehr zur ernsthaften Gefahr für die Sauberkeit und den Bestand der deutschen Nation ...

Es wurden 60.000 Ehen zwischen deutschen und Türken geschlossen. Das ist Vernichtung des Deutschtums und Zerstörung deutschen Blutes. Raus mit den Mohammeds! ...

Türken überwiesen im vergangenen Jahr fast eine Milliarde Devisen in ihr armseliges klein-asiatisches Armenhaus ...

Das ist Auspowerung Deutschlands durch anatolische Bettlerhorden, europäische Hintlerwäldler-Staaten und nordafrikanische Kameltrieber. Raus mit diesem asozialen Gesindel! Türken hemmen durch ihre niedrige Moral und ihr primitives Denken die Entwicklung des technischen Fortschritts in Deutschland. Sie verdingen sich für Arbeiten, die kein Denken verlangen, doch ihre ihnen angeborene Großmannssucht läßt sie bald vor Selbstüberschätzung triefen: Sie erheben höhere Ansprüche und fordern gleiche Rechte wie deutsche Facharbeiter ...

Raus mit den Hivis (Hilfswillige – Anm. AK-Red.) *aus deutschen Betrieben, deutschen Städten und deutschem Land!*

Unsere Parole muß sein: Bekämpft jeden Türken, Griechen, Jugoslawen, Italiener und Nordafrikaner, bis auch der letzte Fremdarbeiter deutschen Boden verlassen hat.

Deutsche! Wir müssen uns wehren, wenn wir überleben wollen!"
(nach „Extra Dienst", 19.II.74)

Es bedarf keiner näheren Erläuterung, daß die Verfasser dieser Hetztiraden bei Hitler, Rosenberg und Goebbels in die Schule gegangen sind.

Mit dieser widerwärtigen Volksverhetzung muß sich aufgrund einer Anzeige die Kölner Staatsanwaltschaft befassen. Man darf gespannt sein, welchen Dreh die Richter des ‚Rechtsstaates' diesmal finden wollen, um die Faschisten wieder ungeschoren davonkommen zu lassen . . . •

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Hella-Werke in Lippstadt und Paderborn:

„Je größer die Masse, um so gefährlicher ist sie!"

Wie im Falle Pierburg/Neuß, Ford/Köln, Opel/Bochum und vielen anderen Betrieben der westdeutschen Metallindustrie, die im Sommer letzten Jahres von spontanen Arbeitsniederlegungen betroffen waren, versuchen jetzt auch die Kapitalisten der Hella-Werke, einzelne Streikteilnehmer exemplarisch zu bestrafen.

Die Kapitalisten ließen es in fast allen Fällen nicht bei der Kündigung von Streikführern bewenden, sondern strengten darüberhinaus noch Prozesse vor den Zivilgerichten an, um das klassenmäßige Handeln der Arbeiter und die Arbeiter selbst zu kriminalisieren.

Im Fall Hella wurden drei spanische Arbeiter (die Kollegen Ruela-Salas, Ramos und Miguez) unlängst vom Amtsgericht Paderborn zu sechs und fünf Monaten Gefängnis ‚mit Bewährung', sowie einer Geldstrafe von 500 bzw. 600 DM verurteilt. Die Richter sahen es als erwiesen an, daß die drei spanischen Kollegen sich des ‚Landfriedensbruchs', des ‚Widerstands gegen die Staatsgewalt' und der ‚Körperverletzung' schuldig gemacht hätten.

Diese abenteuerlichen Anschuldigungen beziehen sich auf folgenden Vorgang: Nachdem die westdeutschen und ausländischen Arbeiter des Lippstädter Hella-Werkes bereits mehrere Tage im Streik für ihre Forderung nach einer 50 Pfennig-Lohnerhöhung standen, solidarisierten sich ihre Kollegen im Paderborner Zweigwerk von Hella durch einen Sympathiestreik mit ihnen. Um die Verbundenheit beider Belegschaftsteile zu festigen, fuhren die Lippstädter Kollegen zu einer Solidaritätskundgebung nach Paderborn. Als sich die Kollegen vor den Werkstoren des Paderborner Hella-Betriebes versammelt hatten, wurden sie von einem massiven Polizeiaufgebot angegriffen – viele Streikende wurden geschlagen und sogar am Boden Liegende brutal mißhandelt. Natürlich ließen sich die Kollegen nicht ohne Widerstand zu leisten von den Bullen traktieren.....

Die bürgerlichen Richter drehen nun einfach den Spieß um: aus den Angegriffenen werden Angreifer gemacht und die in Notwehr handelnden Arbeiter werden der ‚Körperverletzung' beschuldigt!

Der Staatsanwalt machte jedoch während der Verhandlung in seiner Rede völlig klar, daß es überhaupt nicht um die Ahndung eines konkreten, belegbaren ‚Vergehens' ging, sondern um die Kriminalisierung spontaner Streiks überhaupt.

Den Angeklagten wurden – in ihrer „Rasse" (!!!) begründete – ‚Gesetzesbrüche' vorgehalten. Hier einige Kostproben aus dem Plädoyer des Staatsanwalts:

„Es handelte sich um einen wilden Streik, der nicht den Schutz unserer Gesetze genießt" ... Die von westdeutschen und ausländischen Arbeitern organisierte Kundgebung vor dem Paderborner Hella-Werk habe eine Situation geschaffen, *„die geradezu geeignet war, Südländer* (!) *anzuheizen ..."*

„Eine Spanierin hielt eine aufpeitschende Rede (!)*, aber sie mußte dabei auch solche Leute finden, denen das ans Herz geht* (!)*"* ... *„Je größer die Masse* (!)*, um so gefährlicher ist sie* (!)*"* ... Gegen den Kollegen Ruela Salas gerichtet: *„Hier handelt es sich um einen Einpeitscher, denn immer, wenn er die Hand hob, johlte* (!) *die Masse, so brachte er die Streikenden zum Kochen."* Das ist astrein die Sprache der Faschisten! •

Metall-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Im gemeinsamen Kampf Erfahrungen gesammelt. Bei Hella in Lippstadt (unser Foto) führten ausländische und deutsche Kollegen zusammen einen erfolgreichen Streik.

Ostholstein

Brauner Clown kocht faschistischen Eintopf

Im Oktober präsentierte Herr Mody seine neue „Deutsche Mittelstandspartei" (DMP) in Eutin.

Von rund 19 Zuhörern, fast ausschließlich CDU-Leute, die wohl einen Reviereinbruch in ihr Rekrutierungsfeld (Mittelstand) befürchteten, breitete Mody seine konfusen faschistischen „Ideen" aus:

„Durch die hohe Staatsverschuldung", meint Mody, „wird der Staat immer unlenkbarer und dadurch werden staatliche Eingriffe in die Wirtschaft immer häufiger. Weil keiner dieser Verschuldung widerspricht, werden wir bald eine Diktatur haben und zwar von der CDU genauso wie von der SPD und FDP." Außerdem hätten wir längst schon eine „sozialistische Planwirtschaft".

In der Außenpolitik strebt er die „Wiedervereinigung Deutschlands in einem einigen Europa" an. „Lieber ein Europa der Vaterländer, als eine politische Union". Subventionen seien zu streichen, denn „jeder ist seines Glückes Schmied": „Zur Freiheit gehört auch das Risiko".

Der Mittelstand ist nach Modys Auffassung der Teil der Bevölkerung, der bereit ist, die Geschicke des Volkes in der „Demokratie" zu lenken und einen „marktwirtschaftlichen Gegenpol zu schaffen".

Da der von Mody servierte Eintopf selbst den hartgesottenen CDU-Zuhörern offensichtlich nicht bekommen war, machten sich „Verdauungsstörungen" in Form von lauten Protesten und Lachsalven bemerkbar.

Mody, der extra zwei Jahre bei der NPD als Mitglied in die Schule ging, um seine 1000jährigen Erkenntnisse aufzufrischen, belegte im Anschluß einen Kurs bei der FDP, wo er als Mitglied von 1969 bis '73 tätig war. Und fertig war der Clown, der im Januar '74 in Hollenstedt/Norderdithmarschen seine eigene „Partei" die in Schleswig-Holstein keine 30 Mitglieder zählt, gründete.

Da von Modys fixen Ideen keiner mehr etwas wissen wollte, sprang ein als „Zuhörer" placierter DMP-Mann ein. Seine wilde Rede schloß mit den Worten: „Uns sind die Hände vom Weltzionismus gebunden, es ist alles bereits vorbestimmt!"

Trotz dieser hanebüchenen Clownerie sollte man die Gefahren dieser faschistischen Inhalte nicht unterschätzen, die sich an politisch unbewußte Menschen wenden, um sie einzusacken und sie für ihre Ziele nutzbar zu machen. Deshalb: Wehret den Anfängen – Schlagt die Faschisten! •

Metallzelle II KB/Gruppe Kiel

Westberlin:

Probefeld der Reaktion

In Westberlin, seit eh und je als „Frontstadt" Schauplatz reaktionärer Mobilisierungen gegen den Kommunismus und gegen die sozialistischen Staaten, nahm auch die Kampagne nach dem Tod von Holger Meins und der folgenden Erschießung Richter Drenkmanns besonders extreme Züge an.

Kesseltreiben gegen Liberale

„Die Aktionen der Anarchisten, ihre Hintermänner und Anwälte, würden im Leeren verpuffen, wenn sie in einer geistig, moralisch und politisch intakten Landschaft geschähen", schrieb die Westberliner „Morgenpost" am 12.11. Die Zeitung fuhr dann mit der Bemerkung fort, leider sei aber *„die politische Gesittung (!) in unserem Rechtsstaat ... noch anfällig"*. Also sei, wie es im klassischen faschistischen Jargon weiter heißt, eine *„konsequente Reinigung (!) aller ideologisch infizierten (!!) Stellen"* notwendig.

Was damit im Einzelnen gemeint ist, wird an den Worten des Westberliner CDU-Führers Lummer deutlich, der Männer wie Bischof Scharf oder die Professoren Gollwitzer und Flechtheim u.a. als *„Toren und Tölpel, Mitläufer und Sympathisanten"* beschimpfte, die *„die Saat der Gewalt durch falsches Mitleid, peinliche Solidarität und unverständliche Sympathie gefördert und kultiviert"* hätten.

Dieser Hetzer wird allerdings noch weit in den Schatten gestellt von Berufsflüchtling und Strauß-Intimus Pachmann (aus der CSSR), der bisher zu jedem reaktionären Dreck (wie Löwenthals „BFD" etc.) seinen Senf dazu gab: *„Wenn es nicht immer wieder von linksorientierten deutschen Schriftstellern eine Rechtfertigung von Gewalttaten von Terroristen gäbe, würde es weniger Gewaltanwendung in der politischen Auseinandersetzung geben ... Ohne Bölls ‚Katharina Blum' wäre es sicher nicht zu dem scheußlichen Mord in der Bayernallee gekommen"* (lt. „Bild", vom 21.11. – gemeint ist die Erschießung Drenkmanns). In dasselbe Horn stoßen im Grunde auch „sozialdemokratische" Blätter wie das „Spandauer Volksblatt" (21.11.), wenn es dort heißt: *„Wenn ein Hochschullehrer der sogenannten* (!) *politischen Wissenschaft* (gemeint ist Prof. Flechtheim – Anm. AK) *sie* (Studenten – Anm. AK) *seinerseits zum Hungerstreik putscht* (!), *dann sind er und andere genau jene Adressaten, an die Klage für eine politische Verhetzung der akademischen Jugend mit dem Ziel der Unterminierung des Rechtsstaates zu richten"*.

Nicht einmal die „Tagesschau" des Fernsehens bleibt verschont. So heißt es in einer Stellungnahme der Westberliner CDU zu den Berichten über den Tod von Holger Meins im Fernsehen: *„Die Tagesschau hat einen der gefährlichsten Anarchisten in publizistischer Verzerrung zum Märtyrer erhoben"*; damit habe das Fernsehen *„eine Hilfestellung für Politrocker und einen Anreiz für verunsicherte Wirrköpfe geliefert"* (lt. „Spandauer Volksblatt", 12.11.).

In solchen Äußerungen zeigt sich – schärfer noch als in der BRD – die Absicht, jede öffentliche Stimme zum Verstummen zu bringen, die auch nur die leiseste Kritik am staatlichen „Kampf gegen den Terrorismus" mit all seinen „Begleiterscheinungen" (Abbau demokratischer Rechte, Vorbereitung des Kommunistenverbots etc.) übt.

... und in der Kirche !

Auch hier *„gilt es, einige Maßstäbe endlich wieder zurechtzurükken ..."* („Morgenpost", 12.11.). Der Rücktritt „aus Protest" der beiden reaktionären Kirchenfürsten Pfennig (nebenbei stellvertretender Polizeipräsident) und Münn (Amtsgerichtspräsident) war der Startschuß für das nachfolgende Kesseltreiben. Bereitwillig öffnete die bürgerliche Presse ihre Spalten für solch honorige Herren wie Münn, General-Superintendent, oder Super-Generalintendent Helbich, die auf ganzen Seiten ihren antikommunistischen Sud ausbreiten konnten. *„Eine radikale Ideologie, die Theologie der Revolution" habe „Eingang in die Kirche gefunden"* („Bild", 21.11.). *„Es könnte einem schaudern vor dem Religionsunterricht an den Schulen"*. Von den 16 Pfarrern aus dem Praktisch-Theolog. Ausbildungsinstitut sei *„nur einer gläubig evangelisch, die anderen 15 sind Anarchisten"* („BZ", 21.11.).

Daß eine anwachsende Zahl von Menschen das Geld für die Kirchensteuern spart und der Kirche den Rücken wendet, liegt – wer hätte es gedacht! – nach diesen Stimmen auch an der „Radikalisierung" der Kirche: *„Wer bisher meinte, die Kirche sei ein Hort der Ordnung (!) und des anständigen Lebens (!), der ist natürlich tief enttäuscht. Wenn die Kirche dies nicht mehr predigt, verlassen viele Christen die Kirche."*

Prompt ließ die bürgerliche Presse auch „den Mann (die Frau) von der Straße" aufmarschieren, die – was Wunder! – die reaktionären Thesen nachpapageiten: *„Massenflucht! Warum viele jetzt der Kirche weglaufen . . . „Bild" fragte einige Berliner nach ihren Gründen:*

- *Rita Rothe: 'Ich unterstütze doch keine Kommunisten mit meinen Steuern!'*
- *Stephan Schilling: 'Ich will mit meinem Geld nicht kriminelle Banden unterstützen.'* " (23.11.)

Natürlich ist mit Kirchenaustritten den braunen „Ordnungs"aposteln gar nicht gedient. Ihnen geht es darum, fortschrittliche Ansätze einzelner Pastoren, kirchlicher Mitarbeiter etc. zu liquidieren, damit sich die Kirche im vollen reaktionären Sinn auf ihre wahre Aufgabe konzentrieren kann, „Opium fürs Volk" zu sein. Deshalb der Appell der Reaktion:

„Tretet nicht aus, sondern helft uns" („Bild", 23.11.) bei der Hexenjagd auf Bischof Scharf, *„der sich mit den Linken anfreundet und viele Bürger aus der Kirche treibt* („Bild", 23.11.), der *„kürzlich die Baader-Meinhof-Mädchen Ingrid Schubert, Monika Berberich und Brigitte Mohnhaupt im Gefängnis besucht"* hat („Bild", 19.11.).

Auch hier zeigt sich die Absicht, selbst den angekalkten Bischof, der eine politische Gefangene besucht, um eine verlorene Seele zu retten, in die Nähe des „Terrorismus" zu drängen, also selbst von dieser Seite die totale Isolierung der „Terroristen" (als Vorstufe zur Isolierung a l l e r Revolutionäre) zu vervollständigen.

Selbst der Faschismus hat doch grundsätzlich seinen Gegnern das zweifelhafte „Recht" des „geistlichen Beistands" zuerkannt – die gegenwärtige Hetzkampagne geht doch im Grunde sogar darüber noch hinaus! Erst recht geht natürlich die Jagd auf Pastoren, kirchliche Mitarbeiter etc., die ihren „Glauben" mit fortschrittlicher Politik verbinden zu meinen können.

Der scheinbar schon leicht zum Idiotismus tendierende Primitivst-Hetzer Peter Boenisch bringt in Springers „Bild am Sonntag" die Sache wieder mal auf den abenteuerlichsten Begriff: Scharf als *„Bischof ‚flau-flauamen'"* (Gott, wie witzig!) trüge *„Mitschuld und Mitverantwortung, daß so manche Kirche zum Tanzpalast der Linksputschisten wurde"* (man stelle es sich bildlich vor!); *„Priester als Ministranten der Gewalt"*, *„Kassiber-Container getarnt mit Kreuz"* (als ob das Kreuz nicht schon viel schlimmere Dinge „getarnt" hätte als bloß Kassiber!!!) *„Mißbrauch des Altars als Kulisse im Theater politischer Gewalt"* (Boenisch meint nicht etwa die „Kreuzzüge", jahrhundertelange Judenverfolgungen oder die Kolonialisierung Südamerikas!!); schließlich ist der Höhepunkt dieser reaktionär-geistlosen Zumutung: *„Wir zahlen und beten für den Frieden und nicht für Handgranaten im Talar."* – Das wäre wahrscheinlich selbst einem Goebbels etwas zu plump!!

Versuch einer reaktionären Massenmobilisierung

Während der letzten Wochen versuchten die bürgerlichen Parteien Westberlins in trauter Gemeinsamkeit eine reaktionäre Massenmobilisierung zu initiieren. Höhepunkt war die Kundgebung am 21. November vor dem Rathaus Schöneberg „gegen Terror und Gewalt in unserem Lande", zu der ca. 15 - 20.000 Leute kamen (die Bourgeoisie hatte sich sicherlich mehr erhofft).

Gemeinsam aufgerufen hatten Senat und Abgeordnetenhaus, SPD, CDU, FDP, DGB, DAG, Deutscher Beamtenbund, Industrie- und Handelskammer, Zentral-Vereinigung Berliner Arbeitgeberverbände und Deutscher Richterbund; eigenständig mobilisiert hatte die unlängst gegründete Partei BFD (bekannt als „Bund faschistischer Demagogen").

Die Westberliner Kapitalistenverbände forderten alle ihre Mitgliedsfirmen auf, für diesen Nachmittag frei zu geben, ebenso wurden die Schulen vorzeitig dichtgemacht.

Ziel der Veranstaltung war es, das Frontstadtklima wieder stärker anzuheizen; einhellig warben die drei Redner Scheel (FDP), Schütz (SPD) und Benda (CDU) um eine „stärkere Solidarisierung der Bevölkerung" mit Polizei- und Justizapparat und um eine Unterstützung für die Bourgeoisie beim Ausbau ihres Gewaltapparates.

„Die Lauen müssen aufwachen" (Benda); „jeder ist aufgerufen, (für den Erhalt der kapitalistischen Ausbeuterordnung zu kämpfen), Eltern und Erzieher, Politiker und Publizisten, Schriftsteller und Philosophen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber" (lt. Scheel, „Tagesspiegel", 22.11.).

„Einbezogen" werden sollten von der CDU auch größere Teile der Bevölkerung in die Unterstützung des beschleunigten Rechtskurses der Kapitalistenklasse. In Hinblick auf die Senatswahlen im Frühjahr nächsten Jahres wird die SPD – trotz all ihrer staatserhaltenden Bemühungen – von der CDU heftig als „zu lasch" angegriffen: „Wir haben genug von sozialistischen Experimenten", die angeblich den „Nährboden für Gewalttaten" bilden (CDU-Flugblatt).

Der BFD stimmt natürlich in diesen Chor mit ein: „Weder dem Toten noch den Berlinern helfen jetzt die starken Worte von Bürgermeister und Senat – ihre schwachen Taten haben die Ausbreitung des Radikalismus begünstigt". „Wer den Folgen wehren will, darf nicht vergessen, wie und von wem versäumt wurde, den Anfängen zu wehren".

Schließlich intensivieren CDU und offene Faschisten ihre Bemühungen, die reaktionärsten Elemente gegen die Linken zu mobilisieren und militant zu formieren: „Berlins Straßen dürfen nicht den Radikalen überlassen werden" (CDU-Fraktionsvorsitzender Lummer); „wir werden die Marxisten-Leninisten, Maoisten, Kommunisten und Linksfaschisten dort bekämpfen, wo sie sich zeigen" (CDU-Flugblatt)! In diesem Sinne zogen nach der gemeinsamen Kundgebung am 21.11. rund 300 Jungfaschisten aus den Reihen der Jungen Union und der „Berliner Schüler Union" unter den Parolen „Nieder mit dem Meinhof-Pack", „Kommunisten raus", „Fegt ihn weg, den roten Dreck" unter Polizeischutz durch die Stadt! ●

Nach einem Bericht des KB/Gruppe Westberlin

WIE HETZE ICH ERFOLGREICH?

Das hier abgedruckte Gedicht von Erich Weinert aus dem Jahr 1929 scheint uns sehr gut zum Klima der laufenden antikommunistischen Kampagnen der Kapitalistenklasse zu passen. Wie unmittelbar aktuell dieses Gedicht ist, verdeutlicht z.B. eine „Meldung" der „Bild" vom 21.11. (Westb. Ausgabe): „Brutaler Mordanschlag: Kommunisten stechen Feinmechaniker nieder".

WIE HETZE ICH ERFOLGREICH?
(Rezept für Lokalberichterstatter)
1929

Du hörst zum Beispiel: Da im Norden
ist jemand totgeschlagen worden.
Nimm eine Taxe! Fahr hinaus
und horche die Umgebung aus!

Dort interviewst du im Vertrauen
zuerst Portiers und Lokusfrauen;
und da erfährst du erst einmal:
Nicht weit sei ein Rotfrontlokal.

Das wäre schon ein Hauptindiz.
Drum schreibe die Notiz:
„Der Geist der Zeit! Schon wieder mal
ein Mord vor dem Rotfrontlokal!"

Und dann ist sicher jemand da
der den Verbrecher türmen sah
bist zu geschickt, bekommst zu raus:
Der Mann sah kommunistisch aus.

Ein Wach- und Schließmann wird dir sagen:
Er habe in den Parkanlagen
gleich um die Ecke 11 Uhr 10,
zwei Rote Frontler stehen sehn.

Indizien hast du jetzt in Menge :
das reicht für 100 Zeilen Länge
Nun zeige auch im Stil Geschmack;
schreib immer Kommunistenpack!

In Logik sei recht unverfroren!
Gib deiner Phantasie die Sporen!
Das Blättchen, dem du dienen mußt,
nimmt solches Manuskript mit Lust.

Und stellst du dann mit leiser Klage
am Schluß die aktuelle Frage
ans Polizeipräsidium:
Wie lange geht der Geist noch um?

wirst du der allgemein gegebnen
Verbotstendenz die Wege ebnen
und nicht nur Rotationsmaschinen,
nein, auch der Staatserhaltung dienen. ●

UNSER WEG, Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung

Anzahl

○ **Nr. 23** **Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der „KPD"**
Selbstkritik Marke KBW
Arbeitsordnung Blohm & Voss
Berufsbildung in Stufen
Zur Westeuropäischen Chile-Konferenz
4? Seiten DM 2,50

○ **Nr. 24** **„Das Programm des KBW – Wegweiser nach rechts"**
PIP-PERSIS-PROFIT – Rationalisierungen im Angestelltenbereich –
Zur Lage der unterentwickelt gehaltenen Länder
44 Seiten DM 2,–

Bücher und Broschüren

○ **Palästina**
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-Allgemeine Fphrung
120 Seiten, Großformat DM 6,–

○ **Die chinesische Kulturrevolution**
in Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau" aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten, Großformat DM 8,–

○ **UNSER WEG Revisionismuskritik**
160 Seiten, Buchformat DM 4,50

○ **Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen**
Nachdrucke von Texten zu Fragen des bewaffneten Kampfes
250 Seiten, Buchformat DM 4,50

○ **Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft**
Nachdrucke von Artikeln unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft
160 Seiten, Buchformat DM 4,50

○ **Kampf dem Faschismus**
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten, Buchformat DM,6,50

○ **Deutsche Revolution von 1918 bis 1923**
192 Seiten, Buchformat DM 8,–

○ **Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind:**

○ **Eins teilt sich in zwei**
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten, Buchformat DM 6,–

○ **Ernst Thälmann – Über Gewerkschaften**
Beiträge auf dem 10. Plenum des EKKI, Juli 1929 zum Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und die revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften
100 Seiten, Buchformat DM 3,–

○ **Iwan Popow – Als die Nacht verging**
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je DM 6,–

○ **Hermann Remmele – Schritt halten!**
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?
Schrift von 1930 gegen den Links- und Rechtsopportunismus in der KPD
100 Seiten, Buchformat DM 3,–

Preise zuzüglich Portokosten

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des Kommunistischen Bundes

ARBEITERKAMPF Zeitung des Kommunistischen Bundes

erscheint dreiwöchentlich

○ für 6 Ausgaben ab Nr. DM 4,80
○ für 12 Ausagen ab Nr. DN 9,60
○ Förderabo für 6

○ für 6 Ausgaben ab Nr. DM 4,80
○ für 12 Ausgaben ab Nr. DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben ab Nr. ab DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben ab Nr. ab DM 12,–

REBELL Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben ab Nr. DM 4,80
○ für 12 Ausgaben ab Nr. DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben ab Nr. ab DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben ab Nr. ab DM 12,–

DIE INTERNATIONALE Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben ab Nr. DM 4,80
○ für 12 Ausgaben ab Nr. DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben ab Nr. ab DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben ab Nr. ab DM 12,–

UNSER WEG Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

für 6 Ausgaben ab Nr. DM 8,–

(53)

Anschrift:

(Datum) (Unterschrift)

Verlags-Katalog kostenlos
In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet insofern auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden.

Forts. Anarchistenjagd

- gegen jede Kritik an den Haftbedingungen (Fernsehkommentator Merseburger) oder sogar gegen Personen, die dieser Kritik nicht demagogisch genug entgegengetreten waren (Höfers „Frühschoppen") – Merseburger z.B. wurde wegen ganz leiser kritischer Äußerungen in der „Bild" als *„Gesinnungstäter"* angepöbelt – im Zusammenhang mit der Erschießung von Richter Drenkmann!! („Bild", 13.11.);
- gegen Demonstrationen anläßlich des Todes von Holger Meins, deren Teilnehmer pauschal als blutgierige, racheschnaubende „Terroristen" diffamiert wurden.

In einem solchen Klima wahrhaft faschistischer Hetze ist es möglich, daß die Polizei losgeschickt wird, um Dutzende von Wohnungen auf minimale Verdachtsgründe hin oder auch aus purer Schikane zu „durchsuchen", ohne über die Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens (rechtmäßig im Sinne der bescheidensten bürgerlichen Legalität) Rechenschaft ablegen zu müssen; daß auf geradezu idiotische „Verdachtsgründe" hin Menschen wie die klerikale Sozialarbeiterin Zühlke und der Vikar Burghard (beide Westberlin) festgenommen werden, in der reaktionären Presse als feststehende „Täter" („Komplizen der RAF" etc.) angegeifert und beschimpft werden – und dann wenig später sang- und klanglos aus der Haft entlassen werden müssen, nachdem die Festnahme ihre propagandistische Schuldigkeit getan hat.

Gleichzeitig wird dafür gesorgt, daß kaum noch ein halbwegs Liberaler oder Sozialdemokrat in den „Massenmedien" oder in der Öffentlichkeit gegen diese Dinge den Mund aufzutun wagt, um nicht selbst als nächstes Opfer ins Schußfeuer der Hetzkampagne zu geraten. So sollen schließlich als einzige Kritiker im wesentlichen die Kommunisten bleiben, deren Möglichkeiten zu öffentlichen Stellungnahmen zum einen begrenzt sind, und deren politische Auslöschung im Übrigen mit ihrer Diffamierung als „Terroristen" schon kräftig betrieben wird.

Ausbau der Gewaltmaschine Staat

So wie schon frühere Kampagnen dazu dienten, großangelegten Polizeiübungen den Anschein des „Dienstes am Bürger" zu geben, den Polizeiapparat enorm auszubauen und weiter zu zentralisieren, Terror-Kommandos und Erschießungs-Trupps aufzustellen (MEK u.ä.), den Bundes„grenz"schutz (BGS) ganz auf seine eigentliche Aufgabe (Einsatz im Inneren als Bürgerkriegsarmee) zu orientieren u.a.m. – ebenso wird auch im Zuge der gegenwärtigen Kampagne der Abbau demokratischer Rechte und der Ausbau des Staatsapparats als Gewaltmaschine der Kapitalistenklasse zur Erhaltung ihrer Herrschaft vorangetrieben.

So tagten am 12.11. die Innenminister von Bund und Ländern auf einer gemeinsamen Sondersitzung in Bonn und verabschiedeten *„geheime Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit"* (Westberliner Tagesspiegel", 13.11.).

„Bund und Länder" seien sich *„über ‚operatives Konzept' zum Schutz der inneren Sicherheit einig"*, hieß es danach („FAZ", 14.11.). Trotz vorläufiger Geheimhaltung ist klar, in welche Richtung die Maßnahmen zielen.

Bekanntgegeben wurde die Vereinbarung noch engerer Zusammenarbeit von Bund und Ländern, und daß die Rechte des Bundeskriminalamtes erweitert, d.h. der polizeiliche Apparat noch stärker zentralisiert und besser koordiniert werden sollen. Auch ist – wie Innenminister Maihofer durchblicken ließ – daran gedacht, *„unter dem Eindruck des Mordes von Berlin ... eine neue Großaktion nach dem Vorbild der Zentralfahndung von 1972 in Gang zu setzen"* („Tagesspiegel", Westberlin, 13.11.).

Polizei - „Großaktion" - Übung für den „Ernstfall"

Die hier angekündigte Großaktion hat inzwischen – 26. November – offenbar stattgefunden. Bei dieser Großaktion waren nach Presseangaben („Bild" vom 27.11.) etwa 3000 Polizisten in 15 Städten und Orten im Einsatz. 96 *„Schlupfwinkel"* („Bild") – in Wahrheit größtenteils un- oder halbpolitische Wohngemeinschaften u.ä. sowie einige Büros linker Anwälte – wurden *„umstellt"* und *„durchsucht"*. 14 *„Anarchisten und Mitläufer"* wurden verhaftet. 14 weitere vorläufig festgenommen. Faktisch wurde als einziger „Prominenter" der Rechtsanwalt Reinhard verhaftet, der vor einiger Zeit Mitglieder der „RAF" und andere politische Gefangene verteidigt hatte, und gegen den für die angeblichen „Verdachtsgründe" bisher keinerlei Beweise vorgelegt wurden. Verhaftet oder festgenommen wurde u.a. auch Eva Maria Michel, Frau des „Kursbuch"-Herausgebers Michel (wobei „Bild" nicht verpaßt, das „Kursbuch" als *„Sprachrohr der neuen Linken (45 000 Auflage)"* vorzustellen, auf daß der Leser über das Ausmaß des „Terrors" erschauern möge).

Was von dieser Aktion zu halten ist, wird am Beispiel Hamburg deutlich – laut Pressemeldungen ja angeblich eine „Zentrale des Terrors": Hier wurden lt. „Bild" 17 **„Terroristenwohnungen"** (!) von der Polizei durchsucht, ohne daß – abgesehen von der Verhaftung Reinhards, der offensichtlich ganz friedlich in seinem Bett lag – irgendein „Erfolg" zu melden wäre. Auch die anderen Verhaftungen und Festnahmen (*„türkischer Doktorand"* in Heidelberg, der *„vermutlich Kontakt zu Palästinensern hält"* usw.) dürften ähnliche Windeier sein. Der Behauptung von Bundesinnenminister Maihofer (galt einst als fast „linker" FDP'ler – erinnert man sich noch?), bei der Aktion seien *„600 Kilogramm Chemikalien zur Sprengstoffherstellung"* gefunden worden, sollte man ähnlich skeptisch gegenüberstehen. Was sonst noch an *„Plänen für ein Bombenattentat auf einen türkischen Jumbo-Jet"* etc. gefunden worden sein soll, gehört wohl eh weitgehend in den Bereich der kriminalistischen Phantasie. Insgesamt ist deutlich, daß von der Polizei weitgehend ein Schlag ins Leere geführt wurde und nachträglich aus normalen Wohngemeinschaften *„Terroristenwohnungen"* und *„Schlupfwinkel"* gemacht werden (gleichzeitig, um bei der Bevölkerung ein „gutnachbarschaftliches" Mißtrauen und Spitzelklima gegen Wohngemeinschaften u.ä. aufzubauen), daß aus grundlos Verhafteten und Festgenommenen (die man entweder gar nicht festhalten konnte oder die man über kurz oder lang wird entlassen müssen, weil effektiv gegen sie nichts vorliegt) im Handumdrehen „28 verhaftete Terroristen" werden. So soll ein Klima geschaffen werden, in dem die Polizei willkürliche Massenverhaftungen vornehmen kann, wo die gesamte Presse mit massiver „Terroristen"-Hetze assistiert ohne nach Beweisen zu fragen, und wo Liberale und ehrliche Sozialdemokraten, denen das doch etwas gegen den Strich geht, sich ängstlich in ihre Löcher ducken.

Daneben geben solche Großaktionen der Polizei Gelegenheit zu praktischen Übungen, zur Erprobung und Perfektionierung der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Teilen des Polizeiapparats und zur „Feindbild"-Orientierung der einzelnen Polizisten. Für die SPD-Regierung geht es dabei noch speziell um den Aspekt, sich gegen die Argumente der CDU/CSU zu wehren, sie gehe „zu lasch" gegen die „Terroristen" vor, habe den „Terrorismus jahrelang geduldet" etc.

Verschärfung der Strafprozeßordnung

Am härtesten soll zunächst im Justizwesen „durchgegriffen" werden. Die CDU fordert eine *„neuerliche Reform des Strafrechts"*. Als ultrarechter Flügelmann forderte CSU-Abgeordneter Spranger, die *„ständige Liberalisierung (!!) des Strafrechts müsse jetzt einer grundsätzlichen Prüfung unterzogen wer-*

Göttingen

„RAF"-Kampagne auch in der „Provinz"

In Göttingen brannten am 20. November 5 Bundesbahn-Busse aus. Sachschaden ca. 750.000 DM. „Göttinger Tageblatt" (GT): **„Politische Motive sind nicht auszuschließen"**. Man fand denn auch an der Garagentür des Busdepots, nachdem man zuvor mit Hilfe von ultraviolettem Licht (!) nichts (!!) entdeckt hatte, plötzlich mit bloßem Auge angebliche „Schriftzüge", die „Rache für Meins" lauten sollten.

Bereits vorher hatte es am 14. 11. einen angeblichen Brandanschlag auf ein Polizeifahrzeug gegeben. Am 15. 11. war ein schwerer Stein in ein Fenster des Stadtsteueramtes geflogen. Gegen Mitternacht meldete sich dann ein Vogel am Telefon, der sich als „Justizguerilla" ausgab: „Die Gesellschaft insgesamt" sei „schuld am Tod von Holger Meins", dagegen wollte die „Justizguerilla" kämpfen.

Das es sich bei solchen Anrufern allenfalls um verwirrte Menschen handelt, die aus ohnmächtigem Protest gegen den Kapitalismus der „RAF" auf ihre Art nacheifern – Menschen ohne jeden Zusammenhang zur organisierten kommunistischen Bewegung –, daß es sich möglicherweise auch um rechtsradikale Provokateure handelt – hindert die Kapitalistenklasse und ihre Publizisten natürlich nie, auch solche Vorfälle für das Kapitel „antikommunistische Hetze" zu nutzen.

Da die tatsächlichen „Vorfälle" noch nicht ausreichten, packte die bürgerliche Presse noch ein paar ganz offensichtlich harmlose und gänzlich unpolitische Kokeleien dazu: So brachte es das „GT" am 18. 11. fertig, in die Reihe „politischer Brandstiftungen" auch noch folgende „Vorfälle" einzureihen:

- einen angeblichen „Brand" in einer Kaufhaustoilette; tatsächlich verbrannte hier ein 13jähriger Schüler einige Schulhefte;
- einige brennende Holzscheite in einer Bretterbude auf einem Laubenkoloniegelände; ein Rentner will Unbekannte als „Brandstifter" gesehen haben;
- eine am Samstagabend niedergebrannte Scheune in der Umgebung Göttingens;
- eine Reihe von „Brandanschlägen" auf Mopeds, Autos, Garageneinfahrten und einen Bauwagen seit dem 7. November.

„GT"-Kommentar: nach Ansicht eines Polizeisprechers *„scheint nicht auszuschließen zu sein, daß diese Taten alle in einem Zusammenhang zu sehen sind"*.

Die Polizei nahm die „Brand-Serie" zum Anlaß einer größeren Übung (Absperren von Ausfallstrassen durch bewaffnete Straßensperren). Es wurde eine „Führungseinheit" zwischen Kriminal- und „Schutz"polizei gebildet, die die „Ermittlungen" zentralisieren soll. Die Polizei kündigte drohend „verstärkte Aktivitäten" an. Die Bevölkerung wird aufgefordert, nachts die Haustüren abzuschließen und „verdächtige Beobachtungen" an die Polizei zu ➡



Die Reaktionäre proben für den Bürgerkrieg: Der CDU-Abgeordnete H.H. Klein (links) übergibt einen von ihm gestifteten Pokal an den Gemeindeverband der Jungen Union in Gleichen (Niedersachsen). Die Jungreaktionäre sind die besten Kleinkaliber-Schützen aus sechs schießenden JU-Gemeindeverbänden rund um Göttingen . . .

den", damit wieder die *„Gesichtspunkte der Abschreckung und Sicherung der Allgemeinheit als wesentliche Aufgabe eines funktionsfähigen und funktionswilligen Rechtsstaates deutlich"* würden („FAZ", 13.11.). Die SPD ihrerseits machte deutlich, daß sie zwar den oft polternden Ton der CDU/CSU nicht mag, aber sich, was k o n k r e t e Maßnahmen bei der Demontage von bürgerlicher Demokratie und Recht angeht, von der CDU/CSU nicht übertreffen lassen will.

Ein besonderes Ziel der Angriffe sind zunächst die Verteidiger der „RAF" und anderer politischer Gefangener . Sie werden massiv und ziemlich pauschal verdächtigt, im Grunde „Komplizen" der „RAF" zu sein, Material für diese zu schmuggeln usw. Im Zusammenhang mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen und vor allem dem Tod von Holger Meins fand die Bourgeoisie noch den zynischen Dreh, die Verteidiger als „Drahtzieher" des Hungerstreiks und als Schuldige am Tod von Holger Meins hinzustellen.

Auf der Justizministerkonferenz am 13./14.11. wurden entsprechende Maßnahmen besprochen – die Rechte der Verteidiger werden noch weiter beschnitten, ihre Tätigkeit noch weiter eingeschränkt:

- Eine gerichtliche Hauptverhandlung kann auch dann durchgeführt werden, wenn der Angeklagte durch „planmäßiges Verhalten" die Verhandlungsunfähigkeit vor seiner Vernehmung zur Sache herbeiführt (könnte bei der „RAF"-Hauptverhandlung bereits in Geltung sein).
- Die Zahl der Verteidiger, die nebeneinander an einem Strafverfahren mitwirken dürfen wird auf fünf beschränkt (war bisher unbeschränkt).
- Der schriftliche und mündliche Verkehr zwischen einem Verteidiger und dem Angeklagten kann überwacht werden, wenn dieser „Verteidigerverkehr" dazu mißbraucht wird, „die Sicherheit der Anstalt zu gefährden", Straftaten zu begünstigen und die Anstaltsordnung zu stören.

Verteidigern, denen man „Teilnahme an Straftaten, Begünstigung oder Parteienverrat nachweisen kann, sollen von der Verteidigung ausgeschlossen werden.

- Durch Bundesgesetz soll bei politischen Prozessen eine Gerichtsbannmeile errichtet werden – das heißt praktisch Ausschluß der Öffentlichkeit.

Bei der 'Begründung' dieser Maßnahmen macht der Staat sich natürlich die „Bekämpfung des Terrorismus" zum Vorwand, was aber nichts an der auch eingestandenen Tatsache ändert, daß es sich um *„Vorschriften"* handelt, *„die für alle künftigen Verfahren gelten sollen und auch heute schon außerhalb des Baader-Meinhof-Komplexes erforderlich seien"* („FR", 16.11.).

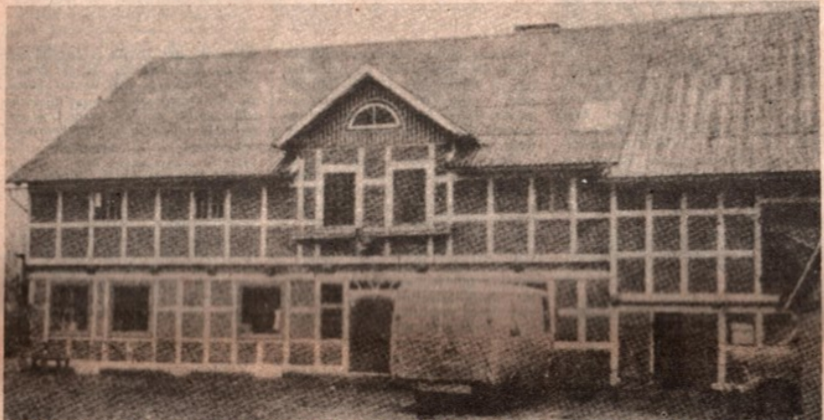
Darüberhinaus sollen offensichtlich einige Rechtsanwälte über kurz oder lang kaltgestellt werden, nachdem durch eine wüste Hetzkampagne das Klima entsprechend angeheizt worden ist. Gegen sieben Anwälte laufen Ermittlungsverfahren „wegen Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" und anderer angeblicher „Straftaten". Tatsächlich handelt es sich bei diesen „Straftaten" in erster Linie um politische Aussagen, die diese Rechtsanwälte in Zusammenhang mit den Verfahren gegen ihre Mandanten, mit dem Hungertod von Holger Meins u.a. gemacht haben. Die Bourgeoisie allerdings will das Bild von den Anwälten wecken, die MP's unterm Kittel in den Knast schmuggeln und mit Entführungsplänen etc. wieder herauskommen.

Auf die Dauer soll so durch Einschüchterung (Verlust der beruflichen Existenz, eventuelle Strafverfolgung) und durch konkrete Maßnahmen (Haussuchungen bei Anwälten, Haftbefehle gegen einige Anwälte) eine echte Verteidigung politischer Gefangener unterbunden werden.

Als zweiter Teil dieses Artikels sollten Fragen der kommunistischen Politik behandelt werden: Mußten wir demonstrieren? (In Hamburg demonstrierte der KB nicht, wohl aber in Westberlin und Hannover) – Ist es richtig, von einem Mord an Holger Meins zu sprechen? Zur Agitation von „KPD", „KPD/ML", u.a. –

Aus Zeit- und Platzgründen wird dieser zweite Teil nunmehr im nächsten UNSER WEG erscheinen.

Vgl. auch die 'Redaktionelle Erklärung' in diesem AK. ●



Ein kleines Beispiel aus der „Großaktion" der Polizei vom 26.11.: 40 Bullen, hauptsächlich von der Kripo, überfielen gegen sechs Uhr morgens diesen Bauernhof in der Nähe von Otterndorf (Niedersachsen), in dem sich ein „Release"-Zentrum (Behandlung ehemaliger Rauschgiftsüchtiger) befindet. Praktische Ausbeute der Bullen gleich Null!! Einige Bewohner wurden allerdinßs, um überhaupt einen „Erfolg" (und damit eine Begründung für die Durchsuchung vorweisen zu können, auf die Wache verschleppt, „um noch einige offenstehende Fragen zu klären". Ähnlich dürfte es in fast allen anderen der am 26.11. belästigten 96 (!!!) „Terroristenwohnungen" und „Schlupfwinkel" wohl auch zugegangen sein!

Zum Tod von Holger Meins Schweinsflugblatt der DKP

Immer wenn man meint, die DKP müsse nun wohl wirklich den absoluten Tiefpunkt politischer Dummheit und Verkommenheit erreicht haben, demonstriert sie mit einer neuen Schweinerei, daß sie durchaus noch 'Reserven' in dieser Hinsicht drauf hat.

So wird das, was sich die DKP in Winterhude (Hamburg) zum Tod von Holger Meins leistete, sicher demnächst noch nach rechts hin übertroffen werden.

In Winterhude verbreitete die DKP ein Flugblatt, das mit der knalligen Überschrift **„Holger Meins: Ein rotlackierter Terrorist"** gleich auf den ersten Blick deutlich machte, wie die DKP zu diesem Opfer der Klassenjustiz steht.

Das Flugblatt beginnt dann: *„Die DKP hat nichts mit Terror a la Bader-Meinhoff zu tun. Die DKP verurteilt diejenigen, die in der BRD. und überall in der Welt (!!!) Bomben legen und persönlichen Terror verüben".*

Hieran wird schon deutlich: 1. Der DKP geht es in erster Linie nicht um Anklage gegen Kapitalistenklasse und Staat, sondern um eine erbärmliche „Distanzierung"; 2. Die DKP maßt sich zugleich in unverschämter Weise ein Urteil über die Kampfformen in anderen Ländern („überall in der Welt") an, insbesondere wohl der unterdrückten Völker.

Das Flugblatt fährt dann fort: *„Die Bildzeitung schreibt '2 000 Kommunisten schrieen: Rache!' Die* 'sation von Bombenlegern und Kaufhausbrandstiftern, verfälscht unsere Solidarität mit einem Opfer der Klassenjustiz zu einer „Solidarität' mit Attentätern". Die DKP bewegt sich damit 100%ig auf der Linie der „Bild"-Hetze „2 000 Kommunisten schrieen: Rache!", von der sie sich inhaltlich ja auch gar nicht distanziert, sondern nur behauptet (ohne ein einziges sachliches Argument vorzubringen!!), diese 2 000 seien eben keine Kommunisten, sondern – darauf läuft die Sache ja hinaus – selbst Terroristen bzw. deren Komplizen. Die DKP unterstreicht das noch einmal am Ende des Flugblatts mit der Behauptung: **„Kommunisten in der BRD sind nur in der DKP, der Deutschen Kommunistischen Partei zu finden. Sie haben nichts mit Attentätern zu tun".** Worauf dann wohl folgt: sollte sich vielleicht doch jemand a u ß e r-
vielleicht doch jemand a u ß e r-
h a l b der DKP als Kommunist bezeichnen, so ist er wahrscheinlich ein Attentäter oder hat mit Attentätern zu tun!

RUNDSCHAU
DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI
WINTERHUDE SUD
HOLGER MEINS:
EIN ROTLACKIERTER TERRORIST
DKP

DKP wieder unheimlich solidarisch

DKP sagt: diese 2 000 haben nichts aber auch gar nichts mit Kommunismus zu tun. Es sind k e i n e Kommunisten!

Alle Gruppen und Grüppchen, die sich kommunistisch nennen und Solidarität mit Attentätern (!!!) üben, wie die RAF (Rote Armee Fraktion), der KB (Kommunistischer Bund), KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland), die KPD/ML (Kommunistische Partei Deutschland Marxisten-Leninisten) berufen sich auf
nistische Partei Deutschland Marxisten-Leninisten) berufen sich auf
Mao und die VR China.

Diese Gruppen geben vor, gegen Lohnraub und Unterdrückung zu kämpfen... In Wirklichkeit aber arbeiten sie genau denen, die sie vorgeben zu bekämpfen, in die Hände. Wer Bomben legt, Kaufhäuser ansteckt und Attentate verübt, der kämpft nicht für, sondern g e g e n die Interessen der arbeitenden Menschen ..."
die Interssen der arbeitenden Menschen..."

Die DKP wirft hier also gezielt den KB mit der „RAF" in einen Topf, macht den KB zu einer Organi-

Diese staatlich geprüfte „einzige Partei der Arbeiterklasse" spielt den „linken" Flügelmann beim konzertierten Versuch der Bourgeoisie, die kommunistische Bewegung mit den verfehlten Kampfformen der „RAF" zu identifizieren und sie ins Vorfeld der „Kriminalität" zu drängen! Dieser Versuch wird der DKP aber nicht mehr bringen als er 1933 der SPD gebracht hat, die diesen Weg lange vor der DKP gegangen ist. ●

melden. Ein Klima der Hysterie und Spitzelsucht soll so aufgebaut werden.

Abgeblitzt!

Bei Hubert & Co., einem der beiden Druckbetriebe, von denen die Initiative zur Gründung der Komitees gegen die geplanten Fahrpreiserhöhungen ausgegangen war, versuchte sich am Dienstag, den 19. 11. ein Faschist mopsig zu machen. Er trat an Kollegen aus der Setzerei heran und sprach sie auf das Komitee im Stadtteil Grone an: – in Grone gebe es noch eine „ganze Menge guter Germanen", die würden das Groner Komitee „aufsuchen". In Göttingen gebe es noch eine Gaslaterne, an der man diese Leute (die Komiteemitglieder) aufhängen sollte; einer der angesprochenen Kollegen würde ebenfalls dazugehören.

Aber damit kam dieses Schwein bei den Kollegen nicht an. Er wurde als Faschist entlarvt und von den Kollegen aus der Setzerei kurzerhand rausgeschmissen! Seitdem versucht dieser Bursche übrigens, das ganze zu verharmlosen und es als „nicht so gemeint" hinzustellen – aber auch damit ist er bei den Kollegen abgeblitzt. Er wurde und wird weiter als Faschist angesehen und als solchen fragten ihn die Kollegen nach seinem Alibi für die Nacht zum 20. 11., in der die fünf Bahnbusse hochgingen!!

Faschistische Hetze

Der Hinweis des Faschisten bei Hubert & Co. auf die „guten Germanen" in Grone scheint nicht ganz zufällig zu sein: Gerade in diesem Stadtteil wurden von Genossen zwei faschistische Flugblätter, angeklebt an Bushaltestellen, gefunden – unterzeichnet von einer „Nationalsozialistischen Widerstandsbewegung". Darin wird u. a. gegen „diejenigen" gepöbelt, „welche durch alle nur erdenklichen Tricks, sei es Unterschriftensammlungen gegen die Bustarife, oder Unterschriftensammlung gegen Hausabbrüche, sich beim Volk lieb Kind machen" – „Man muß diese proletarische Brut im Keim ersticken". Und nach dem Tod von Holger Meins: *„Wenn es nach der Mehrheit des deutschen Volkes ginge, bekämen diese Banditen Prügel, statt künstliche Ernährung. Nur der milden Gesetzgebung ist es zu verdanken, daß diese Verbrecher gehegt und gepflegt werden und Ihr roten Gesellen das große Wort schwingen könnt!"*

Am Max-Planck-Gymnasium wurde ein Flugblatt verbreitet, das in provokatorischer Weise die Fahrpreis-Komitees angriff (an der Schule gibt es ein Komitee gegen die Fahrpreiserhöhungen). In zynischer Weise wird hier in Form der ironischen Überspitzung aus den Fahrpreiserhöhungen eine Lappalie gemacht: *„Angesichts der exorbitanten Fahrpreiserhöhung auf die schwindelnde Höhe von 1,10 DM.....".* Mit absichtlich überdrehtem Schwachsinn (*„Hausfrauen und Beamten ist die Busbenutzung bei Strafe untersagt", „das Marionettenregime des sklavisch unterworfenen, korrupten Stadtrates"*) und scheinbar unpolitischer Blödel-Parolen (*„Weg mit der Osttangente – her mit der Vogelflugtangente", „Nulltarif für alle Schneider, Klempner und Assistenzärzte"*) versuchen die Jungfaschisten, den Kampf gegen den Abbau des Lebensstandards als nicht ernstzunehmende Kasperei hinzustellen.

Dieses „gekonnt" geschriebene Schweinsflugblatt erinnert übrigens stark an eine ähnliche faschistische Provokation an der Uni vor mehreren Monaten, als dort den Studenten in einer „Der rote Kuß" betitelten Flugschrift „komisch" verpackte Anti-Links-Hetze aufgedrängt wurde.

Die Provokationen gehen weiter

Am Donnerstag, den 21. 11., also einen Tag nach dem Brandanschlag auf die Busse, trat bei Hubert & Co. Meister Gerring an Kollegen heran: – die Kripo habe bei ihm angerufen, ob er nichts wüßte über die Brandanschläge. Das müßte doch jemand aus dem graphischen Gewerbe sein (!!), weil die Täter eine im Druckbereich verwandte brennbare Flüssigkeit benutzt hätten. –

Plumper und frecher geht's nimmer! Mal abgesehen davon, ob die Kripo tatsächlich bei dem Meister angerufen hat oder ob das seiner Phantasie entspringt – es bleibt: ein Versuch, **den Komitees gegen die Fahrpreiserhöhungen die Sache anzuhängen!** Erreicht werden soll damit, daß bisherige Sympathien für die Aktionen der Komitees (gerade im Druckbereich sind einige Erfolge erzielt worden) umschlagen in Mißtrauen, daß die Komitees kriminalisiert werden!

Hier reiht sich auch folgender Vorfall ein:

Am Dienstag, dem 26. 11., fand bei Musterschmidt (auch in diesem Betrieb arbeitet ein Komitee) eine Überprüfung der Waschbenzinbestände (!!) durch den Zoll (?!) statt. Seltsamerweise weiß die Geschäftsleitung (GL) das aber schon am Morgen (der Zoll kam mittags) und läßt von sich aus schon die Bestände feststellen. Im „normalen" Fall einer Zollüberprüfung etwa wegen vermuteter Zoll-Hinterziehung weiß die betreffende GL vorher natürlich nicht Bescheid! Also auch hier der gezielte Versuch, einen Zusammenhang zwischen den Komitees und den Brandanschlägen zu konstruieren!

Daß sich die Komitees bisher aber nicht durch solcherlei Provokationen haben beirren lassen, zeigt die Tatsache, daß auf der Veranstaltung gegen die Fahrpreiserhöhungen am 27. 11. eine Resolution verabschiedet wurde, die die ganzen Machenschaften als faschistische Provokationen entlarvt und den Linken die Aufgabe setzt, die Vorfälle aufzuklären. ●

KAG Göttingen

Westberlin

Mini-Reichstagsbrand

Während der Betriebsversammlung der Westberliner Firma Krone (2.500 Beschäftigte) am 12.11. brannte das Auto von Geschäftsführer Huber aus. Nebenstehende Autos von Kollegen wurden dabei beschädigt.

Hubers Intimfreund, der notorisch kapitalhörige Betriebsrat Heide, der auf der Betriebsversammlung selbst nicht den Mund aufgekriegt hatte, sah nun seine große Stunde gekommen: Hier handle es sich um eine Brandstiftung, dafür sei der Kollege Grunwald (ehemaliger BR), die ganze oppositionelle „Liste 2" und überhaupt alle Linken verantwortlich.

Wie bestellt fand sich denn auch einen Tag später eine ominöse „Revolutionäre Zelle", von der noch niemand etwas gehört hatte, und die nun in einer Erklärung an die dpa (Deutsche Presseagentur) ihre „revolutionären" Ziele zum Besten gab: „Weniger Arbeit, mehr Lohn", „Arbeiterautonomie" sowie „mehr Sozialleistungen".

Daß es sich tatsächlich um Brandstiftung handelt, ist durchaus wahrscheinlich – allerdings roch der Rauch ziemlich nach rechter Provokation.

Auffällig ist zudem, daß aus dem Fahrzeugbrand – noch ehe der Rauch völlig abgezogen war – von den Krone-Kapitalisten und ihren Handlangern ein politisches Bühnenstück inszeniert wurde, das in der Geschichte dieses Betriebes seinesgleichen sucht:

- Vorarbeiter, Meister und rechte „Vertrauens"leute rannten wie aufgescheuchte Hühner durch die Abteilungen und wollten die Kollegen aufhetzen, ihre Unterschrift für die Entlassung aller linken Kollegen (!!!) zu geben!
- Zu diesem Zweck propagierten dieselben Herren plötzlich gar einen „Streik" (bei vollem Lohn, versteht sich!), um die linken Kollegen aus dem Betrieb zu „streiken".

So leisten diese feinen „Arbeitnehmer" auch in diesem Betrieb (der als relativ starker Stützpunkt fortschrittlicher Kollegen bekannt ist) ihren kleinen Beitrag zur neuen „RAF"-Kampagne. ●

KB/Westberlin

Erklärung von Rechtsanwalt Haag zum Tod von Holger Meins

Kurz vor seinem Tode wurde Holger Meins im Knast Wittlich von seinem Rechtsanwalt (RA) Haag besucht. RA Haag erkannte, daß Holger Meins im Sterben lag und wandte sich, nachdem er vergeblich versucht hatte, den Leiter des Knastes oder den behandelnden Arzt zu erreichen, auch an den zuständigen Vorsitzenden des 2. Strafsenats des Oberlandesgerichts Stuttgart, Prinzing, um auf den Zustand seines Mandanten aufmerksam zu machen. Die Justiz will inzwischen zynisch den Spieß umdrehen, indem sie dem RA Haag ein Verfahren wegen unterlassener Hilfeleistung anzuhängen versucht! Im Folgenden geben wir wesentliche Passagen aus einer Erklärung von RA Haag wieder, die er auf einer Pressekonferenz, an der auch andere Anwälte teilnahmen, am 10.11. abgab. Nachdem RA Haag zunächst auf die Schwierigkeiten einging, überhaupt zu Holger Meins gelassen zu werden, fährt er in der Erklärung fort:

Nach einer Weile wurde Herr Meins in das Konferenzzimmer hereingetragen auf einer Bahre, mit einer grauen Decke zugedeckt (auf Frage: das war um 5 nach Eins). Er befand sich auf der Bahre liegend, mit geschlossenen Augen. bis zum Skelett abgemagert, er hat nicht die Augen offen gehabt, er hat nicht um sich geschaut um festzustellen, wo er hingebracht wird, um sich Orientierung zu verschaffen, er hat erst die Augen aufgemacht als er abgestellt wurde. Sein Zustand war, für jeden Laien erkennbar sehr ernst und ich habe sehr schnell erfahren, daß Herr Meins in Todesgefahr schwebt.

Er hat mir seinen Körper gezeigt,
Er hat mir seinen Körper gezeigt,
wo man in der Tat – das ist der korrekte Ausdruck – nur sagen kann, bis zum Skelett abgemagert. In die Hose hat er sich Toilettenpapier und andere Papiertaschentücher hineingesteckt, daß die Hose noch hält, daß ihm der Gürtel nicht auf den Knochenhüften schneidet. Er hat sich versucht zu konzentrieren. Die Bahre stand auf dem Boden, ich lag neben ihm, hab mein Ohr an seinem Mund gehabt – nur so konnte ich ihn verstehen. Manchesmal hat er sich unter Aufbietung aller Kräfte einen einigermaßen laut gesprochenen Satz abringen können. Die Situation war also für jeden erkennbar, daß Herr Meins in der nächsten Zeit sterben wird.

Er selbst verlangte von mir nicht, daß ich die Justizvollzugsanstalt verlasse, um sofort einen Arzt zu holen – ich habe den sicheren Eindruck gewonnen, daß er wußte, daß er im Sterben liegt.

Der Besuch dauerte 2 Stunden, und wie ich bereits geschildert habe, 2 Stunden auch deshalb, weil mir klar geworden ist, daß das sein letztes Gespräch war und daß er das wußte.

Ich habe dann 'die Anstalt gegen 3 Uhr verlassen – den Besuch gegen 3 Uhr beendet – weil ich noch alles mögliche, menschenmögliche unternehmen wollte, damit sofort ein Arzt in die Justizvollzugsanstalt kommt und er einer Intensivbehandlung, einer Rettungsbehandlung unterzogen werden kann.

Zwischen 3.00 Uhr und 3.15 Uhr habe ich mit dem Sicherheitsbeamten noch geredet und folgende Situation vorgefunden, daß der Leiter der Justizvollzugsanstalt für mich nicht erreichbar war, daß der stellvertretende Leiter verreist bzw. weggefahren sein sollte, daß der Azrt, der ihn die ganze Zeit behandelt hat, ihn ermordet hat, daß dieser Arzt nicht vor Montag zurückkommen würde.

Ich habe dem Sicherheitsbeamten mitgeteilt, daß Herr Meins im Sterben liegt, und er sagte mir daraufhin, gestern konnte er ja noch zum Telephon gehen; er drückte damit aus, daß er das nicht glaubt. Außerdem sagte er, jeden Tag wäre ja der Arzt bei ihm, es wäre ausgeschlossen, daß etwas passieren könne, und falls ein Notfall einträte – was der Sanitäter im Lazarett feststellen sollte – dann würde der Notarzt in der Stadt informiert werden.

Als ich gemerkt habe, daß hier in der Anstalt die Verantwortlichen nicht da, und die, die Verantwortung tragen, den Mord an Holger Meins verwaltungsmäßig ablaufen ließen, habe ich die Anstalt verlassen und sofort mit dem Büro in Stuttgart, mit Herrn Croissant, telefoniert und ihm die Situation geschildert.

Ich habe dann danach einen Brief abgefaßt an den Vorsitzenden des 2. Strafsenats des Oberlandesgerichts Stuttgart, Herrn Dr. Prinzing, den ich telefonisch, damit keine Zeit verloren geht, Herrn Croissant durchgegeben habe, der dann diesen Brief zusammen mit Rechtsanwältin Becker zu Herrn Prinzing direkt in die Privatwohnung getragen hat.

Der Brief hat den Wortlaut:

Ich habe heute, Samstag, den 9.11.1974, den Gefangenen Holger MEINS in der Justizvollzugsanstalt Wittlich besucht.

Seit 13.9.1974 befindet sich Holger Meins mit 35 weiteren Gefangenen im Hungerstreik gegen Isolation und Sonderbehandlung, gegen die Vernichtungshaft, die zum Ziel hat, die revolutionäre Identität der Gefangenen zu zerstören.

Die Vernichtungshaft wird weiter Vollzogen.

Holger Meins wiegt weniger als 42 Kilogramm, kann nicht mehr gehen, kann kaum noch sprechen. Er stirbt. In höchstens zwei Tagen wird er tot sein.

Sie sind für seinen Tod verantwortlich, denn die Bedingungen der Haft... (Lücke im Text)...

Ihre Verantwortung bleibt, auch wenn Sie in der Vollzugsanstalt Wittlich anrufen und von dort andere Auskünfte über seinen Zustand erhalten sollten.

Tatsache ist, daß bei Holger Meins die Vernichtungshaft durch langsames Verhungernlassen auf seinen Tod abzielt.

Sie wissen seit Beginn des Hungerstreiks, daß dieser enden wird, wenn die Isolation und Sonderbehandlung aufgehoben ist. Sie kennen also Ihre Verantwortlichkeit.

Lassen Sie sofort einen der im Schriftsatz der Verteidigung vom 6.10.1974 benannten Ärzte des Vertrauens zu. Als weiteren Arzt des Vertrauens benenne ich Herrn Dr. Christof LÖCHERBACH, 7401 Talheim, Römerweg 5.

Für Rechtsanwalt Siegfried Haag:
Rechtsanwältin
(Marie-Luise Becker)

Dieser Brief wurde gegen 18.00 Uhr Herrn Prinzing übergeben. Dazu wird Herr Croissant nachher noch etwas sagen.

Ich möchte noch auf folgende Tatsache hinweisen, nämlich, daß Herr Meins zu keinem Zeitpunkt während der Zwangsernährung die ausreichende Menge an Kalorien erhalten hat, die garantieren könnte, daß er nicht langsam verhungert. Er hat in den letzten 14 Tagen teilweise nur 400 Cal. am Tag bekommen, in den letzten 5 Tagen ganz sicher – d.h. also, daß die Nährlösung, genannt Stardid, das sind 3 Eßlöffel, die 400 Cal. ergeben, die wurden vorgestern aufgelöst in 160 ccm Wasser. Tags zuvor war es genauso und vor ungefähr 10 Tagen – in dem Bereich – war die Nährlösung eine Menge von ca. 400 ccm. Die maximale Nährlösungsmenge in den letzten 14 Tagen war 800 Cal., in den letzten 3/4 Tagen 400 Cal.

Das heißt also klar, daß der Arzt, der die Zwangsernährung durchgeführt hat, ohne die Person auch nur anzusehen, wissen mußte, daß er verhungert. Er hat aber diese Person jeden Tag gesehen und er weiß, daß der Kampf, den der Gefangene geführt hat, dieser ihn bis zum Letzten geführt hat und er mußte am Samstag wissen, daß er .dort sterben wird.

Das Gewicht am 16. Sept. 74 – für den über 1,85 großen Holger Meins – war 63 Kilo, also schon sehr wenig. Am Tage seines Todes war das Gewicht unter 42 Kilogramm, und er hat während der letzten 3 Wochen der Zwangsernährung pro Tag 1 Pfund abgenommen, in den letzten 3 Tagen 1 Kilogramm. Wenn Herr Prinzing in seiner Presseerklärung, die er gestern um Mitternacht abgegeben hat, die Behauptung aufstellt, er habe von dem Zustand nichts gewußt – ich möchte diesen Satz zitieren: „Dem Senat und der Vollzugsanstalt seien von Seiten der Anwälte keine Hinweise gegeben worden, die auf einen bedrohlichen Zustand hätten schließen lassen, davon habe er erst am Samstag erfahren."

Wenn Herr Prinzing das sagt, dann ist das falsch.

...Herrn Prinzing wurde am 6. Oktober ein Antrag auf Zulassung des Arztes des Vertrauens gestellt. Der wurde begründet und es wurde auf die Methoden der Zwangsernährung hingewiesen. Den Antrag hat Herr Prinzing abgelehnt.

Am 15.10. wurde eine Strafanzeige der Frankfurter Anwälte Plottnitz und Kollegen gestellt, in der das Verhalten des Arztes klar, in Tatsachenform, geschildert wurde, die Foltermaßnahmen und Brutalitäten, die er sich bei der Zwangsernährung geleistet hat, als auch die Tatsache, daß die Nährlösung nicht ausreichend (?), um eine Körpersubstanz zu erhalten, sondern daß die Nährlösung den Hungertod mit sich führen wird.

Das wußte Herr Prinzing am 16. Oktober. Nur soviel dazu. ●



Westberlin

Wer sind die Terroristen?

„Blutige Straßenschlachten in Berlin! 5000 Demonstranten terrorisierten gestern abend die Berliner Innenstadt", „Der Terror geht weiter" – so berichtete „Bild" von der Demonstration am 11. November. Was geschah wirklich?

Schon am Abend des 9.11., als der Tod des Genossen Holger Meins bekannt wurde, kam es zu spontanen Demonstrationen am Kudamm. Gleich am folgenden Tag gab es Aktionseinheitsverhandlungen zwischen den wichtigsten linken Organisationen über eine große Demonstration am Montag, dem 11.11. Diese Demonstration wurde jedoch
se Demonstration wurde jedoch
vom Senat verboten. Diesem Angriff auf das Demonstrationsrecht mußte entgegengetreten werden! „KPD" und KB verteilten Aufrufe im Stadtteil, trotz Verbot gegen die Isolationsfolter und für die Solidarität mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen zu demonstrieren. KBW und Spontis mobilisierten intern.

11. November: Demonstrationsverbot durchbrochen!

Am Sammelplatz U-Bahnhof Turmstraße im Arbeiterviertel Moabit ist die Übermacht der Bullen offensichtlich. Ein Bürgersteig, auf dem sich etwa 500 Demonstranten gesammelt haben, wird von den Bullen gewaltsam geräumt. Parolen werden gerufen: „Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei", „Schütz und Neubauer üben fleißig für ein neues 33", „Freiheit für alle politischen Gefangenen". Den Bullen gelingt es, die Demonstranten (zu dieser Zeit knapp 1.000) in mehrere Züge zu spalten. Als die erste Verwirrung überwunden ist, setzt sich als Beschluß durch, die Demonstration in der Innenstadt rund um den Kudamm fortzusetzen. Hier gelingt es zeitweilig, außerhalb der Kontrolle der Polizei, große Demonstrationsblöcke (bis zu 5.000) zu formieren. Hier wurde, zumindest symbolisch, massiv zum Ausdruck gebracht: Wir lassen uns das Demonstrationsrecht nicht nehmen!

Die Bullen versuchten immer wieder, die Enden der Blockformationen anzugreifen: *„Jetzt machen sich die Polizeibeamten fertig zum Sturm. Über ein Megaphon kommt das Kommando: ‚Alle Einsatzbereitschaften fertigmachen, Tränengas abziehen, im Laufschritt marsch!' Die Beamten werfen Tränengaskörper zwischen die Demonstranten und treiben sie zurück zur Tauentzienstraße. Doch der Wind trieb das Gas den Polizisten und Neugierigen in die Augen ... Einer stammelt: „Mir ist so schlecht". Dann übergibt er sich... Der Einsatzleiter...: ‚Wir treiben sie bis zum Marmorhaus, dort machen wir die Festnahmen. Auf das Kommando: ‚Eins, zwei, drei, es geht los!' stürmen die Polizisten vor"* („Bild", 12.11.).

Schließlich konnte die „KPD" etwa um 19 Uhr an der Gedächtniskirche vor etwa 2.000 Demonstranten eine Kundgebung abhalten. Nach dem Absingen der Internationale rief die „KPD" zur Auflösung der Demo auf. *„Trotz Kenntnis von dieser Auflösungsabsicht rief die Polizei zur Räumung der Straße in entgegengesetzter Richtung auf. Als die Polizei dann vorstürmte, traf sie auf Autos, die von Demonstranten auf die Fahrbahn gerollt worden waren und auf Metall-Abfallkörbe, die die Fahrbahn versperrten"* („Tagesspiegel", 12. 11.).

Die Demonstranten setzten sich mit Pflastersteinen zur Wehr. Nebenbei gingen dabei auch etliche Schaufensterscheiben zu Bruch.

An diesem Abend gab es zig verletzte Demonstranten (Zahlen werden in der bürgerlichen Presse nicht genannt). Gegen mindestens sechs Demonstranten läuft eine Anklage
Demonstranten läuft eine Anklage
wegen „schwerem Landesfriedensbruch" und „Widerstand". Vier weitere Anklagen sind schon angekündigt.

„Bild": *„Teilnehmer an der Strassenschlacht müssen mit harten Strafen rechnen."* (23.11.)

14. November: Polizeiterror vor dem Schöneberger Rathaus

Am 14.11. sollte im Abgeordnetenhaus die Novellierung des Hochschulgesetzes und die Abschaffung des Volksentscheids durchgesetzt werden. Die „KPD" hatte dazu zu einer Kundgebung aufgerufen, mit der gleichzeitig gegen den Justizmord an Holger Meins protestiert werden sollte. Die Polizei bereitete sich auf ein neues großes Bürgerkriegsmanöver vor. *„Heute erwartet die Polizei Großkampf"*, verkündete der „Abend" in einer großen Schlagzeile.

„Landespolizeidirektor Börner ließ *„keinen Zweifel daran, daß die Polizei gewillt ist, entsprechende Demonstrationsverbote kompormißlos durchzusetzen"; „In Polizeikreisen hofft man, daß das Verbot nicht aufgehoben wird"* („Abend", 14. 11.).

Diesmal ist auch eine Reiterstaffel mit 50 Pferden dabei. Der ganze Rathausplatz ist mit Stacheldrahtverhauen und Spanischen Reitern abgeriegelt. Alle Seitenstraßen werden von Bullen kontrolliert. Allein etwa 3.000 uniformierte Bullen sind im Einsatz. Die Kundgebung, an der mehrere hundert Menschen teilnehmen, verläuft unbehelligt. Erst am Schluß fordert die Polizei über Lautsprecher die Demonstranten auf, durch die Dominikusstraße (eine Seitenstraße) abzuziehen – eine genau vorgeplante Falle! In dem Moment nämlich, wo die Demonstranten dem Rathaus den Rücken kehren, kommt die Reiterstaffel und reitet jeden rücksichtslos nieder, der noch im Weg steht. Die Demonstranten ziehen durch die Hauptstraße in Schöneberg und zerstreuen sich nach einer weiteren kurzen Kundgebung in verschiedene Richtungen. Noch später knüppeln Bullen in „verdächtige" Passantengruppen. Sie stürmen den U-Bahnhof Kleistpark und knüppeln noch brutal in die Menge, bis der Zug abfährt.

In den Abendstunden fand dann noch eine große genehmigte Demonstration (7.000 - 10.000 Teilnehmer) zum Gefängnis Moabit statt. ●

KB/Westberlin

Kassel

Verschärfte Angriffe auf kommunistische und demokratische Propaganda

In Kassel treffen die Bourgeoisie und ihr Staat immer schärfere Maßnahmen, um die politische Arbeit fortschrittlicher Gruppen zu behindern.

– Ende September schrieben sich ein Bulle und ein Mann vom Ordnungsamt die Namen zweier „KPD"-Mitglieder auf, weil sie am Königsplatz einen „nicht angemeldeten" Informationsstand stehen hatten. Daß dies ein Stand im Rahmen des Wahlkampfes war, die für die sich zur Wahl stellenden Parteien gebührenfrei sind, schien die beiden Herren nicht zu interessieren. Der Stand sollte abgebaut werden, was jedoch nicht gemacht wurde. Darauf hin erhielten die beiden „KPD"-ler einen Strafbefehl über jeweils 100 DM. Der Prozeß steht vor der Tür.

– Im Frühsommer verkauften drei „KPD"-ler mit Stellschildern die „Rote Fahne" auf dem Königsplatz und wurden dabei von den Bullen aufgeschrieben. Jetzt flatterte jedem der drei ein Strafbefehl über 70 bis 80 DM ins Haus. Auch hier stehen die Prozesse vor der Tür.

– Zur Zeit der Beseitigung des Faschismus in Portugal lief im Staatstheater Kassel das Stück „Gesang vom Lusitanischen Popanz", das sich mit den portugiesischen Kolonien befaßt. Dazu wurde von der „KPD" ein Flugblatt vor dem Staatstheater verteilt und eine Spendensammlung durchgeführt. Die Sammlung war „genehmigt", das Flugblatt nicht. Prompt kam ein Bulle und schrieb den Verteiler auf. Ende September/ Anfang Oktober kam dann auch hier ein Strafbefehl über 110 DM. Der Prozeß steht vor der Tür.

– Ein „KVZ"-Verkäufer, der vor dem Wilhelmshöher Bahnhof verkaufte, hat deswegen einen Prozeß an den Hals bekommen.

Auch an den Kasseler Schulen wird jetzt härter zugeschlagen. Zum Beispiel wurde an einigen Schulen ein generelles Verbot für den Verkauf der „Auseinandersetzung" (Kasseler Spontizeitung) verhängt. Im Sommer wurden auf Anweisung des Direktors Froeb zwei Verkäufer dieser Zeitung mit Polizeigewalt vom Schulgelände des Wilhelmsgymnasiums geschmissen. Ein Verkäufer der „Auseinandersetzung" sollte einen Prozeß kriegen. Was daraus geworden ist, ist momentan noch unklar. An der Albert-Schweitzer-Schule soll wegen zwei Verkäufern eine Klassenkonferenz einberufen werden.

Wir dürfen uns von dieser Offensive der Bourgeoisie nicht abschrecken lassen und ängstlich darauf achten, daß wir nur noch da unsere Propaganda betreiben, wo die Kapitalisten und ihr Staat es uns gestatten. Denn dann könnten wir den Löffel bald ganz abgeben. ●

Genossen im Bund Demokratischer Jugend/R.B.J. Gruppe Kassel

(Gruppe Kassel)

BGS-Umwandlung zur Bundespolizei steht vor dem Abschluß!!

Laut Beschluß der Bundesinnenministerkonferenz wird ab 1978 Polizei und Bundesgrenzschutz (BGS) in einheitlicher Uniform auftreten. Damit ist der letzte Schritt getan zur Umwandlung des BGS in eine Bundespolizei. Die gesetzliche Grundlage hierfür wurde im Juni 1972 durch das BGS-Gesetz gelegt, nachdem die BGS-Einheiten bereits Jahre vorher auf ihre neue Aufgabe vorbereitet wurden. Seitdem geht es um die technisch/organisatorische Verwirklichung dieser Umwandlung.

Im Juni 1972 bezeichnete der damalige Innenminister Genscher die Aufgaben des BGS wie folgt: *„Die Sicherheitslage der BRD und die zu erwartende* (!) *Entwicklung erfordern die Bereithaltung eines zusätzlichen, jederzeit abrufbaren Sicherheitspotentials beim Bund zur Unterstützung der Länder auf deren Anforderung"*.

Springers „Welt" beschrieb die Aufgaben dieser Bürgerkriegstruppe: *„ ... Die neuen Aufgaben des BGS – vor allem polizeilicher Einsatz im Notstandsfall, Gewaltverbrechensbekämpfung, Unterstützung der Länderpolizei bei Unruhen ..."* (7.10.74).

Im Februar dieses Jahres beschloß die Ständige Innenministerkonferenz: *„Die militärische Verteidigung der Grenzen gehört nicht* (!) *zu den Aufgaben des BGS. Der Zeitpunkt seiner Herauslösung aus dem Grenzraum kann deshalb weitmöglichst vorverlegt werden."* Die Verlegungen ins Landesinnere sind bereits seit langem vorbereitet.

Die Bourgeoisie geht bei der Errichtung dieser Bundespolizei keinerlei Risiken ein. Seit Januar 1974 werden Wehrpflichtige nicht mehr übernommen.

Daß es sich die Kapitalisten „leisten" können, nur noch auf „Freiwillige" zurückzugreifen, zeigt das verstärkte Ansteigen der Zahl der Jugendlichen, die sich zum langjährigen Dienst in der Bundeswehr (+ 38 % in 1974) oder dem BGS melden. Die Kapitalisten können in Ruhe sieben und sich die „zuverlässigsten" aussuchen; beim BGS wurden nur 50 % der Bewerber eingestellt.

Dieser Andrang ist nicht zuletzt den politisch-ideologischen Kampagnen der Bourgeoisie, verbunden mit riesigen Werbemaßnahmen (Kosten für die Bundeswehr: 9 Mio. DM) zu verdanken. Neben dem finanziellen „Anreiz" (gleiche Besoldung des BGS und Polizei) ist es gerade die drohende Arbeitslosigkeit, die immer mehr Jugendliche in die Bürgerkriegstruppen treibt.

Gezielte Lehrstellenverknappung durch die Kapitalisten sowie die nahezu Unmöglichkeit, einen Studienplatz an einer „normalen" Universität zu bekommen, veranlassen viele Jugendliche zur langjährigen Verpflichtung bei der Bundeswehr; – denn: die Bundeswehr bietet nicht nur genügend Lehrstellen und Uni-Plätze (natürlich an der Bundeswehr-Hochschule), sondern garantiert auch „gesicherte" Arbeitsplätze in Führungsstellen der „freien" Wirtschaft. Gleichzeitig schafft sich die Bundeswehr damit nicht nur militärisch, sondern auch technisch, wissenschaftlich usw. gut ausgebildete Führungskader. ●

Ein Genosse der Bezirkszelle Bergedorf

Presseerklärung

Der Gesellschaft der Freunde Albaniens e. V.



Zwei Vorstandsmitglieder vom Berufsverbot bedroht!

Der Vorsitzenden des Vorstands, einer Lehrerin, wurde vorerst die Ernennung zur Beamtin auf Lebenszeit versagt, da zuerst noch ihre Verfassungstreue überprüft werden soll. Schwerpunkt der Gründe für dieses Vorgehen ist nach einem Schreiben des Innenministeriums die Tatsache, daß Inge Junck Vorstand der Gesellschaft der Freunde Albaniens (GFA) ist.

Ähnlich bei der stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands der GFA, Dagmar Rosskopf: Sie hat sich als angehende Lehrerin für den Referendardienst beworben und ist vorläufig noch nicht eingestellt worden mit der Begründung, sie müsse ihre Verfassungstreue erst beweisen.

Mit diesen beiden Entscheidungen wird die Tatigkeit in der GFA als verfassungsfeindlich hingestellt.

Diese Maßnahmen sind Angriffe auf die Gesellschaft der Freunde Albaniens.

Die GFA ist ein eingetragener Verein, der sich zum Ziel gesetzt hat, über Geschichte, Kultur und Gegenwart Albaniens zu berichten, um damit die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk zu fördern. Diese Information halten wir vor allem auch deshalb für so wichtig, da bei uns über Albanien kaum etwas bekannt wird, und wenn, dann meist in hetzerischen Berichten nur Verzerrtes oder Falsches.

Warum aber nun dieser Angriff auf die Berichterstattung über Albanien? Albanien ist ein wirklich sozialistisches Land, ein Land, das aus Elend und Unterentwicklung heraus aus eigenen Kräften den Sozialismus aufbaut. Es hat sich dabei gegen jede Einmischung in seine inneren Angelegenheiten gewehrt, sei es aus kapitalistischen Ländern oder auch aus den Ländern des Ostblocks – die Albanien als revisionistisch bezeichnet, während sie bei uns als sozialistisch hingestellt werden. Und Albanien hat bei seinem Aufbau große Erfolge erzielt.

Mit den angedrohten Berufsverboten sollen nun diejenigen, die über die Wirklichkeit im sozialistischen Albanien berichten, eingeschüchtert und damit eine umfassende Information verhindert werden.

Die GFA protestiert gegen diese Angriffe und fordert alle auf, die sofortige Aufhebung der angedrohten Berufsverbote zu fordern, und sich mit ihr dagegen zu wehren, daß das Recht auf freie Berichterstattung über Albanien behindert wird. ●

Gesellschaft der Freunde Albaniens e. V.
Postanschrift:
8 München 1, Postfach 321

Verflechtungen von Geheimdiensten, NATO und Faschisten



Der italienische Faschist Guido Giannettini auf einer damals noch geheimen Variante des Leopard - Panzers

Im letzten ARBEITERKAMPF (Nr. 52) wurden einige Verbindungen zwischen italienischen und westdeutschen Faschisten, sowie dem BND (Bundesnachrichtendienst) aufgezeigt (S. 19). Das SPD-Zentralorgan „Vorwärts" vom 31.10.74 brachte zu diesem Thema ebenfalls einen enthüllenden Artikel. Der Schreiber ist Frank Sommer, ehemaliger SPD-Parteipressesprecher. Man kann sicher sein, daß solche „Enthüllungen" sozusagen direkt vom SPD-Zentrum aus auch dazu dienen sollen, von der eigenen schmutzigen Rolle abzulenken.

Im Herbst 1969 war auf Vermittlung der deutschen Botschaft in Rom eine „Gruppe von neun italienischen Journalisten" in die BRD eingeladen worden.

Zumindest drei von ihnen waren „führende" italienische Faschisten. Unter anderen:

– Guido Giannettini. *„Ich bin gegen die Demokratie. Ich bin Faschist von jeher. Besser noch: ich bin Nazi-Faschist, Männer wie ich arbeiten, um in Italien einen militärischen Staatsstreich zu erreichen oder einen Bürgerkrieg"* (zitiert nach „Vorwärts", 31.10.74). Giannettini, ehemaliger Agent des italienischen Geheimdienstes SID, war in den 60er Jahren mehrfach in der BRD und *„unterhält auch enge Verbindungen zum BND. Mehrfach besuchte er – einige Male zusammen mit dem faschistischen Abgeordneten Pino Rauti – Bundeswehreinheiten in Süddeutschland und in Koblenz. Auch bei geheimen NATO-Treffen tauchte Giannettini im trauten Verein mit hohen und höchsten NATO-Offizieren auf* (!) *..."* (ebenda)

Später, im September 1969, nahm der Faschist Giannettini in Euskirchen an einem Lehrgang der Bundeswehrschule für psychologische Kriegsführung teil.

Giannettini war einer der Drahtzieher des versuchten Putsches von Fürst Valerio Borghese, ebenfalls Faschist, am 7.12.1970. Daran beteiligt war auch der inzwischen abgesetzte Chef des SID, General Vito Miceli. *„Auch General Miceli hat gute Verbindungen zum BND: Dem früheren BND-Präsidenten Gehlen ist er seit vielen Jahren freundschaftlich verbunden"*. (ebenda)
Wen wundert's.

Die Kontakte, Verbindungen etc. haben mit Sicherheit konkrete Ergebnisse gehabt: ***„Die aus der Bundesrepublik stammenden Waffen*** (!) ***für die italienischen Faschisten wurden von Leuten geliefert, die über alte und enge Verbindungen zum BND zu verfügen scheinen. Die italienischen Behörden ermitteln deshalb seit einiger Zeit (?) mit Hilfe deutscher Stellen (?) ‚vor Ort': in München"*** (ebenda). Eine Aufstellung der bis Juni 1974 „von der Polizei gefundenen (?) Waffen" ergibt ein stattliches Arsenal und ist ein Beleg für den „Erfolg" der Verbindungen ...:

2.468 Pistolen und Revolver
1.773 Gewehre
150 Karabiner
13 Maschinengewehre
33 Maschinenpistolen
952 Handgranaten
290 Granatwerfer
85 Minen
4.165 Artilleriegeschosse
256.942 Kartuschen
7.397 Sprengsätze
5.560 kg Sprengstoff
11.650 Sprengkapseln
384 Leuchtkugeln
430 Säbel, Bajonette und Dolche
38 Funkgeräte
(nach „Vorwärts", 31.10.74) ●

Bezirkszelle St. Pauli KB/Gruppe Hamburg

„Tradition dient der Erziehung"

Das ist die Überschrift einer Rede von W. Berkhan zur Umbenennung der Mannheimer Lüttich-Kaserne in die Ludwig-Frank-Kaserne, abgedruckt in „Information für die Truppe" 10/74. Berkhan ist Staatssekretär des „Verteidigungsministeriums. Er zeigt uns die politische Haltung, zu der er und seine Hintermänner uns gerne erziehen würden.

Der gute Mann, dessen Name nun die Kaserne schmückt, war seiner Zeit SPD-Vertreter im Reichstag. Auserwählt als Namenspate einer Kaserne wurde er insbesondere wegen seines „vorbildlichen Verhaltens" 1914. Ludwig Frank war, so Berkhan, einer der *„geachteten Führer der sogenannten Revisionisten und Reformer innerhalb der SPD.* ***Sein Verdienst besteht darin, mit seinen politischen Freunden zusammen die SPD-Reichstagsfraktion von der Notwendigkeit einer Zustimmung zu den Kriegskrediten als öffentliches Bekenntnis' zur Landesverteidigung überzeugt zu haben. Frank war der erste Reichstagsabgeordnete, der sich 1914 freiwillig meldete. An der Front ereilte ihn alsbald das Schicksal."*** In der Tat, dieses Verhalten ist „nachahmenswert"!

Mit dem Tod dieses Menschen, so Berkhan, habe *„die deutsche Volkszukunft einen ihrer stärksten und notwendigsten Führer verloren"*. Auch F.J. Strauß ließ sich nicht lumpen und nahm einen Brief des „Sozialdemokraten" Frank in eines seiner Bücher auf.

Die Umbenennung der Lüttich-Kaserne ist der Dank der deutschen Bourgeoisie an einen verkommenen SPD-Parlamentarier, seinen Einfluß in der Arbeiterschaft benutzt zu haben, um diese in einen mörderischen imperialistischen Krieg hineinzuziehen. ●

Ein Genosse aus Flensburg z.Z. Soldat

KONTAKTADRESSEN des KB

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstr. 8

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W.D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Westberlin:
Florian Geyer
1 Berlin 21
Thomasiusstr. 2
Mo.+Do. 17-19 Uhr
Sa. 10-13 Uhr

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Braunschweig:
P. Liebert
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081368 A

Bremen:
Arnold Neugebohrn
28 Bremen 1
Postfach 604
Jeden Samstag am H-Bahnhof Büchertisch

Göttingen:
K AG in Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Hannover:
Alexander Rudnick
3 Hannover-Linden 1
Postlagernd

Kassel:
Florian Rohs
35 Kassel
Rotenburger Str. 28

Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstr. 68

Weitere Vertriebsgruppen:

Zügiger Ausbau des Werkschutzes: 007 in den Betrieben

Gerade in den letzten Jahren seit Verabschiedung der Notstandsgesetze 1969 hat die westdeutsche Kapitalistenklasse einen rasanten Ausbau des militärischen und paramilitärischen Unterdrückungsapparates vorgenommen.
So wurde der Bundesgrenzschutz zur Bürgerkriegsarmee – oder vornehmer: ‚Bundespolizei' – entwickelt, die ‚normale' Polizei durchrationalisiert und erheblich stärker bewaffnet (vom Schnellziehhalfter bis zum MG), die Bundeswehr durch Verkürzung der Wehrpflicht auf 15 Monate personell aufgestockt und mit der damit verbundenen Neuordnung der Ausbildung auf Vordermann gebracht.
Während diese Maßnahmen mit einer massiven propagandistischen Kampagne (erinnert sei an „Baader-Meinhof"-Jagd, Anti-„Terroristen"-Kampagne mit Stationen wie Fürstenfeldbruck u. dergl. mehr) „begründet" wurden, ging eine Sache still und heimlich im Windschatten der Hetze über die Bühne: der Aufbau von Werkschutz-Einheiten als kapitalistischer Betriebspolizei in der Industrie. Wir wollen im Folgenden versuchen, einen Überblick über diese Aktivitäten zu geben und ihre politische Bedeutung einzuschätzen.



Anzeige in der großbürgerlichen Presse

Schon frühzeitig begonnen ...

In den mehr oder weniger internen Publikationen des Kapitals und seiner Gefolgschaft konnte man während der „Anti-Terror"-Kampagne der letzten Jahre vereinzelt Artikel finden, die sich mit dem Stand der Absicherung der Betriebe gegen den „Terror" befassen. So z. B. in der Zeitschrift „Capital" vom Juli 72 unter der Überschrift: „Deutschlands Industrie ist ungeschützt". Alle diese Artikel strotzen vor Demagogie mit Schilderungen von verstärkter Spionage, Sabotage, Entführungsgefahr, BM-„Terror" etc. und dienen im wesentlichen dazu, die kleinbürgerliche Anhängerschaft der Bourgeoisie, höhere Angestellte, mittleres und gehobenes Management und was dergleichen sonst noch „Capital"-Leser ist, einzuschüchtern und für künftige Auseinandersetzungen auf Linie zu trimmen.

Die Tatsachen jedoch zeigen deutlich, daß „Deutschlands Industrie" Anfang der 70er Jahre lange nicht mehr „ungeschützt" den „Terroristen" ausgeliefert war. Schon 1965 förderte der Schriftsteller G. Wallraff folgende Fakten ans Tageslicht: bei den Henschel-Werken, Kassel, existiert ein Werkschutz (WS) im Umfang von ca. 60 - 80 Mann, die illegale „Selbstschutzübungen" abhalten, während sie offiziell als ‚Pförtner', ‚Feuerwehrhilfsdienst' u. dergl. arbeiten. Nach Waffen gefragt, gibt sich der WS-Leiter Rose zunächst als Anhänger von Gaspistolen aus. Auf die Frage, was er in dieser Beziehung bei Streiks mache, antwortet er: *„Da gebe ich natürlich die Scharfen aus (!)"*;

- bei Continentalwerke-Hannover gibt es ca. 200 bei WS und „Feuerwehr" Beschäftigte, darunter 70 Waffenträger, die teilweise mit Maschinenpistolen ausgerüstet sind;
- bei VDO-Frankfurt war der WS seinerzeit gerade in der Aufbauphase, hervorragend aber war nach Aussagen des WS-Leiters Dehl schon der Kontakt zur Ausländerpolizei: *„Wenn also irgendetwas vorliegt, wird der Betroffene sofort abgeschoben, das ist ganz klar."*
- die Mannesmann AG unterhält ebenfalls schon einen bewaffneten WS und rühmt sich der guten Zusammenarbeit mit der *„Kripo, dem Verfassungsschutz und den ganzen behördlichen Stellen"*;
- im Ruhrgebiet besteht in Sachen WS ein „Schwerpunkt Ruhrrevier". 25 Firmen, u. a. Phönix-Rheinrohr, Mannesmann, die gesamte Thyssen-Gruppe und viele mehr, sind hier zusammengeschlossen. „Schwerpunktleiter" ist ein Herr Häuser, der gute Kontakte zum MAD (Geheimdienst der Bundeswehr) unterhält.

Neben wöchentlich abgehaltenen Treffs führt dieser Verband u.a. regelmäßig Planspiele – z.B. „Verhalten bei Streiks" – durch. Von über 30 Betrieben, bei denen Wallraff mittels Tricks (er gab sich als „Mitarbeiter des Innenministeriums" o.ä. aus) Informationen einholen konnte, hatte anscheinend lediglich einer – das VW-Werk Wolfsburg – noch keinen bewaffneten WS.

Von der illegalen zur legalen Privatarmee

Die politisch-organisatorische Leitung des WS wurde bis 1967 von der „Gesellschaft zum Schutz der deutschen Wirtschaft" (GSW) geleistet. Illegal, da zu diesem Zeitpunkt derartige Zusammenschlüsse noch durch kein Gesetz juristisch abgesichert waren.

Aufgrund der öffentlichen Kritik an ihrer geheimbündlerischen Tätigkeit, die 1967 stark entbrannte, zog die Bourgeoisie es vor, die GSW zunächst für aufgelöst zu erklären und ebenso ein in der parlamentarischen Prozedur befindliches „Selbstschutzgesetz" zu stoppen. Kurz vor dieser Auflösung jedoch sandte die GSW eine aufschlußreiche Selbstdarstellung an den DGB – in der nicht unberechtigten „Hoffnung auf Verständnis" (wie wir noch sehen werden):

„Die GSW streitet keineswegs ab, daß sie sich ebenfalls für den Schutz der deutschen Wirtschaft gegen kommunistische, daß heißt eben ungesetzliche Aktionen, wie den Versuch der Unterwanderung, Ausspähung und Sabotage in den Betieben verantwortlich fühlt. Solange nicht eine völlig anders geartete Einstellung der kommunistischen Regime, insbesondere in der SBZ, zu unserem Wirtschaftssystem erkennbar ist, ist diese Aufgabe sogar dringlich".

Schon am 30.5.68 schufen die Kapitalisten sich dann mit der Erweiterung des „Katastrophenschutzgesetzes" endlich die juristische Grundlage zum legalen Aufbau von „Selbstschutzverbänden",

Danach sind „Einheiten des Selbstschutzes in Behörden und Betrieben" organisatorisch vom sonstigen Katastrophenschutz" getrennt. Nicht nur, daß den für die Organisierung des „Katastrophenschutzes" auf der Gemeindeebene zuständigen Beamten, sowie dem „Bundesverband für Selbstschutz", kein Kontrollrecht eingeräumt wurde, sie haben sogar noch für die „Förderung des Selbstschutzes in ...Betrieben" zu sorgen, und diese bei der „Unterrichtung und Ausbildung im Selbstschutz zu unterstützen". „Grünes Licht" also für den Aufbau von privaten Bürgerkriegsarmeen, gegenüber denen sich der Staat zur bedingungslosen Unterstützung verpflichtet.

Machtbefugnisse durch Arbeitsordnungen, Betriebsvereinbarungen und Eigentumsrechten.

Wesentliche Machtbefugnisse über die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen hinaus erhalten die „Selbstschutzorgane" durch Arbeitsordnungen und Betriebsvereinbarungen, die jeder Kollege bei seiner Einstellung meist ungesehen mit dem Arbeitsvertrag automatisch unterzeichnet hat.

In diesen Vereinbarungen sind dann zumeist derart „verhaltensregelnde" Rechte des WS enthalten, wie z. B. Schreibtisch- und Taschenkontrollen, Leibesvisitationen, oder z.B. die Verpflichtung des Einzelnen, Kollegen zu denunzieren, sich nach „besten Kräften" auch „nach Feierabend" für das „Wohl des Betriebes" einzusetzen u.v.m.. (siehe UW 23, über die ‚AO' bei B+V) Daneben gibt es speziell über die Aufgaben des WS Betriebsvereinbarungen, die wir weiter unten noch an einem Beispiel beleuchten werden.

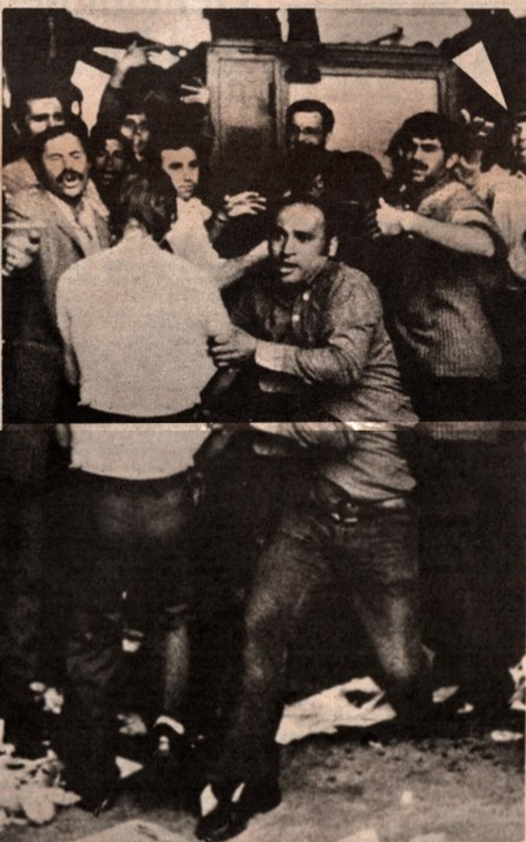
Das im Betrieb geltende Hausrecht und die Eigentumsschutzgesetze sichern dem WS zudem Befugnisse, auf dem Werksgelände, die über die sonst übliche bürgerliche Gesetzgebung in diesem Punkt hinausgehen. Im Unterschied zur Polizei unterliegt der WS keiner Pflicht zur Strafverfolgung, zur Anzeige eines Deliktes und zur Belehrung des Betroffenen über seine Rechte und Pflichten. Im Falle einer Flugblattverteilung z.B. darf der WS, nachdem er zunächst einmal die Verteiler vom Werksgelände verwiesen hat, jedoch eine „Wiederholung der Störung" zu befürchten ist, auch vor dem Werksgelände eingreifen. Wenn sogar eine „Beleidigung" durch den Inhalt des Flugblattes gegeben ist, darf der WS die Verteiler als „auf frischer Tat ertappt" festnehmen. Mit Hilfe des Notwehrrechtes kann dabei jeder Widerstand gebrochen werden. Letztlich entbindet die nicht vorhandene Anzeigepflicht den „beleidigten" Kapitalisten auch noch davon, den Tatbestand der Beleidigung in einem anschließenden Verfahren nachzuweisen.

Werkschutz – Straff gedrillt und gut geschult

Ehemalige Bundeswehrangehörige sind aufgrund „einschlägiger Erfahrung" bei den Kapitalisten für die Einstellung als WS'ler besonders bevorzugt. Nicht selten sind die leitenden Positionen von Offizieren der Reserve bzw. im Ruhestand besetzt. Die WS-Leitungen sind direkt der Geschäftsleitung unterstellt, um im „Ernstfall" laut Handbuch „Wie schütze ich meinen Betrieb? " „bürokratische Verzögerungen" zu vermeiden.

Der WS kann für seine Tätigkeit auf ein innerbetriebliches Netz von „Schlüsselpersonen" zurückgreifen, zu denen z.B. Dolmetscher zur Bespitzelung ausländischer Kollegen, Betriebsräte, „Gewerkschaftsspitzen" „die sich auf unsere Seite geschlagen haben" u. dergl. gehören – das jedenfalls äußerte man gegenüber dem Schriftsteller Wallraff bei seinen Nachforschungen.

Das gute Verhältnis zum Staatsapparat haben wir ja schon weiter oben angesprochen – es geht im



Werkschutz (siehe Pfeil!) inszeniert bei FORD/Köln eine Schlägerei mit streikenden Arbeitern.

übrigen so weit, daß beispielsweise das Bundeskriminalamt an der Erstellung einer „Rahmendienstanweisung" für den WS mitgewirkt hat. Zu alledem werden die WS-Angehörigen regelmäßig geschult. Zum einen durch Lehrgänge der jeweiligen Industrie- und Handelskammer, im wesentlichen jedoch durch Kurse in den „WS-Schulen", wovon es derzeit drei im Bundesgebiet gibt. Von 1969-73 sind dort etwa 6000 Leute geschult worden, und zwar in Grund-Aufbau-, Ermittlungs-, Spurensicherungs-, Fernmelde-, Foto-, und Werkschutzleiter-Lehrgängen.

Beim WS-Leiter-Lehrgang werden folgende Themen behandelt:
Spionage, Sabotage, Infiltration, Verhalten bei Ausschreitungen, Störaktionen sowie bei illegalen Streiks, Probleme mit Ausländern.
Themen einzelner vertiefender Arbeitskreise sind u.a.:
Gefahren für die Industrie durch radikale politische Ausländergruppen; Infiltration–Gegenmaßnahmen; Vernehmungstechnik und Vernehmungstaktik (!!); Agitation als Kampfmittel gegen unsere Wirtschaftsstruktur; Möglichkeiten des Betriebsschutzes aus polizeilicher Sicht; Überprüfungsmöglichkeiten bei Einstellungen; Empfehlungen für das Verhalten des WS zur Gewinnung und Erhaltung des Vertrauens der Belegschaft(!).

Der Ablauf dieser Schulungen wird selbstverständlich geheimgehalten.

Im Handbuch „Wie schütze ich meinen Betrieb? ", dem diese Aufgliederung entnommen ist, finden wir noch den Hinweis, daß eine Weiterschulung im Betrieb erforderlich ist – da kann man dann konkret werden!

Faschistische Ideologie für den Werkschutz

„Die dem Betriebsschutz im Interesse des Werkes und aller Betriebsangehörigen übertragenen Aufgaben kann er nur dann erfüllen, wenn jeder Betriebsschutzangehörige aus freiem Entschluß bereit ist, seinen Pflichten auch unter erschwerten Bedingungen, z.B. in Zeiten erhöhter Bedrohung der betrieblichen Ordnung und Sicherheit treu und gewissenhaft nachzukommen und auf dem ihm angewiesenen Posten zu verbleiben. Diese Treuepflicht geht über die im Arbeitsrecht verankerte Treuepflicht hinaus (!) (zum Beispiel im Falle eines Streiks – Red.)*; infolge ihres verantwortungsvollen Dienstes wird eine besondere Hingabe der Mitarbeiter im Ordnungsdienst erwartet."*

So heißt es in einem Muster einer Betriebsvereinbarung über die Aufgaben des WS.

Zu dieser sich überschlagenden Lobrede auf die „heilige" Verantwortung des WS-Mannes gegenüber der „Betriebsgemeinschaft", gehört nur noch die Ausrichtung auf einen „Feind", der von „außen", wie sollte es anders sein, diese „Betriebsgemeinschaft" stören will. Ganz in diesem Sinn wird sich in dem Handbuch „Wie schütze ich..." zunächst einmal auf die ausländischen Kollegen eingeschossen, denen *„Ordnung... als überflüssig oder gar schikanös erscheint"*, *„die impulsiver und emotionaler reagieren als ihre einheimischen Kollegen"* usw. Aber oft sind die Ausländer nur „verführt" von *„radikalen, anarchistischen, terroristischen, meist studentischen (!) Gruppen"* und lassen sich von diesen leicht als „Initialzünder" für Aktionen wie wilde Streiks, Ausschreitungen u.a. mißbrauchen.

„Ausländer und Terroristen" – ein Feindbild, was sich nur noch in der Nuance von dem unterscheidet, das einst Goebbels über Deutschland schrie, und das da lautete: „Juden und Bolschewiki ..."

Der Umgang mit den Arbeitern will gelernt sein ...

In dem oben angesprochenen Muster einer Betriebsvereinbarung wird das „persönliche Benehmen" der WS-Leute folgendermaßen beschrieben: sie sollen *„höflich, zuvorkommend, sachlich, unparteiisch und unbestechlich* (besser: nur von ihrem Kapitalisten bestechlich – Red.) *sein."*

„Auch die Kenntnisnahme (!) von berechtigter Kritik (!) aus den Reihen der Belegschaft, gehört zu dem, was sich dem WS als Aufgabe stellt." („Ratgeber für WS", S. 19).

Denn:

„Sehr oft werden Widrigkeiten oder berechtigte Klagen nicht laut gegenüber dem unmittelbaren Vorgesetzten (!!) vorgebracht – aus mancherlei Gründen, wie man weiß. Sie werden aber ohne Scheu dort zur Kenntnis gegeben, wo der Kritikübende glaubt, seinem Herzen einmal ungehemmt Luft machen zu können (!!!), ohne für sich Nachteile befürchten zu müßen." („Ratgeber für WS", S. 19).

In die gleiche Richtung geht es, wenn ca. 80 % aller WS-Leute im DGB organisiert (!!) sind. Aber solche Anbiederungsversuche, zwecks Bespitzelung der Arbeiter, zerplatzen dort wie Seifenblasen, wo der WS im Vorgehen gegen die um ihre Interessen kämpfenden Kollegen seine wahre Fratze zeigt:

- Als im Sommer in vielen Betrieben für Teuerungszulagen gekämpft wurde, waren es Polizisten und WS'er, die provozierten, Streikbrecherwege „freikämpften" und dabei Kollegen zusammenprügelten.
- Es waren neben leitenden Angestellten getarnte WS'er, die sich bei Ford „nicht länger dem Türkenterror beugen" wollten und nach Arbeit verlangten.
- Einer unserer Genossen wurde vor einiger Zeit beim Verteilen des METALLER vor dem Kieler Metallbetrieb MAK von einem WS-Mann angepöbelt: ***„Euch werden wir auch noch erschießen!"***
- Seine französischen „Kollegen" haben zumindest in einem Fall diese Drohung schon wahr gemacht: Vor den Renault-Werken wurde am 25.2.72 der Genosse Pierre Overny beim Verteilen von Flugblättern vom dortigen WS-Leiter erschossen. (siehe ARBEITERKAMPF Nr.16).

DGB – Eifrig mit am ‚Werkschützen'!

„Der DGB (geht) davon aus, daß in Industrie und Verwaltung von einer bestimmten Größenordnung an und bei bestimmten Voraussetzungen Werkschutzeinrichtungen bestehen, wobei der Werkschutz zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung (!) innerhalb der Unternehmen dienen soll."

So stellt sich K.Günther, Abteilungsleiter des DGB in Düsseldorf, in einem Beitrag des DGB im Buch „Wie schütze ich . . ." zum Problem.

Aber es kommt noch dicker: *„Der DGB ist gemeinsam mit seinen Gewerkschaften bemüht, im Interesse der organisierten WS-Angehörigen und aller Betriebsangehörigen (?) die Basis für eine verständnis- und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu schaffen. Es geht ihm vor allem auch darum, die WS-Angehörigen aus dem falschen Eindruck in der Öffentlichkeit (!!), eben als seien sie eine ‚private Polizei der Unternehmer', herauszuführen"* (!). (K.Günther, ebenda).

Zu diesem Zweck müßte (laut „Arbeitskreis-Werkschutz" im DGB) die Ausbildung des WS in *„eine geordnete, möglichst bundeseinheitliche Form (!) gebracht und durch eine anerkannte Prüfung rechtlich abgesichert werden."*

Sogar der Gesundheitszustand des WS macht dem „Arbeitskreis" Sorgen: man müßte aufhören, *„den WS als Auffangbecken für nicht mehr ganz einsatzfähige Arbeitnehmer zu betrachten(!!)"*. Oder noch deutlicher K.Günther, zitiert in „Capital" 7/72: ***„Der Invalide mit Glasauge und Holzbein genügt nicht mehr(!!!)."*** – Das hätten die Kapitalisten selbst auch nicht schöner sagen können! ●

Arbeiter-Zelle HDW des KB/Gruppe Hamburg

„Der deutsche Soldat ist der beste Soldat"

Manöverbericht eines Genossen über die ideologische Aufrüstung der Bundeswehr

Vom 12. bis 19.9.74 fand im niedersächsischen Raum Uelzen, Celle, Munster, Soltau und Walsrode das holländisch-deutsche Manöver „Vrijland" („freies Land") statt. Daran nahmen 20.000 Soldaten mit 4.000 Rad- und 1.000 Kettenfahrzeugen teil. Solche Manöver dienen nicht nur der Einübung und Überprüfung des technisch-organisatorischen und taktischen Funktionierens des bürgerlichen Militärapparates, sondern auch der politisch-ideologischen „Bearbeitung" der Soldaten im Sinne der Kriegsziele der Bourgeoisie. Das ist besonders in einem Wehrpflichtigen-Heer wie der Bundeswehr wichtig, das sich vor allem aus Angehörigen der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Volksschichten rekrutiert; so machen auch die sozialen und politischen Widersprüche zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht vor den Kasernentoren halt.

Der folgende Bericht eines Genossen, der als Wehrpflichtiger an diesem Manöver teilgenommen hat, zeigt an einigen Beispielen die Bemühungen der Militaristen auf, eine stärkere Identifizierung der Soldaten mit „ihrer" Bundeswehr zu bewirken, Chauvinismus und nationale Überheblichkeit zu schüren, die Soldaten zum Kadavergehorsam und zu immer mehr Brutalität, Zynismus und Fanatismus zu erziehen.

KB/Gruppe Oldenburg

„Unsere Bundeswehr – allen überlegen"

Vor der Übung erhielten wir folgende Belehrung: die Holländer (die die Übung vorbereitet hatten) hätten der sowjetischen und der polnischen Militärmission gestattet, jeweils mit einem Stab an der Übung teilzunehmen. Als Verhaltensregeln wurde uns dazu befohlen:

- nicht mit diesen Leuten zu sprechen,
- keine dieser Personen näher als 30 Schritt an unsere Fahrzeuge oder Waffen heranzulassen; würden sie es dennoch versuchen, sollten wir sie vertreiben und notfalls mit Gewalt (Spaten, Gewehrkolben etc.) daran hindern;
- wenn wir einen Wagen der Militärmissionen sehen würden, sollten wir mit unseren Panzern hinterher jagen, den Wagen zum Stehen bringen, den Zündschlüssel abziehen und die Sache sofort melden. Bei Mißachtung dieser Befehle wurde uns Strafe angedroht.

Damit wurde praktisch das Manöver unmittelbar auf gewaltsame Aktionen gegen einen Gegner (Sowjetunion, Polen) ausgedehnt, dessen Vernichtung nun seit 20 Jahren auf dem Programm der Bundeswehr steht. Ich weiß zwar von keiner Begegnung mit Angehörigen der Militärmissionen, aber es zeigte sich, daß dadurch einige Soldaten sogar gegenüber den holländischen Soldaten miß-
mit Angehörigen der Militärmissionen, aber es zeigte sich, daß dadurch einige Soldaten sogar gegenüber den holländischen Soldaten miß-
trauisch wurden; u.a. versuchten sie zu verhindern, daß diese die BMK (Bordmaschinenkanone) des Marders (Schützenpanzer der Bundeswehr) genauer betrachten konnten.

Hier wurde also erreicht, daß die westdeutschen Soldaten sich verpflichtet fühlten, „ihre" Panzer vor den Augen von Ausländern zu schützen, damit die bloß nichts über „unsere" Waffen erfahren (übrigens eine naive Vorstellung von Militärspionage, die die Urheber jener Befehle bestimmt nicht haben) – sie könnten „uns" ja vielleicht durch Abgucken „unserer" waffentechnischen „Errungenschaften" überlegen werden. Genauso wurde die Güte „unserer" Waffen gegenüber den holländischen Kameraden hartnäckig verteidigt und deren Waffen schlecht gemacht.

Die Militaristen versuchen so – und wie man sieht, teilweise mit gutem Erfolg – eine weitgehende Identifizierung der Soldaten mit „ihrer" Bundeswehr zu erzielen. Das ist zugleich auch ein Nährboden für das Denunziantentum gegenüber fortschrittlicheren Soldaten, die gegen Disziplinierung, Erniedrigung und reaktionäre Indoktrinierung in der Bundeswehr protestieren und kämpfen.

Außerdem ist auch dies ein kleiner Baustein zur (ständig und gerade in letzter Zeit wiederbelebten) wilhelminischen und nazistischen Ideologie, wonach „der deutsche Soldat der beste Soldat" ist.

„Die Holländer? Disziplinlos, feige und versoffen! Die streiken sogar!"

Genau diesem Motto („Deutscher Soldat – bester Soldat") entsprach die ständige Stimmungsmache gegen die holländischen Soldaten. Das Manöver war so angelegt, daß die Holländer uns immer als „Feinde" gegenüber standen. Schon vor der Übung erzählte ein Kamerad, daß ein Gruppenführer vor den Holländern gewarnt habe: die wären sehr streitsüchtig und würden gerne zuschlagen wir sollten uns besser von ihnen fernhalten. Während der Übung gab dann z.B. ein Spieß (Kompaniefeldwebel) in einem Gespräch mit eini-
wir sollten uns besser von ihnen fernhalten. Während der Übung gab dann z.B. ein Spieß (Kompaniefeldwebel) in einem Gespräch mit eini-
gen Gruppenführern (Unter- und Stabsunteroffiziere) folgende Story zum besten: „Gestern habe ich einen Holländer gesehen, wahrscheinlich Indonesier oder so, mit schulterlangen Haaren; die sehen vielleicht drunter weg! Und sowas sind Soldaten! Außerdem habe ich gehört, daß die sogar streiken (ha-ha-ha) und Gewerkschaften haben die auch. Das fehlt auch noch gerade – das ist doch keine Armee, so was!"

Diese Sachen wurden dann von den Gruppenführern weiter in die Truppe getragen. Dann würden die holländischen Soldaten als feige Figuren hingestellt, die Angst vor uns haben und ihre Aufgaben nicht ernst nehmen – als disziplinloser Haufen. Die entsprechenden „Informationen" und „Beweise" wurden meistens von den Zug- und einigen Gruppenführern geliefert (das sind Brufssoldaten auf Zeit). Während der ganzen Übung haben wir nur „gewonnen", jedenfalls wurde uns das immer erzählt. Dadurch wurde natürlich ein Gefühl der eigenen Stärke erzeugt, und im Zusammenhang damit eine Überheblichkeit gegenüber den Holländern, die übrigens besonders wirkungsvoll durch „Berichte" hervorgerufen wurde, die Holländer würden jedesmal, wenn sie uns zu Gesicht bekämen, sofort reißaus nehmen, ohne sich uns „im Kampf zu stellen"!

Außerdem erzählten die Zugführer, die Holländer hätten – als deren Stellungen ausgekundschaftet wurden (teilweise in Zivil) – an den Straßen gestanden und Bier getrunken oder in ihren Stellungen geschlafen. (Bei uns bestand Alkoholverbot, und durch ständiges Wacheschieben wurde uns der Schlaf geraubt.) Außerdem würden die holländischen Soldaten immer in den Kneipen herumsitzen. Durch diese Berichte wurde dann u.a. auch „unser Erfolg" bei der Übung erklärt.

Viele Soldaten fielen mehr oder weniger auf diese chauvinistische Propaganda herein: die holländischen Soldaten haben lange Haare und Gewerkschaften, streiken und trinken usw. – deshalb verlieren sie auch immer. Wir sind doch wirklich bessere Soldaten, und dadurch ist unsere Bundeswehr auch viel besser und schlagkräftiger und die Bundesrepublik auch ein starkes, mächtiges Land...

An diesen Beispielen, die ich selbst erfahren habe, wird deutlich, wie die Militaristen im Auftrag der Kapitalistenklasse jede Gelegenheit nutzen, bei den Soldaten die Überheblichkeit gegenüber anderen Ländern und Völkern – in diesem Fall besonders gegenüber Holland – zu schüren und die Ideologie vom „unbesiegbaren deutschen Soldaten" zu verbreiten, vor dem die anderen „reißaus nehmen", ohne sich „im Kampf zu stellen". Die Bourgeoisie braucht eine derart und noch weit schlimmer militaristische und chauvinistisch verhetzte Truppe für die Durchsetzung ihrer aggressiven imperialistischen Pläne. Ebenso machten es die Nazis, indem sie den Massen ihre „Herrenrassen"-Ideologie eintrichterten und den Mythos vom deutschen Soldaten schufen, der „hart wie Krupp-Stahl, zäh wie Leder" usw. sei, um damit den 2. Weltkrieg ideologisch vorzubereiten.

Kein Platz für demokratische Rechte

Es ist nur logisch, daß den westdeutschen Militaristen jedwede demokratischen Rechte für Soldaten ein Dorn im Auge sind. Die Stimmungs-
Es ist nur logisch, daß den westdeutschen Militaristen jedwede demokratischen Rechte für Soldaten ein Dorn im Auge sind. Die Stimmungs-
mache gegen die holländischen Soldaten richtete sich selbstverständlich auch gegen deren Erfolge im demokratischen und antimilitaristischen Kampf, so. u.a. ein gewisses Streik und Demonstrationsrecht. Eine ähnliche Entwicklung in der Bundeswehr soll von vorherein verhindert werden; die Soldaten sollen sich noch mehr in die „Disziplin und Ordnung" in der Armee einfügen und noch weitere Disziplinierungen in Kauf nehmen, „um die Kampfkraft der Bundeswehr zu erhalten und noch zu steigern". Alle Soldaten, die dagegen kämpfen und protestieren, die gewissermaßen „holländische Zustände" schaffen wollen, werden entsprechend als „Wehrkraftzersetzer" und „Staatszerstörer" von den Militaristen aufs Korn genommen. Daß sie hierbei auch durchaus Erfolge erzielen, zeigt z.B. mein Gespräch mit einem Kameraden, dem ich berichtete, daß sich die holländischen Soldaten mehr Rechte erkämpft haben als wir und daß wir das auch erreichen müßten. Er antwortete: Was dabei herauskommt, sieht man ja an der Niederlage der Holländer im Manöver!

Nach Berichten von Kameraden wurde die Hetze gegen die Holländer auch in anderen Einheiten betrieben. U.a. sollen westdeutsche Soldaten holländische Soldaten bis auf die Unterwäsche ausgezogen und die Kleidung mitgenommen haben.

Kinder ins Kriegsspiel einbezogen

Wenn wir irgendwo für längere Zeit halt machten, waren die Panzer jedesmal sofort von Kindern umlagert. Das wurde dazu benutzt, die Kinder auszufragen: ob sie Holländer gesehen hätten, usw. Ihnen wurden Bilder von holländischen Panzern gezeigt. Sie leisteten regelrechte Spitzeldienste für uns, einige fuhren sogar mit ihren Mofas die holländischen Stellungen ab, um uns hinterher Bericht zu erstatten. Ich konnte beobachten, daß sie ihre Fahrräder in den Feldern versteckten, wenn sie zu uns kamen. Sie wurden also in das ganze Geschehen mit einbezogen und bekamen so wohl auch einen positiven Eindruck von der Bundeswehr und dem ganzen Kriegsspiel.





Brutalität – Zynismus – Fanatismus

Brutalität – Zynismus – Fanatismus

Während der ganzen Übung wurde wenig Rücksicht auf Soldaten und Zivilbevölkerung genommen. Es gab zwar weitgehende Sicherheitsbestimmungen, die aber schon bei der Belehrung darüber als „lästig" und „völlig übertrieben" bezeichnet wurden. Außerdem werde die Bevölkerung sehr großzügig entschädigt; im letzten Jahr beim Manöver „Big Ferrow" hätten die Bauern ja auch „ganz kräftig abgesahnt". In der Übung wurde sich dann auch ganz flott über die Sicherheitsbestimmungen hinweggesetzt und die Menschen teilweise mit Absicht schikaniert. So berichteten Soldaten (als wenn sie sich damit auch noch rühmen wollten) z.B., daß sie ein Spargelfeld total zerstörten, auf dem der Bauer gerade beim Arbeiten war (sie hatten gerade einen neuen Einsatzbefehl erhalten und rücksichtslos den „kürzesten Weg" eingeschlagen). In einem anderen Fall fühlten sie sich durch einen Motorrasenmäher „gestört" und fuhren dem Besitzer den frisch gemähten Rasen kaputt.

Ohne Rücksicht auf die Bevölkerung wurde mit hoher Geschwindigkeit durch die Dörfer gefahren. Nach den Aussagen einiger Holländer sollen 4 oder 5 Zivilisten während der Übung ums Leben gekommen sein. Aber das spielt für die Berufsschlächter der Bourgeoisie überhaupt keine Rolle. Als eine holländische Stellung erobert worden war, antwortete ein reaktionärer Kompaniechef auf die Frage, ob die herumstehenden holländischen Soldaten festgenommen werden sollten: „Nicht nötig. Im Ernstfall wären sowieso schon 2/3 von denen tot". Menschenleben stellen für diese Zyniker zur Zahlen im taktischen Kalkül dar.

Während der Übung zeigte sich ein hoher Fanatismus und eine wahre Begeisterung bei den Vorgesetzten (Berufs- und längerdienende Zeitsoldaten) und teilweise auch bei den Mannschaften. Als uns einmal ein „feindlicher" Jeep entgegenkam, sich aber nicht aufhalten ließ, wurde dem nachfolgenden Fahrzeug ein Baumstamm vor die Räder geworden, so daß der Fahrer voll in die Bremsen treten mußte, um einen Unfall zu vermeiden. Bei solchen Vorfällen wurde jedesmal bedauert, daß man keine scharfe Munition hatte. Es wäre doch viel interessanter, wenn die Panzer beim Beschießen so richtig in die Luft gehen würden. Um „Erfolge" zu erzielen, wurde keine Rücksicht auf Menschenleben genommen; so wäre bei einer Verfolgungsjagd ein stürzen-
Luft gehen würden. Um „Erfolge" zu erzielen, wurde keine Rücksicht auf Menschenleben genommen; so wäre bei einer Verfolgungsjagd ein stürzen-
der Kradmelder beinahe von einem Panzer überrollt worden.

Die Übung fand sehr viel nur auf der Karte statt, d.h. es wurde theoretisch entschieden, wer gewinnt, während wir irgendwo an der Straße standen. Dies wurde immer wieder stark bedauert, weil dadurch die Übung am Realismus verlieren würde. Die Begeisterung steigerte sich bei manchen Leuten in den letzten Tagen dermaßen, daß man ihnen nur noch scharfe Munition und den Befehl gen Osten zu marschieren hätte geben müssen, und sie wären johlend losmarschiert. Wenn ich diese Leute beobachtete, fühlte ich mich unweigerlich an Chile oder Griechenland erinnert; denn diese Leute wären sicherlich bereit, auch im eigenen Land auf brutalste Weise für die Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse zu kämpfen. ●

Grenzschutztruppe 9

„Auch Terroristen sind Menschen, sie totzuschießen will geübt und gelernt sein"

Diesen Satz sprach Hessens Innenminister Bielefeld (FDP) auf einer Konferenz der Innenminister der Länder im September 72. Die Innenminister machten sich Gedanken darüber, wie das Massaker der Münchner Polizei und des Bundesgrenzschutzes (BGS) an palästinensischen Freiheitskämpfern und den von ihnen als Geiseln genommenen israelischen Sportlern während der Münchner Olympiade, am besten auszunutzen ist, um den Polizeiapparat weiter auszubauen und zu spezialisieren. Sie beschlossen eine Reihe von Sofortmaßnahmen. Zwei davon waren:

„Der Ausbau von Spezialeinheiten der Länderpolizeien, mit dem im Zuge der Großfahndung nach der Baader-Meinhof-Gruppe begonnen worden war, wird mit größter Geschwindigkeit fortgesetzt.

Beim BGS soll eine Terroristen-Spezial-Truppe aufgebaut werden, die den Ländern jeweils auf Anforderung zur Verfügung stehen".

(„Spiegel", 39/72)

Für die BGS-Gruppe wurden damals sehr konkrete Vorstellungen entwickelt. Bewaffnung und Ausbildung sollte „*über das, was jetzt beim BGS ist, hinausgehen*" (Genscher). Eine Truppe in Stärke einer Hundertschaft, ergänzt durch Spezialisten, ausgerüstet mit Infra-Rot-Strahlern, Panzerwesten, Zielfernrohren, usw. usf. Die „psychologische Schulung" darf natürlich nicht fehlen, denn ... siehe Überschrift des Artikels. Auch ein „hoher Verfassungsschützer" äußerte sich hierzu:

Sie „*müssen von drei Meter Höhe springen können, ohne sich zu verletzen, aus allen Lagen mit allen Handfeuerwaffen schießen und mit Handkantenschlag töten (!!) können*". Sie „*müssen instinktiv reagieren*" und „*unmittelbaren Verantwortungsbezug zum Vorgesetzten*" haben; sie müssen sich auf den Kameraden verlassen können und „*Elitebewußtsein entwickeln*". Sie müssen mit „*dem Willen kämpfen, den Gegner zu vernichten*" (!!!) – „*Kampfunfähig schießen ist Quatsch*" (!!!) (nach „Spiegel" 39/1972).

Zwei Jahre später

Am 12.10.74 konnte man in Springers „Welt" lesen, was aus diesen Plänen wurde. Die zahlenmäßige Stärke dieser Gruppe wurde (offiziell) mit 100 Mann gemäß den Vorstellungen der Innenminister beibehalten. Sie wurde schlicht und unverfänglich „Grenzschutzgruppe 9" (GSG 9) getauft. Diese 100 wurden aus dem Reservoir von 22.000 BGS-Beamten nach folgenden Kriterien auserwählt: Alter – körperliche Gewandtheit – Intelligenz – charakterliche Eignung (?) – ein Jahr Grundausbildung beim BGS – und „last not least" die Beantwortung der Frage: „Wie stehst du zu diesem Staat, dessen innere Sicherheit du verteidigen sollst?"

Die Ausbildung wird an Waffen und Sprenkörpern aller Arten und Variationen vorgenommen. Etwa 360.000 Schuß werden im Jahr aus jeder nur erdenklichen Stellung abgefeuert. Geläufige Übung: auf 300 Meter ein 2-Mark-Stück zu durchschießen! Neben „perfekten Funkern" zeichnen sich diese Burschen dadurch aus, daß sie „Meister im Nahkampf, Schwimmen, Tauchen, Karate", usw. sind. Für die „spezielleren Aufgaben" gibt es Sonderkurse wie z.B. den „Schnellfahrerkursus", oder etwa die Ausbildung zum Flugzeugsteward, um „*für ‚zivile' Einsätze auf Auslandsflügen der Lufthansa bereit zu sein, um im Ernstfall Luftterroristen an Ort und Stelle wirkungsvoll zu bekämpfen*". („Welt")

Schulungen in „Rechtskunde" und „Psychologie" gehören ebenso zum Programm dieser „Spezialtruppe".

Nach den „Münchener Ereignissen" gab es noch kiene Möglichkeit für die GSG 9, ihre „Fähigkeiten" umfassend unter Beweis zu stellen, die ihnen von ausländischen „Spezialisten" des „Anti-Guerillakampfes" beigebracht wurden. Bisher mußten sich die Burschen noch mit „gewöhnlichen" Objekten – und Personen-Schutz begnügen. Beim Besuch Titos durften sie vor kurzem im Hamburger Hafen die Schiffe nach Sprengladungen absuchen. Ein anderes Mal „schützten" sie Breschnjews Residenz auf dem Petersberg am Rhein.

Sollte es jedoch einmal zu einem Ernstfall kommen, ist die GSG 9 innerhalb von 15 Minuten einsatzbereit und in maximal 45 Minuten an jedem Ort der BRD.

Anzumerken wäre noch, daß die „Welt" völlig offen schreibt, daß es sich bei der GSG 9 um eine „**Eliteeinheit des in der Umwandlung zu einer Bereitschaftspolizei begriffenen** *BGS*" handelt. ●

HDW-Arbeiterzelle
KB/Gruppe Hamburg

Auf dem Weg zur totalen Disziplin

Kürzlich verurteilte ein Schöffengericht in der ostholsteinischen Kleinstadt Plön einen Soldaten, der trotz seines Antrages auf Kriegsdienstverweigerung zur Bundeswehr abkommandiert worden war, zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten und zwei Wochen („zur Bewährung"). Der vorsitzende Richter stellte fest, der Kriegsdienstverweigerer hätte „alle Befehle, auch die gegen sein Gewissen gerichteten, ausführen müssen". Es gebe „keine Ausnahmebestimmungen für die Gehorsamspflicht". Mit diesem Urteil setzte die Justiz die Disziplinierungs- und Zermürbungsmaßnahmen der Bundeswehrmilitaristen gegen den Kriegsdienstverweigerer fort: Schon vorher versuchte man mit mehreren Strafarresten, ihn zu einem „folgsamen Soldaten" zu machen.

So versucht man, die Einschüchterung system- und bundeswehrkritischer Soldaten voranzutreiben und sie mundtot zu machen (denn wer sitzt schon gern im Bau oder im Knast), um die totale Hörigkeit und Folgsamkeit der Soldaten für den westdeutschen Imperialismus zu erzielen.

SdKB in Plön ●

Forts. Raus aus der SPD

Einige der SPD-ler mißbrauchten die Jusos zur Durchsetzung der Interessen von einzelnen Fraktionen in der SPD. Dabei zog man sich dann ein linkes Mäntelchen an, um die Jusos zu täuschen.

Im Sinne ihrer „handwerklerischen Politik" arbeiteten die Jusos auch in der Schüler Verwaltung (SV) der Kreisberufsschule Mölln. Die Kreisberufsschule ist die einzige des Kreises Lauenburg, sie wird von ca. 2700 Berufsschülern besucht.

Die SV-Arbeit bestand zunächst hier aus reiner Gremienarbeit. Ein kleiner Kreis von etwa 5 - 8 Leuten arbeitete über die Köpfe der Schüler hinweg. Das Ergebnis dieser Arbeit brachte keine Aktivierung der Schüler im Allgemeinen. Die Schüler sahen zwar größtenteils die Notwendigkeit einer demokratischen Interessenvertretung, meinten aber, man könne konkret nicht viel machen. Drei Berufsschüler, die neu in die Schule kamen, beschlossen, sich für eine aktivere Arbeit einzusetzen. Zwei von ihnen waren aktive Möllner-Jusos, einer KB-Sympathisant.

Es wurde beschlossen, die Schülerzeitung „Forum" herauszugeben. Die Zeitung sollte dazu dienen, die bewußtesten Schüler zur Mitarbeit an der Zeitung und in der SV zu bewegen. Gleichzeitig sollten sich möglichst viele Schüler und Lehrlinge über ihre eigene Situation bewußt werden und beginnen, sich eine aktive und demokratische Interessenvertretung zu schaffen, die es ihnen ermöglicht, sich für ihre materiellen Bedürfnisse, ihre politischen Rechte, gegen Disziplinierung und Leistungsdruck einzusetzen. Die SV sollte sich parteilich auf die Seite der Schüler stellen, und deren Interessen gegenüber Schulleitung, Lehrer und Behörden vertreten. Die SV sollte auch keine einseitige Gremienarbeit mehr leisten, sondern – gestützt auf eine aktive Schülerschaft–deren Forderungen vertreten.

Die Arbeit der Möllner Jusos bekam damit, wenn auch nur in einem Teilbereich, erstmals eine politische Perspektive.

Da das „Forum" bestehende Probleme an der Kreisberufsschule (KBS) offen anging, und auch Lehrer, die Schweinereien begingen, beim Namen nannte, waren die Zeitung und die Jusos den ersten Angriffen ausgesetzt.

Die Schülerzeitung wurde von der Schulleitung und reaktionären Lehrern angegriffen. Zunächst bestanden diese Angriffe darin, daß einige Lehrer Lügen über das „Forum" in einzelnen Klassen verbreiteten. Der Direktor zog einmal in eine Klasse und beschimpfte den Presseverantwortlichen des „Forum" als „Schmierfink".

Später wurden die Angriffe dann massiver. Ein Schüler fiel durch die Prüfung. Er durfte die Prüfung nicht wiederholen, weil ihm die „menschliche Reife" fehle. Dieser Schüler arbeitete aktiv am „Forum" und in der SV mit. Ein anderer Schüler durfte zum Direktor kommen, als seine Versetzung gefährdet war. Er sollte versprechen, die politische Arbeit an der Schule einzustellen, dann sollte er versetzt werden. Der Schüler versprach das, wurde versetzt und arbeitete im nächsten Schuljahr weiter am „Forum" und in der SV mit.

Die Angriffe gegen die Jusos kamen zunächst hauptsächlich von einem SPD-Lehrer. Er meinte immer wieder, die Redaktion sollte in der Zeitung „nicht so offen" schreiben. Vor allem sollte sie nicht ständig das Wort „Kampf" verwenden, dies wolle niemand hören.

Die Jusos ließen sich nicht von der begonnenen Arbeit abbringen. Wir (das sind ehemalige Jusos und andere Demokraten) begegneten allen Angriffen, indem wir diese mit den Schülern besprachen. Dadurch gelang es der Schulleitung nicht, uns zu zu isolieren.

Der sozialdemokratische Lehrer dagegen, der selbst Angriffen durch den Direktor ausgesetzt war, schreckte immer weiter zurück und verlor so immer mehr Rückhalt bei seinen Lehrer-Kollegen.

Für die Jusos zeigte sich deutlich, welche Politik erfolgreich ist.

Die Reaktionäre der JU („Junge Union", die CDU-Pimpfe) meldeten sich an der Schule auch vorübergehend zu Wort. Sie brachten zwei Flugblätter heraus, in denen sie das „Forum" scharf angriffen. Wir zeigten den Schülern auf, daß die Reaktionäre nur an der Stärkung der eigenen Organisation interessiert sind, nicht aber an der Entwicklung der fortschrittlichen Schülerbewegung. Die Reaktionäre wurden von den meisten Schülern belächelt, sie stellten das Erscheinen ihrer Schmierblätter ein. Trotzdem müssen wir wachsam bleiben, da sie bestimmt nur vorübergehend aufgegeben haben.

Die Entwicklung der Arbeit vollzog sich relativ schnell. Nach einiger Zeit machten bereits unorganisierte Demokraten mit, aber auch die Jusos gewannen neue Leute. Der KB griff jetzt aktiver, auch personell, in die Arbeit ein.

Heute ist die „Forum-Gruppe" immer noch die einzige Schülergruppe an der Schule. Bei den letzten SV-Wahlen wurden sämtliche „Forum"-Kandidaten gewählt. Auch der Schülersprecher wird von uns gestellt.

Längere Zeit konnten die Jusos die Ergebnisse der Politik an der Schule für die Stärkung der eigenen Organisation nutzen. Doch der Widerspruch zur SPD entwickelte sich immer stärker durch die inhaltlichen Positionen, die im Schulkampf vertreten wurden.

Ein wesentlicher Punkt war die Einschätzung der SV-Verordnung (SVV) für Schleswig-Holstein. Die SVV beschneidet die Rechte der Schüler in wesentlichen Punkten. Das Recht auf ein unzensiertes SV-Brett entfällt, die SV-Post wird zensiert, SV-Mitglieder können abgesetzt werden, usw.

Die Einschätzung dieser SVV auf Landesebene zeigte den weitgehend spontanen Charakter der Schülerbewegung auf. Fast alle Gruppen vertraten die Ansicht, daß wäre die Antwort des Kultusminister (Kumi) auf die „starke" Schülerbewegung. Das von dieser „starken" Schülerbewegung an keiner Schule etwas zu sehen war, störte diese Gruppen nicht weiter. Andere meinten das wäre der Höhepunkt, mehr könne sich der Kumi nicht leisten. Die Jusos Schleswig-Holsteins empfahlen dem Kumi zurückzutreten, da er die SVV nicht überstehen werde.

Wir diskutierten in der „Forum"-Gruppe diese Frage sehr ausführlich, da hier große Unklarheiten bestanden. Wir schätzten die SVV im Rahmen der „Faschiseirung von Staat und Gesellschaft" ein. Dabei betonten wir, daß die neue reaktionäre SVV kein Zeichen der Schwäche des Kumis ist, sondern im Gegenteil ein Zeichen der Stärke gegenüber der spontanen Schülerbewegung. Wir schufen auch Klarheit darüber, daß der Prozeß der allgemeinen Faschisierung nicht an die CDU gebunden ist, sondern von allen bürgerlichen Parteien, auch von der SPD, betrieben wird. Als Beispiel diente uns, daß die SVV ihren Vorgänger im Hamburger SVG hat, das von Sozialdemokraten gemacht wurde. In Gesprächen mit bewußteren Jusos konnten wir auch die Faschisierung in alllen anderen Bereichen klar machen. Diese Einschätzung setzte sich in der Schülergruppe durch und wurde von uns gegenüber der gesamten Schülerschaft in einer SVV-Kampagne vertreten.

Dabei machten wir immer wieder in der „Forum"-Gruppe und soweit es ging auch gegenüber anderen Schülern klar, daß dies nicht irgendeine Einschätzung, sondern die Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklung durch den KB ist. Wir versuchten dadurch besonders den Jusos zu zeigen, daß sie zwar in einer sozialdemokratischen Organisation sind, aber Standpunkte der Kommunisten vertreten. Dieser Widerspruch sollte ihnen bewußt werden.

Zum 1. Mai legten wir dem „Forum" das AK-Sonderblatt bei. Die Jusos standen voll hinter diesem Schritt. Für sie war die Einschätzung des KB's zur internationalen und nationalen Entwicklung die einzig annehmbare. Die Jusos nahmen daher an der Hamburger KB-Demonstration am 1. Mai teil. Natürlich kamen auch hier wieder Angriffe aus der SPD gegen die Jusos. Dem blinden Antikommunismus der SPD („Keine Aktionseinheit mit Kommunisten"), traten die Jusos entgegen, indem sie eine inhaltliche Diskussion über das Sonderblatt forderten. Dadurch verwirrt und wahrscheinlich weil sie die Angelegenheit als einen „Fehltritt" der Jusos betrachteten, ließen die SPD-ler die Diskussion über das AK-Sonderblatt einschlafen.

Doch die Jusos hatten begriffen, daß es nicht möglich ist, einerseits die Standpunkte des KB zu vertreten und andererseits offiziell nicht mit Kommunisten zusammenarbeiten zu dürfen. Die Jusos stellten auf der nächsten Kreiskonferenz einen Antrag, daß die Jusos des Kreises Lauenburg sich für eine Zusammenarbei mit den Kommunisten aussprechen sollten. Dieser Antrag wurde mit nur einer Stimme Mehrheit abgelehnt. Doch da die Möllner Juso-Gruppe, die einzige Gruppe im Kreis war, die überhaupt eine Praxis aufweisen konnte, wurden zwei ihrer Vertreter in den Kreisvorstand gewählt. Da auch noch eine linke Juso-Genossin aus Lauenburg in den Kreisvorstand gewählt wurde, hatten jetzt die „Linken" die Mehrheit im Juso-Kreisvorstand. Damit hatten sich die Jusos also gegen eine Zusammenarbeit mit Kommunisten ausgesprochen, wählten aber jene Jusos in einen Vorstand, die mit Kommunisten zusammenarbeiten.

Demokraten und Kommunisten einig gegen die Faschisten!

Die Diskussion über die Faschisierung forderte auch die Positionserklärung zum „antifaschistischen Kampf". Dabei stellten wir als Kommunisten natürlich heraus, daß es notwendig ist, gegen die faschistischen Gruppen vorzugehen und sie im Keim zu vernichten.

Als dann die Jungfaschicten (JN) bei uns in Mölln eine Veranstaltung machen wollten, war für alle aktiven Jusos und Kommunisten klar, daß wir gegen die Faschisten vorgehen müssen. Wir verteilten ein „Forum"-Sonderblatt, daß die Möllner Antifaschisten aufrief „Wehret den Anfängen".

Wir rechneten damit, daß unserem Aufruf etwa 20-30 Menschen folgen würden, da soviel Personen meist zu politischen Veranstaltungen in Mölln kommen. Doch wir wurden positiv überrascht, es kamen etwas über 50 Jugendliche. Die meisten der Jugendlichen gingen zur Kreisberufsschule. Ihr Erscheinen ist sicherlich ein Erfolg unserer Politik an der Schule.

Es gelang uns allerdings damals nicht, die JN-Veranstaltung zu verhindern. Die meisten der Antifaschisten waren sich nicht darüber im klaren, daß gegen die Faschisten nur Gewalt hilft. Als wir in der Veranstaltung eine antifaschistische Rede halten wollten, wurden wir sofort von einigen faschistischen Schlägern bedroht. Wir verließen daher den Raum und hielten vor dem Haus eine antifaschistische Kundgebung ab. Im Raum blieben einige SPD-ler, die mit den Faschisten diskutieren wollten.

Wir gingen nach der Kundgebung noch mit etwa 40 Antifaschisten in eine Kneipe und diskutierten über die Versammlung.

Aufgrund der Erfahrung, daß die Faschisten Morddrohungen gegen einzelne Genossen ausgestoßen hatten und auch bereits zuschlagen wollten, kristallisierte sich in der Diskussion eindeutig heraus, daß gegen diese hartgesottenen Faschisten nur Gewalt hilft und daß es unmöglich ist, mit ihnen zu diskutieren, wie es einige Sozialdemokraten versucht hatten. Ein SPD-ler machte sich noch einige Wochen später bei den Jusos lustig, als er meinte, wir dürften nicht militant gegen die Faschisten auftreten, weil das „gegen das Versammlungsgesetz verstößt!" Die Jusos wußten nun auch nicht mehr, ob sie über diese SPD-frommen Sprüche lachen oder weinen sollten.

Solidarität mit Chile, heißt, den antifaschistischen Kampf in der BRD führen!

Zum ersten Jahrestag des faschistischen Putsches in Chile wollten Jusos und „Forum" gemeinsam eine Solidaritätsveranstaltung durchführen.

Zu einem Vorbereitungsgespräch wurden auch die Jungdemokraten eingeladen (den KB gab es zu diesem Zeitpunkt noch nicht als Organisation). Die Jungdemokraten, die gerade neu gegründet waren, taten so, als ob die gesamte Möllner Bevölkerung hinter ihnen stünde und stellten Forderungen auf. Die schärfste Forderung hieß, daß die JU eingeladen werden sollte. Die Jusos und das „Forum" erklärten, daß sie keine Organisation einladen würden, die den Militärputsch in Chile unterstützt hat und daß es grundsätzlich keine Zusammenarbeit mit der JU gebe. Diesen konsequenten Schritt der Jusos kann man erst richtig verstehen, wenn man bedenkt, daß der KBW die JU zu einer Chile-Solidaritätsveranstaltung einlädt. Eine Zusammenarbeit mit den Möllner Jusos käme wahrscheinlich für den KBW nicht in Betracht, da diese ja „undemokratische" Standpunkte vertreten hätten (aus der Sicht des KBWs).

Der erste Angriff auf die Solidaritätsveranstaltung kam vom Juso-Landesvorstand. Das Flugblatt zur Veranstaltung, das herausstellte, daß in Chile erneut die Frage *„Erreichung des Sozialismus durch Reform oder Revolution mit äußerster Brutalität auf die Tagesordnung gesetzt"* wurde, wurde von den „Landes-Jusos" kritisiert.

Die Möllner Jusos ließen sich dadurch nicht einschüchtern. Sie forderten den Juso-Landesvorstand auf, sich schriftlich zu dem Flugblatt zu äußern. Der Juso-Landesvorstand meldete sich nicht wieder.

Die Solidaritätsveranstaltungen wurden in Mölln, Schwarzenbek und Geesthacht durchgeführt. In Schwarzenbek drohten Faschisten, die Veranstaltung zu verhindern. Die Faschisten beherrschen in Schwarzenbek den örtlichen Stadtjugendring. Sie drohten aus dem Stadtjugendring zurückzutreten, wenn die Chile-Solidaritätsveranstaltung stattfindet. Die Veranstaltung wurde genehmigt, die Faschisten traten trotzdem nicht zurück. Zu erwarten war stattdessen, daß sie die Veranstaltung mit anderen Mitteln, nämlich mit dem Mittel der Gewalt, verhindern wollten. Dafür sprach auch, daß einer der Veranstalter am Abend vorher von einem Faschisten „vorgewarnt" wurde, daß die Veranstaltung nicht stattfinden werde.

Die Teilnehmer der Chile-Solidaritäts-Veranstaltung waren sich der zu erwartenden faschistischen Provokation bewußt. Sie traten den Faschisten, als diese ihre Visagen durch die Tür steckten, konsequent entgegen, entfernten sie aus dem Raum und zeigten so einen Teil praktischer Solidarität mit dem chilenischen Volk.

Zur Veranstaltung war auch eine Reporterin der „Bergedorfer Zeitung" („BZ") gekommen. Die „BZ" zeichnete sich in letzter Zeit dadurch aus, daß sie in besonders übler Art über fortschrittliche Initiativen des Kreises herzog. Aus diesem Grund ließ der Versammlungsleiter (Juso-Kreisvorsitzender) darüber abstimmen, ob die Reporterin im Raum bleiben darf oder nicht. Die absolute Mehrheit sprach sich gegen die Reporterin aus. Nur unsere Freunde aus der SDAJ mochten nicht gegen die Springer-Reporterin stimmen, obwohl uns doch gerade die SDAJ weismachen will, daß man durch Wahlen die Welt verändern kann!

Die Reporterin verließ den Raum und ging in den Versammlungsraum der Faschisten. Hier holte sie sich die nötigen „Informationen" für ihren Artikel.

In diesem Artikel wurden dann die Faschisten als die wahren Demokraten dargestellt. Man stellte ihnen sogar eine halbe Seite für ein Interview. Die antifaschistischen Jugendlichen dagegen wurden als *„Politrocker"* dargestellt, und um es möglichst schaurig zu machen, *„sturmhelmbewaffnet, den Totschläger im Versammlungsraum bereithaltend"*.

Antifaschistisches Bündnis oder Verrat der SPD

Verschiedene fortschrittliche Initiativen des Kreises Lauenburg sowie der Juso-Kreisvorstand und der KB (Bezirksgruppe) Bergedorf gaben daraufhin ein Flugblatt heraus, das den wahren Sachverhalt aufzeigte und auch herausstellte, daß die Zusammenarbeit zwischen Faschisten und „BZ" planmäßig ist.

Während die Jusos also ein Bündnis mit allen fortschrittlichen Menschen eingingen, um die reaktionäre Hetze zurückzuweisen, hatte der SPD-Kreisvorsitzende nichts besseres zu tun, als sich in der „BZ" von den Jusos zu distanzieren. Verwunderlich ist das nicht, wollte doch Matthießen (Ministerpräsidenten-Kandidat der SPD für Schleswig-Holstein) in dieser Woche noch die „BZ" besuchen. Um das Wohlwollen dieser reaktionären Zeitung (Springer!) zu erlangen, distanziert sich die SPD-Führung von ihren eigenen Mitgliedern.

Für die Jusos war dies eine heilsame Lehre. Für sie war klar, daß sie keine ihrer Handlungen zurücknehmen würden. Dementsprechend verschärften sich auch die Angriffe gegen diese Jusos. Es wurde eine außerordentliche Juso-Kreiskonferenz einberufen. Hier sollte besonders die „unlogische Bündnispolitik" mit dem KB verurteilt werden. Der KB wurde als chaotische Organisation bezeichnet, die „sich seit längerer Zeit darauf spezialisiert hat, mit starken Rollkommandos öffentliche Veranstaltungen der Jungsozialisten und anderer linker Organisationen zu verhindern, zu stören oder an sich zu reißen, und die bei jeder Gelegenheit demokratische Sozialisten diffamiert und bekämpft".

Die Möllner Jusos widersprachen dem. Sie hatten bisher keine KB-Rollkommandos erlebt, sondern nur Kommunisten, die an der Entwicklung einer gemeinsamen fortschrittlichen Politik mitarbeiteten.

Die Möllner Jusos verteilten auf der Kreiskonferenz ein Flugblatt, in dem aufgezeigt wurde, daß die „Lübecker Nachrichten" genau wie die „BZ" mit übelster Hetze über die Schwarzenbeker Veranstaltung berichtete. Herausgegeben wurde dieses Flugblatt von den Möllner Jusos und dem KB/Ortszelle Mölln. Die Jusos verstanden diesen Schritt (gemeinsame Unterschrift) auch als Unterstützung der Positionen des Juso-Kreisvorstandes, dessen Zusammengehen mit dem KB sie so ausdrücklich unterstützten.

Das Ergebnis der Kreiskonferenz war, daß der Juso-Kreisvorstand abgesetzt und ein blind antikommunistischer Kreisvorstand eingesetzt, wurde. Gegen einzelne Jusos wurden Parteiausschlußverfahren gefordert.

Der Reporter der „LN", der über die Kreiskonferenz berichtete, leistete sich noch eine persönliche Schweinerei. Er bezeichnete einen KB-Genossen in der Zeitung mit vollem Namen als „KB-Mann". Der gleiche Reporter sagte in einem Fernsehinterview, daß ein „Linker" in Mölln keinen Fuß auf den Boden bekommt, wenn er namentlich bekannt ist. Der „LN"-Reporter (SPD-Mitglied) hat also subjektiv bewußt denunziert!

Der örtliche Juso-Vorstand durfte dann auch bald beim SPD-Vorstand vorsprechen. Die SPD verurteilte die Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Allerdings konnten diese SPD'ler auf die inhaltlichen Fragen, welche Standpunkte des KB's sie denn falsch fänden, keine Antwort geben. Sie wollten von den Jusos wissen, wer „dahinter steht" („Es geht ein Gespenst um in Europa, das Gespenst des Kommunismus). Die Jusos waren nicht bereit, Namen zu nennen. Sie wußten mittlerweile auch, daß die SPD Namen braucht, um fortschrittliche Leute aus Betrieb, Schule und Gewerkschaft zu schmeissen.

Für die Jusos hatte sich der Widerspruch innerhalb der SPD immer mehr zugespitzt. Die SPD gibt vor, eine sozialistische Gesellschaft zu erreichen. Beginnen aber Mitglieder der SPD ihre Politik an den berechtigten Forderungen der Werktätigen zu orientieren, sind diese Mitglieder schärfsten Angriffen durch die SPD-Führung ausgesetzt. Diesen Widerspruch haben die Jusos in Mölln konkret erfahren, sie sahen außerdem, wie gleichzeitig in der gesamten BRD der linke SPD-Flügel immer mehr zurückgedrängt wurde und wird.

„Aus diesen Erfahrungen haben die Möllner Jusos den Schluß gezogen, daß es nicht möglich ist, innerhalb der SPD eine sozialistische Politik zu entwickeln. Die Möllner Jusos treten aus der SPD aus!

Das wird für sie allerdings nicht heißen, daß sie mit der politischen Arbeit aufhören werden. Im Gegenteil. Sie werden weiterhin und verstärkt in den Initiativen in Mölln mitarbeiten, um hier jetzt, ohne auf die SPD Rücksicht nehmen zu müssen, noch konsequenter für die Interessen der Möllner Jugendlichen einzutreten.

Was können wir aus den Möllner Ereignissen lernen ?

Wie wir am Anfang unseres Artikels bereits erwähnten, sind die

➡

Redaktionelle Erklärung

Einige für diesen ARBEITERKAMPF zunächst vorgesehenen Artikel können aus Platz- und zum Teil auch aus Zeitgründen nicht mehr erscheinen. Wir wollen diese Artikel im nächsten UNSER WEG veröffentlichen.

Im Einzelnen handelt es sich um:

1. Den 2. Teil des Artikels zu den Wahlen in Hessen und Bayern, der speziell auf die Politik und Einschätzung der Kommunisten eingehen soll („KPD", KBW).
2. Den 2. Teil zum Artikel über „kommunistische Massenarbeit" („Schulkampf").
3. Einen Artikel zur „RAF", zur Kampagne nach dem Tod von Holger Meins u.ä. (Mußten wir demonstrieren? Ist es richtig, von einem Mord zu sprechen? etc.).

An dieser Stelle zugleich eine Aufforderung an alle Genossen, ihre Artikel grundsätzlich auf Spalte getippt und einmal sauber (!) durchkorrigiert zu übergeben. Artikel sollten möglichst frühzeitig eintreffen (z.Zt. kommenetwa 80 % aller Artikel n a c h Redaktionsschluß!!!! Redaktionsschluß ist jeweils der 2. Dienstag nach dem letzten Erscheinen des AK!) und nicht unnötig lang sein.

AK-Redaktion !!

Forts. Raus aus der SPD

Möllner Verhältnisse heute nicht typisch für die Sozialdemokratie und auch nicht für das Verhältnis von Kommunisten und linken Sozialdemokraten.

Der sozialdemokratischen Führung gelingt es immer noch, die Mehrheit ihrer Mitglieder gegen die Kommunisten aufzuhetzen. Sie legt dabei keinerlei Wert auf eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Kommunisten, etwa um die Arbeiterbewegung zu stärken, sondern sie versucht die Kommunisten mit allen Mitteln als die „Nicht-Berührbaren" darzustellen.

Trotzdem gibt es auch in Mölln Ergebnisse, die zu verallgemeinern sind. In kleinen Städten (Mölln = 15.000 Einw.) gibt es für fortschrittliche Menschen meist gar nicht die Möglichkeit, sich einer kommunistischen Organisation anzuschliessen. Es bleibt nur die „Möglichkeit" zwischen den bürgerlichen Parteien eine Entscheidung zu treffen. Da dabei die Jusos als die „Linksaußen" erscheinen, bleibt für diese Menschen häufig nur die Entscheidung für die Jusos.

Die Politik der Jusos, besonders gekennzeichnet durch ihre Perspektivlosigkeit, führt bei den meisten Mitgliedern zu tiefer Resignation, die zudem auch noch leicht in Haß auf die Kommunisten umschlägt.

In Mölln ist es uns gelungen, mit den Jusos gemeinsam eine Politik in verschiedenen Bereichen zu entwickeln. Dabei haben wir immer klar gemacht, daß die Entwicklung dieser Politik nur möglich war, weil Kommunisten mitgemacht haben. Der Widerspruch zwischen ihrer eigenen und der Politik der SPD, in der die Jusos immer deutlicher den Verrat an den Massen erkannten, ließ für die Jusos nur die Möglichkeit, aus der SPD auszutreten, um ihre Politik weiterführen zu können. Dabei können wir nicht davon ausgehen, daß alle Jusos, die austreten die Kommunisten als führende Kraft anerkennen, oder gar in einer kommunistischen Organisation mitarbeiten werden.

In den meisten kleineren Orten ist es für die linken Sozialdemokraten heute noch nicht möglich, kommunistische Politik vom Inhalt her kennenzulernen. Es ist Ausdruck der relativen Schwäche der kommunistischen Bewegung, daß sie noch hauptsächlich nur in den Großstädten arbeitet. Wird allerdings mit dem Erstarken der Arbeiterbewegung auch die kommunistische Bewegung wachsen, wird sie sicher auch in kleineren Städten zur Hauptkraft der Linken werden.

Wir haben in Mölln auch gesehen, daß die Gewinnung sozialdemokratischer Genossen nicht so verläuft, wie es einige sich kommunistisch nennende Gruppen sich vorstellen.

Das Beispiel der DKP wollen wir hier nicht weiter behandeln, denn hätten wir uns wie die DKP verhalten und uns immer an sozialdemokratische Positionen angehängt, wären sicherlich nicht die Jusos ausgetreten, sondern eine Reihe unserer Sympathisanten in die SPD eingetreten.

Nehmen wir uns einmal den KBW als Beispiel einer bestimmten Politik. Der KBW propagiert das „breiteste Bündnis der Massen". Darunter versteht er natürlich auch die CDU bzw. ihre Mitglieder. Hätten wir jetzt aber den Jusos klarmachen sollen, sie müssen mit den CDU-Mitgliedern zusammenarbeiten, während sie gleichzeitig die Politik der SPD-Führung entlarven sollen? Damit würden wir verleugnen, daß die linken Sozialdemokraten in die SPD eingetreten sind, um den reaktionären Kurs der CDU zu stoppen. Zur Gewinnung der linken Kräfte der SPD ist es notwendig, eine Polarisierung voranzutreiben, wo jeder beweisen muß, ob er für die Arbeiterklasse eintritt oder nicht.

Denn der Hauptgegner unserer Politik waren und sind immer die Reaktionäre und Faschisten und die hinter ihnen stehende Kapitalistenklasse. Dabei arbeitet die SPD diesen Leuten zwar in die Hände, ersetzt sie aber nicht.

Auch die „Orientierung" auf den „Hauptfeind SPD", wie es die „KPD" tut, hätte für unsere Politik katastrophale Auswirkungen gehabt.

Der Kampf um die linken Sozialdemokraten ist, wie der gesamte Kampf um die Massen, ein äußerst bitterer Kampf, in dem die Kommunisten mit großer Entschlossenheit und zielstrebiger Geduld herangehen müssen. Nur wenn wir diesen Kampf gewinnen, wird der Kampf für den Sozialismus erfolgreich enden! ●

KB/Ortszelle Mölln

Die Jusos in der Zirkuskuppel, ratlos!

Die Bundesschiedskommission der SPD hat in einem seit April anhängigen Verfahren über die statuten - mäßige Behandlung der Arbeitsgemeinschaften (Jusos, Frauen, AfA) durch die Gesamtpartei am 12.11.74 eine Entscheidung getroffen, die mit beinahe völliger Unterwerfung der Arbeitsgemeinschaften (AG's) unter die jeweiligen Parteivorstände gleichzusetzen ist.

Diese Entscheidung richtet sich in erster Linie gegen die Jusos. Bestrebungen der fränkischen Jusos, mit den revisionistischen Parteien Frankreichs und Italiens Kontakt aufzunehmen, waren auch Anlaß für den fränkischen SPD-Bezirksvorsitzenden Bruno Friedrich, das oben erwähnte Verfahren anzustrengen. Die jetzt gefällte Entscheidung setzt sich aus den folgenden Punkten zusammen:

1. Als Öffentlichkeitsarbeit der Arbeitsgemeinschaften der SPD sind auch politische Erklärungen einzelner Funktionäre der Arbeitsgemeinschaften und ihrer Gliederungen anzusehen. Die zuständigen Parteivorstände haben das Recht, Erklärungen und Handlungen von AG's, deren Organe und Funktionäre, mit denen diese nach außen wirksam werden, zu untersagen, bzw. zu zensieren.

2. Die zuständigen Vorstände der Partei, die für die Kontrolle der AG's und ihrer gewählten Funktionäre verantwortlich sind, können diese nach Gutdünken abberufen.

3. Alle Beschlüsse, mit denen die Jusos ihre Kandidaten in den Partei-Gremien an Beschlüsse der AG binden wollen („imperatives Mandat") sind nichtig.

4. Beschlüsse von AG's sind nichtig, wenn darin die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber der Gesamtpartei ausgesprochen wird. Diese verstoßen gegen innerparteiliche Normen, die „Einvernehmen" mit den rechten Parteivorständen voraussetzen. (nach „FAZ", 14.11.74).

In einer zusätzlich von der Bundesschiedskommission verfaßten ausführlichen Begründung ihres Beschlusses heißt es u.a., daß „Einvernehmen" in politischen Äußerungen, Handlungen etc. nicht etwa nur „Kenntnisnahme" oder vorherige „Information" der jeweiligen Parteivorstände, sondern „Übereinstimmung", also ausdrückliche Genehmigung, Absegnung bedeutet. Wird diese nicht erzielt, so können die AG's „in der Öffentlichkeit nicht wirksam werden" („FAZ", 14.11.74).

Die Abberufung eines widerspenstigen Funktionärs ist zwar nicht gleichbedeutend mit Ausschluß aus der SPD, jedoch kann sie andererseits auch nicht durch die Anrufung der Schiedskommission, überprüft, oder gar rückgängig gemacht werden. Damit obliegt eine Entscheidung über Verbleib oder Abberufung dem alleinigen Ermessen, sprich Willkür, des jeweiligen Parteivorstandes!

Mit diesem Beschluß ist die Zeit der langen Leine für die Jusos vorerst wiedereinmal vorbei. Das schändliche Spiel des SPD-Vorstandes, die „linken" Juso immer dann loszulassen, wenn die Partei ein entsprechendes Image braucht (z.B. Bundestagswahlen '72), und stets dann wieder kurzzubinden, wenn sie ihre entsprechende Schuldigkeit getan haben, ... an diesem Beispiel erneut sichtbar. Dennoch, trotz wiederholter Bauchlandung während der letzten Jahre, trotz wiederholter Ausschlußwellen etc., sind einige Berufsoptimisten unter den Juso-Führern in ihrer Großmäuligkeit einfach nicht zu bremsen. Noch ein paar Tage vor dem Beschluß der Schiedskommission fabulierte die Bundesvorsitzende Wieczorek-Zeul gegenüber der „New York Times" munter von der „Kurzsichtigkeit" Helmut Schmidts, und endete, nachdem sie noch einmal bekräftigte, daß es zu Schmidt „keine Alternative" (!) gebe, mit der hoffnungsfrohen Bemerkung: „Früher oder später, so glauben wir, muß er sich unseren Ideen nähern (!!)". („Welt", 5./6.11.74).

Wir wollen die aktuelle Entwicklung in der SPD und das kuriose Mißverhältnis von Sprüchen und Erfolg der Jungsozialisten zum Anlaß nehmen, um uns in einer mehrteiligen Artikelfolge (vorraussichtlicher Beginn im nächsten AK) mit der Juso-Politik, ihrer sogenannten Doppelstrategie, ihrem Programm und ihrer Rolle in der sozialdemokratischen Bewegung auseinandersetzen. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Schleswig Holstein

Juso-Schülerkongreß

Nachdem vor einiger Zeit die Reaktionäre mit Schülerunion und mit anderen Tarngruppen an den Schulen aufgetaucht sind, melden sich jetzt auch die Jusos an den Schulen zu Wort. Manch fortschrittlicher Schüler wird die Jusos als Verbündete im Schulkampf erwarten, doch bis auf wenige Ausnahmen wird er wohl enttäuscht werden.

Den Jusos geht es nach ihren eigenen Äußerungen nicht darum, die berechtigten Forderungen der Schüler, Eltern und Lehrer nach einer besseren und gerechteren Schule zu unterstützen, sondern darum, die *„Schüler auf die SPD zu orientieren – als ihre umfassende politische Interessenvertretung in allen Lebensbereichen"*. (Informationsdienst der Jusos für Schleswig-Holstein). Die Eltern, Schüler und Lehrer sollen bei der Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen also nicht auf die eigene Kraft vertrauen, sondern auf die SPD.

Wie „umfassend" die SPD unsere Interessen an den Schulen vertritt, sehen wir beispielsweise in Hamburg.

Hier ist die Situation an den Schulen gekennzeichnet durch Lehrermangel, fehlende Fachräume, überfüllte Klassen und Unterrichtsausfall. In Hamburg regiert die SPD und anstatt etwas gegen die Schulmisere zu unternehmen, verschlechtert sie die Situation bewußt immer mehr, um Geld zu sparen, das den großen Kapitalisten dann als „Subventionen" in den Rachen geworfen wird.

Im Sinne der „Orientierung der Schüler auf die SPD" führten die Jusos Schleswig-Holsteins einen Schülerkongreß durch. Dieser Schülerkongreß sollte nicht dazu dienen, die Erfahrungen der einzelnen Schülergruppen zusammenzutragen, um auf dieser Grundlage ein gemeinsames Vorgehen an den Schulen zu besprechen. Der Schülerkongreß sollte ein reiner Jubelkongreß werden, auf dem die Landtagskandidaten sich dem künftigen Wähler zeigen, und wo sich die Jusos freuen sollten, daß es sie gibt.

So wurden aus allen Teilen des Landes Jusos zusammengekarrt. Eine Woche vorher hatte der Schülerunion-Kongreß stattgefunden, mit etwa 50 Leuten. Die Jusos wollten nun auf jeden Fall mehr sein.

Von mehreren Jusos hörten wir, daß sie erst am Anfang ihrer Arbeit an den Schulen steckten. Sie erhofften sich von dem Schülerkongreß Unterstützung für ihre weiteren Perspektiven. Da sollten sie bitter enttäuscht werden.

Die Jungsozialisten, die sich zu Wort meldeten, brachten entweder Beiträge, die durch eine hohe Abstraktion für die meisten Schüler unverständlich blieben und zumeist auch bloß inahltslose Phrasen waren („die Schule als vermeintlich abgesonderte Institution in den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang stellen, um auf diese Weise eine allgemein-politische Perspektive zu erarbeiten") oder aber sie verharmlosten in ihren Beiträgen die Situation an den Schulen so, daß sie für die fortschrittlichen Schüler gefährlich wurden. So wurde behauptet, daß die reaktionäre SV-Verordnung an sich gar nicht so schlimm sei, da die SPD 1975 die Landtagswahlen gewinnen werde und dann die SVV geändert werde. Die Schüler sollten also den Kampf gegen reaktionäre Gesetze lassen, weil die SPD das 1975 schon machen werde. Demnächst werden die Jusos uns wahrscheinlich auf das Paradies vertrösten wollen.

Auch das Vordringen der Reaktionäre an den Schulen wurde verharmlost. „Wenn erst die Juso-Schülergruppen kommen, spricht bald niemand mehr von der Schüler-Union". (Piczyk – Mitglied des Juso-Landesvorstandes.) Dieser Einschätzung folgend, hatten die Jusos auch gar nichts dagegen, daß die Reaktionäre der Schüler-Union und Vertreter des Kultusministeriums im Saal anwesend waren. Selbst der Landesvorsitzende der SU, Saurin, war anwesend. Die Möglichkeit, daß die Reaktionäre gekommen waren, um Spitzeldienste zu leisten, sahen die Jusos nicht. „Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber" (häufiggebrauchter Slogan der Jusos). Auf die Idee, die Reaktionäre an die Luft zu setzen, kam hingegen keiner.

„Wagten" es dagegen fortschrittliche Schüler inhaltlich zu einzelnen Fragen Stellung zu nehmen, wurden sie sofort als „Chaoten" beschimpft. Diesen Schülern wurde durch formale Tricks die Möglichkeit genommen, ihren Standpunkt darzustellen. Durfte die Juso-Prominenz so lange reden, bis die ersten einschliefen, hatten dagegen fortschrittliche Schüler nur drei Minuten Redezeit.

Die Juso-Häuptlinge hörten es nicht gerne, daß die SVV ihren Vorläufer im Hamburger SVG hat, das von Sozialdemokraten gemacht wurde. Vor dem Schülerkongreß hatten die Jusos zugesagt, daß Matthiessen (Ministerpräsidenten-Kandidat der SPD für Schleswig-Holstein) ver- Landesregierung die SVV zurücknehmen wird. Auf dem Schülerkongreß jedenfalls sprach Matthiessen dann nur noch von „Änderung". Als Genossen fragten, in welchen Punkten und zu wessen Gunsten geändert werden soll, wurden sie sofort wieder als Chaoten beschimpft. Den absoluten Höhepunkt leisteten sich die Jusos, als ein Genosse den „Offenen Brief" des SSB (= Sozialistischer Schülerbund, mit dem KB sympathisierend) an alle demokratischen und sozialistischen Organisationen verlesen wollte. Der Brief ruft auf zur Bildung einer gemeinsamen Kampffront von Demokraten und Sozialisten gegen das Vordringen der Reaktionäre an den Schulen. Dem Genossen wurde nach dreiminütiger Redezeit das Wort entzogen, obwohl offensichtlich war, daß ein vierseitiger „Offener Brief" nicht in drei Minuten zu verlesen ist.

Als danach ein zweiter Genosse seine Redezeit für das weitere Vorlesen des „Offenen Briefes" gebrauchen wollte, wurde ihm das untersagt!

Verhindert wurde vom Juso-Landesvorstand auch eine Solidaritäts-Resolution mit dem RBJ. (Dem RBJ wurde die staatliche Förderung vom Hamburger SPD/FDP-Senat entzogen – vergl. AK Nr. 52.) Möllner Jusos wollten eine entsprechende Resolution durch den Kongreß verabschieden lassen. Sie hatten eingesehen, daß der Angriff gegen den RBJ im Zusammenhang zu sehen ist mit den Disziplinierungsversuchen gegen die Jusos. Zunächst versuchte ein Mitglied des Juso-Landesvorstandes „gütlich" mit den Möllner Jusos zu reden. Der RBJ sei doch eine chaotische Organisation und außerdem Feind der Jusos. Mit diesen Leuten könne man doch keine Solidarität üben. Als die Möllner Jusos das nicht einsahen, sagte man ihnen ganz klar, daß die Resolution dem Kongreß nicht zur Abstimmung vorgelegt werde ! Basta.

Zwei weitere Beispiele machen das Bild des angeblich linken Juso-Landesvorstandes noch deutlicher.

Gerhard Bartel (Juso-Landesvorstand, zuständig für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Mitglied einer Tarifkommission usw.) rechtfertigte gegenüber einem KB-Genossen die Politik des Arbeitermörders Noske (SPD) mit der Behauptung, die Ermordung der Arbeiter müsse man aus der geschichtlichen Situation begreifen. Noske hatte in der Weimarer Republik die Erschießung von Arbeitern mit den Worten „Einer muß den Bluthund machen, ich scheue die Verantwortung nicht" angeordnet!

Der Juso-Landesvorsitzende Ebert hetzte auf der Kreiskonferenz der Lauenburger Jusos gegen den KB mit der Behauptung, der KB sei für die Wahl der Lehrer durch das Volk. Als Jusos ihn darauf hinwiesen, daß dies eine KBW-These sei, meinte Juso-Fürst Ebert, man müsse es ihm überlassen, wann er die einzelnen Gruppen „verwechsle" und wann nicht.

Die Jusos behaupten von sich, sie seien die SPD der 80-er Jahre. Einen „Bluthund" und einen demagogischen Propagandachef haben sie jedenfalls bereits.

Der Juso-Schülerkongreß hat erneut gezeigt, daß die Juso-Führung heute nicht bereit ist, an einer gemeinsamen Kampffront gegen die Reaktionäre teilzunehmen. Die Juso-Führung will jene Schüler, die zwar gegen die Reaktionäre sind, aber noch nicht an der Kampffront aller Demokraten, auch der Kommunisten, teilnehmen, an die SPD binden. Damit spaltet die Juso-Führung bewußt die einheitliche Front von Demokraten und Sozialisten und nützt damit dem weiteren Vordringen der Reaktionäre, und in deren Gefolge der Faschisten! Es wird unsere Aufgabe sein, dies den Juso-Mitgliedern und allen Schülern bewußt zu machen, um sie für ein gemeinsames Vorgehen gegen die Schüler-Union und andere reaktionäre Schülergruppen zu gewinnen.

In Mölln werden die Jungsozialisten ihre Konsequenzen ziehen. Sie werden weiterhin mit allen Demokraten und natürlich auch mit Kommunisten zusammenarbeiten . Der SPD werden sie den Rücken kehren, sie treten aus.

Die Orientierung auf die SPD ist keine Perspektive, verlassen wir uns in, allen Kämpfen auf die eigene Kraft. ●

KB/Ortszelle Mölln
(Nachfragen über: Arbeiterbuch Lübeck)

Westberlin:

In Spandau wird's laut!

Im Frühjahr '75 nimmt der neue Flughafen Tegel-Süd – Westberlins neues 413 Mio. DM Prunkstück – seinen vollen Betrieb auf. Der alte Flughafen Tempelhof war Ende der 60er Jahre zu klein für den gestiegenen Flugverkehr geworden.

Seit der Neu-Regelung des Transitverkehrs durch das Berlin-Abkommen und der Anhebung der Flugpreise ging das Luftfahrtaufkommen jedoch wieder zurück (laut „Tagesspiegel" („TSP") vom 23.10. zwischen '71 und '74 um 25%). Doch da steht nun das „Luftschloß" Tegel mit allen Schikanen ausgerüstet, wie Extra-Autobahnzubringer 6-spurig, überall kurze Wege für die Benutzer, Abfertigungsanlagen für Jumbos – und wird in naher Zukunft wohl kaum zur Hälfte ausgelastet sein! Deshalb will der Senat „die Attraktivität der Flüge" („TSP", 23.10.) erhöhen. Zu gut deutsch: noch höhere Subventionen für die Flüge von und nach Westberlin!

Westberlin braucht angeblich *„aus seiner politischen Lage einen eigenen Flughafen, der nicht von der DDR kontrolliert werden kann"* (SPD-Flugblatt).

Diese Politik des Antikommunismus („Frontstadt") kostet die westdeutschen und Westberliner Arbeiter zudem noch viel Geld. Denn von ihren Steuergroschen werden z.B. die besonderen Steuervorteile für die Kapitalisten aufrechterhalten, wird ein vollkommen unnützes, aber „repräsentatives" Kongreßzentrum für eine Milliarde DM bezahlt, werden die niedrigen Löhne in Westberlin künstlich per „Berlin-Zulage" denen der westdeutschen Kollegen „angeglichen". 10 Mio. DM mußten bezahlt werden, damit die alliierten Fluggesellschaften überhaupt nach Tegel umziehen.

Die „Frontstadt"-politik bringt im konkreten Fall Tegel-Süd außerdem noch Lärm und Dreck für die Anwohner in Spandau und Reinickendorf. Kaputt von der Arbeit können sich diese Kollegen dann auf Düsenlärm und -dreck „freuen", der ihre Gesundheit noch zusätzlich angreifen wird; ihre Kinder können nicht mehr in Ruhe an der Luft spielen. Wenn der „Verbesserungs"-plan der SPD Wirklichkeit wird, die Flugrouten Richtung Westen über der Havel nach Norden abknicken zu lassen, heißt das Lärm in den nördlichen Außenbezirken und in den Erholungsgebieten!

Dagegen haben sich acht Initiativen in Spandau zusammengeschlossen, die am 19.10. eine Demonstration mit ca. 400 Menschen machten. Ihre Forderungen: Striktes Nachtflugverbot zwischen 22 und 7 Uhr; Flüge streichen, um andere besser auszulasten; Streichung aller Flugverkehr-Subventionen; Ausbau der Schienenwege in die BRD; der Senat soll alle Pläne für ein Luftkreuz (West-)Berlin fallen lassen.

Auf unser Erscheinen bei der Demonstration reagierten einzelne Mitglieder der Initiative, in der auch SEW und Spontis mitarbeiten, sehr sauer. Sie meinten, daß die Teilnahme von Kommunisten nur „Bürger davon abhalten" würde, sich der Initiative gegen den Fluglärm anzuschließen.

Allerdings müssen wir auch an uns kritisieren, daß wir uns bisher zu wenig um Kontakt zu der Initiative bemüht haben. Dieser Artikel soll dazu ein Anfang sein. Wir halten die Forderungen der Initiative für richtig. Denn Streichung der Subventionen für Flüge und Ausbau der Schienenwege führen weg von der „Frontstadt" zu einem Verkehr, der auf den kurzen Strecken wie nach Hamburg oder Hannover genauso schnell ist, und zudem lange nicht so stark die Umwelt verseucht. Dafür müssen wir einen langen und beharrlichen Kampf führen, denn der Senat wird seine „Frontstadt"-politik nicht aufgeben wollen. ●

Ein Genosse der Stadtteilgruppe West des KB / Westberlin

„Kein Bleiwerk in Marckolsheim! Kein Kernkraftwerk in Wyhl!"

In der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF wurde über den Kampf gegen die Errichtung eines Bleiwerks der CWM (Chemische Werke München) in der französischen Gemeinde Marckolsheim berichtet. Dieser Kampf, der von zehn französischen und elf westdeutschen Bürgerinitiativen getragen wird, richtet sich aber nicht nur gegen das CWM-Bleiwerk, sondern auch gegen den Bau eines Kernkraftwerks (KKW) in Wyhl, auf westdeutschem Boden. Wir wollen den Artikel aus dem letzten AK durch einige Informationen ergänzen, die uns von Genossen aus Pforzheim zugeschickt wurden.

Die baden-württembergische Landesregierung, die die Gesundheitsgefährdung und Naturschädigung (badisches Weinbaugebiet!) durch das geplante CWM-Werk zunächst heftig heruntergespielt hatte, äußert inzwischen selbst *„schwere Bedenken"* und erklärt sich *„erfreut über die bürgerschaftlichen Initiativen"* (CDU-Ministerpräsident Filbinger und Wirtschaftsminister Eberle).

Aber der Zweck dieses „. inneswandels" liegt darin, durch die „schweren Bedenken" gegen das Bleiwerk in Marckolsheim vom Bau des KKW in Wyhl abzulenken. Filbingers Überlegung ist, daß sich die Lage *„ganz schnell entspannen"* werde, wenn das Bleiwerk nicht gebaut wird (wobei er insgeheim auch für das Bleiwerk vielleicht hinzudenken mag: aufgeschoben ist nicht aufgehoben).

„non a CWM": „Nein zu den Chem. Werken München" —

„non a CWM": „Nein zu den Chem. Werken München" —

Es scheint jedoch, daß Filbinger mit dieser schwäbischen List den badischen und elsässischen Kampfwillen vorerst nicht übertölpeln konnte: Als Wirtschaftsminister Eberle die Genehmigung für das Atomkraftwerk in Wyhl bekanntgab, begannen sofort neue und heftige Demonstrationen. Die Bauplatzbesetzer bekräftigten, daß ihre Forderung nach wie vor ist: **„Kein Bleiwerk in Marckolsheim! Kein Kernkraftwerk in Wyhl!"**

Überdies sind die neuerlichen „schweren Bedenken" der baden-württembergischen Landesregierung gegen das Bleiwerk im französischen Marckolsheim auch keineswegs schon ein Indiz dafür, daß die Baupläne nunmehr aufgegeben werden.

Die kapitalistischen Interessen, die dahinter stehen, sind ziemlich stark. Nicht nur, daß aus dem Elsaß überhaupt ein neues großes Industriegebiet mit westdeutscher Kapitalbeteiligung (vor allem Groß- und Grundstoffindustrie) gemacht werden soll. Sondern CWM wurde bereits einmal durch 9-monatige Besetzung eines Baugeländes bei St. Avold zum Rückzug gezwungen, und der Platz bei Marckolsheim scheint gegenwärtig die einzige „Ausweichmöglichkeit" in dieser Gegend, wo CWM ein Bleiwerk errichten kann. Und ein zweites Mal wird diese Firma wahrscheinlich etwas stärker für die Verwirklichung ihrer Pläne kämpfen; vor allem, weil von der französischen Regierung recht günstige Bedingungen dafür bereitgestellt werden: so erhält das westdeutsche Kapital z.B. in den ersten fünf Jahren eine hundertprozentige Befreiung von der Gewerbesteuer, außerdem billiges Industriegelände, das die französischen Gemeinden bis zu 25 % unter dem Einstandspreis verkaufen dürfen, Abschreibungsmöglichkeiten des Einstandspreises der Anlagen bis zu 15 % und Zuschüsse in Höhe von 25 %.

Im französischen Colmar gibt es zu diesem Zweck allein neun Gesellschaften, die sich mit Fragen der Industrie-Erschließung befassen. Für ihren Plan, hier ein neues Industriezentrum entstehen zu lassen, bieten die Regierungsstellen und Behörden den Kapitalisten auch mit dem Rheinseitenkanal und dem Bau einer neuen Eisenbahn-Schnellstrecke gute Transportbedingungen. Am Hoch- und Oberrhein sind zudem insgesamt 13 Kernkraftwerke geplant; davon allein 9 in der Region um Basel.

Die Bewegung, die sich nun gegen das Bleiwerk in Marckolsheim und das KKW in Wyhl entwickelt hat, hat verschiedene Elemente. Zum einen zeichnet sie sich durch ihren großen Kampfwillen und ihre Breite aus. Zu den Kundgebungen des „Internationalen Komitees der Bauplatzbesetzung" finden sich durchschnittlich 3.000 bis 5.000 Menschen aus den umliegenden Dörfern zusammen. 10.000 Leute haben sich bereits als Besetzer in das „Goldene Blei-Buch" eingetragen.

In Marckolsheim mußte der Bürgermeister (er ist Besitzer einer Kiesgrube und Befürworter des Bleiwerks) zurücktreten, nachdem bei den Gemeinderatswahlen 70 % der Stimmen auf die Liste der Umweltschutzgruppe entfielen. Zum neuen Bürgermeister wurde der Vorsitzende der örtlichen Bürgerinitiative gewählt. Im Nachbardorf Mackenheim hat der Gemeinderat dem Bau eines Chemiewerks des Bayer-Konzerns zugestimmt. Inzwischen wurden über Nacht symbolisch sieben Galgen vor dem Rathaus errichtet: für jeden, der dafür gestimmt hat.

Zum anderen sind die Interessen innerhalb dieser Bewegung aber durchaus nicht einheitlich. In einer Erklärung der 21 badischen und elsässischen Bürgerinitiativen heißt es beispielsweise:

„Weil wir gelernt haben, daß die Regierung in dieser Sache nicht neutral ist; daß Ministerpräsident und Wirtschaftsminister (gemeint sind Filbinger und Eberle von Baden-Württemberg; d.Red.) *im Aufsichtsrat des Energieunternehmens sitzen, ..., haben wir beschlossen, die vorgesehenen Bauplätze für das Atomkraftwerk in Wyhl und das Bleiwerk in Marckolsheim gemeinsam zu besetzen, sobald dort mit dem Bau begonnen wird* (der erste Bautrupp von CWM ist inzwischen wieder abgerückt, wobei sich einige der Arbeiter mit den Besetzern solidarisierten; d. Red.). *Wir sind entschlossen, der Gewalt, die uns mit diesen Unternehmen angetan wird, solange passiven Widerstand entgegenzusetzen, bis die Regierungen zur Vernunft kommen".*



Immerhin geht daraus hervor, daß die Bürgerinitiativen ihren Kampf richtigerweise sowohl gegen die betreffenden Kapitalisten als auch die Regierungen richten – wenngleich kaum anzunehmen ist, daß eine bürgerliche Regierung j e m a l s „zur Vernunft" gebracht werden kann.

Demgegenüber stehen aber beispielsweise auch Erklärungen, wie sie von Repräsentanten des „Weinbauverbandes Gebiet Kaiserstuhl-Tuniberg" herausgegeben werden.

Dort wird auch gegen die Errichtung des für den Weinbau schädlichen Bleiwerks protestiert und *„äußerste Besorgnis"* geäußert; weiter heißt es dann jedoch:

„Dankend erkennen wir an, daß vor allem der Regierungs-Präsident Dr. Person und auch der Ministerpräsident Dr. Filbinger sowie die Landtags- und Bundestagsabgeordneten unsere Besorgnis und Bedenken zum Anlaß genommen haben, sich ihrerseits auf allen politisch möglichen Wegen für unser Anliegen zu verwenden".

Tatsächlich besteht von Seiten der Verbandsspitze – in der Regel Großagrarier (die ihr Schärflein im Trockenen haben), gleichzeitig CDU-Parteigänger – das Interesse, die Protestbewegung und die Masse der existenzbedrohten Kleinbauern an das Vertrauen in Parlament und Regierung zu b i n d e n, statt sie davon zu l ö s e n – und noch dazu an das Vertrauen in den gleichen CDU-Ministerpräsidenten Filbinger, der gleichzeitig Aufsichtsrat in dem Energieunternehmen ist, gegen das sich der Protest der Bevölkerung richtet.



Besetzung des Bauplatzes von CWM

Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an die Kampfaktionen, die im Sommer vorigen Jahres gegen den Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range (in Niedersachsen, nahe der holländischen Grenze) stattgefunden haben.

Dort ist es bürgerlichen Politikern (der CDU!) durch allerlei Manöver gelungen, sich an die Spitze der Protestbewegung zu stellen, um diese dann ergebnislos in parlamentarischen Bahnen versickern zu lassen.

Daß solche Manöver auch im Badischen schon im Gange sind, spricht z.B. die „Frankfurter Rundschau" vom 15.10. recht offen aus:

„ ... anstelle der Polizei kommen jetzt die Politiker aus Parteien und Verbänden, um sich zu Wortführern der Bewegung zu machen und nebenbei an der Popularität der Sache teilzuhaben. Besonders starke Worte findet inzwischen die baden-württembergische Landesregierung gegen die Bleigefahr".

Siehe das oben wiedergegebene Zitat von Eberle, der sich *„erfreut über die bürgerschaftlichen Initiativen"* zeigte – der gleiche Minister, der wenig zuvor noch davon sprach, daß hier *„Minderheiten lautstarker und gewalttätiger Extremisten"* tätig seien.

Vor solchen Reaktionären, die sich der Protestbewegung nunmehr anempfehlen, werden sich die Badenser und Elsässer hüten müssen, wenn ihr Kampf nicht erfolglos bleiben soll. ●

KB/Gruppe Frankfurt



Übersetzung der französischen Parolen auf den Fotos:

„chantier interdit au public": entspricht: Betreten der Baustelle verboten (Schild der Baufirma bzw. der zuständigen Behörde)

„il faut desobeir a l'injustice": Man darf dem Unrecht nicht gehorchen (Antwort der Besetzer auf dieses Schild)

„la democratie a du plomb dans l'aile":
als Redewendung heißt das: „Die Demokratie ist übel dran"
in diesem Fall kann das aber auch wörtlich gemeint sein (einer der Besetzer, der deutsch sprach, hat uns die wörtliche Übersetzung gegeben)
Dann heißt die Parole: „Die Demokratie hat Blei im Flügel"

Erklärung der 21 Bürgerinitiativen an die badisch-elsässische Bevölkerung

Weil wir wissen

- *daß das geplante Atomkraftwerk bei Wyhl, sein Atom-Müll und seine künftige Ruine unser Land und unser Leben gefährden*
- *daß der Betrieb des Atomkraftwerks und der nachfolgenden Industrie das Klima so verändert, daß den Landwirten, vor allem den Winzern, die Existenz zerstört wird und sie als billige Arbeitskräfte in die Fabrik gehen müssen*
- *daß die Atomingenieure keinen Schutz bieten können gegen Verseuchung der Luft, die wir atmen, des Wassers, das wir trinken, der Pflanzen und Tiere, die wir essen*
- *und weil wir nicht abwarten können, bis die Katastrophe da ist*

Weil wir sehen

- *daß diese fahrlässigen Pläne nicht uns, sondern der Atomindustrie nützen, die unsere Existenz für ihre Profite aufs Spiel setzt*
- *daß wir belogen werden mit Parolen wie „Entweder Fortschritt oder Umweltschutz" – Den Fortschritt schaffen wir mit unserer Arbeit. Wir lassen uns nicht einen „Fortschritt" der Selbstzerstörung aufzwingen.*
- *daß die Kernkraftwerkspezialisten von der Atomindustrie bezahlt sind und deshalb Illusionen verbreiten über „saubere Arbeitsplätze auf Lebenszeit", obwohl sie es besser wissen müßten*
- *und weil wir nicht warten können, bis diese Illusionen explodieren*

Weil wir gelernt haben,

- *daß die Regierung in dieser Sache nicht neutral ist; daß Ministerpräsident und Wirtschaftsminister im Aufsichtsrat des Energieunternehmens sitzen; daß sie selbst Reklame machen für Atomstrom*
- *daß die Regierung neutrale Wissenschaftler abwertet, die Bürgerinitiativen, d.h. die Selbstorganisation der Bevölkerung, bekämpft, und die Bevölkerung täuscht*
- *daß sie ihre Pläne notfalls mit Gewalt und gegen den Protest von fast 100 000 Einsprechern durchsetzen will*
- *daß wir jetzt unsere Interessen nur noch selber, gemeinsam und entschlossen vertreten können*
- *und weil wir nicht dulden, daß unser Recht derart mißachtet wird*

Weil wir wissen

- *daß die Produktion auf der Basis von Blei, wie sie von den Chemischen Werken München in Marckolsheim geplant wird, eine große Gefahr darstellt für Menschen, Tiere und Pflanzen*
- *daß die Behörden nicht imstande sind, unsere Umwelt vor der Verseuchung zu schützen*
- *daß die Baugenehmigung erteilt wurde, ohne vorher umfassende Gutachten einzuholen*
- *daß die von der Verwaltung angekündigten Maßnahmen die Gefahren nicht vermindern, sondern nur verbergen*
- *daß die deutsche Bevölkerung, die es auch angeht, gar nicht gefragt wurde*

Weil wir sehen

- *daß die Ärzte und zuständigen Wissenschaftler immer wieder einhellig auf die Gefahren hinweisen, die von der Bleiindustrie ausgehen*
- *daß nicht einmal die gegenwärtigen Umweltschutzgesetze eingehalten werden*
- *daß der ausgeschiedene Staub von Bleihütten Katastrophen hervorruft; Nordenham, Stolberg . . .*
- *daß gegen diese Fälle meistens keine vorbeugenden Maßnahmen getroffen wurden, und wenn, dann nutzlose*

Weil wir gelernt haben,

- *daß die sogenannte „Untersuchung des öffentlichen Nutzens" nur einen blassen Anschein von Demokratie hat*
- *daß die Behörden die Ansicht der Bevölkerung überhaupt nicht berücksichtigen*
- *daß wir alle jetzt verantwortlich handeln und die Zukunft unserer Kinder verteidigen müssen*

Deshalb haben wir beschlossen, die vorgesehenen Bauplätze für das Atomkraftwerk in Wyhl und das Bleiwerk in Marckolsheim gemeinsam zu besetzen, sobald dort mit dem Bau begonnen wird.

Wir sind entschlossen, der Gewalt, die uns mit diesen Unternehmen angetan wird, solange passiven Widerstand entgegenzusetzen bis die Regierungen zur Vernunft kommen.

Jugendzentrum Reinbek:

Der Kampf geht weiter

Wir berichteten bereits in ARBEITERKAMPF 46 über die Entwicklung des Jugendzentrums Reinbek und die drohende Schließung. Nach monatelangen Hinhaltemanövern wurde jetzt auf zwei Stadtverordnetenversammlungen die endgültige Räumung des JZ beschlossen. Offizielle „Begründung": die überhöhten Mietforderungen des Hausbesitzers.

Diese Stadtverordneten-Versammlungen wurden unter Polizeischutz durchgeführt, da das rege Interesse der Jugendlichen für die Herren Stadtverordnete nichts Gutes verhieß: Die Versammlungen wurden von 100 bzw. 140 Reinbekern besucht.

Als schließlich der Antrag der CDU angenommen wurde, den Jugendlichen „als Ersatz" eine Baubaracke mit 120 qm zur Verfügung zu stellen, platzte den Jugendlichen der Kragen: Sie forderten sofortige Diskussion des Beschlusses. Die Stadtverordneten weigerten sich, drohten bei anhaltenden Protesten, den Saal durch die Polizei räumen zu lassen – schließlich brachen sie die Versammlung ab.

Die Hetze, die anschließend gegen die Jugendlichen betrieben wurde, allen voran Springers „Bergedorfer Zeitung" und die CDU, wurde durch die Anzeige gegen ein Vorstandsmitglied des JZR „abgerundet".

CDU als Speerspitze gegen das JZ-Reinbek

An Angriffen gegen das JZ hat es im letzten Vierteljahr nicht gefehlt. Während führende CDU-Vertreter die weitere finanzielle Unterstützung von einer verstärkten Kontrolle durch die Stadt-Bürokratie abhängig machten, behauptete die CDU in der Öffentlichkeit, für die Beibehaltung der Selbstverwaltung einzutreten.

Gleichzeitig verlangte sie aber vom JZ eine „Distanzierung" von Stellungnahmen des KB und RBJ zum JZ. Dies wurde aber vom JZ öffentlich zurückgewiesen, indem klargestellt wurde, daß allein die Stellung zu den Interessen der Jugendlichen für die Arbeit des JZ ausschlaggebend ist für die Beurteilung der Mitarbeiter bzw. politischer Organisationen. In einem Flugblatt heißt es dazu u. a., daß *„sich nur diese Organisationen* (gemeint: KB und RBJ) *um eine richtige Darstellung sowie um eine wirkliche Unterstützung unserer Arbeit bemüht haben. Von der Reinbeker CDU können wir das ... jedenfalls nicht behaupten".*

serer Arbeit bemüht haben. Von der Reinbeker CDU können wir das ... jedenfalls nicht behaupten".

Besonders im Magen liegt den bürgerlichen Parteien die Zeitung des JZ „Die Zange", die sich über die Arbeit des JZ hinaus mit den Problemen der Reinbeker Jugendlichen befaßt und zu wichtigen kommunalpolitischen und allgemeinpolitischen Themen Stellung nimmt. Die CDU bezeichnet sie als „kommunistische Propaganda" und lehnt eine finanzielle Unterstützung der „Zange" durch die Stadt ab. Die erste Ausgabe dieser Zeitung, für die laut CDU „kein Bedürfnis in Reinbek" besteht, wurde inzwischen in über 1000 Exemplaren verkauft!

SPD in „Opposition"

Die SPD macht sich weiterhin – in Worten – zur Fürsprecherin des bisherigen JZ. Die Taten dieser „Volksvertreter" sehen indessen anders aus:

- die Ablehnung der Bezuschussung der „Zange" durch die Stadtverwaltung wurde mit Hilfe von Satzungstricks und Täuschungsmanövern durchgeführt, an denen sich a l l e bürgerlichen Parteien beteiligten;
- die SPD fordert für das JZ 3 Fertig-Klassenräume, Kosten ca. 210.000 DM. Gleichzeitig gibt sie aber der CDU „Argumente" in die Hand, dies abzulehnen, indem sie über die „angespannte Finanzlage Reinbeks" jammert;
- eine praktische Unterstützung der JZ-Arbeit kommt für die SPD selbstverständlich nicht in Frage.

Das Beispiel des DGB-Ortskartell (fast ausschließlich SPD-Mitglieder) zeigt deutlich, daß sich diese Leute nur melden, wenn sie sich davon etwas für ihren Laden versprechen. Eine gemeinsame Veranstaltung von DGB und JZ sollte die brachliegende Arbeit mit Jungarbeitern und Lehrlingen aus Reinbek voranbringen. Auf der Veranstaltung wurde ausgiebig über die inhaltlichen Vorstellungen einer solchen Arbeit diskutiert, wobei auch das Konzept des DGB-Jugendfunktionärs kritisiert wurde, der die Arbeit wesentlich auf das Büffeln von Paragraphen des Jugendarbeitsschutzgesetzes beschränken wollte. Obgleich sich einige Interessierte für die weitere Arbeit meldeten, ließ der DGB nichts mehr von sich hören.

Stadtbürokratie hilft mit

Mit der Zuspitzung der Angriffe wurden dem JZ von der Stadtverwaltung immer mehr Steine in den Weg gelegt.

So plante das JZ, gegen das reaktionäre Schützenfest, das sich die Stadt immer reichlich Geld kosten läßt, eine „JZ-Olympiade" auf Reinbeks Straßen zu organisieren. Dies sollte ein Volksfest werden, an dem alle Altersstufen sich beteiligen sollten. Getränke und Essen sollten im Gegensatz zum Schützenfest zum Selbstkostenpreis abgegeben werden. Gleichzeitig sollte breit über die Arbeit des JZ informiert werden.

Die Stadtverwaltung machte undurchführbare Auflagen:

- Aufstellen von sanitären Anlagen;
- das Fest dürfte nur auf dem Fußweg stattfinden.

Als das JZ anbot, gemeinsam mit dem Ordnungsamt geeignete Strassenzüge auszusuchen, sowie über die Auflagen zu diskutieren, hatte der Beamte „Wichtigeres zu tun". Auf die ganz andere Behandlung des Schützenfestes hingewiesen, meinte er, dies sei ja auch im Interesse der Bevölkerung (!). Als schließlich vom JZ alle Vorbereitungen abgeblasen worden waren, erklärte sich das Ordnungsamt plötzlich „verhandlungsbereit".

Ein weiteres Beispiel für dies Vorgehen ist die Auflage an das JZ, ihre Plakate an öffentlichen Gebäuden zu entfernen, nachdem es über 1 Jahr zum „Brauch" gehörte, hier zu plakatieren.

Ähnlich bei einem Chile-Transparent, das das JZ während einer Chile-Woche aus seinen Fenstern hängte. Es wurde ihm die Auflage erteilt, dies sofort zu entfernen (Begründung: genehmigungspflichtiges Plakatieren). Die herbeieilenden Polizisten, die diese Auflage durchsetzen wollten, wurden „nach Hause geschickt", als sie nichts „Amtliches" vorlegen konnten. Das Ordnungsamt meldete sich nicht wieder.

Falsche Taktik?
Daneben wird immer wieder ver-

Falsche Taktik?

Daneben wird immer wieder versucht, den Spaltpilz in das JZ hineinzutragen. So versuchen gerade eine Reihe von „Freunden" aus der SPD oder FDP, die in Gesprächen mit Jugendlichen vor Honig triefen, in den parlamentarischen Gremien aber keinen Finger für sie krümmen, die JZR-Mitglieder zum „Zurückstecken" zu bewegen. „Verständnis" heuchelnd wollen sie die „Gutwilligen" ausspielen gegen jene Kräfte im JZ, denen es „gar nicht um die Sache" gehe (die „Funktionärsclique", wie die CDU sagt). Einen gewissen „Erfolg" konnten diese Kräfte für sich verbuchen, da das Auftreten auf der letzten Stadtverordnetenversammlung unter den anwesenden Jugendlichen nicht ungeteilte Zustimmung fand.

Wie geht es weiter?

Das „Angebot" der Stadt, die Baubaracke, hat nur etwa die Hälfte der Fläche des bisherigen JZ. Das macht größere Veranstaltungen unmöglich. Ein zusätzlicher Anbau von ca. 60 qm (Kosten ca. 10.000 DM) wurde von der CDU abgelehnt. Nachdem der Magistrat bereits am 10. Mai beauftragt wurde, gleichwertige (!) Ersatzräume zu beschaffen, ist offensichtlich, daß mit diesem „Angebot" die Jugendlichen jetzt, 4 Wochen vor der Räumung des alten JZ, vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollen. Zur Zeit ist darüber hinaus noch offen, ob die Räumlichkeiten dem Verein JZ unter den alten Bedingungen übergeben werden. Die CDU machte sogar den irren „Vorschlag", 2 Räume mit zusammen ca. 50 qm in einem entlegenen Ortsteil von Reinbek zur Verfügung zu stellen, der Busverkehr ruht hier bereits um 20 Uhr!!

Auch der jetzige Vorschlag ist ein gezielter Versuch, die Jugendarbeit des JZ zu liquidieren. Zu den politischen Veranstaltungen, Filmabenden, Diskotheken u. a. kamen immer zwischen 70 und 250 Jugendliche. Gerade hier war die Möglichkeit gegeben, mit größeren Kreisen von Jugendlichen in Kontakt zu treten, mit ihnen die Arbeit des JZ zu diskutieren. Diese Möglichkeiten sollen jetzt genommen werden, die Arbeit soll auf kleine „interne" Zirkel beschränkt werden. So werden größere Veranstaltungen nur noch durch Anmieten von Räumen möglich sein.

Notgedrungen hat sich das JZ in einem Flugblatt bereit erklärt, die neuen Räumlichkeiten unter Protest anzunehmen, *„um dort mit Jugendlichen und Eltern den Kampf um ein Jugendzentrum in Reinbek zu organisieren".*

Diese Auseinandersetzung mit der Stadt muß genutzt werden, um die bestehenden Ansätze der Jugendarbeit breiter zu verankern. Das JZR hat sich zur Aufgabe gesetzt, zu den verschiedensten Problemen der Jugendlichen Stellung zu nehmen und die bestehenden Ansätze fortschrittlicher Jugendarbeit zu unterstützen. Ein wichtiges Mittel hierzu ist seine Zeitung, die „Zange", die diese Probleme aufgreift und Wege diskutiert, um diese Probleme zu lösen. Gleichzeitig muß sie die Erfahrungen, die die Jugendlichen mit dem bürgerlichen Staatsapparat machen, aufnehmen.

Als konkrete Schritte zur breiteren Öffentlichkeitsarbeit sind in der nächsten Zeit geplant:

- eine Veranstaltung zum Lehrstellenangebot und zur betrieblichen Ausbildungssituation;
- eine Veranstaltung mit Eltern, wo anhand der bisherigen Arbeit und der Probleme der Jugendlichen die Bedeutung des JZ auch für die Eltern diskutiert werden soll. Denn nur, wenn wir die Forderung nach einem JZ auch zu einer Forderung der Eltern machen, wird die Basis für einen erfolgreichen Kampf gelegt;
- zur weiteren Arbeit gehört auch die Zusammenarbeit mit einer Initiative für ein Kinderzentrum, die mit der Stadt ähnliche Erfahrungen wie das JZ gemacht hat. Ihre Forderung muß über das JZ öffentlich gemacht werden und in einer Auseinandersetzung um die verschiedenen Erziehungsmodelle müssen die Inhalte dieser Arbeit genauer bestimmt werden;
- ein weiterer wichtiger Schritt ist die Verstärkung der überregionalen Arbeit. Der bisherige Erfahrungsaustausch mit anderen Initiativen krankt daran, daß die Diskussionen auf diesen Treffs zum größten Teil ohne praktische Auswirkungen auf die einzelnen Initiativen blieben. Erfahrungsberichte, um diese Umsetzung der Diskussion zu verfolgen, wurden kaum erstellt. Hier ist noch einiges zu tun.

Gleichzeitig versucht das JZR aber heute schon, auf die Koordinierungstreffs für die schleswig-holsteinischen JZ-Initiativen einzuwirken. Ein Mangel dieser Treffs war bisher, daß sie sich vorwiegend auf organisatorische Fragen beschränkten. Gerade der überregionale Austausch von Erfahrungen kann zu einer Stärkung der JZ-Bewegung insgesamt beitragen und damit auch zur Stärkung der einzelnen JZ in ihrem Kampf. ●

Ortszelle Reinbek der Bezirksgruppe Bergedorf



arbeiterbuch
Politische Buchhandlung
2 Hamburg 13 · Grindelhof 45 · Telefon 45 38 01

Literatur und Musik zu den Klassenkämpfen in Italien

Zu den Klassenkämpfen in Italien gibt es sehr viel Literatur. Vor allem die beiden Verlage Trikont und Merve (nach dem eigenen Selbstverständnis spontaneistisch orientiert) haben mehrere Bücher und Broschüren herausgebracht, die die verschiedenen Organisationen und Gruppen der italienischen Linken zur Sprache kommen ließen. So läßt sich über die Broschürenreihe vom Merveverlag ansatzweise auch die Entwicklung der wichtigsten italienischen Gruppen (Lotta Continua, Avanguardia Operaia, Potere Operaio) und ihre unterschiedliche Politik verfolgen. Einen weiteren Schwerpunkt in der Literatur über Italien bilden Texte und Nachdrucke über die italienische Arbeiterbewegung vor dem zweiten Weltkrieg und Texte von Togliatti und Gramsci.
Bedauerlicherweise fehlt ausführlichere Literatur über die gesamte Entwicklung in Italien nach 1945 (mit Ausnahme eines Revibuches), über die Strategie der italienischen Bourgeoisie insgesamt, ihre Putschpläne bzw. Putschvorbereitungen, über die Stellung Italiens in der EWG und eine Analyse der Politik der italienischen Bourgeoisie in dieser Hinsicht. Was Putschvorbereitungen usw. betrifft, so sind diese in der Broschüre „Von Pinelli zu Feltrinelli" und in mehreren Artikeln des ARBEITERKAMPF ausführlicher behandelt worden. Das spiegelt natürlich auch ein unterschiedliches Herangehen an die Probleme des Klassenkampfes in Italien wieder.
Außer den Büchern zu den Klassenkämpfen in Italien haben wir im ARBEITERBUCH auch noch viele Platten. Da die Klassenkämpfe in Italien viel weiterfortgeschritten sind als in der BRD und sich eine ungleich größere Anzahl von Arbeitern aktiv an den Kämpfen beteiligt, ist es klar, daß auch in diesen Kämpfen viele neue Arbeiterlieder entstehen. Unser italienisches Plattenprogramm gibt eine Auswahl davon wieder.
Im folgenden geben wir eine Auswahl der wichtigsten Titel, untergliedert nach Oberbegriffen:

1. Texte von Lotta Continua:

Bisher haben wir gebellt Jetzt wird's Zeit zum Beissen Zur Klassensituation in Italien: Vor und nach dem Referendum	DM 7,-
Arbeiterautonomie in Westdeutschland	DM 5,70
Chile: Unsere Pariser Kommune Alle drei Texte erscheinen in der Lotta-Reihe von Politladen	
Zur Organisation und Strategie von Lotta Continua Merveverlag	DM 5,-
Nehmen wir uns die Stadt Beiträge von Lotta Continua zur „Totalisierung der Kämpfe" Trikont	DM 7,80
Lotta Platte: 12. Dezember und verschiedene kleine Platten	DM 22,-

2. Texte von und über die revolutionären italienischen Gruppen:

Partei und Klasse. Eine Diskussion zwischen Jean-Paul Sarte und Il Manifesto

Partei und Klasse. Eine Diskussion zwischen Jean-Paul Sarte und Il Manifesto Merveverlag	DM 3,-
Notwendigkeit des Kommunismus Die Plattform von Il Manifesto	DM 5,-
Mario Tronti (Richtung von Potere Operaio): Extremismus und Reformismus	DM 4,-
Rossana Rossanda: Der Marxismus von Mao Tse Tung Merveverlag	DM 2,-
Classe e Stato: Die Dialektik von Partei und Massen in der chinesischen Theorie (Bericht eines FIAT-Arbeiters über die Arbeitsorganisation in der chinesischen Fabrik)	DM 2,-
Il Manifesto: Für eine organisierte politische Bewegung Merveverlag	DM 4,-
Il Manifesto: Thesen zur Schul- und Hochschulpolitik Merveverlag	DM 5,-
Toni Negri (Generalsekretär von Potere Operaio): Zyklus und Krise bei Marx	DM 5,-
Sergio Bologna u.a.: Techniker als Produzenten und als Produkt (Untersuchung an Hand aktueller italienischer Beispiele der Rolle der Techniker in den Klassenkämpfen)	DM 3,-
Bologna/Cacciari: Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Organisationsfrage	DM 7,-
Toni Negri: Krise des Planstaats, Kommunismus und revolutionäre Organisation	DM 5,-
E. Masi: Kritik und Selbstkritik der neuen Linken	DM 4,-
Mariarosa Dalla Costa/Selma James: Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft	DM 5,-
Serafini/Magri/Pintor: Die Einheit der Klassenlinken herstellen Nationale Arbeiterkonferenz von Il Manifesto	
Mughini: Die KP Italiens und die nichtreformistischen Gruppen	DM 2,50
Woher kommen die richtigen Ideen der Menschen: Eine Kontroverse zwischen Manifesto und Lotta Continua	DM 2,30
Potere Operaio: Was ist Arbeitermacht ?	DM 1,50
CGIL/CISL: Zur Geschichte und Theorie der italienischen Gewerkschaftsbewegung seit 1954, 2 Bände (In diesen beiden Bänden stellen Vertreter der beiden größten italienischen Gewerkschaften die Positionen der beiden Gewerkschaften zu den wichtigsten politischen Fragen und zur geschichtlichen Entwicklung der italienischen Gewerkschaften nach 1945 dar. Eine ähnlich komprimierte Darstellung der Gewerkschaftspolitik und der Gewerkschaftsgeschichte Italiens existiert sonst nicht.)	je DM 7,-
Avanguardia Operaia: Die Konzeption der proletarischen Partei bei Lenin Trikont	DM 5,80
Quaderni Rossi: Arbeiteruntersuchung und kapitalistische Organisation der Produktion trikont	DM 7,80
Regini/Reyneri: Akkordlohn, Qualifikationen als Kampfinhalte italienischer Arbeiter trikont	DM 11,80

Was wir brauchen, müssen wir uns nehmen (Ein Buch über die multinationale Betriebsarbeit der Gruppe „Arbeitersache" München)	DM 6,80
Tagebuch eines Betriebskampfs (von Genossen der ‚Assemblea Autonoma' von Alfa Romeo) trikont	DM 6,80
Balestrini: Wir Wollen alles Roman der FIAT-Kämpfe	DM 7,80

Sonstige Bücher zu den Klassenkämpfen in Italien:

Die Bankräuber aus der Barriera
Die Lebensgeschichte des Revolutionärs Sante Notarnicola
trikont-Roman auf dem Hintergrund der Klassenkämpfe
in Italien in den 50er und 60er Jahren

Über die Thesen des X. Parteitages der PCI (Kritik der albanischen Genossen an den italienischen Revisionisten von 1962)	DM 3,25
Die Bankräuber aus der Barriera Die Lebensgeschichte des Revolutionärs Sante Notarnicola trikont-Roman auf dem Hintergrund der Klassenkämpfe in Italien in den 50er und 60er Jahren	
Romano Alquati: Klassenanalyse als Klassenkampf: Arbeiteruntersuchungen bei Fiat und Olivetti Fat 4044	DM 11,80
Helga Koppel: Klassenkämpfe in Italien heute Verlag marxist. Blätter 52 (Revisionistische Darstellung der Klassenkämpfe in Italien seit 1969 mit einem Überblick über die Entwicklung seit 1945)	DM 4,-
Kursbuch 26: Einziges Thema: Klassenkämpfe in Italien	DM 7,-
Pino Ferraris: Die 100 Tage von Reggio Bericht über einen Aufstand in Süditalien: Rotbuch 35 (Hier geht es um den bekannten Streit, welche Stadt Hauptstadt einer süditalienischen Provinz werden soll. Dabei wird die üble Rolle der Faschisten herausgearbeitet)	DM 4,50
Klassenkämpfe und Repression in Italien am Beispiel Valpreda herausgegeben vom Sozialistischen Büro in Offenbach	DM 5,-
Heiner Boehncke/Jürgen Humburg: Wer verändert die Schule? Schulkämpfe in Italien, roro (Darstellung der Schulsituation in Italien und der wichtigsten Kämpfe seit 1970)	DM 4,80

Literatur zu den Klassenkämpfen in Italien vor 1945:

Karin Priester: Der italienische Faschismus: Ökonomische und ideologische Grundlagen Pahl Rugenstein	DM 14,80
Antonio Gramsci: Briefe aus dem Kerker Fischer	DM 6,-
Christian Riechers: Antonio Gramsci Marxismus in Italien (Politische Biographie über Gramsci, dem ersten Vorsitzenden der KP Italiens) EVA	DM 15,-
Talmiro Togliatti: Ausgewählte Schriften Verlag Neue Kritik	DM 14,-
Luigi Longo-Pietro Sechia: Der Kampf des italienischen Volkes für seine nationale Befreiung 1943-1945 Dietz-Verlag DDR 1959	DM 7,50

Italienische Platten

Zeitgenossen	DM 22,-
Avanti Populo	DM 22,-
Italie: Les Travaux - Les Jours	DM 22,-
L'ordine nuovo	DM 22,-
Il Bastona e la Carota	DM 22,-
Canzoni degli emi granti	DM 22,-
Bella Ciao	DM 22,-
Lotta-Platte	DM 22,-

und viele andere LPs, außerdem gibt es noch viele einzelne Single-Platten

GDCF auf dem Weg zu neuen Ufern

Die GDCF („Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft") hat am 6. November in Göttingen einen Aufbruch zu neuen Ufern gewagt: sie ließ den Bundesgeschäftsführer der Jungen Union als „ehrlichen Anwalt" des chinesischen Volkes auftreten. Hier der Bericht eines Genossen:

Hinter der Kasse sehe ich ein mir wohlbekanntes KBW-Gesicht, im Saal eine ganze Menge KSBler, wahrscheinlich die Mehrheit. Insgesamt sind über 80 Leute anwesend. Als ich in den Saal eintrete, sehe ich eine interessante Szene: der Göttinger GDCF-Chef Lein (ein abgehalfterter „KPD/MLer) ist gemeinsam mit einem Burschen (der sich wenig später als JU-Redner Helmes herausstellt) dabei, einen KSV-Genossen des Saales zu verweisen, weil er dort Flugblätter mit einer Einladung zu einem China-Arbeitskreis verteilt. Schnacks von Lein: „Das müssen Sie draußen machen, Sie wollen unsere Organisation als Plattform für Ihre Propaganda ausnutzen!" Neben ihm nickt sein Freund von der Jungen Union.

Der JU-Reaktionär wird auf dem Podium von Lein freundlich vorgestellt – wie es sich für Freunde gehört.

Dann legt Helmes los. Er schwatzt gut und gern dreiviertel Stunden. Man merkt, er hat Erfahrung darin, Leute für dumm zu verkaufen, sich vor Publikum zu spreizen. Helmes ist als Vorsitzender der „Deutschen Nationalkomitees der Jugendverbände" auf, – wie er behauptet – „ausdrücklichen Wunsch" der chinesischen Regierung als Mitglied einer Delegation nach China gefahren, im April /Mai dieses Jahres.

Wie es sich gehört, dementiert er erstmal den politischen Zweck seiner Reise: „Wir sind nicht als Missionare der freien Marktwirtschaft nach China gefahren. . .". Und dann am laufenden Band Provokationen wie diese: „Alle chinesischen Fahrräder haben keinen Rücktritt, die werden exportiert – so sparsam sind die Chinesen. . .", „die proletarische Kulturrevolution wird so etwa alle sieben Jahre wiederholt, damit (sinngemäß) das Volk Dampf ablassen kann", „vielfach wird Revolution gemacht, um nicht zu arbeiten und Flugblätter zu verteilen", „Ich teile nicht die Auffassung, daß die 7.Mai-Kaderschulen eine Art KZ sind". Lügen: „Wandzeitungen sind verboten", „Fotografieren ist verboten", „es gibt keinen Urlaub". Dann die Mentalität des Kolonialistenschweins: „Obwohl man offiziell nicht bewacht wird, ist es doch so. . . es gibt so viele Menschen in China – überhaupt die Massen . . .man wird auf Schritt und Tritt bestaunt."

Bei den übelsten Demagogien gibt es Zwischenrufe von einem KSVler und mir, abwechselnd. Daruf ernten wir unwirsche Blicke und Zischen – der Reaktionär soll reden!

Eine GDCF-Dame übernimmt nach Helmes das Mikrofon und läßt sich ungerührt über „allgemeine Prinzipien" der chinesischen Außenpolitik aus. Zwischendurch gibts mal eine „Richtigstellung" an die Adresse von Helmes – aber „sachlich", wie man es wohl aus Lehrerkonferenzen gewohnt ist. Anschließend darf Helmes etwas erwidern, und sofort. „Fachleute" unter sich. . .

Ich habe die erste Wortmeldung, sage sinngemäß: Es ist ein dolles Ding, daß die GDCF meint, diesen Reaktionär als authentischen Zeugen des sozialistischen Aufbaus und der chinesischen Außenpolitik einladen zu müssen. Beifall von höchstens 20 Leuten. Weiter: es ist eine grundsätzliche Frage der Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem westdeutschen Volk, ob man Reaktionären den Spielraum gibt, sich als Freunde des chinesischen Volkes aufzuspielen. GDCF-Chef Lein unterbricht mich durchs Mikrofon, ich sollte doch zum „Thema" sprechen. Ich mache auf den geradezu unerträglichen Widerspruch aufmerksam, den Reaktionär mäuschenstill gewähren zu lassen, mir aber als erkennbar Linkem das Wort entziehen zu wollen. Ich fordere schließlich, Lein solle hier begründen, weshalb die GDCF mit den Reaktionären gemeinsame Sache mache.



„DIESE CHAOTEN STÖREN DOCH JEDE SACHLICHE DISKUSSION!"

Dieser politische Scharlatan hat darauf tatsächlich die Stirn, in der Art bester bürgerlicher Politikasterei auf die nächste Mitgliederversammlung zu verweisen, wo man das diskutieren könne. Jetzt wolle man aber über die Außenpolitik. . . Beifall und Klopfen seitens der Mehrheit. Man hatte sich in den Kopf gesetzt, mit dem Volksfeind über die Volksherrschaft zu plaudern. Hier war ich fehl am Platz. Ich ging.

Soweit der Bericht.

Mit dieser Veranstaltung ist der Weg der unverhüllten Sabotage an den Interessen des chinesischen Volkes und der westdeutschen Arbeiterklasse beschritten worden. Ist es schon so, daß die gegenwärtige chinesische Außenpolitik jedem Freund des chinesischen Volkes, der seinen Kopf nicht an der Garderobe abgegeben hat, Rätsel aufgibt, weil solche von der chinesischen Regierung eingeladenen Reaktionäre wie Schröder und Kohl sich als Freunde des Volkes von selbst ausschließen – so wird nun hier ein übriges getan, indem ein führender JU-Reaktionär unter dem Deckmantel der „Chinakennerschaft" in die Front der Chinafreunde hineingeschmuggelt wird. Freundschaft mit der VR-China – das kann nur heißen: Freundschaft mit den Interessen und Errungenschaften des chinesischen Volkes. Diese Freundschaft ist unteilbar, sie gilt allen Ausgebeuteten und Unterdrückten gleichermaßen. Und deshalb haben die Feinde des westdeutschen Volkes nichts mit den westdeutschen Freunden des chinesischen Volkes gemein.

Wir sind gespannt, wann die Spiesser der GDCF Kohl oder Schröder einladen. ●

KAG Göttingen

Inhalt

Zur Verhaftung von Rechtsanwalt Reinhard

„Prominentester Verhafteter" („Bild", 27.11.) der Polizei-Großaktion am 26.11. war der Hamburger Rechtsanwalt Reinhard, der verschiedentlich Mitglieder der „RAF" und andere politische Gefangene juristisch vertreten hat. Zu dieser Verhaftung gab das RA-Kollektiv Günnemann-Jacobi (Reinhard) am 27.11. eine Presseerklärung ab, die wir nachstehend im Wortlaut veröffentlichen.

Presseerklärung

Rechtsanwalt Wolf Dieter Reinhard aus dem Anwaltskollektiv Günnemann, Jacobi, Reinhard ist am 26. November 1974 morgens um sechs Uhr in seiner Wohnung verhaftet worden.

Seine Wohnung wurde durchsucht. Gleichzeitig brach die Bundesanwaltschaft, unterstützt durch Bundeskriminalamt und Hamburger Polizei, die Büroräume des Anwaltskollektivs auf und begann mit der Durchsuchung sämtlicher Räume, die bis in die frühen Abendstunden andauerte. Dabei wurden u.a. sämtliche Akten durchstöbert. Keine Akte, die nicht unberührt blieb – nicht einmal die Verteidigerpost.

Alle Hinweise auf anwaltliche Schweigepflicht und Anwaltsgeheimnis sowie den Geheimnisschutz für Verteidigerpost kümmerten die Beamten nicht. Auf Weisung der Bundesanwaltschaft nahmen sie fast vollständig die Verteidigerpost der von uns vertretenen politischen Gefangenen mit: Das ist die neue Art der Bundesanwaltschaft, in politischen Strafsachen zu ermitteln. Man wartet, bis man annehmen kann, daß sich genügend Verteidigerpost angesammelt hat, aus der man sich Hinweise auf die vorgeworfenen Straftaten erhofft.

Dann werden fadenscheinige, haltlose Verdächtigungen konstruiert, eine Büro-Durchsuchung durchgeführt und die Post mitgenommen. Gleichzeitig wird die Post bei den Gefangenen in den Zellen beschlagnahmt.

Die politischen Gefangenen versucht man ihres Verteidigers zu berauben, indem man ihn verhaftet.

Die Bundesanwaltschaft behauptet, Reinhard soll die Gruppe, der die Erschießung Ulrich Schmückers vorgeworfen wird, unterstützt, die Tötung nachträglich gutgeheißen haben, und daß er sich an der Beute bereichern wollte.

Gegen diese perfiden Verdächtigungen können und wollen wir uns nicht wehren:

Wir werden im Gegensatz zur Bundesanwaltschaft unsere anwaltliche Schweigepflicht beachten. ●

Ausländische Kollegen sollen besser bespitzelt werden

In den „Lübecker Nachrichten" (LN) vom 9.11. stand geschrieben, daß die Bullen Arbeitsgruppen gegen Ausländer bilden wollen. Diese Gruppen umfassen jeweils 28 Mann, die bereit sind, eine Fremdsprache zu erlernen – wie türkisch, serbo-kroatisch oder griechisch – wenn sie Grundkenntnisse besitzen.

Diese Arbeitsgruppen dienen angeblich *„der Polizei als Waffe gegen die Ausländer-Kriminalität"* („LN"). *„Nach vierjähriger Anlaufzeit"* will man *„das ‚Berliner Modell' jetzt auch den Behörden der übrigen Bundesländer empfehlen"* („LN").

Unter dem Vorwand der Kriminalitätsbekämpfung sollen ausländische Arbeiter bespitzelt werden. Die „LN" läßt m. E. den wahren Grund erkennen, wenn sie schreibt: *„Für Abwechslung im Berliner Polizeialltag sorgen außerdem über 90 politische Ausländergruppierungen, die oft ihr Süppchen im Dunkeln kochen"* („LN").

Es reicht für die Kapitalisten einfach nicht aus, wenn „nur" ausländische Geheimdienste unsere Kollegen bespitzeln.

Ein Lübecker Metallgenosse ●